Heft 4 April 2000 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A öS 68 · CH sfr. 8,– · L lfr 193 · I lit 10.000 · E ptas 900 · NL hfl 10,– · GR 1.600 Dr

M. Scharang: Die Umnachtung Österreichs

D-Mark AG: Allianz gegen die Alliierten

Kosovo: Vor dem nächsten Krieg

Debatte: Die Zukunft des Kapitalismus

Inge Viett: Mein Leben als Film

Kulturkampf: Der Trog im Reichstag

4 391202 708006 04

PDS: Winke, winke, Sozialismus!

in konkret April 2000

hier konkret von Dietmar Koschmieder
Dietmar Koschmieder ist seit 1995 Geschäftsführer der Tageszeitung »Junge Welt«. Dort haben sich seit einigen Wochen die Chefredakteure Holger Becker und Werner Pirker sowie zwei weitere Ressortleiter krank gemeldet – eine endgültige Trennung scheint unvermeidbar

von konkret

an konkret

Angela Fisch-Schrödermerkel von Hermann L. Gremliza

herrschaftszeiten

Die Umnachtung eines Landes von Michael Scharang
Ein paar Gedanken, unter anderem zu Österreich, ausgebreitet als Präludium und Fuge

Lieber einen Tirolerhut von Andreas Spannbauer
Auf dem Umweg über Europa will die FPÖ ihre revanchistischen Forderungen durchsetzen – bis hin zum Anschluß Südtirols

Bock als Gärtner von Conrad Schuhler
Die CDU hat ihre Kassen prüfen lassen. Alle relevanten Fragen bleiben weiter ungeklärt. Das wundert nicht, wenn man die Prüfer genau betrachtet

Powerhaus mit Pulver von Otto Köhler
Nicht nur Deutsche und Dresdner Bank, sondern auch die Managerin ihres Zusammenschlusses, die Allianz AG, hat eine feine Geschichte

Platz und Sieg von Wolfgang Pomrehn
Megafusion der deutschen Banken, Erfolg im Kampf um den IWF-Vorsitz, Rekorde beim Kapitalexport: Deutschland fordert die USA offen heraus

Rechts um! von Winfried Wolf
Vier Wochen vor dem PDS-Parteitag vom 7. bis 9.4. in Münster hat Gregor Gysi den Delegierten einen Brief geschrieben, der sie auf »Regierungsfähigkeit« einschwören soll. Einer der Empfänger antwortet

Kopf offen von Dennis Lang
Das neue PDS-Parteiprogramm als Animationsprogramm für Teletubbies: Sozialismus ist, wenn die Internationale das Menschrecht erkämpft – mit schweren Waffen nach Artikel VII der Uno-Charta

Der Wille zur Ahnung von Ralf Schröder
Neben Allah ist auch der deutsche Journalismus mit den Terroristen in Tschetschenien im Bunde

Vor dem Krieg von Jürgen Elsässer
Im Kosovo same procedure as last year: Die Krauts legen den Brand, die Yankees löschen mit Benzin

In diesem Sinne - Bekennt nix von Gert Ockert

In diesem Sinne - Ausländer rein von Fritz Tietz

In diesem Sinne - Stolze Völker von Justus Wertmüller

Zu kurz von Günther Jacob
Das »Schwarzbuch Kapitalismus« will auf den Nachweis hinaus, daß der Holocaust »in den Zwängen der kapitalistischen Produktionsweise wurzelt«

Kurze Sprünge von Georg Fülberth
Geht's ihm gut, oder geht er unter? Ein Kapitalismus-Attest

Naives Wollen von »Bahamas«-Redaktion
Fortsetzung der Debatte um Jürgen Elsässers Aufruf zur Verteidigung der »Staatsbürgernationen« (KONKRET 12/99 und 1/00)

Dreifache Freude von Georg Fülberth

Kontrollierter Anbau von Alexander Bogner
Die Bundesärztekammer plädiert für Gentests an Embryonen – und ebnet damit der Eugenik den Weg

Buch des Monats von Ralf Blendowske
Alan Sokal, Jean Bricmont: Eleganter Unsinn. Wie die Denker der Postmoderne die Wissenschaften mißbrauchen. C.H. Beck, München 1999, 350 Seiten, 39,80 Mark

Kunst & Gewerbe von René Martens
»Liebhaber, Vater, Führer«

Kunst & Gewerbe von Erwin Riess

Die Welt als Wille zur Vorstellung von Rayk Wieland
Kulturkolumne

Der Trog von Ulrich Krempel
Der Kunstkampf um Hans Haackes Reichstags-Installation steht im Zeichen des nationalen Aufbruchs

Alle Kunst geht vom Staate aus von Werner Fleischer
Die Regierung rief und alle kamen: Die Ausschmückung des Berliner Reichstags durch deutsche Künstler folgt den Maßgaben staatlicher Symbol-Politik

Nachtigallen in Springerstiefeln von Marcus Hammerschmitt
Zur Lage der Dinge bei »Kunst & Kultur«, der kulturpolitischen Zeitschrift der IG Medien

Buch & Deckel von Jens Hoffmann
Michael R. Marrus: Die Unerwünschten – Europäische Flüchtlinge im 20. Jahrhundert. Schwarze Risse/Rote Strasse/

Buch & Deckel von Jens Hoffmann
Karla Müller-Tupath: Reichsführers gehorsamster Becher. Aufbau Verlag, Berlin 1999, 240 Seiten, 36 Mark

Buch & Deckel von Tjark Kunstreich
Alphons Silbermann/Manfred Stoffers: Auschwitz: Nie davon gehört? Erinnern und Vergessen in Deutschland. Rowohlt Berlin, 2000, 240 Seiten, 39,80 Mark

Buch & Deckel von Gerhard Henschel
Anja Klabunde: Magda Goebbels. Annäherung an ein Leben. C. Bertelsmann Verlag, München 1999, 336 Seiten, 44,90 Mark

Buch & Deckel von Rainer Roth

Werner Rügemer: Grüezi! Bei welchem Verbrechen dürfen wir behilflich sein? Distel-Verlag, Heilbronn 1999, 120 Seiten, 20 Mark

Kasperletheater im Niemandsland von Inge Viett

Volker Schlöndorff hat das Leben von Inge Viett verfilmt. Die Betroffene nimmt Stellung

Der Streicher des Sex von Peter Kratz

Rosa von Praunheims neuer Film verherrlicht den Sexualforscher Magnus Hirschfeld. Rassismus und Eugenik-Wahn des Doktors kommen darin nicht vor – ein Fall von echt deutscher Denkmalspflege

Das Leben, ein Traum von Georg Seeßlen

Über Radu Mihaileanus Film »Zug des Lebens«

Filmtheater von Kay Sokolowsky

Melodie & Rhythmus von Martin Büsser

Knarf Rellöm Ism: Fehler Is King. What's So Funny About/IndigoSurrogat: Rock. Kitty-Yo Records/EFA

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 04/00, S. 3

Dietmar Koschmieder

hier konkret

Dietmar Koschmieder ist seit 1995 Geschäftsführer der Tageszeitung »Junge Welt«. Dort haben sich seit einigen Wochen die Chefredakteure Holger Becker und Werner Pirker sowie zwei weitere Ressortleiter krank gemeldet – eine endgültige Trennung scheint unvermeidbar

konkret: Die »Junge Welt« scheint am Ende – wieder einmal. 1989 war die FDJ perdu und damit auch ihr Zentralorgan. Dann hat ein Westberliner Verleger das Blatt übernommen, durch einen Konkurs einigermaßen saniert und bei Gremliza einen Relaunch in Auftrag gegeben. Auch der endete in einem Konkurs, aus dem die Mitarbeiter – eine bunte Mischung aus linksradikalen Wessis und kommunistischen Ossis – die Titelrechte erwarben und die Zeitung weiterführten. Dann gerieten die beiden Fraktionen sich in die Haare, die Wessis zogen aus und gründeten die »Jungle World«, die sich mittlerweile zu einer Wochen-»Taz« entwickelt hat, jetzt haben die damals siegreichen Ost-Kommunisten einen Putsch versucht. Ist das nun das letzte Ende?

Koschmieder: Das kann man zwar im Moment nicht völlig ausschließen. Aber mit dem Umstand, daß manche uns das Genick brechen wollen, leben wir bereits seit fünf Jahren. Und daß dabei seltsame Symbiosen etwa aus Staatsanwälten und Ressortleitern vorkommen, ist auch nicht neu.

konkret: Die mittlerweile erkrankte Redaktionsleitung wollte offensichtlich erzwingen, daß die »Junge Welt« sich nur noch als Kampfblatt der ostdeutschen Landsmannschaft versteht.

Koschmieder: Die »Junge Welt« hat eine vierzigjährige Geschichte als DDR-Tageszeitung, das können und wollen wir nicht ignorieren. Die Redaktionsleitung der Jahre 1995 bis 1997 wollte davon, wie von der sozialen Frage, aber immer weniger wissen, sie wollte keine marxistische Zeitung machen. Die Redaktionsleitung, die danach kam und bis vor kurzem das Blatt prägte, vertrat zum Schluß das Gegenteil: daß man den Westen und die westlinken Ansätze ausblenden könnte. Das ist genauso idiotisch.

konkret: Einspruch. Im Streit 1997 haben sich doch nicht marxistische Positionen durchgesetzt, sondern deutschnationale. Die Redakteure, zu denen die »Junge Welt« jetzt, viel zu spät, einen Trennungsstrich gezogen hat, haben doch in den letzten zwei Jahren genau jene antisemitische Karikatur des Marxismus verbreitet, deren sie während des 97er-Streits schon verdächtigt wurden: die Unterstützung der Gollwitzer bei der Ablehnung jüdischer Flüchtlinge, die Parteinahme für Walser und die Hetze gegen Bubis ...

Koschmieder: Einspruch abgelehnt. Wegen Simplifizierung. Trotz aller notwendigen Kritik: Becker und Pirker haben auch gute Arbeit geleistet, ich erinnere nur an die konsequente Haltung im Jugoslawien-Krieg. Ich wollte 1997 die verschiedenen Positionen in der Redaktion halten, Jürgen Elsässer wollte schon damals Leute wie Pirker und Becker rausschmeißen ...

konkret: Hat sich doch im nachhinein als sehr vorausschauend erwiesen, oder?

Koschmieder: Eben nicht. Die »Junge Welt« war damals immer dann am spannendsten, wenn sich ein Elsässer, der manchmal marxistische Kategorien sehr oberflächlich verwendet, der Kritik eines geschulten Marx-Kenners wie Becker ausgesetzt sah, und umgekehrt Becker und Pirker schon beim Anflug seltsamer Positionen es mit Elsässer zu tun bekamen. Diese Konstruktion wollte ich 1997 verteidigen, die damalige Redaktionsleitung um Behnken und Elsässer lief dagegen Amok.

konkret: Hat es in den letzten beiden Jahren eigentlich in der Redaktion oder auch von deiner Seite Widerstand gegen antisemitische Artikel gegeben?

Koschmieder: Im 97er-Streit hat die spätere »Jungle World«-Redaktion den Antisemitismus-Vorwurf so inflationär gegen uns eingesetzt, daß eine notwendige Diskussion über alltäglichen Antisemitismus auch in der Linken nicht mehr möglich war. Damit will ich nicht bestreiten, daß in der »Jungen Welt« später Artikel bzw. Sentenzen erschienen sind, die nicht hätten erscheinen dürfen. Allerdings halten wir Kritik an der israelischen Regierung noch nicht für Antisemitismus. Unerträglich war aber beispielsweise die Kommentierung der Haider-Proteste in der israelischen Regierung mit dem Hinweis, daß in der Knesset mehr Rassisten säßen als im österreichischen Parlament. Wir hatten zugespitze Debatten in der Redaktion seit Frühjahr letzten Jahres. Anlaß war einerseits die Walser-Bubis-Debatte, andererseits auch Artikel des ständigen Kolumnisten Harald Wessel.

konkret: Aber zum Bruch kam es doch erst dadurch, daß die Nationalkommunisten selbst den beträchtlichen Einfluß, den sie schon hatten, noch ausdehnen wollten.

Koschmieder: Letztlich war dies die Reaktion auf die geplante Umstrukturierung der Redaktion: Zum Herbst 2000 war ein Relaunch des Blattes angesetzt, Becker sollte eine Chefredakteurin an die Seite bekommen, auch um mehr Widerspruch

und Diskussion zu ermöglichen. Als im Kontext dieser Ankündigung und einer ersten personellen Veränderung auch innerhalb der Redaktion die Proteste gegen die Chefredaktion und insbesondere gegen die Artikel von Harald Wessel immer stärker wurden – da haben die hingeschmissen und sich krank gemeldet. Schon vorher hatte ich mich zum Eingriff in die redaktionelle Arbeit gezwungen gesehen. Beispielsweise bat ich den Chefredakteur, einen Kommentar, der sich auf die Seite des nach Rechtsaußen gewanderten Alt-68ers Rabehl stellte, sich über Esperanto lustig machte und mit rechtsgeprägter Terminologie operierte, nicht ins Blatt zu nehmen. Ich bin damals nicht so weit gegangen, den Beitrag rauszunehmen, was falsch war. Später sah ich mich dann gezwungen, den Abdruck zweier Beiträge, die die Chefredaktion verhindern wollte, per Anweisung durchzusetzen.

konkret: Wird mit der Pirker-Becker-Fraktion nicht auch ein größeres Segment der Leserschaft der »Jungen Welt« den Rücken kehren, was der ökonomische Exitus wäre?

Koschmieder: Die Leserschaft beurteilt unsere Zeitung nach den Inhalten, und die werden besser. Es bestehen beste Chancen, daß die »JW« gestärkt aus dem Streit hervorgeht.

Konkret 04/00, S. 4

von konkret

»Ein hoher Pentagon-Beamter warnte davor, daß die US-Truppen in diesem Frühjahr eventuell ihren früheren Alliierten, die albanische Guerilla, werde bekämpfen müssen«, berichtete die »Washington Post« Mitte März. Den Grund des Beziehungsknatsches kennt selbst UN-Generalsekretär Kofi Annan, der bemüht ist, wenigstens den Schein von Objektivität zu bewahren: »Ohne jeden Zweifel« gingen die bewaffneten Auseinandersetzungen im Süden des serbischen Kernlandes, also diesseits der Provinzgrenze zum Kosovo, auf das Konto der UCK, erklärte Annan Mitte März. Ähnlich eindeutige Worte sind von der deutschen Regierung nicht zu hören, und auch die US-Hardliner um Außenministerin Albright scheinen die Krise lieber zum Showdown mit Milosevic nutzen zu wollen. Dazu paßt, daß Kfor-Soldaten auf jugoslawisches Staatsgebiet vordringen – am 18. März nahm die serbische Polizei sieben von ihnen vorübergehend fest. »Vor dem Krieg« – so der Titel von Jürgen Elsässers Analyse auf den Seiten 30 bis 32 – ist die Situation auf dem Balkan also ähnlich wie vor einem Jahr: »Die Krauts legen den Brand, die Yankees löschen mit Benzin.«

Die Zeitschrift »Titanic« ist mit einem konstruktiven Vorschlag an den KONKRET-Herausgeber herangetreten: In Zeiten, in denen sich »immer mehr Menschen eines deutsch-türkisch-balkanischen Mischidioms bedienen« und immer öfter Sätze wie »Alder, gib misch ma konkret Handy« zu hören seien, könnte KONKRET sein Leserpotential beträchtlich erweitern, taufte es sich um. Vorgeschlagen wird »uldrakonkret« oder »megakrass, Alder ey«. Da wir die Richtlinienkompetenz des Frankfurter Zentralorgans neidlos anerkennen, haben wir probehalber auf das aktuelle Cover die Teletubbies und einen bekannten ostdeutschen Komiker montiert. Wenn dieser Nonsens den Absatz fördert, werden wir dem Kurs der »Titanic« auch künftig folgen. Eisberg, wir kommen!

Das »Neue Deutschland« meldete kürzlich auf seiner Titelseite: »Grüne verabschieden sich von schnellem Ausstieg aus Atomenergie« und »Mindestens 235 Tote bei Massenselbstmord«. Mußte das sein? Es geht doch auch anders! Eine (fast) gewaltfreie Antwort auf die grüne Misere gab beim Parteitag letztes Jahr Samir Fansa – mit einem Farbbeutelwurf auf Joseph Fischer. Zur nachträglichen Unterstützung dieses kritischen Dialogs bat KONKRET um Spenden für die Prozeßkosten – der Außenminister hatte den sportiven jungen Mann nämlich verklagt. Auf diese Weise kamen 2.130 Mark zusammen, die mittlerweile auf das Konto von Fansas Anwälten überwiesen worden sind.

Das KONKRET-Sommergelage für Leserinnen und Leser bis 26 Jahre ist bereits zur Hälfte ausgebucht. Es findet vom 30. Juni bis 2. Juli in Hamburg statt und kostet – Übernachtung, Verpflegung, Vorbereitungsreader – 150 Mark. Wer noch ein Plätzchen bekommen will, fordert am besten schnell die Anmeldeunterlagen bei der Redaktion an. Diskutiert werden folgende Fragestellungen:

»Ist der Kapitalismus am Ende?« Was sind die politisch-ökonomischen Gründe der Krise? (Workshop I). »Auschwitz – nur eine Fußnote des Kapitalismus?« Ist der Holocaust letztlich eine Folge der allgemeinen kapitalistischen Katastrophe, oder war er Konsequenz des spezifisch deutschen Antisemitismus? Was verbindet, was unterscheidet Kapitalismus- und Deutschlandkritik? (Workshop II). »Recht auf Arbeit? Recht auf Faulheit? Ende der Arbeit – Klassenkampf oder Aussteigerbewegung?« (Workshop III).

Die Workshops werden durch Plenumsdiskussionen eingeleitet bzw. begleitet, für die Robert Kurz, Thomas Ebermann, Freerk Huisken, Horst Pankow, Justus Wertmüller, Lars Quadfasel sowie Hermann Gremliza und Jürgen Elsässer zugesagt haben.

KONKRET-Macher auf Tournee: Das sehr gemischte Doppel Horst Tomayer/Hermann Gremliza gastiert am 2. April in Hannover, und zwar um 20.30 Uhr im TAK Theater am Küchengarten (Stephanusstr. 29). Jürgen Elsässer referiert zum Thema »Berliner Republik – Republik des Vergessens?« am 4. April in Freiberg/Sachsen (Stadtbibliothek, 19.30 Uhr), am 5. April in Zwickau (Haus des Buches, 19.30 Uhr) und am 6. April in Chemnitz (Chemnitzer Hof, 19.30 Uhr).

Die Buchpremiere unserer Neuerscheinung *Wir kneten ein KZ. Aufsätze über Deutschlands Standortvorteil bei der Bewältigung der Vergangenheit* (**konkret texte** 24, Herausgeber Wolfgang Schneider) findet in Form einer Podiumsdiskussion am 10. April um 20 Uhr in Hamburg im Kölibri (Hein-Köllisch-Platz) statt. Neben einigen Autoren des Bandes (Hermann Gremliza, Günther Jacob, Rolf Surmann und Rayk Wieland) wird auch Micha Brumlik an der Debatte teilnehmen.

Konkret 04/00, S. 6

an konkret

So wie anderswo

KONKRET 3/2000: Artikel zu Haider

In den Artikeln über Haider wird die Trennlinie zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus bewußt verwischt, um Haider einen Nazi zu nennen. Das hat vor allem die Auswirkung, daß die heutigen Zustände in Österreich so falsch analysiert werden, daß eine, sicherlich nicht unmögliche, wirklich faschistische Herrschaft zwangsläufig verharmlost wird. Diesen Fehler hat die KPD vor 1933 gemacht, die die zwei Regierungen vor Hitler schon als faschistisch bezeichnete. Das führte dazu, daß die potentiellen Opfer, als der offene Straßenkampf in den Massenterror überging, sich wehrlos ihrem Schicksal fügen mußten. Die Zustände in Österreich sind auch heute nicht so sehr viel anders als in anderen europäischen Ländern. Pogrome, wie die in Südspanien, Verschärfung der Flüchtlingspolitik, wie in Belgien, oder die Hetze gegen Zuwanderer nach Deutschland im Zusammenhang mit der Greencard-Diskussion für Computerexperten sind nur ein Beispiel für viele. Ihr klagt an, daß sich die Linke davor drückt, Haider beim Namen zu nennen, und statt dessen versucht, den Wahlerfolg der FPÖ den sozialen Verhältnissen zuzuschreiben. Ihr klagt weiterhin an, daß die Opfer sich davon nichts kaufen können. Was können sie sich aber davon kaufen, wenn Haider überall als Nazi bezeichnet wird?

Heiko Groll

Mönchengladbach

Naumann vom Pferd

KONKRET seit 4/1999: »Wir helfen Naumann aufs Pferd I-VII« von Karl-Heinz Hansen

Seit einem Jahr wird von KONKRET versucht, Naumann aufs Pferd zu hieven. Ich hoffe, daß Sie dabei keinen Erfolg haben. Soll Naumann etwa aus einer Bertolt-Brecht-Kaserne geritten kommen?

Christoph Braun

per e-mail

Großdeutsche Kommunisten

KONKRET 3/2000: Gremlizas Express

Großdeutsche Kommunisten stehen im Verhältnis zu den großen deutschen Kommunisten so wie das Horst-Wessel-Lied zum Roten Wedding – nämlich auf dem Kriegsfuß! Doch Reißmüller kann letzteres mit Recht adaptieren, sofern er sich auf die Nachkriegsversion beruft. Gremlizas Kritik bleibt deshalb bruchstückhaft. Sie »verzichtet« darauf, mit schwerem Gerät die Wurzeln des starken Gewächses, das da heißt Nationalbolschewismus, freizulegen. Leider hielt auch der denkende Teil der »Linken« eine Thematisierung des Großdeutschen in der stets gesamtdeutsch handelnden traditionellen kommunistischen Bewegung für nichts weiter als zu belächelnde Folklore. Doch es gehört zum Programm einer Bewegung, die in der Frage des Nationalen stets konfuse, willkürliche, von der Tagespolitik bestimmte und damit dem konkreten Nutzen unterworfene »Theorien« vertrat. In diesem Sinne wäre es konsequent, wenn Reißmüller zur Bewegung stoßen würde. Vielleicht hat auch der oben erwähnte »bessere Teil der Linken« die notwendige Kritik »vergessen«, da an den schlimmsten Machwerken der kulturellen Vorhut sehr wohl auch Brecht und ein bißchen Becher, aber vor allem Eisler und Busch in dümmster Weise beteiligt waren.

Tanja Krienen

Unna

Unsäglich richtig

KONKRET 3/2000: Leserbrief von Peter Dirscherl, Berlin

Selbstverständlich erwartet man in Leserbriefen in erster Linie persönliche Wertungen ihrer Autoren, nicht unbedingt Information. Wenn in einem Leserbrief die fraglos legitime Schmähung unliebsamer Zeitgenossen jedoch zur Desinformation gerät, ist eine Richtigstellung der Geschmähten angesagt, zumindest ein Hinweis auf die Möglichkeit einer solchen. Das »unsägliche ›Bahamas‹-Flugblatt«, in dem angeblich der mit Drohungen gegenüber dem Luxemburg/Liebknecht-Leichenbegängnis in Erscheinung getretene »verwirrte Stabs als ›Held der Fundamentalopposition‹ verklärt wurde«, wie Herr Dirscherl behauptet, ist in der aktuellen »Bahamas«-Ausgabe (Nr. 31) im Original nachzulesen und auch im Internet unter www.nadir.org/nadir/periodika/bahamas einzusehen.

»Bahamas«-Redaktion

Berlin

Linke Spaßfähigkeit

KONKRET 1/2000: Reimpatrouille

Ach, immer wieder werde ich darauf gestoßen, daß eine aufrechte linke Gesinnung nicht automatisch mit Humor-, Spaß- und (Selbst-)Ironiefähigkeit einhergehen muß. Dies Manko schlägt einem auch aus den Texten der Hacks-nicht-Mögenden entgegen, und deshalb klingt's auch oft so bemüht ungerührt. Da frage ich mich nur: Wenn »Jetztzeit« so doof, so unbedeutend, so schlecht gereimt ist, warum dann diese angestrengten Verrisse? Deshalb nochmal eine Lanze für P. H., für die »Jetztzeit«, in der Jetztzeit, für ein KONKRET, in dem nicht nur (kluge) Leute schreiben, die zum Lachen in den Keller gehen! Peter Hacks: Bitte weitermachen!

Stefan Krause

z. Zt. Andorra, Italien

Leserdank

KONKRET 2/2000: »Staatlichkeit und Poesie« von André Thiele

An sich schon begeisterter Leser von KONKRET, *muß* ich vermelden, daß André Thiele allem eine schöne Krone aufsetzt. Zu Hinrich Janssen bekam das Heute so viele Ohrwatscheln, wie es verdient hat! Soviel Kluges! Sagt dem Trefflichen Leserdank. Denn mit solch nötigem Lebensmittel wird man nicht alle Tage beschenkt. Obwohl die Erscheinungstage schon sehr helle Tage sind.

U. Siegmayer

Pforzheim

Bauchlektüre

KONKRET allgemein

Seit einigen Jahren lese ich nun Ihr Heft und zwar mit dem Bauch. Jawohl, ich liebe KONKRET, obwohl – oder vielleicht auch weil – es nur die Emotionen anspricht. Meinen Kopf benötige ich, um aus den Massenmedien wenigstens ein Quentchen Wahrheit herauszubekommen. Mit KONKRET aber habe ich endlich ein Druckerzeugnis, das ganz andere Triebe befriedigt. Hier wird nicht analysiert, noch nicht einmal kritisiert, nein, hier wird beschimpft, beleidigt und gerufmordet. Und dies sehr zu meiner Genugtuung. Hier wird mein Wunsch nach einer einfachen, leicht verständlichen Welt Monat für Monat erfüllt. Und dennoch schleichen sich manchmal Zweifel ein: In Heft 12/99 sind Sie »ein bißchen stolz« auf den Ruf, »sich ... durch ausgeprägte Arroganz und Menschenverachtung« auszuzeichnen. Da kann ich nicht mehr mit. Als junger Mensch muß ich außerdem die Kästner-Frage stellen: Wo bleibt das Positive? In all den Jahren kann ich mich nicht entsinnen, bei Ihnen auch nur ein konstruktives Wort gelesen zu haben. Nicht, daß Kritik nicht zulässig wäre (obwohl der Begriff für Ihr Heft nicht so recht paßt). Bloß: Man reißt doch sein Haus nicht ein, ohne Pläne für ein neues zu haben! Wo sind sie? Wie sehen sie aus? Glauben Sie noch an Marx?

Ich werde Ihr Heft auch weiterhin lesen, aber mit noch mehr Vergnügen, wenn Sie nicht nur meinen latenten Gewalt- und Zerstörungstrieb, sondern auch einmal meine menschlichen Fähigkeiten wie Gerechtigkeitssinn, Veränderungswillen und Schaffenskraft ansprechen.

Valentin J. Umbach

per e-mail

Sehr amüsiert

KONKRET 2/2000: »Adorno campte nicht« von Jürgen Roth

Guten Tag, Herr Roth! Sehr amüsiert habe ich mich. Ihr Verriß ist wirklich glänzend geschrieben.

Dr. Jürgen Bräunlein

Berlin

Konkret 04/00, S. 9

Hermann L. Gremliza

Angela Fisch-Schrödermerkel

»Sie haben jetzt Gelegenheit, die Grünen in deren Hausblatt gründlich auseinanderzunehmen. Ich gebe Ihnen fünf Stichworte: Joschka Fischer.

Die kürzeste Verbindung vom Stadtindianer zum Standortcowboy.

Austritt aus der Nato.

Vor den Grünen treten die Amerikaner aus.

Benzinpreis fünf Mark.

Die Benzinsteuer wird immer nur so hoch sein, wie es Daimler-Benz der jeweiligen Bundesregierung erlaubt.

Verteidigung des rheinischen Kapitalismus.

Gegen den sächsischen? Dann bin ich dabei.

Rot-Grün.

Dem Morgentee entgegen! Ist das »gründlich auseinandergenommen« genug?

Was müßte in Deutschland passieren, damit sich 1998 politisch etwas ändert?

Naja, die Verdammten dieser Erde müßten aufwachen, reinen Tisch mit dem Bedränger machen, Krieg den Palästen, Friede den Platten undsoweiter. Die anderen Änderungen, die jetzt verlangt werden, zielen auf den Umbau des Sozialstaats zum Polizeistaat und den Ausbau des Standorts Deutschland zur Weltmacht. Alles, was da Reform genannt wird, bedeutet Kürzung oder Streichung von Leistungen und Rechten. Ein Stau dieser Reformen, ein Boykott all dessen, was Roman Herzog in seinen Reden verlangt, wäre das Beste, was diesem Land und seinen Nachbarn passieren könnte. Wo jede Bewegung eine zum Übleren ist, bedeutet Stillstand den größten anzunehmenden Fortschritt. Ich fürchte, eine Regierung aus SPD und Grünen, und gar unter einem Kanzler Schröder, wäre solchem Fortschritt nicht förderlich.«

Aus einem Interview der »Tageszeitung« mit dem Verf. im Wahlkampf 1998

Mit der Lieblingsbeschäftigung meiner Landsleute, der Politikverdrossenheit, kann ich nicht dienen. Was die Parteien mir versprochen haben, haben sie gehalten, am treulichsten die traulichste, die grüne: die Modernisierung (sprich: den Abbau) des Sozialstaats, Kanthersiege bei der Jagd auf Flüchtlinge, den Ausstieg aus dem Atomausstieg, neue Rekorde beim Rüstungsexport und, als Übersoll, einen astreinen Angriffskrieg. Ich kann mich wirklich nicht beklagen.

Sondern habe, im Gegenteil, gut lachen – und viel. Wer das nicht kann, wenn Gunda Röstel vor siebenhundert Delegierten die Zeit beschwört, zu der unsere Enkel uns fragen werden, was habt ihr damals getan, als ihr in dreißig Jahren hättet aus der Atomenergie aussteigen können und ihr darauf verzichtet habt, weil es euch nicht schnell genug war – wer da nicht platzt, an dem ist jeder Witz verloren. Überhaupt das »grüne Herzensthema« (Röstel). Als er gestanden hatte, daß und warum es mit dem Atomausstieg nichts wird, gab es für den Umweltminister Trittin, der seinen Ohren nicht traute, stehende Ovationen, obwohl noch vor dem Parteitag eine Studie bekannt geworden war, wonach in grauer, in vorgrüner Zeit keines der weltweit 92 abgeschalteten AKWs 30 Jahre lang produziert, sondern die durchschnittliche Laufzeit mit 16,43 Jahren geendet hatte. Jetzt feierten die Delegierten einen Plan, der die Industrie, will sie ihr Gesicht nicht verlieren, zwingen wird, ihre Kraftwerke doppelt so lange laufen zu lassen. Wie man und frau die AKW-Betreiber ärgert oder: G'schieht meinen Vater grad recht, wenn's mich an d'Händ friert – warum kauft er mir keine Handschuh!

Ebenfalls mit Ovationen, ja Ovulationen gefeiert wurde der Auftritt der Gesundheitsministerin Andrea Fischer mit ihrer jüngsten Variation auf den lyrischen Karriereti p, daß nur der sich treu bleibe, der sich verändert. Wir, rief Fischers Frau Fischer, haben uns gegründet als Partei der Bewegung, des Wandels, bleiben wir uns also treu, ändern, wandeln wir uns, kürzen wir die Renten! Zur Parodie, die da vorgetragen wird, die Vorlage – sie ist 85 Jahre alt, steht in *Die letzten Tage der Menschheit* und geht so:

Genosse Schliefke (Teltow): Auch der Genosse David handelte korrekt, wenn er der Einladung des Kronprinzen folgte. Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre Partei – sie muß deshalb auch, wenn es die veränderten Verhältnisse erfordern, mit alten Traditionen brechen –

Ein Zwischenrufer: Bei Hof?

Schliefke: – ich meine mit ihren eigenen Traditionen! Sie muß in ihren eigenen Reihen revolutionieren. Sie ist eben eine durch und durch revolutionäre Partei.

Nur der Pazifist, der Krieg führt, bleibt sich treu, und nur der Rüstungsexportgegner, der Rüstung exportiert, weshalb die Delegierten der Friedenspartei, die mit dem Krieg gegen Jugoslawien ihren Frieden gemacht hat, erstens mit überwältigender Mehrheit gegen die Lieferung von tausend Panzern des Typs Leopard an die Türkei stimmten und zweitens mit ausreichender Mehrheit den Ausstieg aus der Koalition ablehnten, sollte es doch zur Lieferung kommen. Was den Wunsch der Vereinigten Arabischen Emirate nach Panzern des Typs Fuchs angeht, erklärte die verteidigungspolitische Sprecherin der Partei des Angriffskriegs, Angelika Beer: »Bewaffnete Füchse wird es aus meiner Sicht nach den Rüstungsexportrichtlinien, die wir vereinbart haben, nicht geben.« Wer das nicht als Versprechen liest, daß die Panzer mit Billigung von Frau Beer rollen werden, kann nicht lesen.

Manche Beobachter sind immerhin dabei, es zu lernen. Aus Heribert Prantl, dem Mann für die ganz unbequemen Wahrheiten bei der »Süddeutschen Zeitung« muß es – hier schreibe ich, ich kann nicht anders – angesichts einer ganzen Reihe ähnlicher Ereignisse heraus:

Wer nach dem Fall des Kommunismus vom großen Sieg der Demokratie geredet hatte, stellt nun fest: Nicht sie hat über alles gesiegt, sondern der Markt. Und an diesem Punkt wird es gefährlich für die Demokratie. Wenn die, die man wählt, eh nicht das Sagen haben – warum soll man sie denn dann überhaupt noch wählen?

Sollte Prantl jetzt noch fragen, ob der Ehrliche denn immer der Dumme sei, wird man ihm einmal antworten müssen, daß, in seinem Fall: ja. Selbstredend ist in einem halben Jahrhundert BRD keine politische Entscheidung von Gewicht gefallen, die dem Aufsichtsrat der Deutschen Bank ernsthaft mißfallen hätte. Nur war der Weg, den die Überführung der Kapitalwünsche in Regierungshandeln genommen hat, früher weniger bequem. Manchmal mußten Parteien geschmiert, Fraktionen gegeneinander ausgespielt, Querköpfe unter Druck gesetzt werden. Debatten über längst Entschiedenes wurden als verbale Messerstechereien auf Leben und Tod inszeniert, wenn etwa die gleichgesinnten Herren Wehner und Strauß oder Schmidt und Barzel aufeinander losgingen. Denn die Politiker sollten ihr Gesicht wahren, damit der Wähler bei seinem guten Glauben bleiben konnte.

Daß die Illusion sich nicht auf ewig halten ließ, ja daß, nach den Massen, irgendwann sogar ihre Meinungsbildner Verdacht schöpfen würden, war vorhersehbar und ist nun geschehen: Die Erfahrung mit dem Wechsel von Schwarzgelb zu Rotgrün, der als Wechsel von rechts nach links ausgerufen war und einer von altrechts nach neurechts geworden ist, hat gar schon die ersten Gemeinschaftskundelehrer verwirrt, denen nicht verborgen geblieben ist, daß die Minister Fischer und Scharping von ihren Vorgängern nichts unterscheidet als Dackelfalten und eine Halbglatze. Ein Politiker ist ein Politiker ist ein Politiker. Angela Merkel taugte prima als Vorsitzende auch der Grünen, Joschka Fischer wäre ein perfekter Nachfolger für Wolfgang Gerhard, nur Gauck bzw. die Nase hindern den Gysi, den Müntefering abzulösen oder sozialpolitischer Sprecher der CSU zu werden. (Allein Antje Radcke ist vielleicht auch sonstwo nicht zu gebrauchen.) Der ideelle Gesamtpolitiker exekutiert, was der Standort (vormals: Sachzwang) verlangt. Und wenn es, irgendwann, zehn (natürlich ganz neue) Atomkraftwerke sein sollten, werden sie genehmigt, auch von den Grünen, denn nur wer sich ändert, bleibt sich treu bzw. im Amt.

Rudimente des alten Antagonismus scheinen manchmal noch auf – in völlig verqueren Konstellationen: So wenn der Sozialdemokrat Schröder, der auf Wunsch der Industrie indische Informatiker ins Land holt, sich als gehorsamer Diener des nationalen Kapitals erweist, während die Christdemokraten Rüttgers und Stoiber mit ihrem »Kinder statt Inder«-Rassismus die starken Männer der nationalen Arbeit markieren.

Solange das Kapital zwecks Modernisierung des Standorts auf Rotgrün setzt, dessen Wahl es in allen seinen Medien gefördert hat, und Schwarzgelb unter dieser Kränkung leidet, wird das völkische Ressentiment die letzte Differenz bleiben. Man trifft es bei der CSU, in der CDU, der SPD, etwas weniger bei der FDP und bei den Grünen, etwas mehr bei der PDS, überall ist es minoritär und bliebe ungefährlich, fände es nicht jederzeit eine Mehrheit bei jenen, die sich das deutsche Volk nennen. Weshalb man nicht greinen soll sondern zufrieden sein, daß nach dem bedauerlichen Ende des Kommunismus überall der Markt gesiegt hat und nicht die Demokratie.

Konkret 04/00, S. 10

herrschaftszeiten

Dumm, faul, betrunken

»Frankfurter Allgemeine«, 25. Januar (Zitate aus Richard Nixons heimlichen Tonbandaufzeichnungen):

Am 15. Juni 1971, als sich Nixon und Kissinger auf ein Gespräch mit Brandt vorbereiteten, ließ der Präsident seinen Sicherheitsberater zur Einstimmung wissen: »Guter Gott, wenn das Deutschlands Hoffnung ist, dann hat Deutschland nicht viel Hoffnung« ... Kissinger: »Er (Brandt) wird sich benehmen. Ich glaube, das Hauptproblem ist, daß er nicht sehr helle ist.« Nixon sah das genauso und sagte: »Dieser Bursche Brandt ist wirklich ein bißchen dumm.« Kissinger fügte noch hinzu: »Brandt ist dumm und faul.« »Nicht wahr?«, ließ sich Nixon vernehmen. Da setzte der Sicherheitsberater noch einen drauf: »Und er trinkt.«

Undank des Vaterlands

AFP, 2. Februar:

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt will die Aufhebung der Immunität des grünen Europaabgeordneten Daniel Cohn-Bendit erwirken. Es bestehe der Anfangsverdacht der Strafvereitelung. Cohn-Bendit hatte sich dazu bekannt, dem 1998 verhafteten mutmaßlichen Ex-Terroristen Hans-Joachim Klein geholfen zu haben, in Frankreich ein Leben unter falschem Namen zu führen.

Volks-Genosse (1)

3. Februar, »Berliner Zeitung«, Kommentar »Das Prinzip Wassersuppe« von Götz Aly über die Vertreter der NS-Zwangsarbeiter, die selber über die Verwendung der Entschädigungszahlungen entscheiden möchten:

In den KZs ließ die SS Wassersuppe einfach zwischen die Häftlinge stellen und provozierte so regelmäßige Balgereien, die mit dem Sieg des Stärksten enden mußten. Eben dieses System zwingen nun die Vertreter der Opfer den Vertretern der Bundesregierung auf. Die Versuchung liegt nahe, und auch Otto Graf Lambsdorff wird dieses Gefühl nicht fremd sein, dem sozialdarwinistischen Verteilungskampf einfach seinen Lauf zu lassen. Das wäre bequem und würde die Deutschen von dem Vorwurf befreien, sie verhielten sich engherzig, bürokratisch und uneinsichtig.

Volks-Genosse (2)

19. Februar, »Neues Deutschland«, Interview mit Gerhard Oberkofler, Professor für österreichische Geschichte und Mitglied der KPÖ:

Frage: Das Geburtshaus von Adolf Hitler in Braunau soll eine »Stätte der Versöhnung«, des Friedens und der Toleranz werden. Von wem stammt dieser doch recht verwunderliche Vorschlag?

Antwort: In der oberösterreichischen Kleinstadt Braunau gibt es seit Jahren Diskussionen über eine Verwendung des als Wohnhaus genutzten Geburtshauses von Adolf Hitler als historisches Denkmal ... Es ist völliger Blödsinn, das Geburtshaus von Adolf Hitler und die Bemühungen der Gemeinde Braunau zum Anlaß zu nehmen, um im Ausland einen weiteren Beweis dafür zu basteln, daß in Österreich seit der Koalition zwischen FPÖ und ÖVP quasi die faschistische Diktatur ausgebrochen ist.

Frage: Proteste sind also unnötig?

Antwort: Die Proteste gegen die ÖVP-FPÖ-Koalition sind nützlich, wenn sie nicht von Gefühlen erstickt werden und der notwendige Differenzierungsprozeß im politischen Kampf eingeleitet wird.

Frage: Daß die Opfer österreichischer Nazis emotional reagieren, ist doch legitim?

Antwort: ... Für Israels Regierung ist dies business as usual. Während der israelische Botschafter auf seinem Rückflug aus Wien ist, steigen jedoch israelische Flugzeuge zur Bombardierung des Libanon auf.

Ich bin nicht derjenige, der ein Leben lang im Büßerhemd durch die Welt geht

---

Jörg Haider über sich

Unsre Jungs

21. Februar, »The Times« (London):

Die Moral der deutschen Soldaten im Kosovo beginnt zu bröckeln. Mindestens 90 Soldaten, darunter vier Offiziere, wurden wegen disziplinarischer Probleme nach Hause geschickt. Weitere 55, darunter sechs Offiziere, wurden vom Sfor-Kontingent in Bosnien zurückgeschickt. Hauptsächliche Gründe waren Alkohol- und Drogenmißbrauch, aber auch Sexualdelikte. Im Kosovo beschimpften zwei betrunkene deutsche Soldaten Albaner mit rassistischen Parolen.

Colonial Style

29. Februar, DPA:

Die Nato will 2.000 Soldaten zu Manövern in die südserbische Krisenprovinz Kosovo schikken.

Heim ins Reich

15. März, Reuters:

Österreich hat den Ex-KZ-Wärter und SS-Mann Ferdinand Hammer aufgenommen, der aus den USA ausgewiesen wurde. Ein Verfahren gegen den 78jährigen soll es nicht geben. Das Wiener Justizministerium sagte zur Begründung, es lägen keine Hinweise auf Beteiligung an Kriegsverbrechen vor.

Die stärkste der Partei'n

13. März, DPA:

Bei Volksmusikkonzerten ist nach Angaben von Wissenschaftlern der Technischen Universität Berlin der Anteil an PDS-Wählern relativ hoch. CDU-Wähler findet man hingegen eher in Musical-Veranstaltungen, während in den Wagner-Aufführungen überproportional viele SPD- und Grünen-Sympathisanten anzutreffen sind. Das geht aus einer Befragung von 6.500 Konzertbesuchern hervor. »Die soziale Ungleichheit lebt – jedenfalls in den Konzertsälen«, meint TU-Soziologe Hans Neuhoff. Die größte Übereinstimmung fanden die Wissenschaftler bei Veranstaltungen von Stefanie Hertel, dem derzeitigen Star der Volksmusik.

Un-Kraut

1. März, DPA:

Die Fotografin und Regisseurin Leni Riefenstahl (97) hat im Sudan einen Hubschrauber-Absturz überlebt. Der Helikopter stürzte bei Dreharbeiten aus geringer Höhe ab. Ein Kameramann sei schwer, Riefenstahl leicht verletzt worden.

Völkerfrühling

17. März, AFP:

Etwa tausend lettische Veteranen der Waffen-SS haben an einem Gedenkmarsch durch Riga für die Toten des Zweiten Weltkriegs teilgenommen. Hunderte von Letten applaudierten.

Rosa Winkeladvokaten

17. März, DPA:

Die katholischen Bischöfe haben klar Position gegen einen besseren rechtlichen Schutz für gleichgeschlechtliche Paare bezogen.

New Labour

18. März, EPD:

Großbritanniens Kinder sind die ärmsten in der EU. Laut einer Studie des Uno-Kinderhilfswerks Unicef leben 33 Prozent der Kinder in Großbritannien in Haushalten, die als »arm« klassifiziert sind. Der EU-Durchschnitt betrage 20 Prozent, in Deutschland leben nur zwölf Prozent der Kinder in Armut.

Paranojka (Morbus Gauck)

18. März, DPA:

Die Stasi hat die Gesundheit von DDR-Bürgern fahrlässig radioaktiven Substanzen ausgesetzt. Seit den 70er Jahren habe die DDR-Staatssicherheit mit radioaktiven Markierungen Gegner wie den Regimekritiker Rudolf Bahro und Unbeteiligte gesundheitlich gefährdet. Menschen oder deren Schriften wurden mit strahlenden Stoffen kenntlich gemacht, um sie verfolgen und kontrollieren zu können. Diesen schon früher geäußerten Verdacht bestätigte die Gauck-Behörde.

27 Prozent Deppen?

18. März, EPD:

Die Politikverdrossenheit in Deutschland nimmt weiter dramatisch zu. Laut einer Studie glauben 73 Prozent der Bundesbürger, daß Politiker ihre Stellung für persönliche Vorteile nutzen.

Tränen lügen nicht

April, »Die Zigarren-Legende« aus dem Buch *Der Weg in den Krieg* von Matthias Küntzel:

Die hundertfach kolportierte und von Gunter Hofmann (in der »Zeit«) einprägsam formulierte Legende geht so: »Am 9. Oktober treffen Schröder und Fischer im nebliggrauen Washington ein. Der designierte Kanzler erklärt dem amerikanischen Präsidenten, daß seine Regierung einen Nato-Einsatz grundsätzlich unterstützen würde. Zur Erleichterung der Besucher zeigt Clinton jedoch Verständnis dafür, daß Schröder und Fischer ihre endgültige Entscheidung so lange zurückstellen, bis sie vereidigt sind und der neue Bundestag zusammengetreten ist. 12. Oktober 1998. Schröder und Fischer befinden sich auf dem Weg zum Kanzler, als ein Anruf Günter Verheugens sie einholt. In Washington habe man umgedacht. Man wünsche nun doch sofort eine Zustimmung aus Bonn. ›Fünfzehn Minuten‹, erinnert sich Joschka Fischer verknittert in irgendeiner stillen Stunde während des Krieges, ›blieben uns, um über eine Frage von Krieg und Frieden zu entscheiden.‹ Bevor sie bei Kohl eintreffen, entschließt sich das Duo Schröder und Fischer zu einem raschen Ja. Ohne UN-Mandat.«

Eine nette Geschichte, und glaubwürdig erzählt. Als paradigmatische Anekdote – »Im Zeitraum einer Zigarrenlänge mußte Schröder sich entscheiden« (Rudolf Augstein) – für die Geschichtsbücher kommender Jahrzehnte wie geschaffen. Der Haken ist, daß sie nicht stimmt.

Am 12. Oktober soll den neuen Regierungschefs angeblich die Pistole auf die Brust gesetzt worden sein? Wie ist dann zu erklären, daß schon einen Tag zuvor die »Bild am Sonntag« ein Interview mit Volker Rühe veröffentlichte, in dem dieser erklärte: »Gerhard Schröder hat in Washington fest zugesagt, daß wir dem Aktivierungsbefehl der Nato (Actord) zustimmen ... Das ermöglicht es dem Bundeskabinett, morgen der Nato grünes Licht zu geben, so daß sie noch am selben Tag die notwendigen Beschlüsse fassen kann.« An den Zeitungskiosken, die Schröder und Fischer auf ihrem besagten Weg zum Bundeskanzleramt passierten, prangte bereits die Schlagzeile: »Alle Nato-Staaten unterstützen Militäraktion gegen Milosevic«, mit der die »International Herald Tribune« in der Frühe dieses Tages erschienen war. Die Geschichte, die Gunter Hofmann uns präsentiert, ist offenkundig ausgedacht. Die »International Herald Tribune« stellt den Ablauf der Ereignisse demgegenüber folgendermaßen dar:

Am Freitag, dem 9. Oktober 1998, kommen Gerhard Schröder, Joschka Fischer, Günter Verheugen und Ludger Volmer in Washington an. Schon vor der Begegnung mit Bill Clinton haben sie jeden Zweifel an ihrem Bellizismus zerstreut. »Niemand, erst recht nicht der Präsident von Jugoslawien, soll hoffen, daß wir einen weniger entschiedenen Kurs als die bisherige Regierung fahren«, erklärt Schröder direkt nach seiner Ankunft in der amerikanischen Hauptstadt. »Joschka Fischer wiederholte diese harte Linie, bevor er und Schröder ihre Gespräche mit Präsident Bill Clinton in Washington begannen.« Die deutsche Entscheidung zum Nato-Krieg wird nach dem Gespräch mit Clinton definitiv gefällt. Noch am Abend desselben Tages treffen die Nato-Botschafter in Brüssel zusammen und verabschieden ein gemeinsames Papier, das den Angriff juristisch »legitimiert«. Damit ist am 9. Oktober 1998 der Durchbruch erreicht. Als am Montag, dem 12. Oktober, der Nato-Rat erneut zusammentritt, um nun auch die »Activation Order« zu beschließen, handelt es sich »nur noch um eine Formalität«.

Die CSU hat überhaupt kein Problem mit der Vergangenheitsbewältigung

---

Alois Glück (CSU) über Kohls Konten

Konkret 04/00, S. 12

Michael Scharang

Die Umnachtung eines Landes

Ein paar Gedanken, unter anderem zu Österreich, ausgebreitet als Präludium und Fuge

Präludium

Auf dem finsteren Pfad hinauf zum Wahnsinn wurde Nietzsche, blickte er hinunter in die Geschichte, beispiellos hellsichtig. Er sah, daß zu bestimmten Zeiten ganze Länder dem Wahnsinn verfallen waren. Gefangen in ihrem kollektiven Wahn, aber auch entzückt vom eigenen Irresein, litt die befallene Bevölkerung kurze Zeit darunter, sich mit Menschen fremder Landstriche nicht mehr verständigen zu können. Bald aber genoß sie ihre Absonderlichkeit als exklusiv und hatte fortan Umgang nur mehr mit sich.

Ehe eine derartige Gesellschaft unterging, fiel sie über andere her; und errang stets Überraschungserfolge. Angesichts der todesverachtenden Wut der Verrückten erstarrten die Nicht-Verrückten zunächst vor Schreck. Dann allerdings gerieten sie, angestachelt von der wahnsinnigen Grausamkeit des Feindes, ihrerseits in Raserei und vernichteten ihn. Den Sieger quälte fortan die Todesangst, einstens könnte Gleiches mit Gleichem vergolten werden, worüber auch er wahnsinnig wurde. So zieht das Phänomen kollektiven Irreseins, das gebunden ist an die Möglichkeit, den Wahn kriegerisch auszuleben, sich durch die Geschichte, aber nicht kontinuierlich und nicht endlos.

Dieses Phänomen steht im Begriff, zu erlöschen. Nicht weil die Verlockung zum Wahnsinn oder die Motive, ihn zu schüren, abhanden gekommen wären, sondern weil der kollektive Wahn sich nicht mehr wie in der bisherigen Geschichte in einem Krieg entladen kann. Gerade noch in Scharmützeln, deren Ausgang aber ohne Belang ist.

Krieg ist nicht mehr, was er war. Er ist nicht mehr geschichtsentscheidende Kraft. Das galt schon für den 2. Weltkrieg. Die Industrie wurde zum dominierenden Antrieb, so daß deren Entwicklungsstand und Effizienz bestimmen, wer wo verliert oder gewinnt. Damit änderte sich der Stellenwert der Rüstung. Ein Staat, der vor dem 2. Weltkrieg einen Krieg vorbereitete, rüstete eigens auf, war danach pleite und mußte entweder den Bankrott oder den Krieg erklären. Das Naziregime handelte diesbezüglich lehrbuchhaft.

Nach dem letzten Krieg wuchs das Industriepotential derart, daß es auch für kleine Industrieländer wie Schweden oder die Niederlande zur volkswirtschaftlichen Normalität wurde, aufgerüstet zu sein, also einen Höchststand von Rüstung zu haben. Rüstungsgüter sind heutzutage Industriegüter, die wie diese regelmäßig erneuert werden. Das Tempo der Erneuerung kapitalistischer Produktion verändert die Kriegsmaschinerie schneller, als Politiker und Militärs ihre Begehrlichkeit artikulieren können. Hochrüstung führt erstmals in der Geschichte nicht mehr zwangsläufig zum Krieg.

Hand in Hand mit dieser industriellen Entwicklung geht eine ideologische Neuerung. Die Industrie, die die Menschheit zur Kundschaft vereinheitlicht und den Massen tatsächlich materiell, aber auch geistig etwas zu bieten hat, nämlich einheitliche Massenware, beendet im 20. Jahrhundert die zweieinhalbtausendjährige Epoche der Kultur.

Die Industrie erlöst die letzte tragende Säule der Kultur, die Wissenschaft, von ihrem Dasein als Ideologielieferantin und macht sie zum Faktor der Produktion, zum ausschlaggebenden noch dazu. – Die Kunst, nebenbei gesagt, emanzipierte sich schon in der Renaissance von der Kultur, ohne von dieser je in die Freiheit entlassen worden zu sein. Jetzt, nach dem Ende der Kultur, ist die Kunst immerhin vogelfrei.

Das Ende der Kultur ist das Ende der großen Kriege. Mit der Kultur stirbt aber auch die Philosophie, die, weil sie mehr sein wollte, als sie sein konnte: mehr als Nachdenken über das Denken, mehr als kritische Theorie, zur Kriegspropaganda verkam. Die Philosophie stellte die Geschichte dar als einen in sich logischen Prozeß, der folglich ein logisches Ziel haben muß. Um dieses zu erreichen, ist alles recht; und der Krieg das letzte Gefecht. Die Philosophie überwucherte Erkenntnistheorie, Logik und Phänomenologie mit einer Geschichtsphilosophie, die, indem sie dem bisherigen Geschichtsverlauf Sinn auferlegt, auch über den weiteren Weg der Geschichte Bescheid weiß.

Der philosophische Unsinn zieht die politischen Sinnsucher, die Magier der Massen, nicht magisch, vielmehr magnetisch an. Der idealistische Hitler berief sich auf die Vorsehung, und er behielt recht. Sein Ende definierte, wofür er vorgesehen war. Der materialistische Stalin, der den Krieg gegen Hitler nicht nur vaterländisch, sondern auch heilig nannte, berief sich auf die Geschichte und wurde folglich von denen, die auch an die Geschichte glauben, nur an eine andere, auf einen der berühmtesten geschichtsphilosophischen Orte bugsiert: auf den Misthaufen der Geschichte. Was für eine Groteske. Ist doch die Geschichte selbst der Misthaufen.

Der letzte Krieg, der, indem er die Welt veränderte, etwas entschied, war der 1. Weltkrieg, wiewohl die Entscheidung schon vor Kriegsbeginn gefallen war. Der Krieg ging aus von der österreichisch-ungarischen Monarchie, die ihre zahllosen Nationalitäten förderte, sofern diese auf einen Nationalstaat verzichteten. Da sie aber nichts anderes als einen Nationalstaat wollten, mußte die Monarchie, im Wissen, daß sie untergehen wird, einen Krieg, der dann ein Weltkrieg wurde, beginnen.

Karl Kraus hätte diesen Krieg nicht als *Die letzten Tage der Menschheit* dargestellt, wäre ein willkürlicher Kriegsgrund, monarchischer Übermut etwa, auszumachen gewesen.

Nach dem Krieg blieb neben den vielen neuen Nationalstaaten, die sich wunschgemäß von der Monarchie lösten, auch der Kleinstaat Österreich über, der nun auch ein Nationalstaat war, das aber gar nicht sein wollte. An diesem Zustand, der selten anzutreffen ist, hat sich lange nichts geändert. Das war sympathisch aber unzeitgemäß. Heute wird nachgeholt, was offenbar niemand, auch Österreich nicht, schwänzen darf: der nationale Aufbruch.

Die Austrofaschisten hatten in den dreißiger Jahren einen solchen Aufbruch beabsichtigt, ihn aber derart klerikal angelegt, daß nur diejenigen aufbrachen, die als Mitglieder der Heimwehr auf den Taglohn von fünf Schilling plus ein Paar heiße Würstel angewiesen waren. Später, in der 2. Republik, verkündeten die Kommunisten den Österreichern so lange und erfolglos, daß sie Angehörige der österreichischen Nation seien, bis die deutschnationale Freiheitliche Partei Österreichs, die ebenfalls gescheitert war, den Österreichnationalismus erfand. Zur allgemeinen Überraschung und zum allgemeinen Entsetzen hatte sie damit Erfolg.

Diesem Erfolg kann nicht schroff genug entgegengetreten werden, schroff, aber illusionslos. Genauso agieren zurzeit die Demonstranten. Sie sind unorganisiert, aber dank Mobiltelephon und Internet auf dem laufenden. Jede und jeder, so scheint es, demonstriert allein vor sich hin, ein Schreck für alle Parteien, nicht nur für die Regierungsparteien. Langmut und Übermut der Demonstranten scheinen unerschöpflich zu sein. Sie sind das Gegenteil jener verbitterten Volksgemeinschaft, welche sich unsichtbar um die FPÖ schart. Und sie sind das Gegenteil jener populistischen Organisatoren von Großkundgebungen, die sich in beispiellos dummen Erklärungen mit der FPÖ darüber streiten, wer wirklich die wirklichen, also die anständigen und guten Österreicher sind. Der erbarmungslose Rechtspopulismus bringt automatisch einen erbarmenswerten Linkspopulismus hervor. Anderes ist auch nicht zu erwarten in einem Land, in dessen Medienbierzelt samt Intellektuellenstammtisch immer nur FPÖ als Vorspeise und deren Obmann als Nachspeise bestellt werden. Hauptspeise ist ein Journalismus, der davon, daß er ungenießbar ist, mit dem Argument ablenkt, Vor- und Nachspeise seien auch nicht besser.

Die witzigen, volkstheaterhaften Demonstrationen, die vermutlich eines Tages so unvermutet verschwunden sein werden, wie sie plötzlich da waren, sind, indem sie einem pragmatischen Nihilismus huldigen, politisch auf der Höhe der Zeit. Man will die nicht, die regieren; man will die nicht, die regiert haben; und den Gedanken, wer demnächst regieren könnte, erspart man sich lieber. Es ist eine Opposition, der, wie das aufgeweckten Kindern von dumpfen Erwachsenen zu widerfahren pflegt, vorgehalten wird, sie wisse nicht, was sie wolle.

Die Politiker Europas, welche Österreich mit Recht ächten, wissen selbstverständlich genau, was sie wollen. Sie werden in ihren Ländern von den Nationalisten mit dem Vorwurf bedrängt, die EU sei ein kaltes, ökonomisches Konstrukt. Und so wollen sie zeigen, daß sie, die Meister des ökonomischen und politischen Kalküls, den allseits vermißten moralischen und kulturellen Maßstab durchaus noch bei der Hand haben. Mit dem hauen sie die Nationalisten in Österreich und besänftigen so Regionalisten und Nationalisten im eigenen Land.

Die Umnachtung Österreichs durch den Ausbruch des Nationalismus – erstmals in diesem Land nicht eines deutschen, sondern eines österreichischen – ist für Europa kein Schreck – , sondern ein Testbild. Denn durch die Reduktion der Nationalstaatlichkeit wähnt der Nationalismus seine Existenz bedroht und schäumt noch einmal auf. Auch noch diesen Abschaum in das integrierte Europa zu integrieren ist nicht einfach. Wie eine Lösung aussehen könnte, wird zurzeit an Österreich ausprobiert. Deshalb käme der EU nichts ungelegener als ein Rückzug der FPÖ aus der Regierung.

Die Frage ist, ob die FPÖ sich unter EU-Einfluß zu einer Art europäischem Prototyp des brauchbaren Nationalismus modeln läßt, rechtschaffen faschistisch, das aber rechtschaffen demokratisch. Die EU als übernationales Gemeinwesen sähe auch ihre Nationalisten gern als übernational. Als Übernazis.

Der heutige Nationalist ist schrecklich zurückgeblieben. Er sehnt sich nach nationaler Politik als Herrschaftsgefuchtel, muß aber mitansehen, daß nicht nur Politik, insgesamt, sondern gerade nationale Politik an Bedeutung verliert. Deshalb setzt er im Namen der Politik auf Moral und Kultur, auf diese leeren Versprechungen, die er sich gibt, um sich als volle Persönlichkeit zu fühlen. Daß der Kapitalismus ihn deshalb verlacht, verletzt ihn allerdings tief. Wo er doch so auf ihn geschworen hat. Der ist eben auch nicht mehr der alte – : der gute, alte, nationale Kapitalismus.

Fuge

Im vorigen Jahr hatte ich, als ich an einem Sommertag durch Wien spazierte, erstmals das Empfinden, daß wir, die Stadt und ich, nicht mehr in der Nachkriegszeit leben. Ein halbes Jahrhundert hatte es gedauert, bis die Wunden vernarbten, die in der ersten Jahrhunderthälfte von eben den Katastrophen gerissen wurden, welche von dieser Stadt ausgegangen waren.

Am Ende des Jahrhunderts gab es offenbar einen Moment allgemeinen Aufatmens. Endlich mußte nicht mehr unter allen Umständen etwas getan, etwas geleistet werden. Den Wiederaufbau hatte man hinter sich, der Staatsvertrag war unter Dach

und Fach, die Neutralität hatte man hingenommen, man war Mitglied der Europäischen Union und unschlagbar im Schifahren und Osthandel, in letzterem vor und nach der Wende – so daß man am Ende des Jahrhunderts meinte, sich zurücklehnen und dem frönen zu können, wofür man bestimmt ist, dem Wohlleben.

In diesem Augenblick der Entspannung, in dem man bei sich ebenso zu Haus war wie anderswo, in dem kritische Köpfe es bereits den Dummköpfen überließen, sich kritisch über Österreich zu verbreiten, in diesem Augenblick krachte das politische System zusammen. Eine dunkle Staubwolke steht seither über dem Land. Das Ausland ist schockiert. Das Inland auch. Denn es kannte bislang nur zwei Arten von Ausländern, solche, die österreichische Hotels frequentieren, und solche, die sie putzen. Über solche aber, die über Österreich schockiert sind, ist man schockiert.

Das merkwürdig Verquere, aber auch das sonderbar Kostbare in diesem Land rührt daher, daß aus Österreich nie ein bürgerlicher Nationalstaat wurde und aus dem hiesigen Bürgertum keine selbstbewußte Macht, sondern ein trostloser Kulturverein. Aber auch die Sozialdemokratie begann und endete als Kulturverein. Weit und breit nichts, was über die Verkommenheit der Gegenwart hinausweist. Deshalb hat Kritik am Bestehenden nichts Fortschrittsfrohes, sie hat gerade in ihrer schärfsten satirischen und ironischen Gestalt, bei Karl Kraus, Alban Berg, Robert Musil, Elfriede Jelinek, etwas Vor-Bürgerliches, eine resignativ-aristokratische Note, die, fortgesponnen zu einer Melodie, als unbändiger Witz erklingt, der aber auch geistvoll instrumentiert sein will.

Adorno, Schüler Alban Bergs, den es auch später oft nach Wien zog, war nicht nur Kenner, sondern auch Teil jenes Phänomens. Auf unsere, der Studenten, respektvoll geäußerten Vorhaltungen, warum er seine Zeit in Wien nicht nur der Revolution, also uns, sondern auch der Aristokratie schenke, bemerkte er, statt zu antworten, den Aristokraten könne man alles mögliche nachsagen, nur nicht, daß sie bourgeois seien.Und er lud uns ins Opern-Café, wo er sich aber nicht an unseren Tisch, sondern ans Klavier setzte und hinreißend Walzer spielte.

Das Habsburgische Reich, ein Vielvölkerstaat altfeudalen Zuschnitts, ragte als gewaltiger anachronistischer Block hinein in eine Welt der bürgerlichen Nationalstaaten, nicht unähnlich dem späteren Vielvölkerstaat Sowjetunion. Stalin wurde übrigens von Lenin nach Wien entsandt, um hier die Nationalitätenpolitik der Monarchie zu studieren. Die Folgen sind bekannt; Rosa Luxemburg hat davor gewarnt. Nationalitäten zu hätscheln und mit zentralem Verwaltungsapparat zu verwöhnen, Nationalismus also dieserart zu züchten, den Nationalisten dann aber den Nationalstaat vorzuenthalten ist töricht und setzt den Glauben an einen von Gott eingesetzten Kaiser oder an eine von der Geschichte eingesetzte Partei voraus.

Innerhalb des Vielvölkerstaates waren die Österreicher, egal ob Bettler oder Aristokrat, die Herrenmenschen, sie waren das seit je und brauchten dazu weder Rassenlehre noch Nationalismus. Ja, sie sahen ihr Herrenmenschentum vom Nationalismus der anderen Völker bedroht. Die österreichische Großbourgeoisie ließ sich vom Kaiser adeln und sich von ihm eine Ringstraße bauen, wo sie in ihren Stadtpalais zeigen durfte, wer, wenn schon nicht die Macht, so doch das Geld hatte. Adel und Geldadel lasteten schwer auf dem Land, jedoch erdrückten sie es nicht. Gesellschaftlich bildeten sie eine prunkvoll-stumpfsinnige Reaktion, politisch blieben sie nobel. Sie verachteten, worauf die kleinbürgerliche Opposition mit Erfolg setzte, Antisemitismus und Deutschnationalismus.

Diese Konstellation scheint zu einer österreichischen Regel geworden zu sein: Auflehnung gegen Bestehendes trägt Züge, die abstoßender sind als das Bestehende selbst. Die FPÖ führt mit der Drastik eines Anschauungsunterrichts vor, welch wirrer Regel dieses Land immer noch gehorcht.

Nach dem 1. Weltkrieg zerbarst der Vielvölkerstaat in Nationalstaaten und in ein Österreich, das nicht wußte, was ein Nationalstaat ist. Keine politische Kraft, weder Sozialisten noch Konservative, hielt den Kleinstaat für überlebensfähig, wie das Lieblingswort damals lautete. Der Staat war lebensfähig, aber nicht überlebensfähig. Jede Partei plante den Anschluß des kleinen Landes an eine große Fiktion, die Sozialisten den Anschluß an ein sozialistisches Deutschland, das es nicht gab, die Konservativen suchten nach einer Monarchie, die es nicht gab. Sie propagierten den Anschluß so lange, bis er stattfand, nur anders, als sie gedacht hatten. Doch er war ihnen letztlich recht. Denn der Haß zwischen Sozialisten und Christdemokraten war größer als der Abscheu beider vor den Nationalsozialisten. Karl Kraus versuchte den Kontrahenten klarzumachen, daß ein Staat, der vom Nachbarstaat kassiert zu werden droht, neben Parteiung auch eines staatspolitischen Verhaltens bedarf. Dieser Versuch, den Untergang des Landes zu verhindern, wird ihm von jenen Fortschrittlichen, die den Untergang zielsicher suchten und fanden, heute noch als rückschrittlich angekreidet.

Österreich vermummte sich als Ostmark und zog mit dem Dritten Reich gen Osten. Der 2. Weltkrieg war der erste große Krieg in der Geschichte, der verloren war, ehe er begann, aber nicht aus kriegsinternen Gründen, sondern weil Krieg nichts mehr zu bewirken vermochte. Das hat jeder, wenn nicht gewußt, so doch geahnt. Deshalb zogen die Nazis sofort, als sie an die Macht kamen, in einen Ersatzkrieg, den sie sicher gewinnen konnten, weil es ein Krieg gegen Wehrlose war. Man nennt das Völkermord. Über dieses Wort sind die Täter froh, denn es suggeriert Großes. Auch daß ihre Taten als einzigartig gelten, hören sie gern. Und sie haben sich daran gewöhnt, daß von ihnen als von Barbaren und Monstern gesprochen wird.

Was sie fürchten: daß man ihren Alltag zeigt, diesen Ersatzkrieg, den sie, militärisch ausgerüstet, von Polizei und Behörden unterstützt, mit Unterkünften und Lebensmitteln versorgt, führten, ohne ein einziges Mal auf Gegenwehr zu stoßen. Einen solchen Krieg hat es in der Geschichte nicht gegeben und auch keine solchen Kriegshelden, die in nie dagewesener Feigheit und Niedertracht ins Feld zogen, das stets ein friedlicher Ort war, und ins Feld der Ehre, auf dem immer nur Wehrlose fielen. Tag für Tag. Jahr für Jahr. Der Ersatzkrieg wurde, weil nur er zu gewinnen war, systematischer geführt als der Krieg an der Front.

Die deutsche und ostmärkische Industrie, die bald keine Illusionen mehr über die Siegeschancen der Nazis hatte, machte diesen doch Illusionen, um dem Regime mehr und mehr Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter abzufordern. So wurde noch zu einer Zeit, als der Nationalsozialismus sichtbar abwirtschaftete, die Industrie gewaltig ausgebaut. Der Umstand, daß ein Krieg nichts entscheiden konnte, die Industrie hingegen alles, führte schließlich dazu, daß noch während der Nazizeit das Militär zum Anhängsel der Industrie wurde, für die dann auch die militärische Niederlage der Nazis keine Bedeutung hatte.

Die siegreichen Industrieländer verhehlten nicht ihren Respekt vor der während des Krieges herangewachsenen deutschen Industrie. Man mußte allerdings dem neuen Partner eintrichtern, daß die Nazimethoden, eine Industrie auszubauen, nicht zu verallgemeinern und deshalb abzulehnen sind. Das nannte man Entnazifizierung. Nickten die Belehrten, hieß das Aufarbeitung der Vergangenheit. Die Sache war einfach und klar, gewissermaßen typisch deutsch.

In Österreich war die Sache kompliziert und unklar. 1943 legten die Alliierten in der Moskauer Deklaration die Zukunft des Landes fest. Es sollte in den Grenzen von 1938 wiedererstehen. Von 38 bis 45 hatte es völkerrechtlich nicht existiert, es gab ja nicht einmal den Namen des Landes. Das okkupierte Land wurde nicht nur exkulpiert, es durfte sich sogar als das erste Opfer des Naziregimes gefallen.

Eben dieses Land war aber nach dem Krieg randvoll mit Nazis, die mit dem Schlimmsten rechnen mußten. Doch die Sieger senkten sich nieder nicht als Rächer, sondern als Himmelsmacht, sprachen das Land frei und bald auch seine Bewohner. Diese wurden, wie Hermann L. Gremliza das charakterisiert hat, standrechtlich zur Unschuld verurteilt. Der freudige Schreck saß so tief, daß sie und ihr politischer Nachwuchs bis vor kurzem stillhielten. Nun verlangt es sie offenbar nach einer Auffrischung des Schrecks. Und die Welt scheint geistesgegenwärtig genug zu sein, diesem Verlangen nachzukommen. Mehr will man einem kleinen Land nicht antun, wo es doch bisher, erhob man nur den Finger, ohnedies spurte wie kein anderes.

Auf sich gestellt, wirkt es allerdings konfus. Der Lehrer des Landes ist auch nicht Konfuzius, der weise Philosoph, sondern der von Nestroy geschaffene Konfusius. Der böse Zauberer, ein Meister der abstrakten Negation, sagt prinzipiell nein, weshalb seine Untertanen, wenn sie frei haben wollen, nicht um Urlaub bitten, sondern darum, arbeiten zu dürfen. Erst dadurch, daß diese Bitte abgeschlagen wird, kommen sie zu einem freien Tag.

Ähnlich konfus ging und geht es in der 2. Republik zu. Die neuen alten Parteien, Christ- und Sozialdemokraten, konnten sich um den Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens nicht kümmern, da sie sich, um bei Wahlen zu reüssieren, um die zahllosen Stimmen der ehemaligen Nazis balgen mußten. Man teilte sich diese Stimmen, teilte sich das Land und betrachtete den Staat als Parteieigentum.

Auf jeden Posten, der etwas abwirft, wird ein Schwarzer und ein Roter gesetzt, einer aus dem Geld- und einer aus dem Parteiadel. Die Bevölkerung liebt dieses feudalismusähnliche System, weil es sie schützt und fördert, und sie haßt es, weil es sie bevormundet und unterdrückt. Demokratie kennen sie nur vom Hörensagen. Wer sie im Ausland kennengelernt hat, kehrt meist nicht mehr zurück. Deshalb leben mehr Österreicher im Ausland als im Inland.

Doch um alle und alles kann das Ausland sich nicht kümmern. Man verordnete Österreich bereits eine westliche Verfassung, zwang ihm Parteien auf, schenkte ihm einen Staatsvertrag; um die Frage jedoch, ob es nur ein Staat oder auch eine Nation sei, muß es sich selbst kümmern, weil diese Frage außerhalb Österreichs niemanden interesssiert, schlimmer, weil niemand sie versteht.

Fragt man Franzosen oder Amerikaner, ob ihre Staaten auch Nationen sind, wissen sie nicht, wovon die Rede ist. Diese Staaten wurden Nationalstaaten, als das die avancierteste Form von Gesellschaft war. Überall aber, wo der Nationalstaat spät und mühsam entstand, ging das mit Nationalismus einher. Im Nationalismus findet die Scham der Bevölkerung darüber, daß sie Nation wird in einer Zeit, in der das wirtschaftlich und politisch überholt ist, eine aggressive Gestalt.

Österreich ist vielleicht der einzige Nationalstaat der Welt, der keiner sein wollte und doch nur als solcher existieren kann. Bis vor kurzem hat es einen österreichischen Nationalismus nicht gegeben. Er ist eine Erfindung der deutschnationalen FPÖ, eine sehr einfache Erfindung. Es geht niemals um österreichisch oder deutsch oder ungarisch oder tschechisch. Es geht nur um Nationalismus. Nur auf ihm gedeiht der Haß, ohne den nationalistische Politik nicht prosperiert.

Haß ist die Wut des Feigen. Also richtet er sich gegen Wehrlose. Der Preis dafür ist Selbsthaß. Die Mischung aus beidem macht den Charakter jener Bevölkerungsgruppe aus, die, wenngleich eine Minderheit, als schweigende Mehrheit hofiert

und auf Minderheiten losgelassen wird. Die schweigende Mehrheit, die, wie ihr Name sagt, nicht sprechen kann, hat im Anführer der FPÖ einen Sprechautomaten gefunden, der für sie spricht, weil er nicht schweigen kann. Diese beiden Faktoren, jeder für sich lächerlich, vermögen gemeinsam den Eindruck zu vermitteln, das Land sei umnachtet.

Michael Scharang schrieb in KONKRET 7/98 über die Seele des Fußballs

Konkret 04/00, S. 16

Andreas Spannbauer

Lieber einen Tirolerhut

Auf dem Umweg über Europa will die FPÖ ihre revanchistischen Forderungen durchsetzen – bis hin zum Anschluß Südtirols

Vor nunmehr knapp 40 Jahren starteten österreichische Neonazis in italienischen Bahnhöfen die »Operation Panik«. Mit Molotow-Cocktails wollten damals Studenten aus dem österreichischen und deutschen Burschenschaftermilieu, die sogenannten »Bumser«, den Anschluß Südtirols an Österreich herbeibomben. Als 1961 in einem Autobus in Rom ein Brandsatz hochging und mehrere Passanten verletzt wurden, war auch Rainer Mauritz mit von der Partie. Heute dürfte Mauritz, der wegen dieses Anschlags zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt wurde und später zum Obmann der FPÖ im Bezirk Korneuburg avancierte, erneut in Bombenstimmung sein. Mit der Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen könnte es wieder bumsen in Südtirol – auch wenn die FPÖ als Regierungspartei auf den Einsatz von Molotowcocktails getrost verzichten wird, bleibt der Revanchismus der Haider-Partei ein Sprengsatz an den Nordgrenzen Italiens und Sloweniens.

Die FPÖ will nicht weniger als die Möglichkeit zur Revision der territorrialen Vereinbarungen des Ersten Weltkriegs. Im Mittelpunkt ihres Interesses steht die autonome italienische Provinz Trentino-Alto-Adige. Im aktuellen Parteiprogramm skizziert die FPÖ die Option eines Anschlusses dieses Gebiets, das seit dem Friedensvertrag von St.-Germain-en-Laye vom Oktober 1919 zu Italien gehört, an die Alpenrepublik: »Österreich bleibt Schutzmacht der deutschen und ladinischen Südtiroler. Dem Land Südtirol ist die Möglichkeit des Beitrittes zur Republik Österreich in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes der Südtiroler offenzuhalten.« Sibyllinisch heißt es: »Durch politische Entwicklungen kann Südtirol jederzeit zum Spielball inneritalienischer Konflikte werden« – die, so darf man annehmen, nach dem Willen der FPÖ für den Fall ihres Eintretens nicht lange inneritalienisch bleiben sollen.

Zur Legitimation der österreichischen Ansprüche sieht die FPÖ eine offensive österreichische Volksgruppenpolitik vor, die den Bestand der Volksdeutschen als ethnische Minderheit in Abgrenzung zu den italienischen Staatsbürgern gewährleisten soll. »Bis zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Südtiroler« – mit dieser Formulierung deutet die FPÖ an, daß der Anschluß nach ihrem Willen offenbar nur noch eine Frage des Zeitpunktes darstellt – »ist es die historische Aufgabe Österreichs, den Bestand der deutschen und ladinischen Volksgruppen in Südtirol sowie den international abgesicherten rechtlichen Status mit allen verfügbaren friedlichen Mitteln zu sichern«.

Zentrale Kategorie ist für die Haider-Partei in diesem Zusammenhang das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das die FPÖ als »unteilbar und unverzichtbar« ansieht – und das damit, weil nicht teilbar, auch für die Volksdeutschen zu gelten habe. An anderer Stelle im Programm heißt es, »daß die Siedlungsgrenzen der Völker zumeist nicht mit den Staatsgrenzen zusammenfallen, und daher zahlreiche Staaten Europas angestammte ethnische Minderheiten vorweisen«. Zur Lösung dieses vermeintlichen Problems setzt die FPÖ auf Sezession statt Integration. Der »innere Friede Europas« sei »über ein Volksgruppenrecht zu sichern.« Ein solches europäisches »Volksgruppenrecht« soll »die Lösung von Minderheitenfragen auf der Grundlage des Selbstbestimmungrechtes und des Rechts auf Heimat gewährleisten.«

Für Südtirol bedeuten die Vorstellungen der FPÖ: los von Rom und heim ins Reich. Als Vorbild dient der Anschluß der DDR an die Bundesrepublik: »Wenn es den Deutschen in der ehemaligen DDR gelang, ihr Selbstbestimmungsrecht zu erkämpfen, warum nicht auch den Südtirolern«, fragt sich der kulturpolitische Berater von Jörg Haider, Andreas Mölzer, in einem Beitrag für das Buch *Europa der Regionen*, dem »Manifest des neuen ethnozentristischen europäischen Regionalismus« (»Kommune«). Folgerichtig votierten die Freiheitlichen gegen die 1992 vor den Vereinten Nationen beschlossenen Streitbeilegungserklärung zwischen Österreich und Italien, die das völkerrechtliche Ende des seit Jahrzehnten andauernden Konflikts um den Status Trentino-Südtirols bedeutete.

Um den territorialen Ansprüchen auf Südtirol auch in ihrer Parteistruktur Ausdruck zu verleihen, haben die Freiheitlichen in Südtirol 1992 einen Landesverband eröffnet – eine Vorgehensweise, die in anderen europäischen Grenzregionen alles andere als üblich ist. Der Vorsitzende der FPÖ-Dependance, Pius Leitner, sitzt für die Haider-Partei sogar im Bozener Landtag. Leitner, der auch Mitglied im Vorstand der FPÖ ist, verspricht sich jetzt von der Machtbeteiligung seiner Partei in Wien auch eine Stärkung seiner Aktivitäten in Italien: »Natürlich erwarten wir uns jetzt Rückenwind.« Edith Klotz, Vorsitzende der »Union für Südtirol« (UfS), die ebenfalls für eine Loslösung von Rom eintritt, sieht sogar schon rot-weiß-rote Fahnen zwischen Etsch und Eisack wehen: »Jetzt muß ein Referendum her.« Konkrete Planungen kann die Separatistin bereits vorlegen. In einem ersten Referendum sollen die 450.000 Bewohner der autonomen Provinz Alto Adige über ihre Loslösung von Italien befinden. In einem zweiten Schritt will Edith Klotz dann eine Entscheidung über Souveränität oder Wiedervereinigung mit Österreich herbeiführen.

Kein Wunder, daß man in Bolzano die Entwicklung in Österreich und das damit verbundene Selbstbewußtsein der deutschsprachigen Landsleute mit Sorge betrachtet. »In seinem Wahlprogramm fordert Haider die Rückgabe Südtirols an Österreich«, sagt Donato Seppi, Abgeordneter im Südtiroler Provinzparlament. »Das verrät die wahren Hoffnungen der

österreichischen Rechten, nämlich die Wiederherstellung eines vereinigten Tirol von austro-ungarischer Prägung.« Der Regierungschef der Provinz, Luis Durnwalder von der »Südtiroler Volkspartei«, nennt Haiders Vorstöße für eine Selbstbestimmung »unvernünftig bis gefährlich«. Haider trage »Unruhe und Unsicherheit in unsere Bevölkerung«.

Ganz ausschließen will niemand eine Heimkehr Südtirols ins Reich, obwohl die Separatistenparteien FPÖ und UfS im Landtag nur 3 von 35 Sitzen halten. Landeshauptmann Durnwalder meinte noch im November 1999, daß sieben von zehn Südtirolern für den Verbleib der Provinz in Italien votieren würden, wenn die Umfrage »von einem Tag auf den anderen« durchgeführt würde. Doch die Stimmung könne schnell umschlagen: Hätten die Befürworter des Anschlusses nämlich ein halbes Jahr Zeit, für ihre Idee zu werben, gebe es »eine Mehrheit für Österreich«, prognostiziert Durnwalder. Beobachter in Rom bewerten die Situation ähnlich.«Viele Südtiroler erliegen dem Charme des Führers«, warnte die Zeitung »La Repubblica« nach dem Ausgang der Nationalratswahl im Oktober vor einer »neuen Bruchlinie in den Alpen«.

Vorerst aber führt der Weg zum österreichischen Südtirol für die Freiheitlichen über Europa, genauer gesagt: über die »Europaregion Tirol«. Bei der Wahlkampferöffnung der Südtiroler Freiheitlichen am 15. Oktober 1993 hat Jörg Haider die Marschrichtung ausgegeben: »Man braucht nicht mehr die Wahlkabine, da der europäische Einigungsprozeß, wenn er friedlich durchgeführt wird, der Wiederangliederung jener Regionen wie Tirol Raum lassen muß.« In Rom nahm man diese Strategie mit Verärgerung wahr. So warnte der damalige italienische Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro 1995 vor »falschen Europäisten«, die »meinen, sie könnten Europaregionen erfinden, um vor der nationalen Einheit zu flüchten«.

In einem Papier aus dem Büro von Jörg Haider aus dem Jahr 1996 wird ein Szenario für das weitere Vorgehen entworfen. Die FPÖ, die ansonsten eher durch antieuropäische Äußerungen aufgefallen ist, entwickelt darin eine erstaunliche Begeisterung für die EU. Unter dem Deckmantel der Schaffung einer Euroregion wird die Loslösung der von der FPÖ beanspruchten Gebiete aus der Verfügungsgewalt des italienischen Staates betrieben. Wörtlich heißt es: »Übertragen nun die oben genannten Staatsgebilde Kompetenzen an die Europaregion, so bedeutet dies, daß sowohl Europa als Ganzes, als auch die einzelnen Gliedstaaten und letztlich die heutigen Länder respektive Provinzen Zuständigkeiten abgeben müssen und dadurch bei Berücksichtigung der gesamteuropäischen Entwicklung ihre eigene Existenzberechtigung in Frage stellen.« Klar, daß die inhaltliche Auseinandersetzung über die Europaregion Tirol angesichts der Anschlußbemühungen der Freiheitlichen »völlig losgelöst von allen anderen Problembereichen in der Tirolfrage geführt werden soll«, wie es in dem Papier vielsagend heißt.

Italien ist aber nicht das einzige Land, daß sich künftig mit den Revanchisten in der Wiener Regierung herumschlagen muß. Das Parteiprogramm der FPÖ weiß: »Gegenüber den zahlreichen Angehörigen der deutschen Volksgruppen auf dem Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie besteht für Österreich ebenfalls eine besondere historische Verantwortung und Schutzverpflichtung.« So plädierte Haider auf dem 10. Europäischen Volksgruppenkongreß in Bad Eisenkappel (Kärnten) nach der Devise Auge um Auge für »einheitliche europäische Standards, wie mit ethnischen Minderheiten umzugehen ist«. Anders gesagt: Haider verknüpft die Frage des Umgangs mit der slowenischen Minderheit in Kärnten mit der Anerkennung der deutschsprachigen Minderheit in Slowenien und nutzt den ersehnten EU-Beitritt der Slowenen als Druckmittel. So verlangt der Kärntner Landeshauptmann von der slowenischen Regierung die Anerkennung sogenannter »Altösterreicher« (Haider), deren Zahl der Grazer Historiker Stefan Karner mit »1813 plus x« beziffert. Haider betreibt Destabilisierung nach dem Euro-Modell: So wurden Anfang des Jahres »Absichtserklärungen für die Ausweitung der Kooperation über andere Grenzen hinweg« (»FAZ«) vereinbart, mit denen Nordost-Italien, Slowenien, Kärnten, die Steiermark und Ungarn enger zusammengebunden werden sollen.

Operationalisiert wird der Revanchismus auch durch eine perfide Neudefinition der Entschädigungsfrage. Im Interview mit dem »Spiegel« teilte Haider Anfang Februar mit: »Zusätzlich (zur Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter) ist es mein Wunsch, daß wir auch mit jenen Ländern Gespräche aufnehmen, die noch nach Ende des Kriegs Österreicher in Kriegsgefangenschaft und Zwangsarbeit gehalten haben.« Den Hinweis der »Spiegel«-Redakteure auf die Frage der Kriegsschuld konterte er trocken: »Das ist für mich keine Frage der Kriegsschuld, weil der Krieg damals bereits beendet war; schließlich gibt es ein internationales Recht.« Diese kaltschnäuzige Haltung findet nun auch in der Regierungserklärung des Schüssel-Kabinetts ihren Niederschlag. Hinsichtlich der österreichischen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs und für die in Folge der tschechoslowakischen Benesch-Dekrete und AVNOJ-Bestimmungen nach Österreich »vertriebene« Bevölkerung werde man sich »um sachgerechte Lösungen bemühen«, heißt es im Koalitionsprogramm. Die tschechische Regierung reagierte auf den Vorstoß brüsk. Es könne nicht hingenommen werden, daß die österreichische Regierung die Opfer der nationalsozialistischen Untaten, an denen viele Österreicher beteiligt gewesen seien, und die Vergeltung dieser Untaten auf eine Stufe stelle. Die Tschechen sind besonders aufgebracht, weil die FPÖ ihre Zustimmung zur tschechischen Aufnahme in die EU von dieser Frage abhängig macht.

Dabei ist, nebenbei bemerkt, die Behauptung aus Prag, Haider wolle Täter und Opfer auf eine Stufe stellen, stark übertrieben. Denn während er Angehörigen der Waffen-SS 1995 einen »anständigen Charakter« bescheinigte, weigerte sich der Kärntner Landeshauptmann noch im März vergangenen Jahres, Nazi-Opfern, die bei den Partisanen gekämpft hatten, eine vom Bundespräsidenten verliehene Ehrenmedaille zu überreichen. Haiders Begründung: »Partisanenkampf war gegen

Österreich gerichtet. Das hat mit Nationalsozialismus gar nichts zu tun, diese Leute haben auch nach Kriegsende noch an der Seite einer kommunistischen Macht gegen Österreicher gekämpft.« Im selben »Profil«-Interview leugnete Haider die Verantwortung der Österreicher für die NS-Verbrechen: »Wir Österreicher sind nicht für den Geschichtsabschnitt verantwortlich, der vor der Wiederentstehung Österreichs war.« Nicht einmal ein Jahr später sagt Haider im »Spiegel«: »Wir bekennen uns dazu, daß wir auch verschiedene Dinge in Ordnung zu bringen haben.« Was wie ein Büßergewand aussieht, ist in Wirklichkeit der Kampfanzug: In der Toleranz gegenüber der slowenischen Minderheit in Kärnten und der Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern hat Haider ein probates Mittel erkannt, um im Gegenzug eine aggressive österreichische Volksgruppenpolitik in den Nachbarländern und die Rehabilitation alter Nazis zu legitimieren.

Andreas Spannbauer schrieb in KONKRET 3/2000 über Haiders bundesdeutsche Bergführer beim Aufstieg der FPÖ zur Regierungspartei

Konkret 04/00, S. 18

Conrad Schuhler

Bock als Gärtner

Die CDU hat ihre Kassen prüfen lassen. Alle relevanten Fragen bleiben weiter ungeklärt. Das wundert nicht, wenn man die Prüfer genau betrachtet

In der heißen Phase des Parteispendenskandals, um die Jahreswende 1999/2000, wies der CDU-Parteivorsitzende Schäuble Fragen nach den Details der CDU-Schmiergelder stets mit dem Hinweis auf die bevorstehende »Aufklärung« durch die Wirtschaftsprüfer der Partei zurück. Da würden dann keine Fragen mehr offen bleiben. Die Wirtschaftsprüfer präsentierten ihre »Nachprüfung« am 20. Januar. Ihr Ergebnis: »Entscheidende Punkte bleiben nach wie vor ungeklärt.« Selbst nach dem Prüfungsbericht ist die Herkunft von etwa 50 Millionen Mark unklar, ihre Verwendung durch die Partei mithin illegal. Das Geheimnis der Millionen in schwarzen Kassen, Liechtensteiner Tarn-Stiftungen und auf illegalen Anderkonten blieb ungelüftet.

Damit war zu rechnen. Schließlich sind die »Nachprüfer« genau jene Wirtschaftsprüfer, die seit Jahrzehnten den jährlichen Rechenschaftsberichten der CDU testierten, sie seien korrekt. Und vor allem: Der Wirtschaftsprüfer der CDU heißt »Ernst & Young«, mit 85.000 Mitarbeitern und 20 Milliarden Jahresumsatz die weltweit drittgrößte Firma der Branche mit der Zentrale in den USA und Filialen in aller Welt. Ihr Wirken ist denn auch aufs engste verknüpft mit Korruptionsskandalen in aller Welt:

1973-2000, Elf Aquitaine: Ernst & Young stellt dem französischen Erdölkonzern ohne jede Beanstandung die jährlichen Prüfvermerke aus. Dabei hat das über lange Jahre umsatzstärkste Unternehmen des Landes nach den Ermittlungen der Pariser Staatsanwaltschaft allein von 1989 bis 1993 rund 900 Millionen Mark zur Bestechung aus- und inländischer Politiker eingesetzt. Unter ihnen der damalige französische Außenminister Roland Dumas, der für den Verkauf von Kriegsschiffen an Taiwan zu sorgen hatte. Im Februar 2000 ist der Elf-Komplex in Paris erneut vor Gericht verhandelt worden.

1975/1976, Lockheed: Anhörungen vor einem Komitee des US-Senats offenbaren, daß die Rüstungsfirma Lockheed seit Jahrzehnten Politiker in aller Welt geschmiert hat. Zu den Geschmierten gehören u. a. der holländische Prinzgemahl Bernhard, der frühere Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß und der japanische Altfaschist Yoshio Kodama, der 1945 als Kriegsverbrecher verurteilt worden war. Wirtschaftsprüfer von Lockheed: Ernst & Young. Einer ihrer Geschäftsführer, Willam Findley, sagt dem Senatsausschuß, man habe Kodama bezahlt, weil er »eine einflußreiche Figur ist, die Zugang zu wichtigen Leuten hat«. Ernst & Young war also in das Bestechungssystem voll eingeweiht und hat es auch verteidigt.

Da der Senatsausschuß seine Untersuchungen auf die Jahre 1970 bis 1975 beschränkte, blieben die Details der Strauß-Bestechung im Dunkeln. Der CSU-Vorsitzende hatte in seiner Zeit als Verteidigungsminister Lockheed einen Auftrag über 700 »Starfighter«-Düsenjäger zugeschanzt. Das System, stellte der Bundesrechnungshof später fest, sei »nicht beschaffungsreif« gewesen. In 182 Fällen kam es durch Absturz zum Totalschaden, 87 Piloten verloren dabei ihr Leben. Daß Strauß und die CSU für jeden Starfighter eine »Provision« von 5.000 Dollar einsteckten, wurde nie bewiesen. Doch selbst das Landgericht München mußte dem CSU-Chef und späteren Kanzlerkandidaten der Union bescheinigen: »Es kann ... keinem Zweifel unterliegen, daß ... ihm ... der Geruch der Korruption anhaftet.«

1988, die Bank von England: Ernst & Young muß 45 Millionen Dollar an die Bank von England zahlen. Die englische Zentralbank hatte 1984 »Johnson Matthey Bankers« mit einer öffentlichen »Finanzspritze« vor der Pleite bewahren müssen. Johnson Matthey wies uneinlösbare Außenstände von über 200 Millionen Pfund auf. Der Wirtschaftsprüfer der Bank, Ernst & Young, hatte zuvor die Solvenz des Unternehmens bestätigt. Deshalb mußte Ernst & Young 1989 weitere 42,5 Millionen Dollar an die Mutterfirma der Bank zahlen.

1990, Honolulu: Ein Bundesgericht in Honolulu verurteilt Ernst & Young zu einer Geldstrafe von 18,9 Millionen Dollar wegen Beihilfe zum Betrug. 4.000 Investoren hatten sich von gefälschten Profitprognosen einer Investment-Firma (FP Investments) blenden lassen. Wirtschaftsprüfer Ernst & Young hatte die falschen Prognosen und Wirtschaftlichkeitsrechnungen bestätigt.

1991, Washington: Die Bundesbehörde »Securities & Exchange Commission« (Banken- und Börsenaufsicht) legt Ermittlungsergebnisse vor, wonach Ernst & Young Prüfberichte über eine Bank in Dallas/Texas geschönt hatte und gleichzeitig 50 Mitarbeiter von Ernst & Young Darlehen der Bank in Höhe von 21,8 Millionen Dollar erhielten.

1992, Leuna/Minol: Elf Aquitaine erwirbt die Erdölraffinerie in Leuna und die Minol-Tankstellenkette der Ex-DDR. Elf-Wirtschaftsprüfer Ernst & Young übernimmt auch die Prüfung von Leuna und Minol. Französische und Schweizer Staatsanwälte ermitteln, daß Elf beim besonders günstigen Einkauf von Leuna/Minol mindestens 85 Millionen Mark »an die deutsche Lobby« ausgeschüttet hat. Ehemalige Manager von Elf sagen aus, der französische Präsident Mitterrand habe

dem staatlichen Konzern aufgetragen, der CDU 30 Millionen Mark für den bevorstehenden Wahlkampf von Helmut Kohl zu spendieren. Nach den von Ernst & Young geprüften Berichten der Firmen wurde kein Pfennig ordnungswidrig ausgegeben.

1992, der große Sparkassencrash in den USA: 1986/87 kracht das Sparkassensystem der USA, das Spar- und Kreditsystem der kleinen Leute, zusammen. Für Sparer und Steuerzahler entsteht ein Verlust von weit über 10 Milliarden Dollar. Harris Weinstein, Chefberater der Sparkassenaufsichtsbehörde (OTS), stellt fest: »Unsere Meinung ist, daß nur wenige der Betrügereien und überhaupt keines der Hoch-Risiko-Projekte hätten laufen können ohne die aktive Unterstützung hochqualifizierter Profis, einschließlich von Anwälten und Wirtschaftsprüfern.« Ein Drittel der 690 betroffenen Finanzinstitute haben Ernst & Young als Wirtschaftsprüfer. Dazu zählen alle Großen, wie z. B. die Silverado Savings and Loan Association in Denver/Colorado, in deren Vorstand der Präsidentensohn Neil Bush sitzt. In dem »Settlement« von 1992 muß Ernst & Young 400 Millionen Dollar zahlen.

1993, Irland: Ernst & Young muß 110 Millionen Dollar zahlen, weil die Firma die Prüfung der Insurance Corp. of Ireland nachlässig und fehlerhaft durchgeführt hat. Die Versicherungsgesellschaft ging 1985 bankrott und verursachte einen Schaden von 1,4 Milliarden Dollar. Ernst & Young hatte der Firma bis zuletzt positive Ergebnisse bestätigt.

1996, Köln/Stuttgart: Der Kölner Wirtschaftsprüfer »Prof. Dr. Erwin Pougin GmbH«, der seit 1971 die CDU-Rechenschaftsberichte prüft, wird von Ernst & Young übernommen. Die Firma hat ihr deutsches Hauptquartier in Stuttgart eingerichtet.

April 1999, Bonn/Stuttgart: Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Jochen Henke, engster Vertrauter des neuen CDU-Schatzmeisters Mathias Wissmann, als dessen Staatssekretär er zuvor im Verkehrsministerium tätig war, wird Mitarbeiter in der Zentrale von Ernst & Young in Stuttgart.

April 1999, New York: Verklagt wegen »Betrug und Unfähigkeit« bei der Prüfung der Bücher einer Großhandelsfirma (Merry-Go-Round Enterprises Inc.), entschließt sich Ernst & Young am Vorabend des Prozesses, 185 Millionen Dollar an die Geschädigten zu zahlen.

19.12.1999, New York: Ernst & Young muß in einem der bizarrsten Wirtschaftsprüfer-Skandale der Geschichte 335 Millionen Dollar zahlen. Drei aufeinander folgende Jahresberichte von CUC International, sieben Vierteljahresberichte und über 20 Einzel-Aufstellungen waren grob gefälscht, so daß die Firma einen nicht vorhandenen 500-Millionen-Dollar-Gewinn vorspiegeln konnte. Ernst & Young bestätigte in jedem Fall die Richtigkeit der Angaben.

23.12.1999, Berlin: Ernst & Young präsentiert in Berlin den Rechenschaftsbericht der CDU von 1998. Er wird als »korrekt« vorgestellt, obwohl z. B. die Spenden, deren Empfang Helmut Kohl zuvor öffentlich zugegeben hat, nicht aufgeführt sind.

Quellen: »Facts on File World News Digest«, 21.2.76; »Newsweek«, 16.2.76; *Schwarzbuch: Strauß, Kohl & Co.*, PDI-Konkret 6, Köln 76, S. 131f.; Werner Rügemer, *Wirtschaften ohne Korruption?* Frankfurt/Main 96, S. 120; »The Wall Street Journal«, 14.2.89; »The Wall Street Journal«, 29.8.90; »Los Angeles Times«, 14.6.91; »Accounting Today«, 24.6.91; »Public Citizen«, 21.7.93; »The Wall Street Journal«, 6.10.93; »The New York Times«, 18.12.99; »PR Newswire«, 17.12.99; »The Wall Street Journal«, 20.12.99; »Der Spiegel« 5/2000

Vorabdruck aus: Conrad Schuhler: »Verbrechen Wirtschaft. Der moderne Kapitalismus als höchstes Stadium der organisierten Kriminalität.« ISW-Report Nr. 42, April 2000 (ISW – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e. V., Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München. Tel.: 089/130041, Fax: 089/1689415)

Conrad Schuhler schrieb in KONKRET 2/2000 über das deutsche Almosen für die NS-Sklavenarbeiter

Konkret 04/00, S. 20

Otto Köhler

Powerhaus mit Pulver

Nicht nur Deutsche und Dresdner Bank, sondern auch die Managerin ihres Zusammenschlusses, die Allianz AG, hat eine feine Geschichte

»Farbe bekennen« in der ARD? Aber ja, aber gern, es ist doch eine Lust zu leben. Am Morgen auf ihrer großen Pressekonferenz waren sie – entschlossen, sich zum »Führer dieser Bewegung« zu machen – als »gemeinsames europäisches Powerhouse mit globaler Reichweite« in den Fusionskrieg gegen die ganze Welt gezogen: die Chefs der Dresdner und der Deutschen Bank. Und jetzt, am Abend, fragt Sigmund Gottlieb, der Agitator des Bayerischen Rundfunks: »Wozu brauchen Sie noch den Rat eines Kanzler Schröder, wozu brauchen Sie einen Finanzminister Eichel? Das kann Ihnen doch egal sein, ist es Ihnen letztendlich wohl auch.« – »Oh, nein«, lacht da der Deutsche-Bank-Vorstandssprecher Breuer: »Ich hoffe, die brauchen *meinen* Rat manchmal, hier hat der Bundeskanzler das Sagen und das Parlament, also wir sind nicht im rechtsfreien Raum«. Doch dann, wieder ganz ernst, fügt er hinzu: »Wir brauchen Freiraum!« Und Bernhard Walter, der Sprecher der geschluckten Dresdner Bank lächelt still dazu. Es fehlt auf dem Studiotisch Chaplins Globus zum Spielen für die Global Players.

Den Freiraum, den haben sie jetzt, und der ist für sie nur noch begrenzt durch die Reichweite der spätergeborenen Mutter aller Allianzen: der Allianz AG. Dieser weltweite Konzern gehört zwar zu 7 Prozent der Deutschen und zu 10 Prozent der Dresdner Bank, nur die Münchner Rückversicherung hält mit 25 Prozent einen höheren Anteil. Aber umgekehrt besitzt die Allianz Holding 22 Prozent von der Dresdner Bank und 5,3 Prozent an der Deutschen Bank (macht zusammen 12 Prozent an dem durch die Fusion der beiden Banken entstehenden Finanzinstitut) als größter Einzelaktionär. Und zusammen halten sie maßgebliche Anteile an der deutschen Großindustrie.

Alles ist mit allem verflochten. Der gigantische Verbund von Banken, Versicherungen und Industrie, der sich bis heute »Deutschland AG« nannte, bricht zur Weltbeherrschung auf. Die Sieger des Zweiten Weltkriegs, jetzt sogar die USA, sehen sich von der Verlierern beiseite geschoben (daß mit der Dresdner und der Deutschen Bank ausgerechnet jene beiden Institutionen zur Nummer eins der internationalen Bankenwelt werden, die die US-amerikanische Militäradministration (Omgus) nach 1945 dringend aufzulösen empfohlen hatte, zeigt, wer tatsächlich als Sieger aus dem II. Weltkrieg hervorgegangen ist). Die (neue) Deutsche Bank wird mit einer Bilanzsumme von knapp 2,5 Billionen Mark die größte Bank der Welt. Dicht gefolgt vom Achsenpartner Japan, mit dem für den Herbst geplanten Zusammenschluß zur Mizuno-Gruppe an zweiter und mit der für 2001 vorgesehenen Großfusion der Geldinstitute Sanwa, Asahi und Tokai Bank mit einer Bilanzsumme von zwei Billionen Mark an dritter Stelle. Jalta kann den Achsenmächten längst gestohlen bleiben.

Es ist wie 1870, in der Geburtsstunde der Deutschen vor 130 Jahren. Es herrscht wieder, wie kurz vor dem Sieg über Frankreich, Kairós*. Nur der Jude steht, abermals, der deutschen Weltmacht im Weg. Während die Clinton-Administration in einer Nebenfrage – ob ein CDU- statt eines Schröder-Mannes IWF-Chef wird – eine Riesenknallerei veranstaltete, scheint der Jüdische Weltkongreß sich doch noch aufgerafft zu haben, um die Deutschen auf ihrem Weg zur Weltmacht (Breuer: »Wir sind ein Powerhaus und haben Pulver«) zu bremsen – mit einem von ihnen selbst produzierten Hindernis. Denn einiges von dem Pulver ist gestohlen und geraubt.

Die Stiftung »Erinnerung Verantwortung Zukunft«, mit der die deutsche Wirtschaft wiedergutmachen zu wollen vorgibt, was sie ihren Zwangs- und Sklavenarbeitern angetan hat, ist entstanden, nachdem ihre seit einem halben Jahrhundert betrogenen Opfer endlich Sammelklagen gegen deutsche Firmen und Banken erhoben und in Boykottanzeigen den Anteil der deutschen Industrie an der Ausbeutung der Zwangsarbeiter/innen deutlich machten. Das schuf eine ernste Lage für die deutsche Industrie in den USA.

Die Deutsche Bank, die damals gerade zu ihrer Fusion mit dem US-amerikanischen Finanzinstitut Bankers Trust ansetzte, erweckte urplötzlich den Eindruck, sie gehe nun in sich, indem sie – nach dessen Tod – gestand, ihr Held und Ehrenaufsichtsrat Hermann Josef Abs könne womöglich doch etwas mit Auschwitz und dem geraubten Gold der Juden zu tun gehabt haben – und indem sie aktivster Gründer des famosen Entschädigungsfonds wurde, in den Industrie und Banken bis heute nicht den vereinbarten Anteil eingezahlt haben.

Der Mann, der das als Unterhändler der deutschen Bundesregierung vertritt, ist Otto Graf Lambsdorff, den einst die über die Münchner Rückversicherung eng mit der Allianz verbundene Viktoria-Versicherung in die Politik entsandt hatte. Er verlangt, daß auch die den Juden unterschlagenen Versicherungspolicen aus dem Stiftungsvermögen bezahlt werden sollen, das ohnedies nicht reicht. Die Versicherungsgesellschaften wollen die von ihnen einbehaltenen Summen nicht direkt zahlen, die rechtmäßigen Besitzer der Policen sollen mit einem kleinen Anteil aus dem Fonds abgefunden werden und gefälligst keine Forderung mehr erheben.

Doch diese Sparsamkeit wird der deutschen Finanzallianz hoffentlich noch viel Kummer bereiten. Die »Frankfurter Allgemeine« ist schon ganz besorgt: »In New York drohte der geschäftsführende Direktor der Jüdischen Weltkongresses

(WJC), Elan Steinberg, man werde sich mit Hilfe jüdischer Anwälte und einflußreicher amerikanischer Politiker gegen die Fusion von Deutscher und Dresdner Bank stemmen, wenn die Versicherungsproblematik nicht gelöst werde.« Bei der Allianz, meldet die »FAZ«, halte man zwar »solche Sprüche« für »Quatsch«, mache sich aber dennoch »ernsthafte Sorge« wegen der »Umtriebigkeiten einiger amerikanischer Behördenleiter«. So habe der Insurance Commissioner von Kalifornien der Allianz »sogar mit dem Entzug der Zulassung gedroht, sofern das Unternehmen ihm nicht die Liste mit allen Versicherungsverträgen überlasse, die zwischen 1922 und 1947 abgeschlossen worden seien«. Diese Liste wolle er mit eigenen Daten abgleichen, um – und das empfindet man bei der Allianz anscheinend als skandalös – herauszufinden, wie viele Versicherungspolicen an Verfolgte des Nationalsozialismus nicht ausgezahlt worden seien.

Eine Unverschämtheit, stand doch die Allianz, wie Professor Peter Borscheid, der Marburger Lehrstuhlbesitzer für Wirtschaftsgeschichte, in seiner Festschrift *100 Jahre Allianz* 1990 wissenschaftlich einwandfrei nachwies, an der Spitze des Widerstands gegen die Nazis. So habe etwa Dr. Hans Heß, Vorstandsvorsitzender seit 1933, »über viele Jahre« sich »nach Feierabend« mit dem Sozialdemokraten (und späteren Ministerpräsidenten von Niedersachsen) Hinrich Kopf »zu mancher Runde Skat« zusammengefunden.

Damit hatte sich die Allianz aber auch schon verausgabt. Borscheids autorisierter Jubelband konstatiert: »Relativ wenig kann der Vorstand der Allianz tun, als die Verfolgung der Juden beginnt, als eine unbekannte Zahl von Mitarbeitern menschenverachtenden Schikanen und Diskrimierungen ausgesetzt ist, die für viele mit dem Tod enden.« Borscheid übersieht dabei völlig, daß die Allianz da doch für die gesamte deutsche Versicherungswirtschaft Maßgebendes geleistet hat. Ihr Vorstandsmitglied Eduard Hilgard nahm als Vertreter der deutschen Versicherungsgesellschaften an der großen Konferenz teil, die Hermann Göring nach der Reichspogromnacht 1938 einberief. Göring, laut Protokoll: »Herr Hilgard. Durch den berechtigten Zorn des Volkes gegenüber den Juden sind eine Reihe von Schäden im ganzen Reich angerichtet worden.« Er wolle nun wissen, ob es tatsächlich so sei, daß »der Schaden von der deutschen Versicherungsgesellschaft gedeckt wird«. Hilgard konnte nur gewunden bejahen. Göring wütend: »Mir wäre es lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet.« Hilgard pflichtete bei, es sei doch »eine Selbstverständlichkeit, daß der ehrbare deutsche Kaufmann nicht der Leidtragende sein darf. Ich habe auch mit den Unternehmungen gesprochen, ich habe dafür gesprochen, daß der Schaden nicht an den Ariern hängen bleiben darf.«

Der Allianz-Mann einigte sich mit Göring darauf, daß die Gesellschaften – des Auslandsgeschäftes wegen – den Juden ihren Schaden bezahlen müßten und daß anschließend dieses Geld vom Reich zu beschlagnahmen sei. Einen kräftigen Rabatt allerdings sollten die Versicherungen bekommen. Göring zum Schluß, als Hilgard immer noch über einen »rettungslos« an den Ariern hängenbleibenden Schaden jammerte: »Dann sorgen Sie gefälligst dafür, daß nicht so viele Fenster eingeschmissen werden! Sie sind auch ein Teil des Volkes. Schicken Sie Ihre Vertreter hinaus. Die sollen sofort aufklären.«

Doch die Allianz war schon seit langem ein höchst spendabler Teil gerade dieser Art von Volk. Die Seite 118 der Festschrift ziert ein Foto von Hakenkreuzmännern mit der Erläuterung: »Gefährliche Zeiten. Die SA terrorisiert die Straße.« Aber das tat sie seit 1931 nicht ohne die gütige Beihilfe der Allianz. Hitler sorgte sich, als damals die Arbeitslosigkeit anschwoll, um die Bewaffnung seiner SA. Es gab genug Rüstungsproduzenten, die Waffen in ihren Depots hatten, die sie im Fall des Falles für die SA herausrücken würden. Sie brauchten dazu nur Zahlungsgarantien aus der Wirtschaft. Hitler empfing zu diesem Zweck am 3. Februar 1931 in seiner Suite im feudalen Hotel Kaiserhof durch Vermittlung seines Wirtschaftsberaters Walther Funk zuallererst die beiden höchsten Vertreter der Allianz: deren Generaldirektor Dr. Kurt Schmitt und den Aufsichtsratsvorsitzenden Bankier August von Finck.

Otto Wagener, damals Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP, berichtete: »Als sie um vier Uhr kamen, trug ihnen Hitler in etwa halbstündiger Rede seine Gedanken vor. Daran schloß sich noch eine kurze Unterhaltung, die durchblicken ließ, daß beide Herren die politische Lage angesichts der offenbaren Unmöglichkeit, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, schwarz ansahen und deshalb unbedingt über lang oder kurz mit Unruhen und einem großen Ruck nach links rechneten. Funk begleitete sie hinaus und kam nach 5 Minuten mit der Mitteilung zurück, daß der Allianz-Konzern im vorgesehenen Fall 5 Millionen Mark zur Verfügung stellen werde. Hitler war im Augenblick sprachlos.«

Zu Recht. Die Sturmabteilungen der Nazis waren nach einem kurzen Gespräch voller guter Argumente allianzversichert. Wagener: »Als Funk uns verlassen hatte, fragte Hitler, ob ich mit solchen Ziffern gerechnet habe. Als ich bejahte, sagte er: ›Da erkennt man erst, was die Großwirtschaft für eine Macht besitzt. Denn diese Millionen sind Macht. Und wenn sie die Millionen *uns* zur Verfügung stellen, dann können sie sie nicht gleichzeitig einer anderen Partei oder Organisation zur Verfügung stellen. Also geben sie uns ihre Macht.‹«

Allianz-Chef Schmitt wurde, nachdem sich der Deutschnationale Alfred Hugenberg als ungeeignet erwiesen hatte, noch im Juni 1933 Hitlers Wirtschaftsminister. Stolz präsentiert – 1990! – die Allianz in ihrer Festschrift einen ausländischen Presseausschnitt von 1933, der über einem Foto des neuen Reichswirtschaftsministers Schmitt titelt: »Hitler, en remplacant Hugenberg, a fait un pas decisif vers le collectivisme«, Hitler habe mit der Entlassung Hugenbergs einen entscheidenden Schritt gegen den Kollektivismus unternommen.

Wenig ist der nichtdeutschen Welt geblieben: Die einzige Hoffnung, die neuerwachte Weltfinanzmacht Deutschland zum Stolpern zu bringen, ruht darauf, daß ihre Gier, die Beute von Holocaust und Zweitem Weltkrieg zu behalten, zu groß ist, um den Juden, die eine Allianz-Versicherung abschlossen, die vertraglich zugesicherten Ansprüche ganz normal und nicht auf dem Umweg eines mit Steuergeldern finanzierten Entschädigungsfonds zu erfüllen.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 3/2000 über den Pakt von Politik und Wirtschaft gegen die NS-Zwangsarbeiter

Konkret 04/00, S. 22

Wolfgang Pomrehn

Platz und Sieg

Megafusion der deutschen Banken, Erfolg im Kampf um den IWF-Vorsitz, Rekorde beim Kapitalexport: Deutschland fordert die USA offen heraus

Während Gregor Gysi sich abmüht, die PDS auf die Unterstützung von UN-Einsätzen einzuschwören, und dabei nicht versäumt, durchblicken zu lassen, daß es ihm um die Befreiung von US-amerikanischer Bevormundung geht, wird auf der Bühne des wirklichen Lebens ein anderes Stück gegeben: Vor den Augen des staunenden Publikums vollzieht sich in Deutschland eine Konzentration ökonomischer Macht, wie sie der Erdball bisher nicht gesehen hat. Eine Großfusion jagt die nächste. Mal wird im feindlichen Revier gejagt, mal werden zu Hause »die Fronten begradigt«, um die »Kriegskasse« zu füllen. Die militaristische Sprache der Akteure ist alles andere als zufällig, und ihre Namen klingen – der antiamerikanischen Romantik manches Globalisierungs-Gegners zum Trotz – oftmals sehr deutsch.

Zum Beispiel die Deutsche Bank. Das Herzstück des deutschen Kapitals hat dieser Tage seine Ehe mit der Dresdner Bank bekannt gegeben. Wobei Ehe ganz altmodisch zu verstehen ist: Die Dresdner hat sich bedingungslos unterzuordnen; sie wird geschluckt. Ein Finanzriese mit einer Bilanzsumme von 2,5 Billionen Mark (ca. die Hälfte des deutschen Bruttosozialprodukts) ist im Entstehen, die größte Bank der Welt. Die Deutsche hatte diesen Titel bereits Anfang letzten Jahres mit dem Aufkauf des US-amerikanischen Bankers Trust erobert, ihn aber zwischenzeitlich wieder an ein japanisches Unternehmen abgeben müssen.

Zu der gewaltigen Finanzkraft des eigenen Unternehmens kommt eine enge Verbindung mit der Allianzversicherung, ohne deren Segen die Vereinigung kaum denkbar gewesen wäre. Die neue Großbank, die unter dem Titel Deutsche Bank (DB) firmieren soll, wird bei dem Versicherer 17 Prozent halten, der im Gegenzug über 12 Prozent der Aktien des Geldhauses verfügt. Die Allianz spielt gleichzeitig eine entscheidende Rolle bei der zweitgrößten Bank der Republik, der bayrischen Hypo- und Vereinsbank, und verwaltet ein Vermögen an Immobilien und Beteiligungen von rund 1,3 Billionen Mark. Das künftige Finanzkonglomerat DB-Allianz wird über seinen Aktienbesitz den größeren Teil der führenden deutschen Unternehmen kontrollieren, darunter namentlich DaimlerChrysler und Siemens.

Diese sind ihrerseits eifrig am Shoppen. DaimlerChrysler wird über seine Tochter Dasa den neuen europäischen Luft- und Raumfahrtkonzern EADS dominieren, und vor wenigen Wochen gaben die Stuttgarter bekannt, sie wollen künftig eng mit Mitsubishi kooperieren. Das Rennen um die Nummer eins der Automobilhersteller, das sich DaimlerChrysler seit einigen Jahren mit dem US-Konzern General Motors liefert, bleibt also spannend. Bei der Allianz mit Mitsubishi wächst übrigens zusammen, was zusammengehört: Mitsubishi war im Zweiten Weltkrieg wie Daimler einer der großen Rüstungskonzerne der Achse Berlin-Tokio. Auch die DB knüpft an alte Zeiten an: In den vergangenen beiden Jahren standen u. a. Banken in Belgien, Polen, Griechenland, Italien und der Tschechischen Republik auf ihrem Einkaufszettel.

Als erstes werden die neue Macht die Beschäftigten der DB zu spüren bekommen. Mit der Bekanntgabe der Fusion wurden auch 16.000 Entlassungen angekündigt. Gewerkschaftsnahe Fachleute gehen aber eher davon aus, daß 40.000 der noch 140.000 Beschäftigten ihren Job verlieren werden. Die Vorsitzende der Gewerkschaft Handel Banken und Versicherungen, Margret Mönig-Raane, nahm das zum Anlaß, von den Vorständen der beiden Geldinstitute zu fordern, daß »bei dem geplanten Zusammenschluß die Interessen der Arbeitnehmer nicht vernachlässigt werden«. Allerdings ist damit wohl nicht mehr als ein ordentlicher Sozialplan gemeint, und da wird man sich nicht lumpen lassen. Entsprechende Verhandlungen sind bereits angelaufen.

Ende der Deutschland-AG?

Doch könnte es leicht sein, daß die Angestellten der beiden Banken zu den letzten gehören, die noch in den Genuß derartiger sentimentaler Überbleibsel aus Zeiten der Systemkonkurrenz kommen. Die Bundesregierung hat im Februar beschlossen, die Besteuerung von Gewinnen aus dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen aufzuheben. Bei Brokern und Investmentbankern brach darauf förmlich ein kleiner Goldrausch aus. Nun werde endlich die Deutschland-AG aufgebrochen und das engmaschige Verflechtungsgestrüpp der deutschen Wirtschaft gelichtet. Bei der weltweit tätigen Investmentbank Merill Lynch rechnet man damit, daß 72 der Beteiligungen, die die großen im Dax geführten Unternehmen aneinander halten, demnächst auf den Aktienmarkt geworfen werden könnten. Gesamtwert: 250 Milliarden Mark.

Auch die Großbanken haben ihre Absicht erklärt, sich künftig auf Kernbereiche zu konzentrieren und den Aktienbesitz neu zu ordnen. Doch das muß noch nicht heißen, daß die neue Deutsche Bank oder die Allianz ihre beherrschende Stellung in der Industrie aufgeben werden. Allein schon der enorme Umfang ihrer Aktienpakete spricht dagegen. Würden die nämlich auf dem Markt erscheinen, so würden sie die Preise verderben. Wahrscheinlicher ist, daß sich die Banker als Planer und Lenker bei der Neuordnung von Konzernen betätigen werden, wie es vor kurzem Friedel Neuber von der West LB vormachte. Der Chef der staatseigenen Landesbank unterhält nicht nur ein florierendes Lufttaxiunternehmen für seine

nordrhein-westfälischen Parteifreunde, sondern zählt neben anderen Juwelen sowohl Preussag als auch die Deutsche Babcock AG zu seinem Schatz. In den vergangenen beiden Jahren modelte er den Schwerindustrie-Konzern Preussag in ein Touristikunternehmen um. Zahlreiche Betriebe wurden verkauft, nicht selten an die Konkurrenz, die sie dicht machte. Die gut gehende Howaldtswerft (HDW) in Kiel wurde an Babcock überführt, die sie umgehend in einen internationalen Marinekonzern umwandelte. U-Bootwerften in Schweden und Australien wurden hinzugekauft.

Die Methode ist anderswo schon länger erprobt und soll mit dem Eichelschen Steuergeschenk auch hierzulande in Mode kommen: Bestehende Konzerne und Betriebe werden in kleinere, selbständige Einheiten zerlegt, die für sich genommen profitabel sein müssen. Das erhöht nicht nur den Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen, sondern macht auch die Vorstände flexibler. Unrentable Einheiten oder solche, die nicht zur Unternehmensstrategie passen, werden abgestoßen, nicht zuletzt, um Geld für Neuerwerbungen locker zu machen. Mit der Bankenfusion ist jetzt ein neues Zentrum entstanden, daß schon bald an die Neuordnung der deutschen Unternehmenslandschaft gehen könnte.

Fit machen für den globalen Wettbewerb heißt das Motto. Man könnte auch sagen: für den Verteilungskampf. Denn zu verteilen gibt es in der Tat einiges. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Dahinsiechen Rußlands liegt Zentralasien mit seinen Erdgas- und Ölvorkommen auf dem Präsentierteller, bereit für den, der zuerst kommt. Schon macht man sich in der SPD ernsthafte Sorgen, deutsche Unternehmen könnten nicht schnell genug sein. Noch mehr gibt es in Ostasien zu holen, wo sich gigantische Märkte entwickeln, die es zu erobern gilt. Da bedarf es schon einer prall gefüllten Kriegskasse, um die notwendigen Aufkäufe und Investitionen vor Ort tätigen zu können.

Und es braucht eine Regierung, die willens und in der Lage ist, das Ganze politisch abzusichern und entsprechende Interessen, wie die »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung« (Verteidigungspolitische Richtlinien von 1992) durchzusetzen. So weit, dies vornehmlich mit militärischen Mitteln betreiben zu können, ist man zwar noch nicht, aber die Umstrukturierung der Bundeswehr, die dies im Bündnis mit den EU-Staaten ermöglichen wird, hat bereits ebenso begonnen wie ihre notwendige Umrüstung. In Schleswig-Holstein wird z. B. gerade der erste Einsatzgruppenversorger fertiggestellt, ein Schiff, das Truppen und Ausrüstung um den halben Globus bringen kann, ohne einen Hafen anlaufen zu müssen.

IWF: Clinton gibt nach

Vorerst übt die Schröder-Fischer-Regierung schon mal eine neue Ruppigkeit auf dem internationalen Parkett. Eine kleine Kostprobe wurde Anfang März geboten, als der Chefsessel des Internationalen Währungsfonds neu zu besetzen war. Die Stelle geht aus Gründen des transatlantischen Proporz traditionell an einen Westeuropäer und wird für gewöhnlich von einem Franzosen bekleidet. Diesmal sollte erstmalig ein Deutscher ran, denn das »erwachsen gewordene« neue Deutschland achtet eifersüchtig darauf, daß sich seine gewachsene Bedeutung bei der Verteilung international bedeutsamer Posten auswirkt.

Bevor aber Mitte des Monats der deutsche Kandidat schließlich durchgesetzt werden konnte, machte die Bundesregierung klar, daß deutsches Selbstbewußtsein meist als preußische Dreistigkeit daherkommt. Die bekannten starken Vorbehalte in den USA außer Acht lassend, versuchte man, den Sozialdemokraten und Finanzstaatssekretär Caio Koch-Weser auf den IWF-Sessel zu heben. Das Vorhaben endete mit einem Fiasko für die deutsche Diplomatie. US-Präsident Bill Clinton weigerte sich, Koch-Weser zu akzeptieren. Nach einigem Hin und Her fiel die Wahl dann auf den Christdemokraten und langjährigen Kohl-Mitarbeiter Horst Köhler, den gegenwärtigen Chef der Osteuropabank.

Hintergrund der Personalquerele waren neben Deutschlands gewachsenen internationalen Ambitionen Meinungsverschiedenheiten über den zukünftigen Kurs von IWF und Weltbank. Nach den Vorstellungen des US-Finanzministeriums soll sich der Fonds künftig aus der Entwicklungspolitik zurückziehen und auf die Vergabe kurzfristiger Kredite beschränken. Die soll es nur noch bei akuten Liquiditätsproblemen in Folge von Finanzkrisen geben. Die Republikanische Mehrheit im US-Kongreß (unterstützt von einigen rechten Demokraten) möchte sogar noch weiter gehen und auch diese Unterstützung nach einer Übergangszeit nur noch an folgsame Staaten vergeben. Voraussetzung für Hilfe, forderte eine Kongreßkommission kürzlich, muß sein, daß die Wirtschaftspolitik der Antragsteller anerkannten Regeln folgt und z. B. der Bankensektor »reformiert« ist.

Auch die Möglichkeiten der Weltbank wollen die Republikaner gerne drastisch beschneiden. Ihre Vorschläge laufen darauf hinaus, daß die Bank sich aus den meisten Entwicklungsländern zurückzieht und sich nur noch um die ärmsten Staaten kümmert. Ob sich diese Vorschläge in den USA durchsetzen, wird allerdings vom Ausgang der Präsidentschaftswahlen abhängen. In Bonn sieht man in jedem Fall die Armutsbekämpfungsprogramme bedroht, auf die sich IWF und Weltbank erst im letzten Jahr geeinigt hatten. Der Streit geht darum, ob man künftig internationale Krisen auf minimaler Basis sozial abfedern soll oder weiter mit brutaler Austeritäts-Politik Sozialausgaben rücksichtslos den Schuldendiensten opfert. Zu der Idee, zumindest ein Weniges für die Linderung des gröbsten Elends zu unternehmen und den Aufbau von

Sozialversicherungssystemen zu fördern, war man in der Weltbank angesichts der Asienkrise gekommen, die innerhalb weniger Monate mehrere hundert Millionen Menschen zurück in die Armut warf.

Ungewiß ist allerdings noch, wieviel Sozialdemokratismus sich die Bundesregierung »in der einen Welt« leisten will. Ihren Beitrag zum UN-Entwicklungsprogramm UNDP hat sie jedenfalls schon mal um die Hälfte gekürzt. Und daß sie sich in der Entwicklungspolitik von allem anderen als Altruismus leiten läßt, zeigte sie einmal mehr im Februar durch die Mißachtung der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad), die alle fünf Jahre stattfindet und das wesentliche Forum der Dritten Welt ist, um Forderungen bezüglich der Weltwirtschaftsordnung zu stellen. Nach dem Fiasko der Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle wäre die Unctad-Konferenz der Ort gewesen, um über jene Probleme der Entwicklungsländer zu sprechen, die zum Scheitern in der nordamerikanischen Hafenmetropole geführt hatten.

Doch während die meisten Staaten des Südens ihre Regierungschefs schickten, machten sich aus Deutschland – wie auch aus vielen anderen Industriestaaten – nur ein paar Beamte und zwei Staatssekretäre auf den Weg. Die hörten sich geduldig die Klagen der Delegierten aus Afrika oder Asien an und betrieben nebenbei ein bißchen Auftrags-Akquise für die heimische Industrie, wie der deutsche Staatssekretär Siegmar Mosdorf. In seiner Stellungnahme vor der Konferenz brachte der es immerhin fertig, das Wort »Entwicklung« nicht ein einziges Mal zu verwenden. Statt dessen hielt er ein flammendes Plädoyer für Privatisierung und für ein multilaterales Investitionsschutzabkommen. Dies müsse den »freien Transfer der Kapitalerträge (garantieren) und Schutz vor direkter und indirekter Enteignung« bieten. Der Staat solle sich auch in den Entwicklungsländern auf seine »Kernaufgaben« zurückziehen, um »Märkte für privatwirtschaftliches Engagement, z. B. bei der Erzeugung von Strom oder in der Telekommunikation« zu öffnen.

MAI schützt den Weltmeister

Ein Investitionsschutzabkommen steht schon seit Jahren ganz oben auf der Wunschliste des Bundes der Deutschen Industrie und ähnlicher Organisationen in der EU. Ein erster Anlauf innerhalb der OECD scheiterte im Herbst 1998, als die Verhandlungen um das MAI (Multilaterales Abkommen über Investitionen) abgebrochen wurden. In der Folge drängte vor allem die EU darauf, das MAI in neuer Form innerhalb der WTO wieder auferstehen zu lassen. Mosdorf machte dies in Bangkok noch einmal deutlich. Man bestehe auf einer umfassenden WTO-Verhandlungsrunde, da sonst kein »ausgewogenes Ergebnis« zu erwarten sei. Mit anderen Worten: Wenn die Entwicklungsländer ihren Widerstand gegen ein Investitionsschutzabkommen nicht aufgeben, werden die Europäer an ihrer verheerenden Agrarexport-Praxis festhalten und auch keine allzu große Eile bei Gesprächen über Probleme bei der Umsetzung der bestehenden Verträge haben.

Die Vehemenz, mit der der Bundesverband der Deutschen Industrie seine Regierung für den Investitionsschutz streiten läßt, erklärt sich aus zweierlei: Zum einen möchte man über Klauseln, die die Diskriminierung ausländischer Investoren verbieten, Privatisierung und Marktöffnung erzwingen. Der öffentliche Sektor erwirtschaftet in vielen Entwicklungsländern 30 Prozent des Bruttosozialprodukts und mehr. Das ist also ein beachtlicher Markt, auf den deutsches Kapital bisher noch keinen Zugriff hat. Selbst die Trinkwasserversorgung, die in den nächsten Jahrzehnten zu einem der größten ökologischen Probleme werden dürfte, ist vor dem »privatwirtschaftlichem Engagement« aus dem Norden nicht mehr sicher. Auf diesem Gebiet geben allerdings französische Konzerne den Ton an.

Zum anderen möchten sich der BDI und seine Kollegen in der EU die vor allem im letzten Jahrzehnt zusammengekauften Imperien rechtlich absichern lassen. In dieser Zeit ist nämlich der Kapitalexport explosionsartig angestiegen. Demnächst dürfte die Gesamtsumme dessen, was weltweit für grenzüberschreitende Investitionen und Aufkäufe aufgewendet wird, die Schwelle von einer Billion US-Dollar überschreiten. Mit 87 Mrd. US-Dollar lag Deutschland 1998 wie auch schon in den Jahren zuvor an dritter Stelle. Nur zwei Staaten exportierten mehr Kapital: die USA (123 Mrd. US-Dollar) und Großbritannien (115 Mrd. US-Dollar).

Empfänger des Kapitalexports sind vor allem Industriestaaten, d. h. die großen kapitalistischen Ökonomien durchdringen einander. Daß dabei ein wirklich transnationales Kapital entstünde, wie oft behauptet, ist allerdings bisher nicht abzusehen. Die neuen Zusammenschlüsse werden in der Regel von einem der beteiligten Fusionspartner beherrscht, bleiben also an dessen Nationalstaat gebunden. Bestes Beispiel dafür dürfte DaimlerChrysler sein. Der Autohersteller wurde nach der Fusion der Öffentlichkeit als transatlantischer Konzern vorgestellt und der Vorstand paritätisch zusammengesetzt. Doch knapp zwei Jahre später haben die meisten US-amerikanischen Vorständler bereits ihren Abschied genommen. An der Wall Street hatte man sich über den Stand der Dinge eh keine Illusionen gemacht: Chrysler war nach der Übernahme aus dem Dow-Jones-Index gestrichen worden, das neue Unternehmen galt vom ersten Tag an als deutsches.

Auffällig ist, daß Deutschland im Gegensatz zu seinen wichtigsten Konkurrenten wesentlich weniger ausländisches Kapital anzieht. Gelegentlich kann man darüber sogar schon Klagen aus der hiesigen Industrie hören. Gerade 20 Mrd. US-Dollar flossen 1998 ins Land; Tendenz allerdings, wie beim Export, stark steigend. In den USA und Großbritannien spielte hingegen der Zufluß ausländischen Kapitals eine wesentlich größere Rolle; bei ersteren überwog er mit 193 Mrd. US-

Dollar sogar den Export. Hierzulande liegen die Zeiten, in denen für einige wenige Jahre ausländische Aufkäufe und Unternehmensgründungen Auslandsaktivitäten des deutschen Kapitals überflügelten, schon fast 30 Jahre zurück. Man erinnere sich nur daran, wie rührend einst die Treuhand besorgt war, die Filetstücke der ostdeutschen Industrie dem heimischen Kapital zu sichern. Summiert man für die Jahre 1990 bis 1998 die Netto-Kapitalexporte (Exporte minus Importe), so steht Deutschland mit 258 Mrd. US-Dollar einsam an der Spitze, gefolgt von Japan (214 Mrd. US-Dollar) und Großbritannien (124 Mrd. US-Dollar). Die USA bringen es nur auf 58 Mrd. US-Dollar. Man beachte, daß in diese Zeit für das deutsche Kapital auch noch die Übernahme der nun inländischen ostdeutschen Volkswirtschaft fiel.

Daß deutsche Unternehmen in der weltweiten Fusionsschlacht bisher recht erfolgreich waren (auch wenn mal ein Coup, wie im Fall BMW/Rover, danebengeht), zeigt unter anderem auch eine von der OECD zusammengestellte Hitliste, die die 50 größten ausländischen Anlagevermögen sogenannter transnationaler Konzerne enthält. 1997 waren immerhin acht deutsche Unternehmen auf ihr zu finden. Als erster deutscher Konzern auf Platz acht die Volkswagen-Gruppe, auf Platz zehn folgt Daimler (vor der Übernahme von Chrysler!). Weiter dabei: Siemens, BMW, Viag, Bayer, Hoechst und BASF. Alles Namen, die sich in den Aktiendepots des neuen Finanzriesen wiederfinden.

Wolfgang Pomrehn ist freier Journalist und lebt in Kiel

Konkret 04/00, S. 25

Winfried Wolf

Rechts um!

Vier Wochen vor dem PDS-Parteitag vom 7. bis 9.4. in Münster hat Gregor Gysi den Delegierten einen Brief geschrieben, der sie auf »Regierungsfähigkeit« einschwören soll. Einer der Empfänger antwortet

Im Rahmen der Ost-Timor-Debatte haben die Mehrheit der PDS-Bundestagsfraktion und die Mehrheit des PDS-Parteivorstands eine grundsätzliche Position zum Thema Militäreinsätze beschlossen. Gregor Gysi verharmlost diese, wenn er sie in seinem Brief an die Parteitagsdelegierten mit den Worten zusammenfaßt: »Parteivorstand und Bundestagsfraktion haben lediglich erklärt, daß sie im Falle von Beschlüssen des Sicherheitsrats zum Einsatz von VN-Truppen eine Einzelfallprüfung vornehmen wollen.« In Wirklichkeit geht es nicht um ein mögliches Ja zu irgendwelchen »VN-Truppen«. Es geht um ein mögliches Ja zu Kampf- und Kriegseinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta, die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN), also von den Großmächten, beschlossen wurden und bei denen in aller Regel Truppen dieser Großmächte – und nicht solche »der VN« – eingesetzt werden. Es geht darum, daß in der Geschichte der Grünen ein Ja zu UN-mandatierten Kampfeinsätzen der Einstieg zum Ausstieg aus der antimilitaristischen Haltung war. Und es geht darum, daß die PDS auf dem Magdeburger Parteitag beschloß: »Wir lehnen militärische Konfliktlösungen grundsätzlich ab. Das gilt auch für alle Bestrebungen der Uno, regionale Auseinandersetzungen und einzelne innerstaatliche Konflikte mit militärischen Mitteln beseitigen zu wollen.«

Gregor Gysi behauptet, es gebe ein »Bestreben einiger Mitglieder, eine Programmdebatte möglichst zu verhindern, zumindest auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben«. Richtig ist, daß viele Parteimitglieder die Frage gestellt haben, ob wir eine solche Programm-Debatte brauchen und welche Zwecke mit ihr verbunden seien. Als sie allerdings mehrheitlich beschlossen wurde, beteiligten sich auch diese Mitglieder an ihr. Die Mitglieder der Programmkommission Uwe-Jens Heuer, Michael Benjamin und ich formulierten ein Minderheitsvotum. Die Behauptung, wir wollten die Programmdebatte »auf den St. Nimmerleinstag verschieben«, ist auch deshalb absurd, weil von unserer Seite konkrete Anträge sowohl zur Programmdebatte als auch für den kommenden Parteitag vorliegen. Während die Mehrheitsthesen der Programmkommission und der Leitantrag des Parteivorstands zur weiteren Programmdebatte jedoch so formuliert sind, als ob alles und jedes programmatisch neu zu bestimmen sei – und dabei in den Mehrheits-»Thesen« das sozialistische Profil der PDS massiv verwässert wird – , argumentieren wir als Minderheit wie folgt:

1. Das geltende Programm hat sich in seinen Grundaussagen und als Konsensplattform für alle PDS-Mitglieder bewährt. 2. Im Fall einer Überarbeitung des Programms muß konkret gesagt werden, bei welchen Themen eine Überarbeitung und Aktualisierung ansteht. Dabei muß immer deutlich gemacht werden, was sich im Vergleich zum bestehenden Programm ändern soll. 3. Es muß alles getan werden, damit ein überarbeitetes Programm – wie das bestehende – von einem breiten Konsens getragen wird. Strikt verwahren wir uns dagegen, die Programmdebatte zur Ausgrenzung und Abspaltung zu nutzen.

In seinem Brief an die Delegierten wiegelt Gysi beim Thema »Dogmatische Linke« ab. Vor allem bleibt unklar, wer denn die »dogmatische Linke« in der PDS sein könnte. Zwar ist in diesem Brief erfreulicherweise von Ausgrenzung nicht (mehr) die Rede. Doch am 8. Februar 2000 sagte Gysi in einem Interview mit der »Berliner Zeitung«: »In jeder Partei reifen bestimmte Fragen heran. Für die Zukunft der PDS ist es besonders wichtig, jetzt demokratisch-sozialistische Antworten auf Zukunftsfragen zu geben und dabei einen deutlichen Trennungsstrich zur dogmatischen Linken zu ziehen ... Hier darf es in Zukunft kein Schwanken mehr geben.« Und weiter: »Ich bin ... dafür, so viel PDS-Mitglieder wie möglich bei jeder programmatischen Erneuerung mitzunehmen ... Es darf keine programmatischen Formelkompromisse mehr geben. Wenn es einzelne dogmatische Linke in der PDS gibt, müssen sie spüren, daß das Programm gegen sie steht.«

Das heißt dreierlei: Gysi sieht erstens ein »Heranreifen« bei der Frage der Trennung. Hier dürfe es »in Zukunft kein Schwanken mehr« geben. Er fordert zweitens einen »Trennungsstrich zur dogmatischen Linken«; dabei sollen »so viel PDS-Mitglieder wie möglich« mitgenommen werden. Drittens möchte er das Parteiprogramm für die Trennung instrumentalisieren: Die »dogmatische Linke« müsse »spüren«, daß »das Programm gegen sie steht«.

Gysi meint, die PDS werde von der parteiinternen linken Kritik »unter einen Generalverdacht« gestellt; die Kritiker würden unterstellen, die PDS wolle unbedingt Regierungspartner auch auf Bundesebene werden. Er kann sich das »nur so erklären, daß die Betreffenden einem Teil der Mitglieder des Parteivorstandes unterstellen, eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene anzustreben und dafür in Anpassungsdrang und Opportunismus zu versacken.« Hier trifft Genosse Gysi ins Rote. Seit der Bundestagswahl haben führende PDS-Genossen das Ziel der Regierungsbeteiligung auf Bundesebene beschworen. Beispielsweise André Brie in der »Welt« (23.10.99): »Wir haben mit Blick auf die Bundestagswahl 2002 den Anspruch, einen Mitte-Links-Block mit SPD und Grünen bilden zu können«; oder Lothar Bisky auf die Frage des »Tagesspiegel« (21.11.99), ob er sich auch eine PDS-Koalition mit der CDU vorstellen könne: »Irgendwann ja. Denn es ist

auf längere Sicht eine Neuorientierung der Parteienlandschaft zu erwarten ... Mit wem wir koalieren, wird auch davon abhängen, wohin die Sozialdemokraten abdriften.«

Der Opportunismus schimmert heute durch viele Interviews, etwa wenn Gysi im »Tagesspiegel« (12.3.2000) mit dem Chef der Berliner CDU-Fraktion Klaus Landowsky diskutiert. Dort sagt Landowsky: »In der letzten Dekade hat diese Stadt (Berlin) durch die Öffnung der Mauer der Welt eine ... Zukunftshoffnung gegeben. Wir müssen versuchen, ein Klima des Friedens in der Hauptstadt zu formen und als Trendsetter vorzugeben, daß dies auch eine Chance für die ganze Republik ist.« Gysis Antwort: »Wir haben nicht nur eine gemeinsame Verantwortung, sondern diesbezüglich offenbar auch eine gemeinsame Zielstellung. Das Entscheidende ist, daß von diesem Berlin und von diesem Deutschland nur noch Frieden ausgeht.«

Warum haut Gysi dem Hardliner Landowsky nicht die Friedens-Phrase um die Ohren und verweist darauf, daß eben mit dieser »Berliner Republik« der erste Angriffskrieg der Nachkriegsgeschichte verbunden ist? Daß die CDU in Berlin fast wöchentlich den Unfrieden in der Stadt per Knüppel dekretiert, etwa wenn sie junge Menschen auf der Luxemburg-Liebknecht-Demo zusammenprügeln oder wenn sie Nazis schützen läßt? Daß Landowskys Partei die Grundlagen für Bundeswehr-Aufrüstungsprogramme legte, die nun von der rotgrünen Regierung weiter genutzt werden: Eurofighter, Umbau der Bundeswehr zu einer angriffskriegsfähigen Armee, Ausbau der WEU als militärischer Arm der EU, Bau des »Forschungsreaktor München II«, in dem atombombenfähiges Plutonium erbrütet werden soll, Leo-II-Panzer in die Türkei und nach Griechenland?

Das Ziel, auch auf Bundesebene für Koalitionen bereitzustehen, ist nicht als solches abzulehnen. Es muß jedoch klar sein: Entweder der PDS und anderen Kräften gelingt es, bis 2002 eine so mächtige außerparlamentarische und parlamentarische Bewegung zu entwickeln, daß eine neue Bundesregierung ab 2002 den unsozialen und militaristischen Groß-Schweinereien entsagen müßte. Gelingt dies nicht – und fast alles spricht dafür, daß wir dazu nicht in der Lage sind – , dann würde eine Regierungspartei PDS als Teil eines »Linksblocks« die Geisel einer solchen Regierung sein. Diese Regierung würde u. a. verantwortlich zeichnen

für einen 50-Milliarden-Mark-Rüstungsetat. Und sie würde voraussichtlich neue Kriege führen.

Winfried Wolf ist PDS-Bundestagsabgeordneter und Mitglied der Programmkommission der PDS

Konkret 04/00, S. 26

Dennis Lang

Kopf offen

Das neue PDS-Parteiprogramm als Animationsprogramm für Teletubbies: Sozialismus ist, wenn die Internationale das Menschrecht erkämpft – mit schweren Waffen nach Artikel VII der Uno-Charta

Die PDS ist auf dem Weg in den Sozialismus, und die Bundesrepublik ebenso. Über die Weihnachtsfeiertage letzten Jahres verkündete Gregor Gysi die frohe Botschaft: »Wir sollten uns von der Vorstellung trennen, daß unser System in Deutschland nur kapitalistisch ist . Nehmen Sie die Bypass-Operation eines 70jährigen. Rein marktwirtschaftlich ist sie nicht zu erklären, nicht einmal für den Arzt. Ich behaupte, in der Bundesrepublik gibt es einige sozialistische Elemente.« Was sollen die quälenden Diskussionen um Reform oder Revolution, was soll der drückende Theorieballast des Eisenacher, des Erfurter, ja selbst des Godesberger Programms? Im Marxismus-Gregorianismus ist die Zukunft offen und klar: Das Kapitalverhältnis wird bereits transzendiert, wenn die Krankenkasse einem aus den Beiträgen, die man ein Leben lang eingezahlt hat, irgendwann auch eine Operation bezahlt.

Zuviel Sozialismus soll's aber auch nicht sein, denn das wäre dogmatisch, ultralinks, sektiererisch. Deshalb blies Gysi einen Monat vor dem Münsteraner Bundesparteitag im April zum Sturm auf eine der letzten Bastionen des Leninismus: die totalitäre Gleichmacherei von Wladimir Iljitsch Blüm. In der Rentenversicherung, so Gysi, soll künftig nicht mehr das vom Bypass bekannte »sozialistische« Prinzip gelten, daß derjenige, der jahrzehntelang eingezahlt hat, irgendwann auch wieder etwas herausbekommt. »Gysi für Umbau der Rente zur Grundversicherung«, verkündete das »Neue Deutschland« (»ND«) Mitte März den neuen Parteiauftrag. Gysi schlägt demnach in Anlehnung an den Erfinder des modernen Sozialismus, den sächsischen Professor Kurt Biedenkopf, eine Abkoppelung der Rente von den eingezahlten Rentenbeiträgen vor. Statt dessen soll es künftig eine Rente »von mindestens dem Existenzminimum (1.450 Mark) und höchstens dem Durchschnittsverdienst abhängig Beschäftigter (2.900 Mark)« geben. Wie das »ND« vermeldet, soll die AG Senioren der PDS scharf protestiert haben – aber dieses Problem wird sich bei Umsetzung von Gysis Rentenformel bald erledigt haben, und die dazugehörige Problemgruppe ebenso. Im neuen Programmentwurf werden mutig weitere heilige Kühe aus dem Blümschen Erbe geschlachtet: Statt eines festen Arbeitsplatzes soll es nach dem Willen der Genossen künftig »eine Vielfalt von Erwerbsformen« mit »Wahlarbeitszeiten« geben, statt Arbeitslosengeld eine »Grundsicherung für erwerbsarbeitsfreie Zeiten«, für berufliche Qualifikationsmaßnahmen wird die Lohnabsicherung gestrichen, im übrigen wirbt die PDS »für größere Bereitschaft aller zu Abstrichen an eigenem stofflichen Verbrauch«. Die Formel des modernen Sozialismus könnte lauten: Freizeit, Gleitzeit, Jugendlichkeit – und kompromißloser Klassenkampf jenen, die sich das nicht leisten können.

Natürlich darf ein solcher Sozialismus nicht den Bürgerlichen überlassen, sondern er muß von sozialistischen Parteien regiert werden. Parteichef Lothar Bisky bezeichnete SPD und PDS als »legitime Kinder der deutschen Arbeiterbewegung« und »natürliche potentielle politische Partner«. »Rot-Rot ist kein Investorenschreck«, verkündete der erste PDS-Minister in einem Bundesland, Helmut Holter aus Mecklenburg-Vorpommern. Und Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch nannte auch gleich eine ambitionierte zeitliche Zielmarke: Die PDS »muß 2002 koalitionsfähig sein«. Das wäre doch zu schön, um wahr zu sein: Im nächsten Schröder-Kabinett sitzt Gysi statt Schily, Bisky wird Müntefering, und Ulla Jelpke rettet an Stelle von Angelika Beer die Albaner vor rassistischen Nachstellungen auf dem Amselfeld.

Doch ein kleines Hindernis steht der Realisierung dieser »konkreten Utopie« (PDS-Kreuz-und-Querdenker André Brie) noch entgegen: Die bisherige Beschlußlage der Partei sieht keine Militäreinsätze im Ausland vor. Ist das überhaupt sozialistisch, ist das überhaupt modern? Immerhin erklärte Partei-Vize Gehrke im November gegenüber einer Nachrichtenagentur, daß die PDS, mit der Überarbeitung ihrer außenpolitischen Grundsätze langfristig die Grundlage für ein Mitte-Links-Bündnis mit der SPD auf Bundesebene schaffen will. Nach Protesten aus dem Berliner Landesverband dementierte er zwar, dies jemals »so« gesagt zu haben, doch die Geschichte der Grünen zeigt, daß der angebliche Versprecher wenigstens eine Freudsche Fehlleistung war.

Schon vor fünf Jahren versuchte Gysi, die PDS für UN-Militärinterventionen fit zu machen. In der »Tageszeitung« schrieb er im August 1995: »Und wenn irgendwo auf der Welt eine militärische Intervention unabdingbar wird, warum dann nicht durch internationale Streitkräfte einer reformierten Uno?« Ende Oktober 1995 wurde vom Bereich »Außen- und Friedenspolitik« der PDS-Bundestagsgruppe ein »Problem-Papier zu einigen Fragen der zivilen Konfliktbewältigung und Militäreinsätzen« verteilt. Darin wurde die Diskussion darüber eröffnet, ob die PDS die Forderung »nach einem ständigen Peace-keeping-Kontingent der UN« erheben soll. Die außenpolitische Sprecherin der Bundestagsgruppe Andrea Lederer (mittlerweile Andrea Gysi) plädierte damals dafür, »angesichts der überall auf der Welt stattfindenden Militärinterventionen Möglichkeiten und Bedingungen zu formulieren, diese Interventionen selbst und insbesondere das freie Schalten und Walten der Großmächte dabei einzudämmen«.

1995/96 konnten sich diese Positionen in der PDS noch nicht durchsetzen, doch im Oktober haben der PDS-Bundesvorstand und die PDS-Bundestagsfraktion die Weichen neu gestellt. Die mögliche Zustimmung zu »humanitären

Interventionen« mit UN-Mandat einschließlich Kampfeinsätzen nach Artikel VII der UN-Charta wurde in beiden Gremien mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Pikant: Genosse Dieter Dehm (Songwriter des Arbeiterliedes »Was wollen wir trinken, sieben Tage lang?«) erinnerte in seiner Begründung an den Kampf der Roten Armee gegen Deutschland als Exempel für die Notwendigkeit von Militärinterventionen.

Natürlich will die PDS-Spitze auch künftig nicht jedem Militäreinsatz zustimmen, sondern sie behält sich eine Einzelfallentscheidung vor. Im Antrag des PDS-Bundesvorstands für den Parteitag im April heißt es dazu, daß die PDS »die Interessenlagen der Konfliktparteien, von Großmächten oder anderen intervenierenden Staaten prüfen« werde, und zwar daraufhin, »ob im Ausnahmefall – wie im Falle Haiti und Osttimor – der notwendige Stopp eines Völkermords oder einer Aggression mit militärischen Mitteln durch den UN-Sicherheitsrat akzeptiert werden kann«. Die Begründung dafür hatte Genosse Rudolf Scharping bereits 1998 geliefert: »Die deutsche Außenpolitik und auch der Deutsche Bundestag sind also gefordert, in jedem Einzelfall zu prüfen (nicht vorher durch realitätsferne Kasuistik), ob ein eindeutiges, auch politisch stimmiges UN-Mandat vorliegt, ob vor Operationen mit dem Recht auf Erzwingung des Friedens alle nicht-militärischen Möglichkeiten ausgeschöpft worden sind und ob der friedenssichernde Charakter einer Maßnahme unbezweifelbar ist.«

Im Herbst 1999 wiesen PDS-Vorstand und Bundestagsfraktion gegen parteiinterne Kritiker und deren »semantischen Terrorismus« (Bisky) darauf hin, daß die Beteiligung deutscher Soldaten an UN-Militäreinsätzen nicht vorgesehen sei. Kleine Nationen oder eine »Weltpolizei« sollten diese Aufgaben erledigen. Sieht man sich das entsprechende Gysi-Papier aber genauer an, fällt auf, daß auch hier entsprechende Öffnungsklauseln eingebaut worden sind. »Wir könnten es uns einfach machen und darauf verweisen, daß in Anbetracht der deutschen Geschichte, insbesondere der Tatsache, daß von Deutschland zwei Weltkriege in diesem Jahrhundert ausgingen, irgendeine Form des internationalen Einsatzes der Bundeswehr sich für uns von vornherein ausschließt ... Das Problem bei dieser Argumentation besteht nur darin, daß sie weder von einer Mehrheit in der Gesellschaft noch im Ausland geteilt wird. Deutschland spielt international eine andere Rolle.« Im Falle Ruandas, schrieb Gysi, hätte er zu einem »internationalen Einsatz der Bundeswehr« nicht nein sagen können.

Wer gegen diese Aufgabe antimilitaristischer Positionen einen Aufschrei der Basis erwartet hätte, sah sich getäuscht. Bis auf die üblichen Verdächtigen – Kommunistische Plattform, Marxistisches Forum, einige Kreisverbände und die überraschend prinzipienfeste Europaabgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann – gab es nur wenig Widerworte. Die Stimmung an der Basis beschreibt ein »ND«-Bericht vom November aus Mecklenburg-Vorpommern sehr treffend: »Was vor Wochen noch undenkbar war, erregt in der PDS nur noch Minderheiten. Zwei Genossen tragen Bedenken vor, nur zwei sprechen gegen jegliches Ja zu Kriegseinsätzen.« Der Berliner Landesparteitag im Dezember 1999 war in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Zum einen wurde ein Antrag abgelehnt, daß »sich die Berliner Delegierten auf dem im kommenden Jahr stattfindenden Bundesparteitag in Münster gegen eine ›Einzelfallprüfung‹ aussprechen«, d. h. die bisherige rigorose Ablehnung von Militäreinsätzen verteidigen sollen. Anderen ging die Kurskorrektur gar nicht weit genug. So kritisierte der Reformer und Berliner PDS-Abgeordnete Michael Nelken die Position seiner Partei während des Kosovo-Krieges. Sie habe »respektable Argumente der Befürworter von Militäreinsätzen nicht genügend berücksichtigt.« Roland Lötsch, ein Erneuerer vom rechtsnationalen Flügel, verknüpfte seine Forderung nach Militäreinsätzen mit einer militanten Brandrede gegen die barbarische russische und chinesische Politik in Tschetschenien und Tibet. Die nationalen Befreiungsbewegungen seien voll und ganz zu unterstützen. Dies wurde mit großem Beifall aufgenommen. Auch der Berliner Fraktionsvorsitzende Harald Wolf rechtfertigte UN-Militäreinsätze, wenn »Großmachtinteressen mit den Interessen nationaler Befreiungsbewegungen zusammenfallen.«

In der Tschetschenienfrage ist die PDS die Avantgarde des deutschen Interventionismus. Um den Krieg Moskaus zu stoppen, erklärte Parteivize Gehrcke, werde er der Bundesregierung eine neue Rußlandpolitik aufzwingen. Diesem Ansinnen konnte sich auch Gregor Gysi nicht verschließen. Auf die »Taz«-Frage: »Finden Sie, daß die Bundesregierung ausreichend Druck auf die russische Führung ausübt?« antwortete er mit einem klaren »Nein. Die rot-grüne Regierung ist völlig unschlüssig.« Diese Haltung erinnert an die Grünen zu Anfang der 90er Jahre. Die Öko-Partei war damals zwar noch gegen Militäreinsätze, aber sie war bereits Avantgarde in der Frage des Drucks auf Belgrad: Schon im Frühjahr 1991 forderten sie von der Bundesregierung, sie müsse die Sezession Kroatiens und Sloweniens endlich anerkennen. Den Grünen waren damals Kohl und Genscher zu Belgrad-freundlich, heute sind der PDS Schröder und Fischer zu Moskau-freundlich. In ihrem Widerstand gegen Kriege will sich die Partei von niemandem übertreffen lassen – sofern es die Kriege der anderen sind.

Der Widerstand gegen die Vorlagen der Parteispitze wird durch Widersprüchlichkeiten prominenter Parteilinker erschwert. So trat MdB Winfried Wolf noch im November 1999 dafür ein, daß »UN-Kampfeinsätze als Ausnahmen zu diskutieren« seien, erst im März 2000 setzte er seine Unterschrift unter einen Parteitags-Antrag mit dem Titel »Nein zu UN-Militäreinsätzen«. Und die als linksradikal geltende Abgeordnete Marquardt stimmte im November in der PDS-Bundestagsfraktion gar für die Militäreinsätze, und seither hüllt sie sich in Schweigen.

Angesichts dieses beeindruckenden politischen Panoramas wird der Münsteraner Parteitag nur eine Durchgangsstation zur Erneuerung der PDS sein. Schon tauchen neue Ziele am Horizont auf. Lothar Bisky auf die Frage des Berliner »Tagesspiegel«, ob irgendwann auch Koalitionen mit der CDU denkbar seien: »Irgendwann ja. Denn es ist auf längere Sicht eine Neuorientierung der Parteienlandschaft zu erwarten. Ich halte meinen Kopf offen.«

Dennis Lang arbeitet als Publizist in Duisburg

Konkret 04/00, S. 28

Ralf Schröder

Der Wille zur Ahnung

Neben Allah ist auch der deutsche Journalismus mit den Terroristen in Tschetschenien im Bunde

Trotz des drohenden Bankrotts muß neulich in der Redaktion des »Allgemeinen Deutschen Sonntagsblattes« (»DAS«) noch einmal große Heiterkeit geherrscht haben. Der Pressesprecher des russischen Geheimdienstes, so berichtete das Blatt am 10. März, sei übergeschnappt. Er habe im Moskauer Fernsehen von einem »Propagandakomplott« berichtet: »Bestimmte westliche Kreise« hätten anderthalb Milliarden Dollar bereitgestellt, um russische Journalisten per Bestechung dahin zu bringen, den Tschetschenien-Krieg schlecht zu machen. »Eine solche Dolchstoßlegende«, so das »DAS«, »hat Rußland mindestens zehn Jahre nicht gehört.«

Von Interesse an dieser Episode ist das Amüsement, mit dem das Moskauer Establishment als verfolgungswahnsinnig dargestellt wird. Die Bestechungsgerüchte klingen – unabhängig von ihrer zweifelhaften Substanz – für deutsche Journalisten vor allem deshalb so obskur, weil ihnen ihr selbsterteilter Auftrag für kein Geld der Welt abzuhandeln wäre. Wie dieser Auftrag im Falle Tschetscheniens und der Islamisierung der südrussischen Gebiete aussieht, hat im Oktober 1999 der »Zeit«-Reporter Michael Thumann auf eine so exemplarische Weise dargestellt, daß eine kurze Rekapitulation viele Fragen beantwortet.

Unter der Schlagzeile »Die russische Seuche« handelt Thumann zunächst die Paranoia der russischen Staatsführung ab: In Tschetschenien inszeniere Moskau einen »Schaukampf« gegen den »Islamismus-Banditismus«. Zum Beleg der These, die russische Regierung selbst schaffe »sich immer mehr islamische Terroristen«, ist Thumann nach Tatarstan gefahren. Dort findet er vor allem sozialen Verfall. »In den trüben Wohnsiedlungen von Nabereshnyie Tschelny hören die Menschen den Predigern zu, die ihnen den Holzweg aus der Misere zeigen. Im Hof liegen leere Wodkaflaschen und Spritzen auf den Wegen. Die nahe gelegene staatliche Schule ist ein Drogenumschlagplatz geworden. Die Dealer stehen am Weg zum Klassenraum, in den es viele gar nicht mehr schaffen.«

Tatarstan, so Thumann, habe aber noch mehr zu bieten. Sein »kluger Präsident« Schamijew habe Moskau in einem Grundlagenvertrag eine außerordentlich weitgehende Autonomie mit eigenem Außenhandelsmonopol abgehandelt. »Dieser orientalische Kompromiß läßt Moskau die Illusion der Einheit und Schamijew den ungestörten Nutzen der tatarischen Ölvorkommen.« Leider kann aber mit den Erlösen aus den tatarischen Ölvorkommen der soziale Verfall nicht gestoppt werden. Die Beseitigung der Armut im »souveränen Staat« (Thumann) Tatarstan ist nämlich erstens selbstverständlich Moskaus Sache, und zweitens braucht man den Erlös aus dem Ölexport für wichtigere Dinge: »Auch aus den Überschüssen hat Schamijew den Bau von fast 800 Moscheen finanziert, die größte wächst im Kreml von Kasan empor.«

Im Tatarischen Öffentlichen Zentrum fallen Thumann Fotos auf, die den Leiter der Einrichtung in herzlicher Umarmung mit dem tschetschenischen Terroristen Bassajew zeigen. Jaja, man sei eng befreundet, erklären Thumanns Gastgeber. Man führt den »Zeit«-Reporter in eine Wohnung, in der ein aus Pakistan kommender Agitator einem Trupp junger Tataren erläutert, »was islamisches Recht, was ein islamischer Staat ist«. Eigentlich, so orakelt Thumann dann, »hat Tatarstan alles, was ein Nationalstaat braucht – eine Flagge, ein Wappen, eine eigene Sprache, Religion und Geschichte«. Ein Feind, ebenso wichtig, ist auch in Sicht. Sollte man sich in Tatarstan demnächst gezwungen sehen, die Nation tatsächlich zu etablieren, wäre natürlich wie in Tschetschenien Moskau schuld: »Den Bestand der Föderation bedroht der Zynismus der Moskauer Regierung. Ihr fehlt jegliches Verständnis dafür, daß aus sozialem Verfall religiöser und nationaler Fanatismus wächst.« Thumann hingegen, hierin eine Art ideeller deutscher Gesamtkorrespondent, findet es absolut verständlich, daß kluge muslimische Präsidenten die Reichtümer eines Landstriches für ihre Cliquen monopolisieren, militante islamistische Extremisten zu Gast haben und gleichzeitig von der bekämpften Zentralregierung Subventionen gegen die zwangsläufig entstehende feudale Armut fordern.

Das in den deutschen Medien durchgängig anzutreffende Verständnis für islamistische Freiheitskämpfer und das zugehörige antirussische Ressentiment haben in den vergangenen Wochen zu einer erneuten Bündelung aller Kräfte gegen das Phantom eines »Völkermordes« in Tschetschenien geführt. Zunächst ging es um den russischen Mitarbeiter des vom amerikanischen Geheimdienst CIA gegründeten und lange auch offiziell finanzierten Radio Liberty/

Free Europe, Andrej Babitzkij. Der Journalist, der aus Grosny berichtet hatte, wurde Mitte Januar von einer prorussischen tschetschenischen Miliz verhaftet, weil er nach Angaben des russischen Innenministeriums nicht über die erforderliche Akkreditierung verfügte. In den folgenden Wochen wurde Babitzkij nach eigener Aussage im Filtrationslager Tschernokosowo festgehalten und mit Knüppelhieben mißhandelt; Anfang Februar wurde er, so russische Behörden, im Austausch gegen Kriegsgefangene an tschetschenische Islamisten übergeben. Ende Februar tauchte Babitzki in der dagestanischen Hauptstadt Machatschkala wieder auf und wurde erneut verhaftet, diesmal, weil er einen gefälschten aserbeidschanischen Pass bei sich führte. Wenig später erfolgt auf Initiative des russischen Präsidenten Putin seine

Freilassung. Auch nach einer am 10. März erhobenen Anklage wegen »Zugehörigkeit zu einer bewaffneten Bande« bleibt Babitzkij auf freiem Fuß.

Nach Angaben Babitzkijs sind die gegen ihn gerichteten Aktionen anders abgelaufen. Dem »Spiegel« (6.3.) erzählte der Journalist, er sei bei dem Austausch an Leute übergeben worden, »von denen ich bis heute nicht weiß, was sie eigentlich wollten«. Wahrscheinlich habe es sich um tschetschenische Kollaborateure der Russen gehandelt. Sein Paß sei ihm abgenommen worden, dafür habe man ihm den gefälschten Ausweis, der zur neuerlichen Festnahme führte, aufgenötigt. Während mittlerweile tatsächlich einige Indizien dafür sprechen, daß es sich bei dem verwirrenden Hinundher um eine etwas dämliche Aktion des russischen Geheimdienstes gehandelt hat, wußte man in Deutschlands Redaktionen schon weit früher Bescheid. Am 5. Februar zitierte die »Taz« Babitzkijs Ehefrau mit der Aussage, ihr Mann sei zu den Tschetschenen abgeschoben worden, »um diesen die Verantwortung für die lebensgefährlichen Verletzungen anlasten zu können, die man Babitzkij in dem Filtrationspunkt zugefügt habe«. Am 14. Februar stand in der »Taz«, die Moskauer Regierung habe Babitzkij »zur Tötung« freigegeben: »Offenbar weiß Babitzkij Dinge, die Putins Wahlsieg gefährden können.« Am 28. Februar, Babitzkij war gerade in Dagestan verhaftet worden, meinte die »Frankfurter Rundschau«, eine mögliche Pressekonferenz des Journalisten in Moskau sei »ein Alptraum für den Kreml. Er wird deshalb alles tun, um Babitzkij zumindest bis zu den Wahlen hinter Gittern zu halten.« Einen Tag später war der Journalist frei, bis zum Redaktionsschluß dieser KONKRET-Ausgabe war aus Berlin und Frankfurt über die vorab angekündigten sensationellen Enthüllungen Babitzkijs kein Wort zu hören.

Nie allerdings wurde der Kombattantenstatus eines großen Teils der deutschen Medien deutlicher als im Fall des TV-Reporters Frank Höfling. Der hatte in einem Beitrag für den neuen Nachrichtensender N24 behauptet, die Opfer eines russischen Massakers an tschetschenischen Gefangenen gefilmt zu haben. Die Nachricht rief empörte Reaktionen westlicher Regierungen hervor. Nach energischen russischen Dementis und nach entsprechenden Zeugenaussagen gab Höfling zu, daß er das Material nicht selbst gedreht, sondern von dem »Iswestija«-Journalisten Oleg Blozki gekauft und daraus wissentlich ein Fake gebastelt hatte. Der Sender, eine Pro7-Tochter, kündigte seinem Angestellten fristlos.

Die Kommentare, die in der Debatte um den Höfling-Beitrag abgesondert wurden, sind an Parteilichkeit kaum zu überbieten: »Es sind Bilder, auf die die Welt gewartet hat – mit Grausen allerdings«, schrieb die »Süddeutsche Zeitung« (28.2.). Der gleiche Beitrag stellte durch die Wiedergabe eines Statements des ARD-Korrespondenten Thomas Roth versehentlich klar, warum die Welt auf solche Bilder gewartet hatte und welche Qualität die gegen Rußland gerichteten unzähligen Greuel- und Massenmord-Vorwürfe haben: »Als Einzelkämpfer könne Höfling gar nicht finden, was die ARD mit großem Apparat und großem Aufwand seit Monaten suche – den Beweis für russische Kriegsverbrechen.« Die »SZ«-Leute erkannten, wie alle anderen Redaktionen, auch sofort die strategische Auswirkung der drohenden Misere: »Höfling ist für die russische Regierung zur zentralen Figur ihrer medialen Abwehrschlacht geworden. Gelingt es ihr, ihn zu diskreditieren, muß sie sich mit Berichten über Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen in Tschetschenien nicht mehr befassen.«

Selbstverständlich impliziert die These von der »medialen Abwehrschlacht« auch eine entsprechende Attacke. Diese wurde deutscherseits, kaum war die Fälschung nachgewiesen, mit einer schier unglaublichen Dreistigkeit forciert. In der »Zeit« beschwerte sich Thumann über die Richtigstellung der »Iswestija«: »Schuld waren also nicht die tapferen russischen Soldaten, sondern böswillige Journalisten.« Der Bericht über die Aufdeckung der Fälschung stand unter der richtungsweisenden Schlagzeile: »Die antijournalistische Operation«, Untertitel: »Moskau lenkt geschickt von kompromittierenden Bildern im Tschetschenienkrieg ab.« Eisern blieb auch das PDS-Blatt »Neues Deutschland«: »Die Echtheit der jüngsten schrecklichen Bilder aus Tschetschenien wird inzwischen nicht mehr bestritten. In jedem Fall bestätigen sie, daß jeder Krieg grausam ist.« Wohlgemerkt: Die Echtheit der von N24 ausgestrahlten Bilder ist nie bestritten worden, nachgewiesen wurde lediglich, daß sie statt, wie behauptet, massakrierter Tschetschenen die Opfer von Kampfhandlungen zeigen.

Besonders ins Zeug zugunsten des Fälschers von N24 legte sich Michael Hanfeld in der »FAZ«, die mit 25,1 Prozent an dem TV-Sender beteiligt ist. Aus der schlichten und zutreffenden »Iswestija«-Überschrift »Herr Höfling, Sie sind ein Lügner« spricht für Hanfeld (1.3.) völlig eindeutig »der Triumph der amtlichen Zensoren über den unabhängigen Journalismus«. Einen Tag später verglich Hanfeld die Situation in Tschetschenien mit der »Stille eines Friedhofs« und passend dazu den Fälscher mit dem Opfer eines Exekutionskommandos: »Jetzt gibt es einen Reporter weniger, der diese Ruhe stört.« Bereits am 28. Februar hatte Hanfeld in einem Beitrag über die Höfling-Fälschung eine Wendung gefunden, die die Absichten und Ergebnisse der gesamten deutschen Tschetschenien-Berichterstattung anmutig zusammenfaßt: »In welchem Ausmaß der Krieg der russischen Armee in Tschetschenien einem Vernichtungsfeldzug gleichkommt, läßt sich nur erahnen.«

Dieser unbedingte Wille zur Ahnung und die warmen Kollegen-Kommentare zur Höfling-Fälschung zeigen in beeindruckender Dichte, daß man dem N24-Reporter keineswegs seine politische Mission, sondern lediglich die handwerklichen Fehler zur Last legt. Höfling hatte erklärt, er habe durch sein Fake den Kreml zu einer Stellungnahme

zwingen wollen, und: »Ich würde es wieder tun.« Insofern handelt es sich bei dem Überzeugungstäter um eine Figur, die den selbsterteilten Kampfauftrag des deutschen Journalismus lediglich etwas krude zugespitzt hat.

Im Gegensatz zu den antirussischen Schreibtisch-Kriegern operiert die Politik zumindest teilweise auf soliderer Grundlage. Ein Ende Februar vom Berliner Auswärtigen Amt erstellter Lagebericht, der als Grundlage für Asylverfahren gilt, spricht von Menschenrechtsverletzungen durch russische Truppen sowie durch tschetschenische »Banden und Rebellen«. Die »FAZ« (14.3.) berichtete, eine Beobachter-Delegation des Europarates habe »ernsthafte Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen auf beiden Seiten festgestellt«. Dies betreffe auch »völlig inakzeptable Gewaltakte« der tschetschenischen »Kämpfer« »an Zivilisten und Gefangenen sowie auch die zahlreichen Geiselnahmen«.

Nach der grandiosen Empörung über die zumeist halluzinierten Aktionen gegen den Kollegen Babitzkij und nach der rußlandkritischen Debatte über die deutsche N24-Fälschung kehrte vorübergehend journalistische Behutsamkeit in die Redaktionen zurück. Am 3. März meldeten amtliche russische Stellen den Tod des Fotografen Vladimir Yatsina. Unter Berufung auf eine namentlich genannte Zeugin wurde berichtet, der 52jährige Mitarbeiter der russischen Agentur Itar-Tass sei von seinen tschetschenischen Bewachern erschossen worden, nachdem er während eines Marsches entkräftet zusammengebrochen war. Yatsina befand sich seit Juli 1999 in der Hand der islamistischen Kidnapper, die für seine Freilassung zwei Millionen Dollar Lösegeld forderten. Für fünfundneunzig Prozent der hiesigen Redaktionen war der Vorfall keine Zeile wert, von weiteren Nachforschungen über den Tod des Kollegen wurde nichts bekannt. Es ist eben ein heiliger Krieg.

Ralf Schröder schrieb in KONKRET 2/2000 über Rußlands Präsidenten Putin

Konkret 04/00, S. 30

Jürgen Elsässer

Vor dem Krieg

Im Kosovo same procedure as last year: Die Krauts legen den Brand, die Yankees löschen mit Benzin

Mitte Februar fand im US-Headquarter in Stuttgart eine Konferenz statt, auf der sich amerikanische und deutsche Generäle unter Vorsitz von Nato-Oberbefehlshaber Wesley Clark über den nächsten Balkan-Krieg verständigten. Die »Frankfurter Allgemeine« (»FAZ«) berichtete: »Sicherheitspolitiker im westlichen Bündnis erwarten, daß es auf dem Balkan bald zu Milosevics viertem Krieg kommen wird ... Namentlich die deutsche Seite machte in diesem Gedankenaustausch über die Lehren der Luftoperationen (im Kosovo-Krieg 1999, J. E.) darauf aufmerksam, daß es zur Beherrschung einer Krise auf ihrem Höhepunkt darauf ankomme, Gewaltdrohungen nur mit kurzen Erfüllungsfristen auszusprechen und danach sofort wahrzumachen. Die amerikanischen Teilnehmer widersprachen nicht, sondern stimmten implizit zu ... Wenn überhaupt Gewalt, dann auch entschlossen zum Sieg.«

Der Eindruck, den die Zielstrebigkeit – »Gewaltdrohungen mit kurzen Erfüllungsfristen« – vor allem der deutschen Nato-Generäle auf die anwesenden »FAZ«-Redakteure gehabt hat, muß so stark gewesen sein, daß seither keine Woche vergeht, ohne daß die Zeitung Stimmung für einen bald bevorstehenden Krieg macht. So hieß es etwa am 1. März: »Milosevic schürt Spannungen im Kosovo und in Montenegro. Neues Kräftemessen mit dem Westen? Nach dem Krieg ist vor dem Krieg ... Nachkriegs- und Vorkriegszeit gehen ... ineinander über.« Am 6. März: »Ein Jahr nach dem Kosovo-Krieg droht der nächste Kampf. Hat der erste Krieg nach dem Kosovo-Krieg schon begonnen?« Am 10. März: »›Kriegsbeginn: 28. März‹« – wobei das Datum jedoch als Hirngespinst »einer neuen nationalistischen Erhitzung der (serbischen) Bevölkerung« und der Belgrader Tageszeitung »Nedeljni Telegraf« dargestellt wurde, wofür es selbstverständlich keinerlei Gründe gebe.

Dabei ist die Mobilmachung der Nato bereits angelaufen. »Man atmet bereits Kriegsluft«, schrieb die italienische Tageszeitung »Il manifesto« Ende Januar, die Uno habe in Albanien vier Auffanglager für Flüchtlinge vorbereitet, die bei einer blutigen Eskalation aus Montenegro erwartet werden. Mitte Februar besuchten zunächst Nato-Oberbefehlshaber Clark und dann Nato-Generalsekretär George Robertson die Regierung in Skopje. Anschließend versetzte der Nato-Aspirant Mazedonien seine Truppen an der Grenze zu Jugoslawien in Alarmbereitschaft. Zur selben Zeit fand das erste gemeinsame Nato/WEU-Stabsmanöver statt, das eine »WEU-geführte Operation mit Rückgriff auf Nato-Ressourcen« in einem fiktiven »Kiloland« probte, wo man »ethnisch und sozial bedingte schwere Unruhen und gravierende humanitäre Probleme« mit Waffengewalt zu bewältigen wußte (»Neue Zürcher Zeitung«).

Die Übung stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der Übertragung der Befehlsgewalt der Kfor-Truppen am 1. April: Zum ersten Mal wird dann das Kommando für die Besatzungsarmee nicht mehr über die Nato-, sondern über die Eurokorps-Befehlsstränge ausgeübt werden. Vom 19. März bis 10. April wird im Kosovo selbst geprobt – ein Manöver mit 2.000 Soldaten soll »die Entschlossenheit der Nato demonstrieren«, hieß es in einer Erklärung aus Brüssel.

Am größten ist die Kriegsgefahr im kosovarischen Mitrovica und im angrenzenden Südserbien. »Mitrovica, Auslöser für den nächsten Balkankrieg« verkündete eine Analystin der International Crisis Group (ICG) Ende Februar im kanadischen »Toronto Star«. Die ICG ist ein Think Tank, der von der US-Regierung und der EU-Kommission finanziert wird und wissenschaftliche Studien mit frei erfundener Propaganda in literarisch anspruchsvoller Weise verknüpft. So heißt es in dem zitierten Artikel weiter, Mitrovica sei »der Notnagel in Belgrads Strategie, mit der Vertreibung aller Nichtserben aus der Region ein ›Groß-Serbien‹ zu schaffen«. Da nun aber offensichtlich ist, daß zumindest seit dem Nato-Einmarsch keine Nichtserben, sondern ausschließlich Nichtalbaner aus der Region vertrieben werden, und daß Mitrovica der allerletzte Zipfel des Kosovo ist, in dem sich letztere ohne Lebensgefahr noch bewegen können, müssen Anlässe geschaffen werden, die diese Offensichtlichkeit in den Hintergrund treten lassen.

Am besten eignen sich dazu, wie im Vorfeld der bisherigen Balkan-Kriege, CNN-Bilder von serbischen Massakern. Ein Ableger der albanischen Terror-Gruppe UCK hat zu diesem Zweck Operationen jenseits der Provinzgrenze in Südserbien begonnen. »Ziel ist es, die serbische Armee mit bewaffneten Zwischenfällen zu provozieren und dadurch eine Nato-Intervention in Serbien selbst herbeizuführen«, berichtete Ende Februar der »Guardian«. Ein US-Militärsprecher gab gegenüber der britischen Zeitung seine Bereitschaft kund, auf dieses Kalkül einzugehen. »Wenn in dieser Region Greueltaten verübt werden, werden wir reingehen und aktiv werden. Im Augenblick arbeiten wir an einer Definition, was eine Greueltat ist.« Im englischsprachigen Programm von Radio Netherlands weckten solche und ähnliche Äußerungen aus Nato-Kreisen Befürchtungen: Sie »haben eine unheimliche Ähnlichkeit mit der Sprache, die die Nato vor Beginn ihrer Luftschläge vor einem Jahr benutzt hat«. Einen großen Unterschied haben die niederländischen Kollegen allerdings übersehen: Während sich die Nato vor einem Jahr wenigstens noch bemühte, ihre Intervention mit einem angeblichen Völkermord zu rechtfertigen, spart man sich dieses Mal das moralische Pathos. Da beim besten Willen kein Holocaust herbeizuphantasieren ist, muß es diesmal ohne gehen. Ein Anschlag mittlerer Preisklasse oder auch, wie 1914, ein Attentat

könnte genügen, die Nato-Militärmaschine in Gang zu setzen – wenn es gelänge, die Serben dafür verantwortlich zu machen.

In Mitrovica hätte es fast geklappt. Die drittgrößte Stadt der Provinz ist durch den Fluß Ibar geteilt in eine albanische Südhälfte mit etwa 80.000 Bewohnern und eine Nordhälfte mit 16.000 Serben und Roma, von denen knapp 8.000 nach dem Nato-Einmarsch aus anderen Teilen des Kosovo hierher geflüchtet sind. Am 13. Februar wurden französische Kfor-Einheiten im Nordteil gezielt aus dem Hinterhalt beschossen, zwei Soldaten wurden getroffen. Der Anschlag wäre wohl ohne weiteres den Serben in die Schuhe geschoben worden, hätten französische Scharfschützen das Feuer nicht erwidert und einen der Heckenschützen getötet – einen Albaner namens Avni Haradinaj, nach serbischen Informationen einer der fünf Brüder von Ramush Haradinaj, des engsten Verbündeten von UCK-Führer Hashim Thaci. Nach einem längeren Gefecht hoben die Franzosen schließlich ein ganzes Nest albanischer Terroristen aus, die sich in einen serbischen Wohnblock eingeschlichen, die Bewohner aus günstig gelegenen Appartments vertrieben und von dort das Feuer eröffnet hatten.

Die Lage in der Stadt hatte sich schon in der Vorwoche zugespitzt, und selbst aus der Darstellung von Bundeswehr-Pressesprecher Klaus Geier wird deutlich, daß die Verantwortung dafür eindeutig die albanische Seite trägt: »In der Nacht auf den 4. Februar hatte es in der Stadt massive Unruhen gegeben. Am Tag zuvor, am 2. Februar, wurde ein UNHCR-Bus mit serbischer Dorfbevölkerung, die in die Stadt zum Einkaufen gefahren werden sollte, patrouilliert durch französische Kfor-Soldaten, mit Raketenwerfern beschossen. Dabei wurden zwei Serben getötet, es gab mehrere Verletzte. In der Nacht darauf wurde eine Handgranate in ein serbisches Café im Norden von Kosovska Mitrovica geworfen – von wem auch immer, die Ermittlungen laufen noch. Es gab 15 Schwerverletzte. Im weiteren Verlauf der Nacht wurden auch drei Albaner, zwei Männer und eine Frau, erschossen. Auch hierzu laufen noch die Ermittlungen.« Auch die Bilanz der während der Februar-Unruhen Festgenommenen zeigt deutlich, von wem die Gewalt ausging: Nach Nato-Angaben waren über 80 Prozent der abgeführten Unruhestifter Kosovo-Albaner, selbst bei der deutsch-amerikanischen Razzia in Nord-Mitrovica waren von 51 Festgenommenen »mindestens 44« (»FAZ«) Albaner.

Obwohl bei dieser Razzia in den serbischen Wohnquartieren Mitrovicas jedes Haus durchwühlt und selbst in Schulen und Kinderkrankenhäusern Türen eingetreten wurden, war die Ausbeute kläglich: Ganze 25 Waffen wurden sichergestellt, informierte die »Chicago Tribune«. Dennoch bauten US-Emissär Richard Holbrooke, der deutsche Außenminister Joseph Fischer und Nato-Generalsekretär Robertson anschließend den jugoslawischen Präsidenten zum Sündenbock auf: Belgrader Agenten, hieß es, heizten die Stimmung in der Stadt an. In Wirklichkeit sind auf den Kundgebungen in Nord-Mitrovica ausgesprochen Milosevic-feindliche Töne zu hören, weil sich die Kosovo-Serben von ihm verraten fühlen. Die Nato-Propaganda soll davon ablenken, daß auf der Gegenseite sehr viel mehr und viel besser organisierte Scharfmacher am Werk sind. So berichtet der »Spiegel«, daß sich derzeit etwa 200 hochrangige Offiziere des albanischen Geheimdienstes im Kosovo aufhalten, darunter Spitzenagent Xhavit Haliti, ein enger Berater des UCK-Chefs Thaci. »Ziel sei die Destabilisierung des Kosovo und seine Kontrolle durch Tirana«, zitiert das Magazin albanische Thaci-Kritiker. Und bei der Demonstration vom 22. März, bei der ein Teil der 50.000 Albaner die Kfor-Absperrungen durchbrach und nach Nord-Mitrovica stürmen wollte, ist dem Reporter des britischen »Daily Mail« aufgefallen: »Darunter waren die Gesichter von einigen sehr bekannten Extremisten der UCK.«

Trotz der eindeutigen Beweislage wurden die Tatsachen in vielen westlichen Medien auf den Kopf gestellt; man gab nicht den albanischen Terroristen, sondern den Serben und sogar den Franzosen die Schuld für die Eskalation. Typisch war etwa ein Kommentar der »Tageszeitung«, in dem es – zwei Tage nachdem ein albanischer Krankenwagen voller Waffen in Mitrovica von der französischen Kfor gestoppt worden war – hieß, daß das albanische »Vorurteil, die Franzosen stünden auf der Seite der Serben, bestätigt« worden sei.

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen veröffentlichte die »FAZ« am 24. Februar eine ganzseitige Expertise, die nur als Frontalangriff gegen den Westen im allgemeinen und Frankreich im besonderen zu werten ist. Mit der Forderung, die Kernelemente der UN-Resolution 1244 – die Multiethnizität des Kosovo und seine Zugehörigkeit zu Jugoslawien – künftig ganz einfach nicht mehr zu beachten, schlug die »Zeitung für Deutschland« nichts weniger vor, als die völkerrechtliche Grundlage des Friedensschlusses zwischen der Nato und Jugoslawien ganz offiziell außer Kraft zu setzen – und damit den Frieden selbst. Auszüge aus dem Artikel: »Es zeigt sich, daß die internationale Verwaltung ... kein erkennbares Ziel und keine klare Perspektive hat ... Westliche Politiker und Diplomaten haben die Lage noch dadurch kompliziert, daß sie sich ausdrücklich mit der Begründung für das Verbleiben der serbischen Minderheit im Kosovo einsetzten, damit eine Rückkehr zu Serbien möglich bleibe ... ›Multikulti‹ ist nach dem Geschehenen im Kosovo passé ... Daß ein selbständiges Kosovo zur ›Destabilisierung‹ des ganzen südlichen Balkan führen könnte, ist weit hergeholt.« In kruder ökonomistischer Manier konstruiert der Autor einen Zusammenhang zwischen den »französischen Eigentumsansprüchen auf (die Mine) Trepca« – dort, im Norden Mitrovicas, hat ein französisch-griechisches Konsortium vor einigen Jahren Anteile erworben – und der angeblichen pro-serbischen Politik der »französischen Schutzmacht« – ganz so, als hätten sich nicht die Deutschen selbst den entscheidenden wirtschaftlichen Einfluß in der Provinz gesichert: über den Aufbau der bisher einzigen Privatbank (»Micro Enterprise Bank of Kosovo«), gegen den Widerstand der EU-

Kommission vorangetrieben von der Commerzbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), und über die Einführung der Deutschmark, verfügt von UN-Administrator Kouchner.

Doch selbst der ist den »FAZ«-Büchsenspannern verdächtig, weil er das »nationale Interesse« der Franzosen vertrete, und auch die US-Administration bekommt schlechte Noten, weil sie in Rambouillet eine »für Milosevic akzeptable Autonomie« zur Vertragsgrundlage gemacht habe. Über die Bevölkerungsmehrheit im Kosovo heißt es schließlich in der Diktion Wilhelms des Zweiten gegenüber schwarzafrikanischen Kaffern: »Staatsbildende Begabung haben die Albaner, durch ihre Geschichte bedingt, nun einmal nicht, und ihre gegenwärtigen politischen Führer hätten kaum die Fähigkeiten, einen Staat zu führen.« Das Kosovo soll also selbständig werden, aber nicht unter albanischer Führung? Das erinnert daran, daß der »FAZ«-Haushistoriker Arnulf Baring bereits 1991, zur Zeit der Sezession Kroatiens und Sloweniens, Deutschland die Rolle des Protektors der neuen Mini-Republiken empfohlen hatte: »Der Versuch völliger Unabhängigkeit kann doch eigentlich gar nicht gutgehen ... Irgendwo müssen all diese Kleinstaaten doch unterschlüpfen.«

Die aktuelle Mächtekonstellation weist eine fatale Parallele zu den Wochen unmittelbar vor dem 24. März 1999 auf: Franzosen und Russen versuchen ihr Möglichstes, wenigstens die minimalen Interessen der Serben zu verteidigen und eine militärische Eskalation zu verhindern (was übrigens die russischen Kfor-Soldaten mittlerweile bereits mit drei Toten bezahlen mußten). Deutsche und amerikanische Think Tanks raten zu aggressivem Vorgehen und haben große Teile der jeweiligen Entscheidungsträger schon dafür gewonnen: Kouchner und die OSZE-Führung um die österreichische Außenministerin Ferrero-Waldner vertreten ungeniert die »FAZ«-Vorschläge einer Abspaltung des Kosovo von Jugoslawien, Fischer, Holbrooke und Robertson präsentieren Milosevic als Sündenbock für die Krise in Mitrovica.

Doch während in Deutschland der Aggressionskurs auf keinerlei Kritik stößt, gibt es – auch das eine Parallele zur Vorkriegszeit 1998/99 – in den USA eine veritable Spaltung in der politischen Klasse. »Ein deutlicher Riß im militärischen Oberkommando« (»Chicago Tribune«) wurde während der Verlegung der US-Einheiten nach Mitrovica Mitte Februar sichtbar. Wesley Clark (unterstützt von Kfor-Kommandeur Reinhardt) ordnete die Dislozierung zusätzlicher Truppen im französischen Sektor an, was noch am selben Tag einen Protestbrief von Henry Shelton, Generalstabschef der US-Streitkräfte, zur Folge hatte. Der General reklamierte, daß die GIs sich um die Sicherheit ihres Sektors kümmern und nicht zu Hilfsdiensten in andere Sektoren abkommandiert werden sollten. Sheltons Brandbrief, kommentierte die Londoner »Times«, »ist das jüngste Anzeichen, daß Amerika, besonders in einem Wahljahr, nicht bereit ist, Verluste an Menschenleben in abgelegenen Weltgegenden hinzunehmen«.

Hinter Shelton stehen das Pentagon und US-Verteidigungsminister William Cohen, hinter Clark das State Department und US-Außenministerin Madelaine Albright. Letztes Jahr endete das Kräftemessen zwischen beiden Lagern unentschieden: Während der elfwöchigen Air Campaign dominierten die Scharfmacher, doch mit der Drängelei nach Bodentruppen hatte Clark den Bogen überspannt – nach dem Waffenstillstand wurde auf Druck des Pentagon seine Ablösung als Nato-Oberbefehlshaber beschlossen. Bevor er sein Amt Anfang Mai abtritt, scheint er nun – siehe die eingangs geschilderte Tagung in Stuttgart – gleichgesinnte Nato-Generale sammeln zu wollen, die die Operationen auch ohne ihn radikalisieren.

Matthias Küntzel hat in einer sehr lesenswerten Studie (*Der Weg in den Krieg. Deutschland, die Nato und das Kosovo,* Elefanten Press) nachgezeichnet, »daß keine andere Nato-Macht diesen Konflikt so wie Deutschland geschürt hat: zielstrebig, bewußt und die Vorgaben der Vereinten Nationen vorsätzlich mißachtend. Während die übrigen Nato-Staaten in ihrer Haltung gegenüber Jugoslawien schwankten und auf den Nationalismus der Kosovo-Albaner unschlüssig und situativ reagierten, verfolgte Deutschland als langjährige Schutzmacht der ›Kosovo-Befreiungsbewegung‹ UCK ein ebenso langfristig angelegtes wie klar umrissenes Ziel: Das Kosovo sollte mit Hilfe der Nato-Luftangriffe in ein Protektorat verwandelt werden.«

Dieselbe Rolle spielt Deutschland auch bei der augenblicklichen Eskalation in Südserbien. Dort treibt seit vergangenem November eine Terrorgruppe mit dem albanischen Akronym UCPMB (»Befreiungsbewegung für Presheva, Medvegja und Bujanovic«) ihr Unwesen, bei insgesamt 15 Anschlägen sind mindestens 20 Menschen ums Leben gekommen. Wer sind die Freischärler, die das Gebiet von Serbien loslösen und mit »Großalbanien« vereinigen wollen? Die Londoner »Times« definierte sie Ende Februar als »radikale Splittergruppe innerhalb der UCK«, und die kosovo-albanische Tageszeitung »Koha Ditore« recherchierte, daß diese UCK-Fraktion vom Fonds »Das Vaterland ruft« finanziert wird.

Der Fonds wird nicht von der UCK-Spitze um den Albright-Amigo Thaci kontrolliert, sondern von Thacis schärfstem Opponenten Bujor Bukoshi. Bukoshi ist seit 1991 international nicht anerkannter Ministerpräsident der Kosovo-Albaner, hat bis letztes Jahr unter Protektion der Bundesregierung in Bonn residiert und von dort aus unter Flüchtlingen und Arbeitsimmigranten Geld für den bewaffneten Kampf gesammelt. Die Bundesregierung ließ das Eintreiben dieser Kriegssteuern zu, obwohl die USA zumindest seit Sommer 1998 mehrfach dagegen interveniert haben. Ende Januar legte Bukoshi nun erstmals einen Kassenbericht vor, und dieser zeigt, daß die Geldspenden aus Deutschland für diesen Fonds noch bedeutender sind, als man bislang vermuten durfte. Demnach flossen seit 1991 insgesamt 216,7 Millionen Deutschmark in den Fonds, aber nur 30,4 Millionen Schweizer Franken und 3,6 Millionen US-Dollar (alle Zahlen nach »Radio Free Europe/Radio Liberty«). Von diesen Einnahmen sind im Augenblick noch 53,6 Millionen Mark in der Kasse –

und mit dieser Summe versucht Bukoshi, sich durch Förderung der UCPMB als noch erfolgreicherer Kämpfer gegen die verhaßten Serben zu profilieren als Thaci.

Den Sieg einer von Deutschland kontrollierten UCK-Fraktion werden die USA sicherlich nicht zulassen. Notfalls werden sie ihn verhindern, indem sie selbst wieder die Führung im Krieg gegen Serbien übernehmen. *Same procedure as last year*: Die Krauts legen den Brand, die Yankees löschen mit Benzin.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 2/2000 über die Mafia-Herrschaft in Montenegro

Konkret 04/00, S. 33

Gert Ockert

In diesem Sinne - Bekennt nix

Der Papst ist, die TV-Bilder zeigen es, am Arsch. Schwer zu sagen, ob diese Leiche auf Abruf noch weiß, was sie tut. Die Vita der »polnischen Kartoffel« (E. Henscheid) weist aber darauf hin, daß Karol W. vor allem in Geschichtsbücher und andere Katechismen eingehen will. Zu diesem Zweck hat er am 12. März im Petersdom mit allem liturgischen Lärm seinem HErrn, der offenbar, die taube Nuß, bei Gelegenheit nichts mitbekam, gebeichtet, »in manchen Zeiten« seien manche Christen »in mancher Art« an mancher Bestialität evtl. beteiligt gewesen.

»Historisches Ereignis!«, trompetete die Trottelpresse. Sie meinte leider nicht die Obszönität des Vorgangs. Denn der Pontifex max. bereute keineswegs namens der Una sancta, sondern laberte i. A. irgendwelcher namenloser und vor allem: toter »sündiger Kinder« des Vereins. Das hörte sich en détail so an: Im »Namen des Glaubens und der Moral (haben) auch Menschen der Kirche ... in ihrem Einsatz zum Schutz der Wahrheit mitunter auf Methoden zurückgegriffen ..., die dem Evangelium nicht entsprechen.« Wir haben es hier mit Sätzen zu tun, in denen mehr Lügen als Wörter stehen. Freilich meint die »Wahrheit«, von der Theologen faseln, nicht unsren weltlichen Begriff, vielmehr die »Wahrheit«, welche ist bei GOtt, amen. Kreuzkriege, Hexenhammer, Inquisitionsterror und immer, immer wieder Pogrome – ein Meer aus Blut, ein Universum der Leiden, ein unendlicher Katalog des Verbrechens, verantwortet allein von dieser Kirche, exekutiert allein für ihre Lehre. Doch diese einzige Wahrheit streitet das pompöse »Mea culpa« rundweg ab.

Es war ein Bluff, mit dem kein anderer Serienmörder durchkäme. Der Papst und seine Spießgesellen beschlossen, ihr »Gedächtnis ehrlich zu reinigen«, und, hallo!, schon hatten sie u. a. die Rolle ihrer Amtsvorgänger während der Shoah aus der Erinnerung geputzt. Kein Wort auch zur großzügigen Fluchthilfe für Nazikiller durch den Vatikan. Nur eine Revue von Reuegesten, die nichts kosten, doch bei den Doofen Eindruck schinden. Gernot Facius, »Welt«: »Die Tür ist nun aufgestoßen ... für die Heilung dieser Sünden.« Angewandtes Christentum: Man entschuldige sich für irgendwie alles, d. h. nichts und niemanden, schon geht's dem Gewissen besser. Wenn auch nicht den Opfern. Aber die sind ja bereits beim HErrn. Der seinen Stellvertreter nun bitte auch zu sich versammeln möge.

Konkret 04/00, S. 33

Fritz Tietz

In diesem Sinne - Ausländer rein

Die deutsche High-Tech-Branche hat ein Problem: Expertenmangel. Genauer: Computerexpertenmangel. Mindestens 75.000 IT-Spezialisten fehlen, so beziffert und beklagt die heimische Software-Industrie ihr Problem. Probleme aber sind da, um gelöst zu werden. Und die Lösung hier lautet: Ausländer rein! Genauer: 30.000 ausländische EDV-Spezialisten rein! So der Wunsch der Industrie, und da deren Wünsche deutschen Bundeskanzlern traditionell Befehl sind, machte Gerhard Schröder auch dieses Ansinnen flott folgsam zu seinem eigenen.

Aber so neu ist das alles ja gar nicht. Schließlich wurden schon in den 40er Jahren unseres Jahrhunderts eine Menge ausländischer Experten in den damals noch reichsdeutschen Rüstungsindustrien beschäftigt – wenn auch überwiegend ohne Bezahlung. Die erfolgte bekanntlich mit gewissen Verzögerungen bzw. soll demnächst abschlagweise erledigt werden. Ein Schlendrian, den man sich so heute nicht mehr wird leisten können.

Aber wozu auch? Schließlich verfügen die Deutschen in Sachen Anwerben, Unterbringen, Beschäftigen und wieder Abschieben von ausländischen Fachkräften über erprobte und effektive Modelle, eingedenk derer man sich über das »wie«, das »wie oft« und das »wie lange« von ein paar zehntausend indischen oder kanadischen Informatikern auf dem deutschen Arbeitsmarkt keinen Kopf zu machen braucht. Die sollen ja nicht gleich eine tausendjährige Aufenthaltsberechtigung bekommen, wie es die Deutschen einst ihrem ausländischen Massenvernichtungsexperten Adolf Hitler einräumten. Und überhaupt: Selbst der wurde ja nach nur zwölf Jahren wieder abgeschoben.

Kein Grund also, sich über einige zusätzliche, länger oder kürzer befristete Arbeitserlaubnisse für Ausländer aufzuregen, zumal das doch beispielsweise in der deutschen Landwirtschaft mit ihren polnischen Spargel- und Erntespezialisten seit Jahren völlig problemlos klappt. Ebenso in der Krankenhausindustrie mit ihren hochqualifizierten Raumpflegephilippinerinnen oder in der Gastronomie mit ihren meist afrikanischen und – im doppelten Wortsinn – schwarzen Geschirrspültechnikern. Deren Beschäftigung war doch hierzulande auch nie ein Problem. Und warum soll nicht ein so erprobtes Beschäftigungsmodell, wie es im deutschen Gunst- und Rotlichtgewerbe so gut funktioniert, warum soll das nicht auch auf ausländische Software-Spezialisten übertragbar sein: also anwerben den Experten, seinen Paß kassieren, ihn gefügig machen, ausbeuten und nach Gebrauch wieder abschieben.

Schluß endlich mit der Diskussion um die Zuwanderung! Her mit den ausländischen Softwerkern, her mit den Besten der Besten und dem Bleiberecht für alle Experten! Denn wozu gibt es schließlich die Experten? Zum Verwerten, zum Verwerten

Konkret 04/00, S. 33

Justus Wertm□ ller

In diesem Sinne - Stol□ e V□ lker

David Harris, Direktor des American Jewish Committee (AJC), wendet sich mit der Bitte um Unterstützung an die Bundesregierung. Den letzten dreizehn im Iran lebenden Juden soll in wenigen Wochen in Teheran der Prozeß gemacht werden. Harris: »Deutschland ist eines der wenigen Länder, das auf die politische Führung im Iran Einfluß nehmen kann (»Tagesspiegel«,14.3.00). Woher dieser Einfluß rührt, verrät am 8. März die »FAZ«. Ganz unschuldig gibt sie die iranische Tageszeitung »Kayhan international« wieder. Die hatte anläßlich des Fischer-Besuchs im Iran verkündet, daß die »Feindschaft gegenüber den Vereinigten Staaten« die wichtigste Gemeinsamkeit zwischen dem Iran und den europäischen Staaten darstelle, und hervorgehoben, daß die deutschen als »stolzes Volk« die Arroganz der Amerikaner haßten. Besonders abgestoßen seien die Deutschen davon, daß die Amerikaner sie zwängen, »die Last der Schuld und Schande für die sogenannten Nazi-Kriegsverbrechen« zu tragen.

Wie schön, gelegentlich andere ganz unverblümt aussprechen zu lassen, was einem selber verwehrt ist. »Kayhan international« auf gut deutsch, das ist Walsers Recht auf eine glückliche Kindheit im NS oder Diepgens Weigerung, am symbolischen Baubeginn des Holocaust-Denkmals teilzunehmen oder gleich die NPD, die am 22. Januar auf ihrem Marsch zum Mahnmalsgelände mit einem Stahlhelm und der Parole »Ehre wem Ehre gebührt« aufwartete. Damit will Fischer natürlich nicht identifiziert werden. Er hat schließlich in Teheran pflichtgemäß daran erinnert, daß sich Deutschland Israel aus historischen Gründen »besonders verpflichtet weiß«; um dann hinzuzufügen, daß die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes beachtet werden müßten. Schon bei seinem Antritt als Außenminister hat Fischer versichert, die deutsche Außenpolitik in ihren Grundzügen zielstrebig fortsetzen zu wollen. Das kriegt er gut hin. Die besten Freunde finden sich offensichtlich dort, wo Verständnis für Nazi-Kriegsverbrechen zum gesellschaftlichen Konsens gehört. In Ländern also, in denen man aktiv beim Holocaust mittat (Osteuropa), und in den islamischen Staaten, wo Antiamerikanismus und Antisemitismus den frommen antiimperialistischen Konsens gegen Israel stiften.

Es wird Joseph Fischer ein besonderes Vergnügen sein, den AJC bei der Rettung der iranischen Juden ein wenig zu unterstützen – wegen der besonderen Verpflichtung etc. Daß die gleichen Juden in ihrer neuen Heimat Israel erneut vor existentiellen Problemen stehen könnten, wenn nämlich die Palästinenser ihre »legitimen Rechte« tatsächlich durchsetzen sollten, scheint so bedauerlich wie unvermeidlich zu sein. Jedenfalls äußerte Fischer schon mal vorsorglich den Wunsch nach einer »konstruktiven Rolle Irans« im Friedensprozeß im Nahen Osten.

Konkret 04/00, S. 34

Günther Jacob

Zu kurz

Das »Schwarzbuch Kapitalismus« will auf den Nachweis hinaus, daß der Holocaust »in den Zwängen der kapitalistischen Produktionsweise wurzelt«

Auch wenn der Holocaust das Werk »von deutschen Tätern« war, so ist es für Robert Kurz in Wirklichkeit doch der Kapitalismus gewesen, »dessen Logik letztlich Auschwitz hervorgebracht hat«. Denn die Täter sind als Menschen definiert, die von der Macht der bei Kurz als »Wirkung« beschworenen systemischen »Gründe« überwältigt wurden. Selbst »Hitler war gewissermaßen der Exekutor« einer überindividuellen Logik, also ihre Marionette. Selbst wenn daher Kurz berücksichtigt, daß die Nürnberger Gesetze »noch nicht unbedingt zum Holocaust führen mußten«, so »drängte« doch ihm zufolge die »allgemeine fordistische Qualität der deutschen Revolution« (also der dahintersteckende Kapitalismus) »über die bloße Selektion hinaus«.

Die Qualität drängt! Die Logik bringt hervor! Auschwitz war »die äußerste Konsequenz des Fordismus«. Auschwitz war »eine fordistische Fabrik, genau wie ›Volkswagen‹. Die Vernichtungsmaschine wurde als ganz gewöhnliche kapitalistische Industrie betrieben ...« Es zeigt sich nun aber, daß der Versuch, die Ereignisse des Holocaust in die Erzählung über die »Zweite Industrielle Revolution« hineinzupressen, diese Art von Antikapitalismus in die Nähe revisionistischer Positionen rückt. Der Verfasser des *Schwarzbuchs* erkennt schließlich auch selbst in seiner Darstellung die Konturen der Totalitarismustheorie und der Nolteschen These vom »Europäischen Bürgerkrieg«. Vorsorglich bezeichnet Kurz seine eigene Beweisführung als »negative Historisierung«. Ernst Nolte, so schreibt er, sei zwar ein Relativierer, aber immerhin habe er an die Gemeinsamkeiten von Nationalsozialismus und westlichen Demokratien erinnert, d. h. an Antibolschewismus und Kapitalismus. Dieser Nachweis sei Noltes bürgerlichen Kritikern peinlich. Für Linke komme es nun darauf an, einen Schritt weiter zu gehen und durch Einbeziehung des »Sowjetkommunismus« (der ein nachholender Kapitalismus gewesen sei) die Gemeinsamkeiten der »Diktaturen des 20. Jahrhunderts« in der »Geschichte der Zweiten Industriellen Revolution« herauszuarbeiten. Eine vergleichende Untersuchung der deutschen und der sowjetischen Vernichtungspolitik zeige, daß die russischen Kommunisten die wissenschaftlichen und ideologischen Grundlagen für die Politik der Zwangskollektivierung einfach im Westen abgekupfert haben. Mit anderen Worten: Die strukturell ähnliche Praxis der Massenvernichtung in Rußland und im Nationalsozialismus wie auch die Tendenz zur Aussortierung von »überflüssigen« Menschen in den westlichen Demokratien habe überall die gleiche Grundlage, nämlich die Entfesselung der wertlogischen und technischen Möglichkeiten der Moderne im Zeitalter der »Zweiten industriellen Revolution«. »Krisenangst« habe überall Antisemitismus »geweckt«, der diese Gesellschaften dann »überflutete«. Die Menschen »griffen blindlings« nach diesem Deutungsmuster, und in Deutschland sei das dann eben besonders schlimm ausgegangen.

Diese historisierende Erklärung hat Kurz weitgehend von Götz Aly übernommen, der nur ihre Konsequenzen deutlicher ausspricht, als Kurz sich das erlauben kann: Bereits 1992 schrieb Aly, ebenfalls unter Bezug auf Nolte, die Praxis der Massenvernichtung sei das Ergebnis der Modernisierungsgeschichte gewesen, und dies gelte auch für die stalinistische Sowjetunion. Roosevelt, so Aly weiter, habe ja ebenfalls eine Judenkolonie unter italienischem Protektorat vorgeschlagen, und das Recht auf Heimat und Minderheitenschutz sei in diesem Jahrhundert auch vom Westen vielfach verletzt worden. So seien z. B. in der Folge der Beschlüsse von Teheran, Jalta und Potsdam mindestens 20 Millionen Menschen zwangsweise umgesiedelt oder vertrieben worden, darunter viele Millionen Deutsche. Nur einmal, und das eben in deutscher Verantwortung, sei daraus Auschwitz geworden.

Wer eine derart historisierende, relativierende und funktionalistische (die Vernichtung der Juden war Mittel zu einem anderen Zweck) Position vertritt, kann nicht mehr begründen, warum der Holocaust als »singulär« bezeichnet werden sollte. So spricht dann zwar auch Kurz pflichtschuldig von der »Singularität von Auschwitz«, allerdings charakterisiert er diese völlig unzulänglich, indem er sie auf die Mobilisierung der modernsten technischen Ressourcen und die Ingangsetzung eines industriellen Prozesses reduziert, auf die Konstruktion einer Vernichtungs*fabrik*. Und weil das Stichwort »Fabrik« so gut in die Erzählung von der »industriellen Revolution« paßt, werden die vorangegangenen Pogrome und Vertreibungen sowie die Massenerschießungen durch Einsatzgruppen und Wehrmacht als Randphänomene der Vernichtung abgetan und im *Schwarzbuch* nicht weiter erwähnt. Kein Wort auch zur Frage, wie es den Tätern möglich war, Distanz zu ihren Taten zu wahren und die Verfolgung und Vernichtung als Arbeit wie jede andere zu bewältigen. Kein Wort darüber, daß im Nationalsozialismus die Daseinsform des Mordens als eine mögliche Lebensweise institutionalisiert worden war, daß in Deutschland, während man das Leben der als Juden Ausgegrenzten radikal entwertete und schließlich vernichtete, das sogenannte normale, alltägliche Leben weiterging – mit Kindererziehung, Spaziergängen Verliebter, ärztlichen Sprechstunden, Karrieren.

Kurz historisiert den Holocaust, indem er ihn zur »Erscheinungsform« der »diktatorischen Epoche in der Geschichte der Zweiten Industriellen Revolution« macht. Damit ist der Holocaust nicht nur »logisch« und »materialistisch« ein für allemal

erklärt und sind die Täter zu epochemachenden Akteuren einer revolutionären Umwälzung ernannt, sondern damit endet der Holocaust exakt mit dieser »Epoche«. Auch den Vernichtungskrieg der Wehrmacht hat Kurz nicht einfach vergessen. Dieser Krieg gegen die Sowjetunion beruht für ihn allerdings auf einem Mißverständnis, weil der Kommunismus »objektiv« doch auch nur ein Kapitalismus gewesen sei. Für Kurz handelt es sich um einen Krieg zwischen zwei »Diktaturen des 20. Jahrhunderts«. Man sieht, zu welchem Schlüssen diese Sorte von Antikapitalismus führt.

Das *Schwarzbuch* suggeriert, es habe 1945 in Deutschland tatsächlich eine Stunde Null gegeben. Es spaltet darüber hinaus den Holocaust nicht nur vom Fortgang der Geschichte nach 1945 ab, sondern auch vom »nationalsozialistischen Alltag«. Abgesehen davon, daß es in dem ohnehin sehr knappen Kapitel über den Holocaust meistens um Henry Ford und den Gulag geht, findet man zum Verlauf der Vernichtung (»eine Art Müllabfuhr«) und zu den willigen Tätern (»Buchhaltertypen«) höchstens zehn Sätze, von denen obendrein keiner stimmt. Wohl aus Unwissenheit wendet Kurz die These von der »Banalität des Bösen« ausgerechnet auf das SS-Wachpersonal an, das er offenbar mit den Planern um Eichmann verwechselt, denn er attestiert den KZ-Wächtern, sie hätten sich »keine Grausamkeit« geleistet. Ansonsten wird die Vernichtung der europäischen Juden und der (im Buch unerwähnte) Vernichtungskrieg der Wehrmacht von Kurz durchgehend als »Verbrechen der Nazis« oder Verbrechen der »nationalsozialistischen Krisendiktatur« bezeichnet. So wenig, wie ihn die konkreten »Grausamkeiten« der Einsatzgruppen, der Heeresgruppe Mitte und der Bewacher der Lager beschäftigen, so wenig geht es ihm andererseits um die »ganz normalen« Deutschen, die als Ärzte, Staatssekretäre, zivile Planer der Zwangsumsiedlungen, Chefs von Banken und Versicherungen, Eisenbahner, Geschäftsleute, Landwirte, Möbeltrödler, Rechtsanwälte, Gerichtsvollzieher, Vermieter, Arbeiter etc. ihren Beitrag zum Gelingen der Deportationen, zur Verwertung des jüdischen Besitzes und zur Zwangsarbeit leisteten. Im *Schwarzbuch* gibt es keine Züge, Gesetze, Enteignungen, keine Nachbarn, keine Alltäglichkeit, durch die Auschwitz erst möglich wurde. An keiner Stelle wird deutlich, auf welch einem breiten Konsens die Wirkung des Nationalsozialismus beruhte. Und weil die Kategorie »Verantwortung« im Kurzschen Kategoriensystem nicht denkbar ist, da es dort als eine Folge seines technologischen Arbeitsbegriffs keinen Kulturbegriff gibt, fragt er auch nicht, ob man z. B. von einem Lokomotivführer erwarten kann, daß er sich Rechenschaft darüber gibt, was für eine Fracht er transportiert. Eine solche Frage liegt außerhalb der Kurzschen Vorstellung vom Kapitalismus.

Indem der Autor des *Schwarzbuchs* ausschließlich nach abstrakten »kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten« fandet, schiebt er die Betrachtung auf ein merkwürdig unpersönliches Gleis: Es gibt bei ihm weder konkrete Täter noch konkrete Motive. Kurz macht dem »System« den Prozeß, und sonst niemandem. Würde man ihn auffordern, die Berliner Neue Wache noch einmal neu zu gestalten, dann gäbe es dort wohl eine Gedenktafel mit der Inschrift: »Den Opfern des Kapitalismus«.

Mit seinem Versprechen einer enzyklopädischen Anklage ist das *Schwarzbuch Kapitalismus* immerhin ein Angebot zum Sichwiedervertrautmachen mit Ereignissen, die dem linken Publikum nach den Niederlagen der letzten Jahrzehnte abhanden gekommen sind, obwohl sie ihre Lebensgeschichte einmal nachhaltig geprägt hatten: Arbeiterbewegung, »soziale Frage«, technische Umwälzung, politische Revolution, Räte, Untergang der Sowjetunion etc. Doch Kurz »enttraumatisiert« gewissermaßen die mit so zahllosen Identitätsbrüchen verbundenen linken Niederlagen, indem er sie aus der Plotstruktur,

in der sie einmal ihren dominanten Platz hatten (»Avanti populo!«), herausnimmt und in eine überführt, in der sie eine weniger belastende Funktion erhalten, weil das linke Anliegen nun bei der Mehrheit aufgehoben ist (»Wir sind alle Opfer derselben Krise«).

Für seine auf einer Revision der Marxschen Werttheorie aufgebauten Erklärungen erhebt Kurz sehr weitreichende Geltungsansprüche, die bei ihm in Letztbegründungen kippen. Rund 400 Jahre Kapitalismusgeschichte ließen sich mit diesem Instrumentarium relativ glatt und linear runtererzählen. Was auch immer geschah, es war – mit der Ausnahme des *Schwarzbuchs* – eine »Hervorbringung« des Kapitalismus. Erst hinsichtlich der Jahre 1941 bis 1945 geraten die Kategorien in Turbulenzen, denn plötzlich scheint alles »irrational«, und es fällt dem Autor schwer, die gewohnten »Nutzenkalküle« hinter den »Erscheinungen« ausfindig zu machen. Zwar konnte Kurz nicht übersehen, daß die Allmacht seines »Systems« gerade im Zusammenhang mit dem Holocaust kollabierte. Aber genau diese Krisenerfahrung will man im Umkreis der »Krisis« nicht annehmen. Unerwartete Geschehnisse darf es da nicht geben – etwa die Tatsache, daß es in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern um Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft nicht ging und daß es dort keinen Zusammenhang zwischen Tat und Strafe bzw. zwischen Ursache und Wirkung gab. Während deshalb die linken jüdischen Emigranten, die in den 40er Jahren mit der gescheiterten Revolution und mit dem Holocaust konfrontiert waren, in Auschwitz die »Essenz der Geschichte« (Adorno) erkannten und fortan bemüht waren, die politische Analyse durch Einbeziehung der psychischen Dimension zu erweitern, engt Kurz gerade umgekehrt die Betrachtung auf die »abstrakte Arbeit« ein. Statt zu zeigen, daß durch den Holocaust einige unserer Kategorien unwahr geworden sind, will er ihre Konsistenz erzwingen und gerät damit auf die Seite der Historisierer. Statt, wie Adorno es forderte, zu »zeigen, wo die Schwierigkeiten liegen, die unter der Plausibilität der Argumentationsreihen verborgen sind«, ist das *Schwarzbuch* bemüht, diese zu vertuschen, und rettet sich in einen gnadenlosen Objektivismus. Offenbar hält Kurz nach dem Ende des Ostblocks und mit gehörigem Abstand zum Ende des Nationalsozialismus die Zeit für gekommen, sich wieder unbefangen den »übergreifenden ökonomischen Zusammenhängen« zuzuwenden. Das »Ungeheuerliche« wird so lange mit dem Verstand

angeschaut, bis darin wieder das »Objektive« erscheint – »der Kapitalismus«, und sonst gar nichts.

Robert Kurz: *Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft.* Eichborn Verlag, Frankfurt 2000, 815 Seiten, 68 Mark

---

Günther Jacob schrieb in KONKRET 3/2000 über linke Irrtümer betr. Jörg Haider

Konkret 04/00, S. 36

Georg Fülberth

Kurze Sprünge

Geht's ihm gut, oder geht er unter? Ein Kapitalismus-Attest

Tempi passati

Im Jahr 136 vor – sagen wir mal: – Christus brach in Sizilien der erste Sklavenaufstand aus. 133 wurde der Volkstribun Tiberius Gracchus totgeschlagen, nachdem er für eine Bodenreform eingetreten war. Sein Bruder Gaius scheiterte ein Jahrzehnt später bei dem gleichen Versuch, ließ sich von seinem Sklaven töten, und etwa 3.000 seiner Anhänger wurden umgebracht. 71 wurde der Spartacus-Aufstand niedergeworfen. Nach 49 schlug Caesar in mehrjährigem Bürgerkrieg die Republik in Klump und errichtete seine Diktatur.

Wilde Zeiten. Hat aber irgend jemand damals von einem bevorstehenden Untergang der Sklavenhaltergesellschaft gesprochen? Nicht daß ich wüßte. Im Gegenteil: Zwar ging für einige konservative Senatoren ihre Welt in Trümmer (und Cato der Jüngere entleibte sich, indem er sich das Schwert in den Bauch rammte und die herausquellenden Därme zerriß, damit ihn niemand retten konnte), aber nachdem Caesar ermordet worden und ein neuer Bürgerkrieg ausgefochten war, kehrte Ruhe ein, und die ganze Gesellschaftsformation hielt noch einmal ein halbes Millennium, bis die Goten kamen.

Oder denken wir an die Zeit nach der vorigen Jahrtausendwende. Ab ca. 1100 ließen die adligen Grundherren ihre Leibeigenen laufen und begnügten sich damit, sich von ihnen mit Zwangsabgaben beliefern zu lassen. In Oberitalien entstanden im Hochmittelalter frühkapitalistische Städte. Zur gleichen Zeit machte das feudale Herrschaftssystem einen ziemlich unregierlichen Eindruck. Als 1349 eine europaweite Pest ausbrach, große Landstriche entvölkert wurden, Geißlerzüge tumultuierten und Judenpogrome stattfanden, da imponierte das den heutigen Sozialhistorikern so sehr, daß sie jene Epoche als das »chaotische Jahrhundert« bezeichneten. Die Zeitgenossen mögen da und dort das Ende der Welt und die Ankunft des Jüngsten Gerichts vermutet haben – aber von einem Untergang des Feudalismus redete niemand. Dazu bestand auch kein Anlaß. Mit Hilfe des Absolutismus rappelte sich diese Gesellschaftsordnung wieder auf (östlich der Elbe wurde die Leibeigenschaft neu eingeführt) und machte es noch ein paar schöne Jahrhunderte lang.

Das Kladderadatsch-Denken

Im Kapitalismus ist man offenbar nervöser. Verglichen mit Sklavenhaltergesellschaft und Feudalismus, die es jeweils auf etwa 1.000 Jahre brachten, ist er jetzt im besten Alter. Seine ernstzunehmenden Anfänge liegen gerade mal fünfhundert Jahre zurück. Aber spätestens seit 1850 – da pubertierte er eben noch in der Industriellen Revolution – wird von seinem Untergang geplaudert. Dabei kann er gerade jetzt vor Kraft kaum gehen und hat vielleicht eine ähnliche Perspektive vor sich wie Rom nach der Niederlage Karthagos. Der Präsident Clinton hat es in seiner diesjährigen Rede zum State of the Union – bezogen auf die USA, aber gültig für mehr – sehr schön ausgedrückt. Warum also immer wieder das Reden von Krise oder gar Ende des Kapitalismus, während man in der Sklavenhalter- und in der Feudalzeit nicht auf solche Gedanken kam?

Zu einem guten Teil liegt das an der Wissenschaft, insbesondere der marxistischen, aber nicht nur an dieser. Sie entdeckte Begriff und Tatsache der Gesellschaftsformation, darunter auch der kapitalistischen. War man einmal so weit, konnte man zumindest an den historischen Beispielen Anfang und Ende bestimmen. Warum sollte das für den Kapitalismus nicht ebenfalls gelten?

Daran, daß immer wieder einmal sein alsbaldiges Ende prophezeit wird, ist er auch selber schuld. Er entwickelt sich so dynamisch – der Ökonom Schumpeter sagte: in »schöpferischer Zerstörung« – , daß er die Formen, welche er gerade einmal angenommen hat, bald wieder zerschlägt. Wer meint, der Kapitalismus könne nicht ohne das auskommen, was er kaputtmacht, er sei also mit einer gerade endenden Zwischenetappe identisch, kann daraus sein alsbaldiges Ende folgern. Allerdings ist dies bislang immer auch ein neuer Anfang gewesen.

Wir erinnern uns: Der Manchester-Kapitalismus drohte die Quelle des Mehrwerts, die lebendige Arbeitskraft, zu zerstören. Also schien er dem Kollaps nah. Statt dessen transformierte er sich lieber in den Imperialismus und stabilisierte sich dadurch. Das Resultat waren zwei Weltkriege. Wer annahm, die Völker würden sich das nicht gefallen lassen, sah deshalb erneut sein Ende kommen. Inzwischen gelten Kriege wieder als »führbar«, das heißt: als ungefährlicher für deren Urheber und die bürgerliche Weltordnung.

Anfang der achtziger Jahre kam das Gerücht auf, mit dem Raubbau an den stofflichen Ressourcen und der Überlastung der Senken werde der Kapitalismus sich selbst zerstören und sich unter einem Berg von Müll begraben. Es ist ja wahr: Die Art Natur, wie sie Oma und Opa kannten, besteht nicht mehr. Schnaken, Frösche und Störche sind selten geworden und in manchen Regionen ausgerottet. Es ist aber an die Stelle der einen Natur eine andere getreten, und der Kapitalismus ist auch

nicht mehr der alte, sondern der neue. Die Deregulierung der Finanzmärkte ab 1973 trieb Herrn Soros zunächst in Börseneuphorie, danach aber in eine frühe Altersdepression: Der Kapitalismus, so sagt er, stehe am Abgrund.

Was dem einen sin Uhl ist, ist dem Robert Kurz sin Nachtigall. Folgen wir seiner Version, dann ist der Kapitalismus am 31.12.1999 um 24 Uhr untergegangen. Solange der Autor ein Publikum hat, welches ihm derlei abnimmt, sei ihm gegönnt, daß er dieses Marktsegment beschickt. Aber wenn die Veranstaltung vorbei ist, die Schwarzbücher signiert sind und wir noch auf ein Selterswasser zusammensitzen, dann könnten wir uns ja einmal zublinzeln und sagen: Wer's glaubt, wird selig.

Es ist ja auch etwas dran: Eine Form des Kapitalismus geht unter, eine andere – vielleicht mit teilregulierten Finanzmärkten – kommt. Wer das aber für den finalen Kladderadatsch hält, ist wirklich ein bißchen arg kurz gesprungen.

Wie weise und abwägend ist im Vergleich dazu der folgende Satz von Eric Hobsbawm: »Wenn die Menschheit eine Zukunft haben soll, kann der Kapitalismus der Krisenjahrzehnte keine haben.« Was endet hier? Antwort: der Kapitalismus *der Krisenjahrzehnte*, nicht mehr und nicht weniger. Vom Untergang des gesamten Systems, das auf der Erzielung von Mehrwert bei Produktion, Kauf und Verkauf von Waren und Dienstleistungen unter Anwendung von Lohnarbeit beruht, ist ersichtlich in diesem Zitat nicht die Rede.

Vielleicht haben die Leute von der französischen Regulationsschule ja doch recht: Sie behaupten, es sei unsinnig, von dieser Gesellschaft im Singular zu reden. In der Zeitfolge handele es sich nämlich um mehrere Kapitalismen, die miteinander Vieles nicht gemeinsam haben, und beim Übergang vom einen zum anderen geht es halt ein bißchen drunter und drüber.

Es wird zuweilen vom Revolutionären Subjekt geredet. Daß man es nicht findet, macht aus einer an sich vielleicht sogar vernünftigen Transformationslehre – lesen Sie Marx, »Zur Kritik der Politischen Ökonomie«, MEW 13, S. 8 f. – ein Kladderadatsch-Denken. Wer historische Analogien nicht lassen kann, wird, wenn er sie ernst nimmt, feststellen, daß die Gesellschaften der Vergangenheit niemals durch diejenigen umgestülpt wurden, auf deren Ausbeutung sie beruhten. Die jeweils Herrschenden waren nicht so dumm, es so weit kommen zu lassen.

Gewiß beuteten die Sklavenhalter so gut aus, wie sie konnten – aber eben nicht mehr. Bis zur Zerstörung der Arbeitskraft, auf welcher ihr eigenes Wohlleben beruhte, ließen sie es nicht kommen. Das heißt aber: Die Sklavinnen und Sklaven hatten einen subalternen und schlimmen Platz in der Gesellschaft, aber dieser war so situiert, daß der Aufstand allenfalls eine Episode, aber niemals eine Umwälzung war. Manche wurden Freigelassene. Das war aber nur deshalb schön für sie, weil die Sklaverei als Ganze weiterbestand. Die Bauern haben den Feudalismus nicht gestürzt. Sie waren die Quelle des Mehrprodukts, und diese wurde so am Fließen gehalten, daß sie weder versiegte noch – wie sollte sie auch? – zur Sturmflut anwuchs. Das Proletariat im Kapitalismus ...

Zur Ablösung einer Gesellschaft durch eine andere kam es jeweils erst, als eine völlig neue Klasse in einer durch die vorangegangene Entwicklung gründlich schon veränderten Konstellation entstand. Jetzt suchen Sie mal.

Ewigkeits-Wahn

Die Vorstellung von der Unsterblichkeit des Kapitalismus ist die andere Seite der Kladderadatsch-Phantasien und geht häufig aus ihnen hervor. Was heute nicht zusammenbricht und morgen nicht wegzudenken ist, gilt als ewig.

In beiden Fällen handelt es sich um mythisches Denken, das letztlich eine banale Ursache hat: Ihre – geneigte Leserin, geschätzter Leser – eigene (na ja: und auch meine) Sterblichkeit. Realistischerweise befassen wir uns am ernsthaftesten mit dem, was wir selber noch mitkriegen können. Gemessen an Ihrer eigenen Biographie ist der Kapitalismus natürlich ewig. Was in derselben Periode kommt und geht – vorgestern Chemnitz, gestern Karl-Marx-Stadt, heute wieder Chemnitz – sieht auf der kurzen Strecke des individuellen Lebens vielleicht tatsächlich wie Revolution und Konterrevolution aus.

Linde Lüfte

Die Mitte zwischen Kladderadatsch-Denken und Ewigkeits-Glauben sucht die Vorstellung zu halten, wonach der Kapitalismus inzwischen auf eher sanfte Weise zu bestehen aufgehört habe, indem er sich in etwas ganz Anderes verwandelte, welches den bisherigen häßlichen Namen nicht mehr verdient. Er sei, so heißt es, längst in der Sozialen Marktwirtschaft aufgehoben. Ein kesser sozialistischer Parlamentarier hat unlängst seinen linken Flügel mit der Behauptung gegen sich aufgebracht, in der bürgerlichen Gesellschaft gebe es heute schon manches, was kapitalistischem Kalkül widerspreche – zum Beispiel Herzoperationen für Siebzigjährige. Mit diesem Argument wollen wir uns jetzt ernsthaft befassen.

Wir verzichten deshalb völlig auf die hämische Vermutung, unser Mann sei im Parteilehrjahr oder im Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium nur in jener Kurzform des Marxismus unterrichtet worden, wonach die Kapitalisten an ihren Mitbürgern ausschließlich als Produzenten von Mehrwert interessiert seien. Das wäre harmloser, aber

nicht viel wissenschaftlicher als jener deutsche Spruch, beim Russen sei der Mensch nur eine Nummer. Die Kapitalisten brauchen nämlich nicht nur Arbeitskräfte, sondern auch Kunden.

Bei Operationen der erwähnten Art werden Ersatzteile eingebaut: Herzklappen, Schrittmacher. Andere – weniger schwere – Eingriffe bestehen in Ballon-Dilatationen oder der Anbringung von Stents. Dies alles erfolgt mit Hilfe komplizierten und einfachen Geräts. Vorher, gleichzeitig und danach müssen pharmazeutische Produkte appliziert werden. Natürlich gilt das auch für Bypass-Operationen, bei denen körpereigenes Material verwandt wird. Den Aufwand gar bei Herztransplantationen kennen Sie aus den Illustrierten.

Die Herstellung aller dieser Waren und das Erbringen der damit verbundenen Dienstleistungen ist Spezialität und Gewinnquelle einer einschlägigen Industrie, die selbstverständlich an hohem Absatz interessiert sein muß. Läßt man diejenigen, die nicht mehr arbeiten können, unversorgt, bricht ein Markt-Segment weg. Das bedeutet Einbuße an Profit (und an Arbeitsplätzen). Also ist es kapitalistisch rationaler, die Menschen im Rentenalter mit Ersatz-Teilen zu versehen, auch wenn sie für die Mehrwertproduktion nicht mehr in Frage kommen. Insofern haben die Betagten Anlaß, einem Kapitalismus dankbar zu sein, mit dessen Kalkül die Verlängerung ihres Lebens vereinbar ist. An einen Vorschein des Sozialismus müssen sie dabei nicht denken.

Die Vermutung, Herzoperationen für sehr Alte seien kapitalistisch unrentierlich, könnte durch die Klagen der Unternehmer über die hohen Aufwendungen für die Kranken- und die Renten-Versicherungsbeiträge gestützt werden. Diese schmälern tatsächlich den Profit der Kapitalisten und das aktuell verfügbare Einkommen der Lohnabhängigen, was letztere bei guter Arbeitsmarktlage zu entsprechenden – ebenfalls gewinnmindernden – Forderungen in den Tarifverhandlungen veranlassen kann. Aber auch das ist ein altes Stück: Wer Profite erzielen will, wird immer zugleich die Kosten, welche zu diesem Zweck vorzuschießen sind, kleinzuhalten versuchen. Alle Unternehmen, die Lohnabhängige beschäftigen, müssen in die Sozialkassen abführen, aber nur ihre medizinische Fraktion kann Vorteile daraus ziehen. Den Gegensatz bekommt gegenwärtig die Gesundheitsministerin Fischer zu spüren.

Wahrscheinlich hat der Parlamentarier uns nur sagen wollen, der Kapitalismus habe nicht nur Schatten-, sondern auch Lichtseiten. Werden wir mit ihm darüber streiten?

Ein Test

Zum Schluß wollen wir einen kleinen Selbstversuch machen. Bitte zählen Sie die Gründe auf, die Ihrer Meinung nach entweder eine Fortdauer oder ein möglichst baldiges Ende des Kapitalismus wünschenswert erscheinen lassen. Stellen Sie sich zur Abwechslung einmal vor, das liege in Ihrer Hand. Die Antworten dürfen nicht voraussetzungslos sein, sondern sollen nur an den Interessen Ihrer Person, Ihrer Familie, Schicht oder Klasse orientiert sein.

Dies erscheint Ihnen egoistisch? Seien Sie nicht feige, sondern unerschrocken.

Schreiben Sie uns!

Am Ergebnis wird sich ablesen lassen, wie lange das noch so weitergeht.

Ich danke Urte Sperling für Unterweisung.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 2/2000 über den Weltgeist hinter Waffenhändler Schreiber

Konkret 04/00, S. 38

»Bahamas«-Redaktion

Naives Wollen

Fortsetzung der Debatte um Jürgen Elsässers Aufruf zur Verteidigung der »Staatsbürgernationen« (KONKRET 12/99 und 1/00)

Jürgen Elsässer hat in seinem Beitrag »Aufstand der Stämme« (KONKRET 12/99) Positionen bezogen und implizit Fragen aufgeworfen, die wir für die Debatte über die Perspektiven einer antideutschen Linken für bedeutsam halten. So teilen wir seine Einschätzung, der krisenhafte Spätkapitalismus fresse »seine Kinder, die von ihm in seiner Entstehungsphase generierten Nationalstaaten«. Tatsächlich liegt es in der immanenten Logik der staatsbürgerlichen Vergesellschaftung begründet, daß die Warentauschenden mit zunehmender Krisenhaftigkeit der ökonomischen Existenzgrundlage nach stabileren Begründungen ihrer Versorgungsansprüche verlangen, als sie »politische« Herrschaftslegitimationen zu liefern vermögen. Einen »Menschenrechtskrieg« zugunsten einer sich völkisch-rassistisch definierenden Klientel zu führen, wie es die Nato mit ihrem Angriffskrieg gegen Jugoslawien tat, erscheint uns aber weder als Widerspruch noch als demagogische Verschleierung anderer Interessen. Im Gegenteil: Die Berufung auf Menschenrechte verfolgt das gleiche Ziel wie die Inanspruchnahme angemaßter völkischer Rechte. Mit beidem soll auf grundsätzliche, d. h. jeden tangierenden Anspruch ausschließende, Weise eine Existenz ohne die ruinösen Krisenerscheinungen der (Welt-)Marktbedingungen eingeklagt und durchgesetzt werden. Dem scheinbar rationalen Universalismus der »Staatsbürgernationen« erwächst so nicht nur durch den völkischen Partikularismus ein irrationaler Widerpart, sondern auch durch das emphatische Beharren auf seine eigenen, bürgerliche Freiheit in abstrakter Gleichheit verheißenden Grundlagen.

Menschenrechtsaktivisten – ob sie nun in Opposition zur staatlichen Herrschaft stehen oder mit ihr identisch sind – wollen die reale Ungleichheit durch die paradoxe Durchsetzung ihrer eigenen Grundlage, der formalen Gleichheit vor dem Gesetz und der mit Notwendigkeit Ausschluß produzierenden Vergleichung im Tausch, aufheben. Ein zirkulärer Aktivismus, der prinzipiell niemals an sein Ende gelangen kann. Ebenso unendlich mutet auch die Palette der diversen Menschenrechtsforderungen an: vom linksreformistischen Menschenrecht auf Arbeit bis zum Menschenrecht auf nationale Selbstbestimmung. So kann jeder materielle Mangel wie jedes staatliche Verbrechen als Verstoß gegen die Menschenrechte ebenso eindrucksvoll wie folgenlos denunziert werden. Armut, medizinische Unterversorgung und militärische Repression im mexikanischen Chiapas, der Krieg in Tschetschenien, die ungleiche Entlohnung von Ossis und Wessis, der Ausschluß von Schwulen aus dem Militär gelten dann gleichermaßen als Verstöße gegen die Menschenrechte. Der Holocaust war in dieser Perspektive kein deutsches Menschheitsverbrechen, sondern eine Menschenrechtsverletzung. Man sieht, Menschenrechtler sind immer auch Zyniker – wie völkische Nationalisten.

Nicht zuletzt der Kosovo-Krieg hat deutlich gemacht, daß Menschenrechte und völkisch-rassistischer Separatismus sich nicht nur nicht ausschließen, sondern sich durchaus kongenial ergänzen können. Offenbar war und ist es gerade materieller Inhalt der Menschenrechte von Kosovo-Albanern, die sich den Zielen der – formal aufgelösten – UCK verbunden fühlen, Serben, Juden, Roma und inzwischen überhaupt alle nicht albanischstämmigen Einwohner nach Belieben zu unterdrücken, zu vertreiben oder zu ermorden. Kosovo-albanische Nationalisten haben daraus übrigens seit Beginn ihres Kampfes nie ein Hehl gemacht. Die menschenrechtliche Berufung auf die formal gleichen und freien Grundlagen des Warentausches angesichts seiner Krise beinhaltet gerade jenes im Wortsinne ver-rückte Element, das es ermöglicht, Freiheit und Gleichheit gerade in ihrer Außerkraftsetzung für einen Großteil der Mitkonkurrenten zu erblicken. »Jedem das Seine« lautete bekanntlich die Inschrift am Eingangstor des KZ Buchenwald. »Jedem das Seine« ist aber auch das omnipräsente Credo der bürgerlichen Marktwirtschaft seit Konstituierung marktgerechter – d. h. Gleichheit garantierender – Staatlichkeit. In der Krise – und der Nationalsozialismus war *auch* Produkt einer Krise des Marktes – tendieren Warentauschende und ihre staatlichen Souveräne zur rigiden voluntaristischen Begleichung der Ungleichheit, deren objektive Wurzeln sie nicht im Warentausch selbst, sondern in seinem (phantasierten) Mißbrauch zu erkennen glauben. Ein Mißbrauch, der entweder auf der Basis partikularistischer Interessenverfolgung (»Klassenkampf« der Arbeiterbewegung – »Profitgier« des Kapitals) oder psychophysischer Konstitution betrieben wird. Wenn NS-Deutsche in Juden »volksfremde Schädlinge« qua physischer Existenz erblickten, die in Personalunion Wallstreet und Bolschewismus gleichermaßen verkörperten, verschafften sie sich so die Möglichkeit, sich die derart personifizierten Bedingungen der Ungleichheit vom Halse zu schaffen. Vom Menschenrecht der Deutschen war auch damals schon viel die Rede, in der deutschen NS-Volksgemeinschaft sollte es verwirklicht werden.

»Universalistisches« Menschenrechtsengagement und separatistischer Volkstumsnationalismus sind beides notwendig wahnhafte Antworten auf die Krise der globalen Marktwirtschaft. Beide wollen unter Berufung auf ein angeblich Ursprüngliches oder/und Wesenhaftes des Tausches die zunehmend von Überflüssigkeit bedrohte Existenz der Warentauschenden sichern. Beide produzieren mit Notwendigkeit blutige Barbarei. Beide entspringen der gleichen Wurzel: dem allgemeine formale Gleichheit vor dem Gesetz und im Tausch garantierenden bürgerlichen Nationalstaat.

Diesen Nationalstaat – jedenfalls wenn er sich als »Staatsbürgernation« darstellt – will Jürgen Elsässer vor dem »Ansturm der Blutsvölker« verteidigen. Seine gewichtigsten Argumente dafür sind historische Analogien. Doch so sehr diese in

bezug auf das Agieren der völkischen Separatisten und deren Indienstnahme durch die deutsche Großmacht zutreffen, so sehr ist Elsässers Einschätzung des gewünschten Gegenparts von idealistischem Wollen bestimmt. Denn die »Enkel von Stalin, De Gaulle und Churchill« befinden sich heute in einer völlig anderen Situation als ihre Großväter. Ihre Staaten sind selbst von der globalen Absatz- und Verwertungskrise betroffen. Völkischer Separatismus beschränkt sich längst nicht mehr auf die traditionellen Blut-und-Boden-Nationen wie Deutschland und verschiedene osteuropäische Länder. Die zeitgenössischen Ausprägungen des schottischen, korsischen und baskischen Separatismus beispielsweise sind legitime Kinder der politisch definierten »Staatsbürgernationen«. Schließlich beschreibt Elsässer selbst eindrücklich das Nicht-mehr-Gelingen der »sozialen Kohäsion« durch ökonomische Integration und stellt zutreffend fest: »Wer (als politisches Subjekt) überleben will, muß sich den Hegemonen des Weltmarktes, den USA oder Deutsch-EU unterwerfen.« Zweifellos hat Deutschland in der Konkurrenz der Hegemone aufgrund seiner völkischen Tradition einen gewichtigen Vorteil. Aber daß die USA deshalb ihren Hegemonieanspruch fürderhin nicht nur gegen die deutsch-europäische Konkurrenz, sondern auch für ein anderes Prinzip in Anschlag bringen werden, dafür gibt es kein ernstzunehmendes Anzeichen. Menschenrechtsuniversalismus versus völkischer Separatismus wäre, wie gezeigt, kein Gegensatz, sondern eine komplementäre Ergänzung.

Eine Neuauflage der Anti-Hitler-Koalition ist unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht einmal als operettenhafte Farce zu denken. Ein Regierungswechsel zugunsten von Gaullisten, Republikanern, Tories und Nationalkommunisten, wie von Elsässer gewünscht, würde dies wohl kaum ändern. Denn gerade der mit seiner Skepsis gegenüber dem Angriff auf Jugoslawien zitierte Henry Kissinger gehörte, nachdem der casus belli eingetreten war, zu den lautesten Victory-Schreiern. Ein Politiker übrigens, dessen Tätigkeit als US-Außenminister und Sicherheitsberater wohl deutlich genug zeigt, daß die von ihm repräsentierte »Staatsbürgernation« bereit ist, mit den brutalsten und niederträchtigsten politischen Kräften zu paktieren, wenn ihr die Freiheit des Marktes, ergo das »Menschenrecht«, bedroht erscheint.

So naiv und idealistisch uns Jürgen Elsässers »Plädoyer für die Verteidigung der modernen Nationen« auch erscheint, so sehr nötigt uns seine zutreffende Beschreibung der völkischen Barbarei und der diese unterstützenden und vorantreibenden Aktivitäten Deutschlands Respekt ab. Elsässer hat, anders als viele seiner heute »antinationalen« Kritiker, seit 1989/90 vor der wiedererstarkenden deutschen Weltmacht und vor Deutschlands Rolle bei der völkischen Segregation Jugoslawiens gewarnt. Er hat den Kosovo-Krieg als von Deutschland initiierten und von der Nato ausgeführten Angriffskrieg angeprangert. Elsässer weiß, anders als seine Kritiker von der »gruppe demontage« (KONKRET 1/2000), nicht nur zwischen Angreifern und Angegriffenen zu unterscheiden, er kennt auch den gravierenden Unterschied zwischen den politischen Verhältnissen in Restjugoslawien/Serbien und denen im Nato-Protektorat Kosovo. Denn in der Tat entspricht das Bild der heutigen politischen Landschaft dort weitgehend der westlichen – von Deutschland besonders hysterisch ausgestalteten – Projektion von Serbien. Und Serbien ist nach wie vor das im westlichen Sinne liberalste und demokratischste Land der ehemaligen jugoslawischen Föderation. Warum dies so ist, läßt sich unseres Erachtens nicht aus der »staatsbürgernationalen« Tradition des Landes erklären. Mögliche Gründe können – zumindest zum jetzigen Zeitpunkt – nicht verallgemeinert werden. Unter den verschärften Bedingungen von ökonomischer Krise und militärischen Interventionen wäre auch in Serbien eine völkisch-autoritäre Lösung wie in den Nachbarstaaten durchaus naheliegend; dennoch sind völkische Nationalisten dort bisher nicht zur »hegemonialen« politischen Kraft geworden, was die Phantasie deutscher Volkstums- wie Menschenrechtsengagierter um so mehr anstachelt.

Für die »gruppe demontage« sind die Nationen und ihre Legitimationen im (post-)strukturalistischen Nebel nahezu ununterscheidbar. Sie wirft Elsässer vor, er unterscheide in seiner Affirmation von »Staatsbürgernationen« nicht zwischen »Gründungsmythen und staatlicher bzw. gesellschaftlicher Praxis«. Doch ist die staatsbürgerliche Gleichheit kein »Mythos«, sondern die tatsächliche alltägliche »repressive Vergleichung« im Tausch mit den bekannten, höchst unterschiedlichen – für die Mehrheit sehr unbefriedigenden – Resultaten. Auf diese Weise wird ein Staatsbürger-Subjekt erschaffen, das an den ungleichen Resultaten des gleichen Tausches genuin rassistisch und antisemitisch wird. »Rassistische Ausgrenzung« von »Native Americans« und »Sklaven aus Afrika« gegen den US-»Gründungsmythos« anzuführen, wie die »gruppe demontage« es tut, heißt zu verkennen, daß es gerade die vollständige Integration der frühen US-Gesellschaft in das System des Warentausches erforderte, die Indianer zum Zwecke der allgemeinen Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse verschwinden zu lassen und Afrikaner in eine »unfreie« Warenform zu überführen. Auffällig ist, daß die »gruppe demontage« gerade auf diese beiden Beispiele verfällt. Beispiele, die dem Durchsetzungsprozeß kapitalistischer Staatlichkeit angehören. Zum Kennzeichen moderner Nationen gehört hingegen eher die zunehmende formale Gleichstellung, d. h. die schrankenlose Gewährung der »doppelten« Freiheit und Gleichheit der zuvor »Ausgegrenzten«.

Wie sich gerade durch diese allgemeine Gleichstellung der Warentauschenden deren Neigung verfestigt, ihr notwendig egoistisches und antiegalitäres Ich abzuspalten und auf konsensual ausgemachte »Schädlinge« zu projizieren, läßt sich am Antisemitismus als quasi »universalem« Phänomen bürgerlicher Gesellschaften studieren. »Alle Menschen sollen gleich sein« ist auch das Credo der Antisemiten, freilich mit dem Zusatz »Das gilt nicht – oder erst recht – für die personifizierten Träger der Ungleichheit. Also weg mit ihnen.« Max Horkheimers Ansicht, daß die französische Revolution bereits den

Keim des Nationalsozialismus in sich barg, meinte ja nicht deren »undemokratische« Schönheitsfehler, sondern ihren historischen Kern, die Durchsetzung der allgemeinen Vergleichung an der Realabstraktion des Tauschwerts. Insofern war der jakobinische Tugendterror eine frühe Apotheose des im Wortsinne *verzweifelnden* Gleichheitsstrebens von zwangsläufig, aber unverstanden fortwährend Ungleichheit Produzierenden. Die weitere Geschichte dieser genuin *bürgerlichen Verzweiflung* bis zum Holocaust und danach zeigt, daß die von Elsässer beschworene »Staatsbürgernation« kein Bollwerk gegen völkischen Nationalismus ist, weil die *ideelle* Gleichheit vor Tausch und Gesetz mit Notwendigkeit in die *reale* vor »Blut und Rasse« umschlägt. Der bürgerliche – allgemeine Gleichheit proklamierende – Nationalismus enthielt schon immer in nuce sein Anderes, die auf der Grundlage allgemeiner formaler Gleichheit durchgesetzte konkrete Ungleichheit.

Die hier begründete (Un-)Logik des Antisemitismus, sowohl Unter- als auch Übermenschen zu konstruieren und vom tatsächlichen Menschsein zu trennen, bestimmt die zeitgenössische rassistische Wahrnehmung: Je ununterscheidbarer das materielle Dasein der Objekte des Rassismus vom Rest der Gesellschaft, um so heftiger der rassistische Impuls. Antisemitismus ist insofern kein Unterkapitel »rassistischer Ausgrenzung« durch eine »Dominanzgesellschaft«, sondern das Original jeder rassistischen Projektion. Der Antisemitismus ist das unmittelbare Produkt des um Personifizierung des Ursprungs der realen Ungleichheit unter formell gleichen Voraussetzungen bemühten Staatsbürger-Subjektes. Wie wäre es auch anders möglich, beispielsweise Araber, Türken und »Juden« gleichermaßen zu hassen, wenn nicht die Projektionsflächen des Antisemitismus diesem beliebig wären. Auch hier sei auf den NS-Antisemitismus verwiesen, der die Verschmelzung der partikularen Gegensätze »Wallstreet« und »Bolschewismus« bewerkstelligte.

Jürgen Elsässer führt zur Kennzeichnung von »Staatsbürgernationen« an, sie seien »die Gesamtheit derer, die unabhängig von Herkunft, Sprache, Religion und Kultur nach gemeinsamen Idealen in einem gemeinsamen Staat leben wollen«. Dies ist insofern richtig, als in der Tat der Wille der Staatsbürger, solche zu sein – also den Staat als Voraussetzung ihrer bürgerlichen Existenz zu wollen, unabhängig von allen konkreten Faktoren, die ihre Existenz außerhalb des ökonomischen Daseins als Tauschsubjekte bestimmen – eine der Grundbedingungen jeder Staatlichkeit ist. Also auch der völkischen. Der Wille, Staatsbürger zu sein, entspringt aber direkt der Notwendigkeit zum stetigen Kauf und Verkauf mit ihren höchst ungleichen Ergebnissen, diese ist auch der Grund jener – von Elsässer etwas verklärten – Volonté générale. Elsässers Kritiker aus der »gruppe demontage« stellen dem ein radikales, scheinbar nur aus sich selbst lebendes Staats-Subjekt gegenüber, das sich aus Gründen der »Legitimation« – wahrscheinlich, weil es dauernd kritischen Nachfragen ausgesetzt ist – »eine vorgestellte nationale Gemeinschaft (schafft), die durch Vereinheitlichung von Sprache, Institutionen und Medien zur materiellen Realität wird«. Es war Stalin, der auf ähnlich scholastische Weise den Terminus *Nation* definierte: Zur Gemeinsamkeit von Ökonomie, Sprache und Kultur kam bei ihm nur noch eine »gemeinsame psychische Wesensart«.

Die »gruppe demontage« sichert sich durch die Einführung eines vom Wollen der Staatsbürger unabhängigen Staatssubjekts die traditionslinke Möglichkeit, nach wie vor auf die Staatsbürger als potentiell widerständige Staatsfeinde zu setzen. Deutlich wird das an ihren Ausführungen zur jugoslawischen Historie. Der jugoslawische Staat wird am Beispiel des Kosovo als eine ehemalige »Staatsbürgernation«, die ab 1989 »zwangsethnisiert« worden sei, beschrieben. Das hier gezeichnete Bild der arbeiterselbstverwalteten Kosovo-Albaner versus den intriganten Milosevic-Zentralismus bedient zwar linkssozialistische Nostalgie und antiimperialistische Ressentiments gleichermaßen, entspricht aber in keiner Weise der historischen Wirklichkeit. Die Autonomie des Kosovo wurde 1989 gestrichen, nachdem dort seit den 70er Jahren eine vehemente völkische Albanisierung mit dem Ziel des Anschlusses an das albanische »Stammland« eingesetzt hatte. Hintergrund dieser Volkstumspolitik der kosovo-albanischen Eliten waren deren schwindende Erfolgsaussichten in der ökonomisch zunehmend Schlagseite gewinnenden jugoslawischen Föderation, die nichtsdestotrotz bis 1989 das Kosovo als einen ihrer finanziellen Transferschwerpunkte behandelte. »Serbischer Terror« beschränkte sich bis zum Ausbruch des politischen und militärischen »Befreiungskampfes« der »Kosovaren« 1990 überwiegend darauf, die Schulpflicht für islamische Mädchen gegen deren Familien durchzusetzen, und auf Eingriffe in die Gemeindeautonomie, weil es auf dieser Ebene seit den 70er Jahren ein Gezerre zwischen »albanischen« und »serbischen« Gemeinden um Zugänge zu Heizkraftwerken und Stauseen gab. Ethnisierung betrieb bis dahin vor allem die »albanisierte« BDKJ-Sektion, vor allem durch eine »Albanisierung« des öffentlichen Dienstes.

Der die Kritik der »gruppe demontage« kennzeichnende – nicht ganz unzutreffende – Vorwurf an Jürgen Elsässer, er wolle antideutsche »Realpolitik« betreiben, fällt angesichts der von ihr angestellten Verdrehung der Tatsachen auf sie selbst zurück. Wenn ein traditionssozialistischer Ladenhüter wie »Arbeiterselbstverwaltung« – zur darin implizierten Verklärung von Lohnarbeit und Arbeiterdasein wäre an anderer Stelle noch einiges zu sagen – als verteidigenswertes Opfer »serbischer Ethnisierung« dargestellt wird, will man sich damit den völkischen Nationalisten im Kosovo als – zumindest potentiell – klassenkämpferische Klientel anbiedern. Bei allem Widerwillen gegen jede Form linker Realpolitik: So weit würde Elsässer nie gehen. Seine Realpolitik entspringt einer theoretischen Fehleinschätzung, die der »gruppe demontage« ihrem Willen zum Mitmachen. Dagegen setzen wir auf die kritische Durchdringung des Zusammenhangs zwischen Subjektkonstitution im Warentausch und deren staatlicher Vergesellschaftung zum Zwecke seiner Aufhebung.

»Bahamas« ist ein antideutsches Periodikum und erscheint viermal im Jahr

Konkret 04/00, S. 41

Georg Fülberth

Dreifache Freude

Als 1995 in diesem Blatt noch fürs selbe Jahr eine Nachlaßausgabe von Reinhard Opitz angekündigt wurde, war das sehr verfrüht. Die Finanzierung klappte nicht. Auch eine Subskription erbrachte nicht genug. Nach ein paar Jahren mußte das Scheitern des Vorhabens angekündigt werden, wenn nicht etwas Entscheidendes geschehe. Ein früherer Förderer schlug vor, man solle das Ganze doch lassen und sich mit einer CD-Rom behelfen.

Der zweite Teil des Tips ist sehr vernünftig. Gewiß sollten Opitz' Texte auch auf diese Weise verbreitet und überdies irgendwann einmal ins Internet gestellt werden. Letzteres gilt auch für jene Hälfte des Nachlasses, der ohnehin nicht für den Druck vorgesehen werden konnte. Ob eine Hardcover-Ausgabe gewünscht war, mußte der Markt zeigen.

Der tat's. Die Krise belebte das Geschäft, die Subskripion kam voran. Jetzt erschien: Reinhard Opitz: Liberalismus. Faschismus. Integration. *Edition in drei Bänden. Das erste Buch enthält die bislang ungedruckte Untersuchung über den Wandel kapitalistischer Integrationsideologie und -politik von Lorenz von Stein bis zur Weimarer Republik, das zweite bringt Texte zur Formierten Gesellschaft und zum Faschismus, das dritte eine Analyse der Röhm-Affäre von 1934. Außerhalb dieser Edition liegen schon länger vor:* Europastrategien des deutschen Kapitals *und das Opus magnum* Faschismus und Neofaschismus. *Von den umfangreichen Arbeiten ist nur noch die Dissertation über den Sozialliberalismus der Weimarer Republik vergriffen, aber auch das muß auf die Dauer kein hoffnungsloser Fall bleiben. Opitz kann jetzt gelesen werden.*

Das Impressum der Edition nennt den Dezember 1999 als Erscheinungstermin, es ist dann aber doch März 2000 geworden. Ein anderes Projekt kam etwas schneller zum Ziel: Ronald M. Schernikau: Legende. *Als der Autor 1991 einunddreißigjährig starb, hinterließ er ein Typoskript, dessen Druck nicht finanzierbar schien. Der winzige Verlag ddp goldenbogen rief zur Subskription. Sie gelang. Am 15. Januar 2000 um 22 Uhr in der Berliner Volksbühne, nach der LL-Demonstration, konnte das Buch vorgestellt werden.*

Wenn es gut geht, werden sich in den nächsten Jahren um diesen Text Lesegruppen sammeln wie einst um die Ästhetik des Widerstands *von Peter Weiss. Sie werden ihre eigene Rezeptionstechnik entwickeln. Einer sagte mir: Er mache es wie bei* Zettels Traum. *Eine Leserin berichtet, sie bewege sich in dem Band wie in einem Gedichtbuch: fange irgendwo an und merke dann, daß sie nicht mehr aufhört. Ich habe es versucht und probierte Seite 322: »paul sitzt neben bruno und bruno malt. beide sind auf einer versammlung der gruppenvorstände des kreises. Die mitglieder der gruppenvorstände haben sich den bericht des kreisvorstandes angehört und paul hat gedacht: warum nehmen wir nicht wen, der eine modische brille hat.« Es funktioniert. Ich kann nicht aufhören.*

Achtung: Ihr Buchhändler wird Ihnen sagen, daß er in seinem Computer unter »Schernikau« nichts findet. Sagen Sie ihm, er soll unter »goldenbogen« suchen.

Zum Gelingen der Subskription trug Peter Hacks bei. Er versandte einen auffordernden Brief an Leute, über deren Zahlungsfähigkeit und literarische Neigungen er sich vorher wohl ein Urteil gebildet hatte. Das spart Porto und war, wie das Ergebnis zeigt, effizient.

Hacks selbst braucht natürlich keine Subskription. Sein Band Die Gedichte *erschien jetzt bei Nautilus. Wer die alte DDR-Ausgabe kennt, muß nachlegen. Nein: Da ist natürlich nichts gewendet. Aber es ist so vieles hinzugekommen! Die Konterrevolution hat den Dichter verjüngt, ihn auch mit neuen formalen Mitteln versehen.*

Eine Abteilung heißt »Jetztzeit«. Es zeigt sich, daß in den KONKRET-Jahrgängen 1998/1999 nur eine kleine Auswahl abgedruckt war. Unter anderem fehlte dort das Gedicht »Verräterball«. Der Dichter geriet auf einem Verdauungsspaziergang am Prenzlauer Berg in eine Party von besoffenen Ex-Dissidenten. »Ich machte, daß ich fortkam. Die Verräter / Jauchzten mir nach: Bleib unser, lieber Peter.«

Vor Ihnen liegen also jetzt fünf Bände mit insgesamt 2.814 Seiten, für die Sie zusammengenommen 371 DM verausgaben werden. Verbringen Sie die nächsten Jahre mit der Lektüre. Tun Sie in dieser Zeit nichts anderes. Dies bringt Ihnen doppelten Nutzen. Erstens: Sie werden von Hacks, Opitz, Schernikau belehrt und erfreut. Zweitens: Sie erübrigen sich jene Ausgaben an Zeit und Geld, die Ihnen unfehlbar entstanden wären, hätten Sie in dieser Frist sich mit etwas anderem beschäftigt.

Sind Sie durch, sollten Sie die Gedichte von Hacks auswendig lernen – na ja, nicht alle, aber doch möglichst viele. Ich kann schon sechsundzwanzig. Machen das auch die übrigen Leser/innen so und treffen sie eine andere Auswahl, entsteht in unseren Gehirnen eine lebendige Gesamtausgabe dieser Verse. Das ist eine ähnliche kollektive Leistung wie eine

Subskription und jedenfalls für uns schöner als CD-Rom.

Peter Hacks: *Die Gedichte*. Edition Nautilus, Hamburg 2000, 480 Seiten, 68 Mark

Reinhard Opitz: *Liberalismus. Faschismus. Integration*. Edition in drei Bänden, herausgegeben von Ilina Fach und Rainer Rilling, BdWi-Verlag, Marburg 1999, 1.488 Seiten, 235 Mark

Ronald M. Schernikau: *Legende.* Verlag ddp goldenbogen, Dresden 1999, 846 Seiten, 68 Mark

Konkret 04/00, S. 42

Alexander Bogner

Kontrollierter Anbau

Die Bundesärztekammer plädiert für Gentests an Embryonen – und ebnet damit der Eugenik den Weg

1990 kam in den USA das erste Kind nach Präimplantationsdiagnostik auf die Welt. Der im Reagenzglas erzeugte Embryo war vor dem Transfer in die Gebärmutter auf genetische Abweichungen untersucht worden. Weil der Achtzeller keine Gendefekte hatte, war er der Frau eingepflanzt worden – andernfalls wäre er im Abfall gelandet. In Deutschland trat 1991 das Embryonenschutzgesetz in Kraft, die Präimplantationsdiagnostik (PID) war damit verboten – und gleichzeitig hochrangige Forschung verbaut, klagten die Wissenschaftler. Einen gravierenden Widerspruch gar entdeckten die Mediziner im Verbot der PID. Die pränatale Diagnostik, argumentierten sie, sei gesellschaftlich nun einmal nachgefragt – sollte man diese Untersuchungen deshalb nicht auch bei Embryonen erlauben, die bei künstlicher Befruchtung außerhalb des Frauenkörpers erzeugt werden? Ist außerdem der auf dem Labortisch erzeugte Zellhaufen rechtlich paradoxerweise nicht besser geschützt als der Fötus im Mutterleib? Und warum soll man einer Frau den Schwangerschaftsabbruch nach pränataler Diagnose zumuten, wenn die PID die Einpflanzung des Wunsch-Embryos möglich macht?

Seit Jahren werden diese rhetorischen Fragen von Wissenschaftlern und Ärzten über die Medien an die Politik gerichtet. 1995 beantragte ein Lübecker Fortpflanzungsmediziner erstmals die Durchführung einer PID. 1999 erklärte dann die Bioethik-Kommission von Rheinland-Pfalz die PID »unter strengen Voraussetzungen für ethisch vertretbar und rechtlich zulässig«. Die Erklärung hatte zwar keine Rechtswirkung, doch sie gab jenen Ärzten, die sich seit Jahren um eine Änderung der standesrechtlichen Grundsätze der Bundesärztekammer zur PID bemühten, Rückenwind. Der Schwung dieser Attacken auf das Verbot der Embryonen-Selektion hat erwartungsgemäß nun auch die Bundesärztekammer (BÄK) selbst erfaßt.

In dem »Diskussionsentwurf zu einer Richtlinie zur Präimplantationsdiagnostik«, den die BÄK Ende Februar präsentierte, befürworten die Ärztefunktionäre die Vernichtung von menschlichen Embryonen, die im Reagenzglas gezeugt und – unter strikten Auflagen – einem Gentest unterworfen wurden. Der Entwurf, der bis in alle Einzelheiten genau vorschreibt, wie ein Arzt vorzugehen hat, der eine PID durchführen möchte, geht auf den eklatanten Widerspruch zur geltenden Rechtslage nicht ein. Das Embryonenschutzgesetz untersagt kategorisch jede Verwendung eines Embryos, die nicht der »Herbeiführung einer Schwangerschaft« dient. Bei der derzeitigen Praxis der In-vitro-Fertilisation (IVF), die für die Durchführung einer PID unabdingbar ist, würden jedoch Embryonen auf Probe hergestellt, über deren Qualität dann der Gen-Check informiert. Weil also bei der IVF überzählige Embryonen anfallen, könnten die zukünftigen Eltern zum ersten Mal unter mehreren Embryonen auswählen. Die Darstellung, die PID sei nichts weiter als eine bessere, weil risikoärmere Pränataldiagnostik, führt darum in die Irre.

Tatsächlich findet bei der PID der Umschlag von einer negativen – im Nachhinein »korrigierenden« – zu einer positiven Eugenik statt. Jacques Testart, der »Vater« des ersten französischen Retortenbabys, bezeichnete die PID darum als Vorbote einer neuen Eugenik, die »nützlich, schmerzlos und effizient« ist. Heute erfolgen bereits mehr als 60 Prozent aller international durchgeführten Diagnosen nicht bei Trägern genetischer Schädigungen, sondern aufgrund des erhöhten mütterlichen Alters. Diese Diagnosen haben zum Ziel, Schwangere mit Trisomie-21-Kindern (»Mongolismus«) zu entdecken. In den USA wurde die PID darüber hinaus sogar schon zum Zwecke der Geschlechtsauswahl durchgeführt. Von eugenisch orientierter Nachkommensplanung wollen die deutschen Ärzte freilich nichts wissen. »Jeder Art eugenischer Selektion und Zielsetzung« erteilen sie eine »deutliche Absage«.

Eine dreiste Schutzbehauptung, erinnert man sich an die Richtlinien zur Verteilung von Spenderorganen, die die BÄK Anfang Dezember letzten Jahres vorgelegt hatte. In diesem Nachtrag zum Transplantationsgesetz von 1998 präsentiert die Ärzteschaft völlig unbeschwert ein Bündel von Selektionskritierien, das sich ideologisch vollständig an das prominente Hygiene-Ideal der »Volksgesundheit« anlehnt. HIV-Infizierte, schwer Krebskranke und Alkoholsüchtige hoffen nach diesem Schiedsspruch aus der Funktionärsetage künftig vergeblich auf eine Organverpflanzung. Außerdem sind der »körperliche und seelische Gesundheitszustand« sowie die Fähigkeit des Patienten, aktiv an seiner Genesung mitzuwirken, maßgeblich dafür, ob die internationale Vermittlungsstelle für Organe im niederländischen Leiden grünes Licht für eine Transplantation gibt oder nicht. Wer also von den neudeutschen Leistungsmedizinern die chronische Unfähigkeit attestiert bekommt, mit dem neuen Herzen eine Jogging-Langstrecke zu absolvieren oder das Stimmungshoch nach der Operation dauerhaft zu stabilisieren, der wird zukünftig keine Chance mehr bekommen, die nationale Lebenswertsumme zu verringern. Diese ärztliche Ergebenheitsadresse an die Gesundheitspolitik der Großväter erregte in der Öffentlichkeit wenig Aufsehen, und das wird bei der Durchsetzung der PID – sieht man von den symbolisch aufgeladenen, aber bedeutungslosen Scharmützeln um die Frage ab, ob erst dem Zwölfzeller oder bereits dem Achtzeller Menschenwürde und voller Lebensschutz zukomme – nicht anders sein. Schließlich funktioniert hier die Eugenik nicht mehr als staatlich dirigierte Nachwuchsplanung unter dem Nazi-Leitbild der planmäßigen »Aufartung«, sondern als globaler Effekt einer individuell im Repro-Labor exekutierten Wunschkind-Mentalität.

In zehn Staaten der Europäischen Union ist die PID bereits heute zulässig. Bis Ende 1997 wurden weltweit etwa 170 Kinder nach PID geboren, bei 1.200 IVF-Behandlungen kam diese Methode bisher zur Anwendung. Die Nachfrage ist also ganz offensichtlich da, argumentieren die deutschen Ärzte. Paare, die ein hohes Risiko haben, dem Nachwuchs ihre genetisch bedingte Krankheit zu vererben, akzeptierten nur selten einen bewußten Verzicht auf Kinder bzw. eine Adoption, betont die BÄK in ihrem Entwurf. Anstatt nun einfach psychologische Hilfe für Paare mit Kinder-Macke zu fordern und zu diskutieren, ob es tatsächlich ein positives Anspruchsrecht auf eigenen Nachwuchs nach Wunsch geben darf (das im Zeitalter der pränatalen Diagnose faktisch schon durchgesetzt ist), wird als Sicherheitsgarantie für normgerechte Babys die PID beworben.

Der embryonale Gen-Check, der die sorgenfreie Schwangerschaft verspricht, verführt nun auch Frauen zu einer IVF-Prozedur, die überhaupt nicht unfruchtbar sind. Auch die Versicherung der BÄK, die Indikation für eine PID sei »äußerst eng« zu stellen, kann nicht beruhigen. Warum soll PID nur jenen Paaren zugute kommen, die eine schwere genetische Krankheit vererben könnten? Wenn man – wie es die BÄK tut – »die Achtung der Menschen ernst nimmt, die an der Furcht vor einem genetisch bedingt schwerstkranken Kind gesundheitlich zu zerbrechen drohen«, dann kommen eigentlich sehr viele Paare für eine PID in Frage. Warum sollte die PID außerdem nicht auch von jenen Eltern nachgefragt werden dürfen, die ganz allgemein Angst vor den Unwägbarkeiten ihrer unkontrollierten Fortpflanzung haben? Warum nicht jede Zeugung laborgesteuert kontrollieren, anstatt die Naturlaune erst nach einer Pränataldiagnostik während der Schwangerschaft schmerzvoll zu korrigieren? Ja, welches Paar wird im Zeitalter von IVF und PID überhaupt noch die Arroganz haben, sich natürlich fortzupflanzen und es dem Zufall überlassen, welches Ei und welches Spermium gemeinsam zu neuem Leben reifen?

Gerade die neuesten Befruchtungstechniken verlangen nach Freigabe der PID. Bei der Intracytoplasmatischen Spermieninjektion, die effizienter ist als die traditionelle IVF, hat sich herausgestellt, daß der mikrochirurgische Eingriff mit möglichen Schädigungen für den Embryo verbunden ist. Soll man deshalb diese erfolgreiche Methode aufgeben – oder nicht lieber das Laborprodukt vor seiner Einpflanzung in die Gebärmutter auf genetische »Defekte« durchchecken? Die PID wird sich – Risiken hin, Chancen her – durchsetzen, schon allein deshalb, weil sich in ihrem Fall das Ungewohnte, Neue und vielleicht auch Unheimliche so mühelos mit dem bereits Gewohnten verknüpfen läßt. Die PID, suggerieren die Mediziner, mache ja nichts anders, als die Probleme, die die längst akzeptierten Techniken aufwerfen, zu lösen. Doch die PID leistet mehr.

Als molekulargenetische Methode bildet sie das Scharnier zwischen Reproduktionstechnologie und Gentechnik – und bahnt deren Fusion an. Die PID wird die genetische Manipulationskunst inspirieren, weil sie moderne Züchtungsvisionen kontrollierbar zu machen verspricht: Genetisch veränderte Embryonen ließen sich nun testen, bevor man sie in die Gebärmutter einsetzt. Die Durchsetzung der PID ist daher – ob die Ärzteschaft sich das eingesteht oder nicht – der zentrale Hebel, um Reproduktionstechniken, die gestern noch als gehütete Tabus galten, schon heute als ambivalent, aber visionär und morgen als heilbringend auszuloben. Warum etwa soll das fortpflanzungsdemokratische Wahlrecht der IVF-Kundschaft auf gentechnisch lediglich kontrollierte Embryonen beschränkt bleiben? Warum denn nicht zur genetischen Nachbesserung des Menschen fremde Gene gezielt ins Erbgut der Keimzelle einbauen, wenn das Ergebnis dieser Keimbahnmanipulation vorab am Embryo überprüft werden kann? Mit der Etablierung der PID wird sich auch die Keimbahnintervention als ethisch, praktisch, gut erweisen. Was den Humangenetikern und Reprotechnikern zum ganzen Glück dann noch fehlt, ist ein »Diskussionsentwurf zu einer Richtlinie zur Keimbahntherapie«. Darin wird die BÄK die neue Methode wärmstens empfehlen. Natürlich nur unter strengsten Auflagen. Und nicht ohne der Eugenik eine knallharte Absage zu erteilen.

Alexander Bogner schrieb in KONKRET 12/99 über das Verhältnis der klassischen Linken zur Eugenik

Konkret 04/00, S. 44

Ralf Blendowske

Buch des Monats

Alan Sokal, Jean Bricmont: Eleganter Unsinn. Wie die Denker der Postmoderne die Wissenschaften mißbrauchen. C.H. Beck, München 1999, 350 Seiten, 39,80 Mark

»Denn Aufklärung ist totalitär wie nur irgendein System.«

Adorno/Horkheimer

Verstehen Sie die scheinbar undurchdringlichen Debatten um *déconstruction* oder *différence?* Oder sagt Ihnen der postmoderne Diskurs nichts? Im Fall des letzteren gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder Sie sind den Argumenten nicht gewachsen, oder es wird einfach nichts gesagt. Testen Sie selbst, hier ist ein kurzes Beispiel: *Es ist ein Zeichen dafür, daß der Raum des Ereignisses zu einem Hyperraum mit mehrfacher Refraktion und der Raum des Krieges eindeutig nichteuklidisch geworden ist.* Alles klar? Dies ist kein Ausschnitt aus dem Logbuch der Enterprise, sondern ein Kommentar des Soziologen und Philosophen Baudrillard zum letzten Golfkrieg (alle *kursiven* Passagen entstammen dem besprochenen Buch). Was ist von solchen und ähnlichen Texten zu halten?

Dieser Frage ist der US-amerikanische Physiker Alan Sokal nachgegangen. Er führte ein Experiment durch, das ihn schlagartig weltbekannt machte: Würde eine angesehene Zeitschrift für Kulturwissenschaften einen Artikel veröffentlichen, der postmodern klingt, den politischen Vorstellungen der Herausgeber schmeichelt, tatsächlich aber aus einer Aneinanderreihung von Unsinn besteht? Zu diesem Zweck montierte Sokal Zitate meist französischer Intellektueller postmoderner Prägung mit dümmlichen Überleitungen und einigem Kauderwelsch über neuere Entwicklungen in Physik und Mathematik. Dem Ganzen gab er den imposant-idiotischen Titel: »Die Grenzen überschreiten: Auf dem Weg zu einer transformativen Hermeneutik der Quantengravitation«.

Tatsächlich wurde die Parodie 1996 gedruckt. Sie erschien in einer Sonderausgabe (»Science Wars«) der Zeitschrift »Social Text«. Aronowitz, einer der Herausgeber, ordnet das Blatt dem marxistischen Lager zu. Ein erklärendes Nachwort von Sokal, das die Rezeptur und die vielen Unsinnigkeiten des Artikels beleuchtet, durfte in »Social Text« nicht mehr erscheinen. Wer sich für die Diskussion um Sokals Scherz interessiert, kann sie ausführlich (in Englisch) im Internet (www.physics.nyu.edu/faculty/sokal) nachlesen.

Handelt es sich bei Sokal um einen Reaktionär, der die offensichtlich miserablen Standards einer linken Zeitschrift vorführen wollte? Letzteres ja, ersteres nein – im Gegenteil. Sokal, der während der Regierungszeit der Sandinisten in Nicaragua Mathematik unterrichtete, schreibt über sich selbst: *Ich gestehe, daß ich ein unbeeindruckter Altlinker bin, der nie richtig verstanden hat, wie die Dekonstruktion der Arbeiterklasse helfen soll. Und ich bin ein spießiger alter Wissenschaftler, der naiv glaubt, daß eine äußere Welt existiert, daß es objektive Wahrheiten über sie gibt und daß meine Aufgabe darin besteht, ein paar davon zu entdecken.*

Den Linken Sokal nervt also die Sympathie von Linken für die Postmoderne, bei der es sich um eine Mischung intellektueller Strömungen handelt, die gekennzeichnet sind durch (a) eine mehr oder weniger explizite Ablehnung der rationalistischen Tradition der Aufklärung, (b) von der Empirie vollkommen losgelöste theoretische Abhandlungen, (c) einen kognitiven und kulturellen Relativismus, der Fakten, Theorien und Wissenschaft auf Erzählungen, Mythen oder soziale Konstruktionen reduziert, und (d) die Verwendung von naturwissenschaftlichem Vokabular als Imponierprosa.

Die Veröffentlichung von Sokals Scherz ist zunächst nur ein Beleg, wie schnell Linke sich von modischem Vokabular beeindrucken lassen. Zur Kritik postmoderner Theorien trägt der Kasus nichts bei. Sie wird nun in dem Buch *Eleganter Unsinn* nachgeliefert, das Sokal und sein belgischer Kollege Bricmont geschrieben haben. Der Ausgangs-Scherz und einige Nachworte der Debatte sind dort im Anhang dokumentiert. Im *Eleganten Unsinn* konzentrieren sich die Autoren hauptsächlich auf zwei Aspekte, die innerhalb postmoderner Ansätze ohne Bezug zueinander koexistieren: erstens der Mißbrauch wissenschaftlicher Termini, zweitens ein kognitiver oder kultureller Relativismus.

Auf knapp 200 Seiten untersuchen die beiden Physiker den pseudo-naturwissenschaftlichen Jargon in Texten von Jacques Lacan, Julia Kristeva, Bruno Latour, Luce Irigaray, Jean Baudrillard, Gilles Deleuze, Felix Guattari, Henri Bergson und Paul Virilio. Dabei beschränken sie sich auf diejenigen Stellen, die sich direkt auf Physik oder Mathematik beziehen. Anhand von Passagen, die ausführlich zitiert sind, weisen Sokal/Bricmont im Detail nach, daß es sich nicht um ästhetisches Denken oder literarische Philosophie, sondern bestenfalls um eine Form literarischer Diarrhöe handelt.

Um ein Gefühl für die kommentierten Ausschnitte zu bekommen, soll exemplarisch Paul Virilio zitiert werden: *Übertragen auf das ewige Geschenk einer Relativität, deren topologische und teleologische Stärke und Tiefe zu diesem letzten Meßinstrument gehören, besitzt diese Lichtgeschwindigkeit eine Richtung, die zugleich ihre Größe und Dimension ist und die sich mit derselben Geschwindigkeit in alle Radialrichtungen fortpflanzt, die das Universum durchmessen.* Denken Sie

nicht drüber nach, denn der Informationsgehalt dieses Absatzes ist Null. Virilio gilt als einer der herausragenden Theoretiker der Geschwindigkeit. So wurden zumindest seine Schriften vom Merve-Verlag angepriesen. Wenn Virilio sich jedoch zum Thema Geschwindigkeit äußert, hört sich das so an: *Es erscheint nun angemessen, die Vorstellung von Beschleunigung und Verzögerung (was Physiker als positive und negative Geschwindigkeit bezeichnen) zu überdenken.* Die Verwechslung von Geschwindigkeit und Beschleunigung ist kein einmaliger Fauxpas, sondern durchzieht Virilios gesamtes Werk. Eine solch offenkundige Inkompetenz liegt nun nicht bei allen hier einschlägigen Autorinnen und Autoren vor. Nicht, weil sie informierter wären, sondern weil ihre Texte oft zu kryptisch sind, als daß man sie überhaupt verstehen könnte. Soweit dies möglich ist, übersetzen Sokal/Bricmont daher das Gesagte, um dann verständlich zu machen, warum es darin nichts zu verstehen gibt. In der steten Wiederholung dieser Prozedur liegt bei der Vielzahl der ausgewählten Autoren vielleicht der einzige Nachteil ihres Buches. Er wird gemildert durch Kommentare wie dem zur Lacanschen Gleichsetzung des männlichen erektionsfähigen Organs mit der imaginären Zahl »Wurzel« (-1): *Wir gestehen, daß es uns bedrückt, wenn unser erektionsfähiges Organ mit »Wurzel« (-1) gleichgesetzt wird. Dies erinnert uns an Woody Allen, der sich in »Der Schläfer« gegen die Umprogrammierung seines Gehirns wehrt: »Sie dürfen mein Gehirn nicht anrühren, das ist mein zweitliebstes Organ!«*

Statt unter der Rubrik postmodern können die verhandelten Schriften und ihre Rezeption treffender unter dem Begriff des säkularen Mystizismus gefaßt werden. Denn sie konstituieren einen Diskurs, der geistig wirken will, mit welterklärendem oder theoriebildendem Anspruch auftritt, aber dennoch weder Vernunft noch Verstand anspricht – Mystizismus eben. Er ist säkularer Natur, unterscheidet sich also geringfügig etwa von dem der Hildegard von Bingen, weil die kulturellen Bezüge (Kant, Marx, Freud, Mathematik, Physik etc.) nichts mehr mit überlieferten Religionen zu tun haben. Naturwissenschaftlern ist der mystische Mißbrauch wissenschaftlicher Termini egal, solange dies außerhalb ihres Faches geschieht; dann blamieren sich nämlich andere. Insofern schreiben Sokal/Bricmont auch nicht vorrangig als Fachwissenschaftler, sondern als Linke, die das Aufgreifen solcher »Theorien« für Zeitverschwendung, blamabel und politisch schädigend halten, weil Obskurantismus immer reaktionär ist.

Den zweiten Schwerpunkt legen Sokal/Bricmont auf die unterschiedlichsten Spielarten des Relativismus. Damit werden jene Theorien bezeichnet, die behaupten, die Wahrheit oder Falschheit einer Aussage hänge von der Person oder der gesellschaftlichen Gruppe ab, die sie tätigt. Relativistische Positionen treten daher häufig mit Chiffren wie »alternatives Denken«, »Eurozentrismus«, »westliche Vorstellungen«, »Herrschaftswissen« oder »patriarchale Wissenschaft« auf. Oft werden unterdrückte und/oder ethnische Minderheiten zur Gruppeneinteilung verwendet. Die Bezeichnung »Schwarze Musik« mag ja noch angehen, aber was soll eine schwarze oder weibliche Wissenschaft sein, wie sie in den »Cultural Studies« angeboten werden? Zugespitzt läuft das darauf hinaus, daß über die Frage, ob die Polkappen aufgrund einer Klimaänderung abschmelzen könnten, nur noch Eskimos debattieren sollten.

Beliebt ist in diesem Zusammenhang die Verwechslung von gesellschaftlichen mit wissenschaftlichen Aspekten. Die Entwicklungen in der Festkörperphysik etwa wurden durch militärische Vorgaben angestoßen. Quantenmechanik ist die Grundlage der Festkörperphysik, sie führte zur Quantenelektronik und damit etwa zum Transistor. Der wiederum ermöglichte nahezu alle modernen Technologien bis hin zum Computer. Damit kann man einerseits postmoderne Texte schneller produzieren und andererseits Menschen effizienter töten. Das wirft unterschiedliche Fragen auf. Sollen bestimmte Anwendungen des Computers verboten werden? Soll oder darf überhaupt Computerwissenschaft, Quantenelektronik oder Quantenmechanik betrieben werden? Hängt unser mangelndes Wissen in anderen Gebieten, etwa der Aids- oder Klimaforschung, mit der militaristischen Verschwendung von Ressourcen zusammen? Diese Fragen, die aktuell im Fall der Molekularbiologie und Gentechnik ähnlich gestellt werden, beziehen sich auf die gesellschaftliche Ebene.

Welche Antworten darauf auch immer gegeben werden, sie haben nicht den geringsten Einfluß auf wissenschaftliche Fragen wie die, ob etwa das Verhalten der Atome im Transistor den Gesetzen der Quantenmechanik genügt. Der gesellschaftliche Kontext ist für die Beantwortung dieser Frage irrelevant. Daß der Erfinder des Transistors, Shockley, ein Reaktionär war, hat auf die Wirkungsweise des elektronischen Bauteils keinen Einfluß. Anders formuliert: Der Transistorempfänger funktioniert auf der Revolutionären 1.-Mai-Demo in Berlin nicht anders als bei einem Treffen der Vertriebenenverbände. Nicht nur seine Funktion, auch deren Erklärung hängen nicht vom gesellschaftlichen Kontext ab. Gerade dies wird aber in relativistischen Positionen geleugnet. Etwas vereinfacht gesagt: Wer etwa die Gentechnologie ablehnt, kann versucht sein, auch die molekularbiologischen Grundlagen für eine (unsympathische) Erzählung unter anderen zu halten.

Das folgende Beispiel bezieht sich auf die Mathematik. Ist sie kontextabhängig, nämlich männlich bestimmt? Zu diesem Thema schreibt die feministische Mathematikerin Damarin: *In dem von Irigaray hergestellten Kontext wird ein Gegensatz sichtbar zwischen der linearen Zeit der mathematischen Probleme ... und der herrschenden Erfahrung der zyklischen Zeit der Menstruation andererseits. Ist es für den weiblichen Geist-Körper offensichtlich, daß Intervalle Endpunkte haben, daß Parabeln die Ebenen sauber aufteilen und daß die lineare Mathematik des Unterrichts die Welt der Erfahrung auf eine intuitiv naheliegende Weise beschreibt?* Soll das heißen, daß menstruierende Frauen besser keine Geometrie betreiben sollten? Hier werden Vorstellungen kolportiert, mit denen im 19. Jahrhundert Frauen von der Universität ausgeschlossen

blieben, weil sie angeblich aufgrund ihrer empfindlichen Fortpflanzungsorgane nicht für rationales Denken und Wissenschaft geeignet seien. Überbieten kann man den Unsinn nur noch durch den Vorwurf, daß männliches Denken rational sei.

Wer relativistisch alle Aussagen auf ihren Kontext reduziert und behauptet, daß es keine objektiven Wahrheiten gibt, macht sich im Fall von Mathematik, Quantenmechanik und Molekularbiologie bloß lächerlich. Gleichzeitig entledigt sich eine solche Position aber nebenbei der Gaskammern der Nazis oder der Versklavung von Afrikanern in Amerika. Diese Fakten werden in der relativistischen Sicht nämlich in kontextabhängige Erzählungen beispielsweise von Juden oder Schwarzen verwandelt – und Nazis oder der Ku-Klux-Klan erzählen eben anders. Natürlich ist dies Quatsch. Es gibt einen Unterschied zwischen Fakten und Fiktionen, schon der gern verwendete Begriff der virtuellen Realität greift ihn auf. Nicht nur in den Natur-, sondern auch in den Geisteswissenschaften können Fakten nicht auf soziale Konstruktionen reduziert werden, ohne Wissenschaft selbst unmöglich zu machen. Daß die Verbreitung des Gegenteils als besonders radikal, subversiv und links gilt, kann dagegen nur als soziale Konstruktion der Linken begriffen werden.

Sokal/Bricmont schreiben erfrischend altmodisch, und ihre Verteidigung der modernen Prinzipien der Aufklärung ist weniger einfältig, als es in dieser Besprechung erscheinen mag. Sie argumentieren äußerst differenziert und vorsichtiger, als es für eine streitbare Auseinandersetzung hilfreich ist. Ihre Intention aber haben sie klar formuliert: *Unser Buch richtet sich ... nicht gegen politische Radikalität, sondern gegen geistige Verwirrung*. Der *Elegante Unsinn* ist ein Beitrag zur intellektuellen Hygiene, die der Mittel der Aufklärung bedarf. Zu deren Dialektik findet sich in diesem Buch nichts. Warum auch?

Konkret 04/00, S. 46

René Martens

Kunst & Gewerbe

»Liebhaber, Vater, Führer«

Ist Haider nun eigentlich schwul, oder was? Auf die »Spiegel«-Titelgeschichte zu diesem bewegenden Thema warten wir noch, aber der bisherige Trubel war schon erheblich. »Er ist der Führer eines homoerotischen Männerbundes und arbeitet bewußt mit homophilen Codes«, analysiert Elfriede Jelinek, die »Süddeutsche Zeitung« diagnostiziert »den altbekannten homoerotischen Unterton rechter Führer«, und die »Zeit« fragt: »Ist also Haider doch kein Hitler, sondern eher ... ein Kühnen?« – und legt so den tröstlichen Gedanken nahe, daß der FPÖ-Chef kein viertes Reich mehr hinbekommt, weil er alsbald abberufen wird ins ewige.

Unverdientermaßen unerwähnt geblieben ist in der Debatte bis jetzt die durchgeknallteste Abhandlung zum Themenkomplex Haider und Sex, verfaßt vom Mitglied eines anderen derzeit recht erfolgreichen »Männerbundes«: Christian Kracht vom »Tristesse Royale« verbreitenden »popkulturellen Quintett« (siehe KONKRET 1/2000) schrieb das aufschlußreiche Bubenstück für die mittlerweile verblichene Illustrierte »Tempo« (Ausgabe 12/95). Auf einer Wahlkampfveranstaltung der FPÖ, wo Kracht sich »wie bei der ›Oscar‹-Verleihung« vorkam, notierte er seinerzeit über Haider: »Sein weißes Lächeln strahlt auf im noch weißeren Licht der Blitze. Er grüßt mit dem Handrücken, er ist für einen kurzen Moment alles: Popstar, Model, Schauspieler, Liebhaber, Vater, Führer.« Der spätere »Spiegel«-Redakteur und heutige Protagonist der sogenannten Pop-Literatur (aktuelle Drucksache: *Der gelbe Bleistift*), drosselt dann erst einmal das Tempo, bis es ihn plötzlich übermannt: »Seine Ausstrahlung ist eindeutig sexuell. Er läßt ein Bild von sich entstehen ..., das an den Förster erinnert, der draußen in einer Sommernacht im Wald Holz hackt; Lady Chatterleys Liebhaber ist er oder ein anderer dieser männlichen, schweigsamen, dunklen Charismatiker aus den Werken von D. H. Lawrence.« Nun schreibt Kracht aber nicht nur für Erotomanen, er hat auch eine Zielgruppe, die sich Stoff zum Nachdenken wünscht. Also kritisiert er das Einheits-Outfit von Haiders Security-Schergen (»Hitler hatte irgendwie eine bessere Corporate Identity«), und außerdem fällt ihm, gewissermaßen post-koital, schließlich auf, daß Haider »ein Spießer, ein Hutzelmann« ist. Ist natürlich tragisch.

Was anfangen mit einem sexy Spießer? Immerhin löst Krachts Text das Rätsel, welche ideologische Modell sich hinter dem Begriff Pop-Literatur verbirgt: FPÖ minus Spießertum plus Corporate Identity à la Hitler.

Konkret 04/00, S. 46

Erwin Riess

Kunst & Gewerbe

In einem normalen Land

Als Wolfgang Schüssel noch Außenminister der großen Koalition war, galt er als glühender Europäer. Unbeirrt frönte er seiner Leidenschaft, Österreich mit dem scharfen Wind des Weltmarktes zu durchlüften. In den letzten Wochen zeigte sich eine weitere, bisher unterschätzte Leidenschaft Schüssels: Größer noch als seine Liebe zu Europa erwies sich sein Drang nach der Kanzlerwürde. Nichts konnte ihn aufhalten, die Warnungen seiner europäischen Freunde schlug er allesamt in den Wind. Vom Musterschüler der EU (nach eigener Einschätzung) bis zum europäischen Paria war der Weg kurz, es brauchte nur die Regierungsbeteiligung einer rechtsradikalen Partei.

Das Kuscheln mit Rechtsextremen hat in Österreich eine lange, bis in die Monarchie zurückreichende Tradition. Immer schon galt Tradition in Österreich als Synonym für Kultur, und weil Österreich sich als Kulturgroßmacht fühlt und sich von der ganzen Welt darum beneidet glaubt, kann die Regierung nicht nachvollziehen, wieso die Welt plötzlich von der österreichischen Kultur nichts wissen will. Voll Zorn und Trotz würde Schüssel am liebsten der EU den ganzen Krempel hinschmeißen und auf die Insel der Seligen zurückkehren. Weil das aber nicht möglich ist, bemüht der verbitterte Kanzler sich um Schadensbegrenzung. In vier Stufen, so sein Plan, soll dieses Ziel erreicht werden.

1. Deeskalation

Schon am ersten Tag der neuen Regierung wurden Österreichs Botschaften in der EU angewiesen, Material über die rechtsextreme Szene in den vierzehn *Reststaaten* – so heißt die EU neuerdings in Österreich – zu sammeln. Man solle den Kritikern die eigene Schande unter die Nase reiben, lautete die Order vom Ballhausplatz. Haider drohte mit Blockadepolitik und wurde darin prompt von Schüssel unterstützt. Auch der burgenländische FPÖ-Vorsitzende Rauter leistete seinen Beitrag zur Deeskalation. Er forderte die Einleitung einer Volksabstimmung mit dem Ziel des österreichischen Austritts aus der EU.

Auch aus den Ministerien sind bedeutende Deeskalationsschritte zu vermelden. Sozialministerin Sickl verließ ihre Antrittspressekonferenz nach der Verlesung eines nichtssagenden Textes über die Bedeutung des Sozialen für die Gesellschaft. Wichtige Termine, rief sie den verblüfften Journalisten zu. Tatsächlich hat Frau Sickl, die ein Kärntner Schlößchen ihr eigen nennt und als dritte Präsidentin des Landtags eine Ausnahme von der FP-Gehaltsregelung mit der Begründung zugestanden erhielt, sie müsse ihren Kastellan ernähren, viel um die Ohren, mußte sie doch auch die Agenden des aufgelösten Frauenministeriums übernehmen. Daß sie die Agenden für Arbeitsmarktspolitik an den Wirtschaftsminister verlor, stimmte sie da nicht traurig, ebensowenig wie der Umstand, daß es ein »Ministerium für Arbeit und Wirtschaft« zuletzt im austrofaschistischen Ständestaat unter Dollfuß gab.

Der wichtigste Schritt in der Deeskalationsphase war der Rücktritt Haiders als Parteiobmann der FPÖ. Bei näherem Hinsehen zeigte sich aber, daß der Rücktritt nur ein Sidestep war: Haider bleibt Mitglied des Koalitionsausschusses und Landeshauptmann von Kärnten, kündigte an, die Rolle des Aufsichtsratspräsidenten der Regierung zu übernehmen und meldete seine Ansprüche auf den Kanzlerposten an. Was Schüssel dem Ausland als strategischen Rückzug verkaufen wollte, war bloß eine taktische Finte. Haider ahnt, daß seine Minister kapitale Böcke schießen werden, folglich hält er es für ratsam, aus der Schußlinie zu gehen und sich weiter als wilder Oppositionsführer zu gebärden. An der Regierung beteiligt zu sein und gleichzeitig zu opponieren, ist für ihn nichts Neues. Schon in der Zeit von 1983 bis 1986 – er war damals Parteiobmann in Kärnten, und die Bundespartei befand sich in Koalition mit der SPÖ – , bearbeitete er den verhaßten Parteichef Steger so lange, bis dieser schließlich zu Boden ging. Vielleicht erinnerte sich der Zurückgetretene, der sein Vorbild genau studiert hat, auch daran, daß Hitler 1932 das Angebot, Vizekanzler zu werden, ausschlug und abwartete, bis Hindenburg nicht umhin konnte, ihm den Posten des Reichskanzlers anzubieten. Haider rechnet damit, daß die Österreicher seiner Performance in Regierung und Opposition einiges abgewinnen können und in ihm endlich den ideellen Gesamtpolitiker des Landes erkennen, der er seiner Einschätzung zufolge längst ist. Wer Haiders Wendigkeit noch immer mit Prinzipienlosigkeit verwechselt, hat seine Befreiungstat für die erstarrte Politik nicht verstanden. Oder wie es Haiders langjähriger Aktenträger, der jetzige Klubobmann Westenthaler, so tiefsinnig ausdrückte: *Wir tun nicht hinten herum.*

Als einer der wichtigsten Verbündeten Schüssels in Sachen Deeskalation erwies sich zum Gaudium des Publikums der neue SPÖ-Vorsitzende Alfred Gusenbauer. Er sieht eine *Chancenstrategie gegen die Ellbogengesellschaft* heraufdämmern, denn diese *schlage sich mit der österreichischen Mentalität*; und er will der neuen Regierung *ein Projekt gegenüberstellen*, dessen *beide einigenden Klammern ein neues Österreichbewußtsein und ein neuer österreichischer Patriotismus* sein

sollen. Um den Titel des besseren Patrioten brach daraufhin ein erbitterter Streit unter den Parteien aus. Grünen-Chef Van der Bellen behauptete *Wir sind die Patrioten, nicht die!* (womit er die Regierung meinte). Der Kanzler konterte geistesgegenwärtig: *Wir sind die Patrioten, nicht die!* (womit er die Opposition meinte). Noblerweise schwieg Haider zu diesem Thema.

2. Abrüstung der Worte

Ich bin nicht Dollfuß, und Haider ist nicht Hitler, rief Kanzler Schüssel den Teilnehmern des »Bundesbauerntags« zu. Diesen Satz wiederholt Schüssel bei jeder Gelegenheit. Er verwendet ihn so oft, als müsse er durch das Aussprechen selber Zweifel wegreden. Engelbert Dollfuß war der erste austrofaschistische Führer. Er wollte aus Österreich den *besseren deutschen Staat* meißeln, schlug auf diesem Weg im Februar 1934 den Arbeiteraufstand nieder, indem er mit Eisenbahngeschützen die Wohnbauten des »Roten Wien« zusammenschießen ließ, und schreckte auch nicht davor zurück, schwerverwundete Widerständler hinzurichten. Im Juli desselben Jahres fiel Dollfuß einem nationalsozialistischen Putschversuch zum Opfer. Seiner Kleinwüchsigkeit wegen wurde er »Millimetternich« genannt, der schmächtige Schüssel ist einem ähnlich höhnenden Spitznamen bisher entgangen. Ob er aber dem politischen Schicksal seines Christlich-Sozialen Vorgängers entgeht, steht dahin. Haider ist gerissener als der Nazipöbel des Jahrgangs 34.

Als wertvolle verbale Abrüstungstat Schüssels erwies sich auch folgende Aussage: *Niemand wirft Joschka Fischer vor, daß er früher als Demonstrant herummarschierte und jetzt den Außenminister gibt.* Am nächsten Tag meldete sich der zurückgetretene Deeskalierer aus Kärnten unterstützend zu Wort: Joschka Fischer, der frühere RAF-Sympathisant, solle gefälligst das Maul halten. Soviel verbale Abrüstung ließ SPÖ-Obmann Gusenbauer keine Ruhe: Im Unterschied zum sozialdemokratischen Wiener Bürgermeister Häupl, der sich in guter verbalradikaler austromarxistischer Tradition am Wort *Ausbeuterregierung* berauscht, sprach er nicht von einem drohenden Sozialabbau, sondern präsentierte stolz den neuesten Abrüstungsbegriff *soziale Schieflage*. Die Begründung für soviel Abrüstung lieferte er ungefragt mit – er wolle die *Brücken zur ÖVP nicht letztendlich abbrechen*. Mit dem Haider-Clan ging er dafür schärfer ins Gericht. Er beteuerte, *ganz sicher dafür einzutreten, daß es wahrscheinlich nicht zu einer Koalition mit der FPÖ kommt.*

Als talentierter Abrüster erwies sich auch der Sprecher von »SOS-Mitmensch«, Max Koch. Angesprochen auf die Auslandssanktionen meinte er beschwichtigend: *Wir sind da halt quasi auch ein bißchen unter Quarantäne.* Die Abrüstungseuphorie überrascht nicht. Nach dem Vorbild der französischen Organisation »SOS-Racisme« gegen das einstige rassistische Ausländerrausvolksbegehren der FPÖ gegründet, verzichtete man bewußt auf die Erwähnung des Begriffs »Rassismus« und nannte sich lieber gut katholisch »SOS-Mitmensch«. Die verbale Abrüstung zeichnet eben alle politischen Lager Österreichs aus. Begriffe wie Faschismus, Rechtsextremismus und Rassismus sind nicht nur verpönt, sie sind regelrecht tabuisiert. Wer sie verwendet, erntet wütende Proteste. Als katholische Nominalisten glauben die Österreicher voll Inbrunst daran, daß eine Sache, die keinen Namen hat, auch nicht existiert. Es ist dieser fehlende Glaube, der die »Reststaaten« daran hindert, Österreich Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

3. Gelassenheit

Vizekanzlerin und designierte FPÖ-Parteiobfrau Riess-Passer blieb von allen Anfechtungen der Demonstranten und des verblendeten Auslands unbehelligt. Mit dem Satz *In meiner Person ist die Kontinuität gegeben*, verschaffte sie sich schnell Respekt. Auch Innenminister Strasser blieb gelassen, als er versicherte, an der rassistischen Ausländerpolitik nichts ändern zu wollen. Dem »Schlepperunwesen« und der deutschen Sprache indes sagte er einen bedingungslosen Kampf an: *Wir wissen, daß das eines der Punkte sind, die hier angegangen sind.*

4. Normalität

FPÖ-Justizminister Krüger rief, nachdem er als erste Amtshandlung die Beschaffung eines Dienstjaguars in Auftrag gegeben hatte, seine Spitzenbeamten zu sich und eröffnete ihnen in einer mehrstündigen Suada, in der er immer wieder zu toben begann, im nächsten Moment aber zu Tränen gerührt war, daß er keinen besseren Mann für das Amt des Justizministers kenne als Michael Krüger. Nach nur drei Wochen wurde der Stern am Himmel der Rechtspflege aber von Haider wegen »psychischer Überlastung« abgehängt und in einer Nervenklinik überholt. Aus dem unerschöpflichen Reservoir unabhängiger Experten, die das »Reformprojekt FPÖ« unterstützen, fand Haider rasch Ersatz. Er schickte seinen Anwalt, Dieter Böhmdorfer, der seit 15 Jahren jeden Haider-Kritiker mit Klagen eindeckt und selbst in den eigenen Reihen als Mann fürs juristisch Grobe gilt, ins Rennen. Damit war nun auch in der Rechtspflege die Normalität hergestellt.

Auch SPÖ-Chef Gusenbauer fand schnell in die Normalität zurück – in jene des sozialdemokratischen Kauderwelschs: Es gehe darum, dozierte er vor Parteigenossen, *einen Neuanfang nach vorne zu starten* und *positive Errungenschaften* anzupeilen, schließlich gebe es *einen positiven Ruck durch die Partei*, die als *Kursmittelpunkt die soziale Erneuerung* zum Ziel habe. Folglich müsse an die Wähler *ein Angebot gelegt werden*, so daß der Ruck der durch die Partei gehe, das ganze

Land erschüttern möge. Wenn die Regierung dabei nicht mitmache, sei die Geduld der Partei nicht unendlich, drohte er mit tiefer Stimme. Immerhin hätten sich *die Gewerkschaften bereits auf die Straße gewagt*, ja, sie würden unter Umständen sogar zu weiteren Kampfmaßnahmen *schreiten*. Nicht einmal die *Veranstaltung* von Streiks durch die Entfesselten könne ausgeschlossen werden. Tage später wurde Gusenbauer allerdings von Reue ergriffen und rief zu einem *nationalen Schulterschluß* auf. Er werde persönlich nach Brüssel fahren, um für ein Ende des *Sanktionswettbewerbs* zu sorgen. Als Beweis dafür, daß es ihm ernst damit sei, gab er zu Protokoll, daß er bereits *mit dem Büro* des Brüsseler Bürgermeisters gesprochen habe, um die österreichische Beteiligung an einer Ferienmesse sicherzustellen.

Am Jahrestag der Befreiung des KZ Mauthausen werden die Wiener Philharmoniker, die 1938 auf eine Parteimitgliedschaftsquote von 40 Prozent stolz sein durften, im Todessteinbruch Beethovens Neunte intonieren. Getragen wird das Konzert von einem Verein, dem die bedeutenden Abrüstungs- und Normalisierungsvereine »Österreichischer Gewerkschaftsbund« und »Römisch-katholische Kirche« vorstehen. Der Name des Vereins zeigt, worauf verbale Abrüstung in Österreich hinausläuft. Er lautet: »Mauthausen aktiv«.

Schüssels Plan wird, daran besteht kein Zweifel, Erfolg beschieden sein. Irgendwann werden die Reststaaten ihren Fehler einsehen und die Sanktionen absetzen. Schließlich ist Österreich ein normales Land.

Konkret 04/00, S. 49

Rayk Wieland

Die Welt als Wille zur Vorstellung

Kulturkolumne

»Herr Haider, erzählt seine Schwester, wollte um alles in der Welt Schauspieler werden. Er habe tagelang Rollen geübt und sich so sehr nach einem Bühnenauftritt gesehnt. Herr Prinzhorn, von Haider für ein Ministeramt vorgesehen, liest im kleinen Kreis Gedichte vor. Herr Mölzer, Chefideologe der Haiderpartei, publiziert Romane. Herr Westenthaler, Fraktionschef der Haiderpartei, stellt seine Aquarelle in einer Galerie in Simmering aus. Herr Sichrovsky, Europaabgeordneter der Haiderpartei, schreibt Theaterstücke. Herr Morak, Staatssekretär für Kultur in der neuen Regierung, spielt Theater und ist Popsänger. Herr Schüssel, Bundeskanzler, spielt Klavier ... Künstler an der Macht!«

Peter Turrini: »Für Österreich!«

Als Joseph Beuys seinen berühmten Satz kreierte, daß jeder Mensch ein Künstler sei, dachte er vielleicht nicht in erster Linie an die Österreicher, auf die sein Kalenderspruch allerdings, und zwar eher noch als auf die übrige Menschheit, durchaus zuträfe. Seit Wochen sind sie, die Österreicher, von denen über Jahrzehnte nicht viel mehr zu erfahren war, als daß sie den Kaffee nach Pferden benennen, mit Künstler-Aufrufen, Künstler-Erklärungen und Künstler-Aktionen in den Schlagzeilen, und es gibt kaum brisantere Meldungen aus dem ominösen Alpen-Worpswede als die von Künstlern und ihren Protesten gegen die neue Rechtsaußen-Regierung und vor allem gegen den im Hintergrund sich schon mal warmlaufenden Sportnazi Haider.

Schon am ersten Tag der Regierung rief der in Frankreich lebende ehemalige österreichische Staatskurator Robert Fleck per allseits verschickter e-mail die österreichische Kunstszene zum Totalboykott auf. Kurz darauf verkündete Gérard Mortier, der Direktor der Salzburger Festspiele, seinen Rücktritt von der Festspielleitung, von dem er bald wieder zurücktrat. Elfriede Jelinek verbot die Aufführung ihrer Stücke in der Heimat. Johann Kresnik erklärte, auf seinem Grundstück in Kärnten kein Fertighaus mehr bauen zu wollen. Der Architekt Raimund Abraham legte in New York die österreichische Staatsbürgerschaft nieder. Schriftsteller, Bildhauer, Filmschaffende verfaßten Deklarationen, Dirigenten distanzierten sich, Künstler aus dem Ausland erörterten mit Künstlern im Inland Aspekte der äußeren und inneren Emigration, Boykott- und Widerstandsgebote.

Es mag sein, daß die Adressaten dieses Hochkultur-Streiks, liberale Bildungsbürger und feinere Wiener Kreise, durch die Absage eines Neujahrskonzerts oder Podiumsdiskussionen im Burgtheater ihre Unterstützung für Schüssel und Haider eventuell überdenken werden. Doch wer das Arsenal der Protest- und Verweigerungsgesten durchmustert, mit welchen die vordere Reihe der österreichischen Staatskünstler ihre Mißbilligung der neuen politischen Machthaber bekundete, wird nicht umhin können, hier eine Hilflosigkeit zu konstatieren, die alle schmerzt, jedoch die anvisierte FPÖ- und ÖVP-Klientel bestimmt nicht ins Wanken bringt. Dazu sind die bloß symbolischen Ersatzhandlungen auch nicht bestimmt, sie dienen lediglich dem Ausweis der eigenen Ehrbarkeit und der Selbstverständigung der Künstler untereinander, die angesichts der drohenden Ermächtigung des rechten Mobs sich anschicken, ihr Subordinationsverhältnis zum österreichischen Staat neu zu justieren.

Insofern verblüfft es wenig, wenn jetzt von Peter Turrini mitgeteilt wird, daß alle diese ehrbaren Künstler-Aktivitäten an, nun ja, ebenfalls Künstler gerichtet sein sollen. Haider und Konsorten, schreibt Turrini in seinem gleich in mehreren deutschen Zeitschriften publizierten Essay »Für Österreich!«, seien quasi Brüder im Geiste, wenn auch durch die Bank »Untalente, Halbtalente, Dreivierteltalente und Talentverräter«, die sich nun, nachdem ihnen die künstlerische Karriere versagt geblieben ist, mit der Staatsmacht im Rücken an ihren erfolgreicheren Kollegen rächen werden. Und nicht nur an ihnen. Mit dem Verweis auf Hitler und Goebbels, die nach ihrem Scheitern als Künstler die Vernichtung der Welt ins Werk setzen, prophezeit Turrini den unaufhaltsamen Aufstieg des Bonsai-Schwarzeneggers aus Kärnten: »Wehe uns allen ..., wenn der Kunstträumer sein ganzes Unvermögen erkennt, wenn er seine Erfolglosigkeit einsehen muß, wenn er seinem eigenen Untalent, seinem Halbtalent ins Auge blicken muß. Seine Enttäuschung, sein Zorn, seine Angst vor dem Nichts und die daraus resultierende Paranoia, seine Rache sind unermeßlich ... Als es Jörg Haider nicht gelang, ein Engagement am Linzer Landestheater oder am Stadttheater Klagenfurth zu bekommen, erkor er das ganze Land, ja die ganze Welt zu seiner Bühne ...«

Die Welt als Wille zur Vorstellung. Es gäbe, wenn das Turrini-Theorem von der Menschheitsgefährdung durch gescheiterte Künstler sich als richtig erwiese, ein einfaches Mittel, die Welt zu retten und vielleicht für immer vor den Gefahren, die ihr von »Untalenten, Halbtalenten, Dreivierteltalenten und Talentverrätern« drohen, zu bewahren. Es müßte genügen, ihnen irgendein Engagement zu verschaffen, um sie loszuwerden. Kleine Rollen, ein Platz im Orchestergraben, ein Lyrikbändchen oder ein Fernsehauftritt sind immer drin, und das Linzer Landestheater sollte sich nicht zu schade sein, Haider mit einer Offerte aus dem Landeshauptmannamt zu locken: ein kleiner Schritt für das Ensemble, ein großer Schritt für die Menschheit.

Daß die österreichischen Verhältnisse reine Künstler-Kalamitäten sind, bestätigt auch der Kabarettist und RTL-Boxexperte Werner Schneyder, der zum »Wegbereiter« Jörg Haiders, natürlich, einen Künstler macht, den niemand auf der Liste hatte und der bisher frei von jedem Verdacht war, ein Freund von Lodenfaschismus und Nazifolklore zu sein: Thomas Bernhard. Er soll, meint jedenfalls Schneyder, »den Faschismus im Denken und in der Disqualifizierung salonfähig gemacht« haben und sozusagen Haiders geistiger Steigbügelhalter sein. »Er hat als erster nach dem Nazi-Regime wieder die Totalität in die Sprache eingeführt: *Die* Österreicher, *die* Katholiken, *die* Frauen, *die* Salzburger und so fort. Ich habe immer gewarnt, diese Sprache fördere faschistoide Entwicklungen in der Gegenwehr. Darin bin ich, wenn ich heute den Privatgesprächen von Herrn und Frau Österreicher zuhöre, bestätigt worden.«

So kann man es auch sehen bzw. drehen. Dabei sind gerade Thomas Bernhards angenehm pauschale und vernichtende Österreich-Tiraden noch nie so wahr gewesen wie heute. Hatte man vordem noch geglaubt und gehofft, Bernhards Österreichbild sei eine groteske polemische Überzeichnung, so muß man heute einsehen, daß »*die* Österreicher« sich im Laufe der Jahre bequemt haben, dem Porträt, das er von ihnen angefertigt hat, aufs Haar zu gleichen. Das heißt natürlich nicht, daß Bernhard die Verantwortung für die letzten Wahlergebnisse übernehmen müßte. Auf diese Idee kann nur ein Künstler aus Österreich kommen.

Bereits 1963 notierte Bernhard, das Land sei so lächerlich wie ein »kleiner piepsender Rhesusaffe in einem großen zoologischen Garten«. Er lebe, stellte er 1966 fest, »in einem sträflich perversen Staat«, und konstatierte 1978: »Aufwachen in Österreich heißt, in eine stickige Atmosphäre der Geistfeindlichkeit und Gefühlsroheit hinein aufzuwachen.« Irgendwie aber scheint eben das, das Aufwachen, nicht gerade die Stärke der Österreicher zu sein.

Oder in welchem Dämmerzustand befindet sich der österreichische Schriftsteller Robert Schindel, der auf die Frage der »Taz«, wovor angesichts der Beteiligung der FPÖ an der österreichischen Regierung zu warnen sei, antwortete: »Ich warne vor dem, was bereits eingetreten ist.« Na dann jedenfalls: gute Nacht!

Konkret 04/00, S. 50

Ulrich Krempel

Der Trog

Der Kunstkampf um Hans Haackes Reichstags-Installation steht im Zeichen des nationalen Aufbruchs

In Berlin läuft seit Monaten eine mehrstimmige Posse um die Kunst im öffentlichen Raum (wenn denn ein Kunstwerk im Reichstag sich im öffentlichen Raum befindet und nicht durch die Bannmeile diesem entzogen wird); konservative Abgeordnete laufen Sturm gegen eine Arbeit des Künstlers Hans Haacke. Zur gleichen Zeit fordern 100 Abgeordnete »aller Fraktionen« die »Errichtung eines Einheits- und Freiheitsdenkmales auf der Berliner Schloßfreiheit« (»Spiegel«, 13.3.2000). Hans Haackes Konzept sieht für den Lichthof Nord des Reichstags eine Installation mit einem Behälter voller Erde aus allen 669 deutschen Wahlkreisen vor, in der im Wildwuchs die zufällig mit eingebrachten Samen ein eigenes Biotop schaffen sollen. In diesem Gefäß findet sich zudem, in nach oben gerichteten Leuchtbuchstaben, die Widmung »DER BEVÖLKERUNG«. Der Antrag für das neue »Nationaldenkmal« auf der Schloßfreiheit sieht vor, einen Wettbewerb unter der Losung »Wir sind das Volk! – Wir sind ein Volk!« auszuschreiben. »Als Ort schlagen die Initiatoren den noch vorhandenen Sockel des Monuments in der Nähe der Straße Unter den Linden vor, auf dem einst das Reiterdenkmal für Kaiser Wilhelm I. stand.«

Der Kampf um die Kunst in öffentlichem Auftrag, ausgelobt von Auftraggebern aller Art, vergeben von staatlichen Gremien, beraten von professionellen Beiräten, in denen sich Museumsleute, Kunstvermittler und Hochschullehrer finden, abgestimmt, befeindet und angegriffen, befördert oder behindert durch kunstfremde Politiker, die in der Regel zuerst dem eigenen oder dem öffentlichen Geschmack ihrer Wahlkreise verpflichtet sind, ist inzwischen längst in eine neue Dimension getreten. Die jahrzehntelange Auseinandersetzung um das Holocaust-Mahnmal in Berlin war der Vorlauf zur heutigen Situation; auch jene war schon ein beschämender Prozeß von Auslobungen, Wettbewerben, Jurierungen und der Unterlaufung ihrer Ergebnisse. Neben der Desavouierung der vorgeblich zu ehrenden und zu erinnernden Opfer ist die völlige Demontage der beteiligten Künstler wie der aus der Kunstwelt stammenden Juroren durch kunstfremde, aber mächtige Politiker das nachhaltigste Ergebnis dieses Ringens um die passende Kunst für staatliche Zwecke. Die in den letzten Jahrzehnten etwa durch die Künstlergewerkschaften erkämpften Regelwerke für öffentliche Ausschreibungen von künstlerischen Wettbewerben waren lange die unverzichtbare Grundlage von demokratischen Abstimmungsprozessen innerhalb der Kunstwelt. Deren willkürliche Annullierung und Verdrehung, etwa durch den damaligen Bundeskanzler Kohl in der Diskussion um das Holocaust-Mahnmal hat zu keinerlei öffentlichen Protesten geführt; statt dessen gab es anmaßende Gegenvorschläge zur Realisierung von selbsterdachten Kunstwerken für den guten Zweck auch von prominenten damaligen Oppositionspolitikern wie dem künstlerischen Laien und Theologen Richard Schröder. Veränderungen von Ausschreibungsmodalitäten während des laufenden Wettbewerbs, die beständige politische Erpressung der Künstler auf eine passende, ungefährliche, politisch kompatible künstlerische Form waren beim Verfahren für das Holocaust-Mahnmal Gründe für den Rückzug von prominenten Künstlern wie Richard Serra und Jochen Gerz.

Bei den schließlich erreichten Ergebnissen von in der Öffentlichkeit durch die Politik kleindividierten künstlerischen Konzepten setzt auch die massive Kritik und Denunziation der Arbeit von Hans Haacke an, die als Kampagne des konservativen Lagers seit Ende 1999 läuft. »Nach seinem Willen sollen die 669 Bundestagsabgeordneten je einen Zentner Erde aus ihrem Wahlkreis in einen 6,80 Meter mal 20,80 Meter großen Holztrog streuen. Das sind 33.450 Kilogramm Heimaterde. Samen aus aller Herren Bundesländer sollen daraus keimen. Inmitten des föderalistischen Komposthaufens will Haacke mit 1,20 Meter hohen Leuchtbuchstaben die Worte ›Der Bevölkerung‹ formen – in jener Schrifttype, in der am Westportal des Reichstages die Inschrift ›Dem deutschen Volke‹ prangt« (»Berliner Morgenpost«, 16.2.2000). »Dazu Haacke: ›Die Abgeordneten bringen mit ihrem Beitrag symbolisch zum Ausdruck, daß sie es als ihren persönlichen Auftrag verstehen, den Interessen der ganzen (!) Bevölkerung zu dienen, und daß sie sich zur Korrektur der nationalistischen exklusiven Parole auf der Fassade des Reichstagsgebäudes bekennen« (»Tagesspiegel«, 27.1.2000).

Der Reigen der Attacken gegen ein solch politisches Kunstkonzept begann im November des letzten Jahres mit einer Stellungnahme des Geschäftsführers der CSU-Landesgruppe, Peter Ramsauer: »Das hat nichts mit Kunst zu tun.« »FAZ« und »Junge Freiheit« zitierten aus dem internen Konzept-Papier Haackes und karteten so der positiven Abstimmung seines Projekts im Kunstbeirat des Bundestages (2.11.99) nach. Im Ältestenrat wurde die Arbeit in der Folge kontrovers auf der Ebene des Kunstverständnisses der Abgeordneten diskutiert; die grüne Bundestags-Vizepräsidentin Antje Vollmer, Mitglied im Kunstbeirat, aber bei der Abstimmung nicht anwesend, diagnostizierte »Biokitsch«. Sie hatte sich schon in ihrem Votum gegen die Reichstagsarbeiten von Gerhard Richter mit bemerkenswert populistischen und kunstfeindlichen Positionen hervorgetan. Haackes »Umwidmung« des Bundestages veranlaßte Karl Feldmeyer in einem Kommentar auf der Titelseite der »FAZ« vom 12.2.2000, Farbe zu bekennen: Es gehe »um den politischen Kern des Streits ... Ohne den Willen, sich selbst zu behaupten, kann das deutsche Volk nicht das sein, was die meisten Deutschen, aber auch die anderen Nationen wollen: eine kalkulierbare politische Größe. Deshalb soll der Bundestag bleiben, was ihm das Grundgesetz aufgetragen hat: das Parlament des deutschen Volkes. Es ist nicht die Vertretung einer beliebigen Bevölkerung.« An diese politische

Kampfansage gegen den Künstler hängte der CDU-Abgeordnete Volker Kauder den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit der Installation. Bis zu einem juristischen Gutachten in dieser Sache hat es der künstlerische Sachverstand der CDU-Fraktion seither gebracht.

Feldmeyers krude Verdrehungen des Konzepts hat Haacke in einem Leserbrief an die »FAZ« vom 16.2.2000 beantwortet. »Wie Feldmeyer berichtet, habe ich in den Überlegungen zu meinem Entwurf Bertolt Brechts durch den Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 inspirierte sarkastische Empfehlung zitiert, die DDR-Regierung solle doch einfach das Volk auflösen. Mich dem Sarkasmus von Brecht anschließend, schrieb ich: ›Die Regierung machte den Fehler, dieses Patentrezept nicht anzunehmen. 1989 bekam sie zu hören: ›Wir sind das Volk!‹ ... In der Sitzung des Kunstbeirates am 2. November habe ich unmißverständlich erklärt, daß ich die Parole ›Wir sind das Volk!‹ in der Tradition der Französischen Revolution und ihrer Losung ›Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit‹ sehe und daß ich mich uneingeschränkt damit solidarisiere. Ich habe in dieser Sitzung aber auch daran erinnert, daß ein ganz anderer Begriff des Volkes, ein dumpfer, der eine mythische Stammes- und Blutsgemeinschaft beschwört, zahllosen Menschen in Deutschland und in den von Deutschen besetzten Gebieten das Leben gekostet hat ... Die rassistische Definition, wer zum deutschen Volke gehört, fordert auch heute noch Menschenopfer.«

Während das liberale Feuilleton noch meinte, mit vorsichtigen Hinweisen das Schlimmste verhüten zu können (»Deutschland blamiert sich, wenn man Haacke im Reichstag verbietet«, »SZ«, 19.2.2000), legte ein vaterländischer Kollege in der »FAZ« noch einen Gang zu. Eduard Beaucamp, Kunstkritiker mit Hang zu den gewendeten gegenständlichen Bildwelten der Leipziger Schule, forderte zum Boykott des Projektes durch die Abgeordneten des Bundestages auf und denunzierte Haacke als autoritären Kunstcharakter: »Haackes Projekt darf durch den Streit nicht sakrosankt werden ... Seine Taktik ist autoritär und nicht ohne Heuchelei, weil hier der Künstler im Namen der Freiheit der Kunst die Abgeordneten zu Erdbeiträgern machen möchte, um gleichzeitig seine eigene Deutungshoheit und Sinngeberrolle ausspielen ... zu können ... Die Grundsatzdebatte im Bundestag erübrigt sich, es genügt die einfache Abstimmung. Wenn über die Hälfte der Abgeordneten nicht zur Teilnahme bereit ist, sich also nicht gängeln läßt, erledigt sich das Projekt. Die Freiheit der Kunst kann sich nicht in der Nötigung anderer beweisen« (23.2.2000). Und prompt folgte aus berufenen konservativ-nationalen Dichter- und Regisseursmündern, von »Bild« und »Welt am Sonntag« organisiert und über DPA am 27.2. verbreitet, die 4-Personen-Kampagne »Künstler kritisieren Reichstagsskulptur«. Sie führte Günther de Bruyn (»Scharlatanerie«), Walter Kempowski und Christoph Schlingensief als Gegner des Projektes ins Feld. Als bildender Künstler trat HA Schult auf, verstümmelt zitiert und scheinbar den Kollegen des Plagiats zeihend.

Und so geht es weiter. Beaucamp greift zu immer kruderen Argumenten, die in ihrer Mißhandlung zeitgenössischer Kunsttheorie kein Proseminar überleben dürften, und daneben druckt die »FAZ« ein sanftes »Plädoyer für Hans Haackes Wildkräutergarten« (9.3.2000), Haacke entschärfend und rührend darauf bedacht, seinen pädagogischen Impetus zu betonen. Es predigt Michael Diers: »Nur darum handelt es sich bei Haacke, daß Begriffe nicht schlicht hingenommen werden. Und um den politischen Horizont des Begriffes ›Volk‹ semantisch und etymologisch aufzureißen, wählt er als Gegenbegriff den sachlicheren der ›Bevölkerung‹. Dabei geht es nicht um den Austausch der Begriffe, sondern nur um die Etablierung eines Spannungsfeldes, zwischen dessen Polen sich ein Raum zum Nachdenken, ein Denkraum, entfalten kann.«

Wie immer das Spiel um Haacke fortläuft: Mit diesem Diskurs und der Initiative für das große vaterländische Nationaldenkmal in Berlin verabschiedet sich das »liberale Kunstkonzept« der Bonner Republik. Das Delegationsprinzip eines öffentlichen Auftrags an respektierte Künstler, das die Formulierung eines Auftrags im Wesentlichen den Künstlern im Vertrauen auf ihre künstlerische Kompetenz überläßt, steht am Ende. Wo die Kunst nicht dienstbar sein will, wird sie den politischen Widerspruch lostreten, der sie am Ende immer wieder die Freiheit kosten wird, ja die Möglichkeit zur eigenen Formulierung. Es sei denn, die Künstler spielten listig weiter mit, im Widerlauf, wie jetzt Hans Haacke. Er stellt dem Reichstag ja nicht nur ein Blumenbeet ins Haus; viel eher scheint mir dieses Gebilde ein großes Grab mit widmender Aufschrift, gefüllt mit der Erde, deren symbolische Konnotation der Tod wie das Leben ist. Von den Kriegerfriedhöfen wie den Massengräbern der Lager kennen wir die widmenden Totenmale auf großen Totenfeldern. Was da wächst in Haackes Trog, ist so zufällig wie auf allen vergessenen Gräbern – kein absichtsvoller Schmuck, sondern die Bescheidenheit des ganz gewöhnlichen Lebens, das der Erde über den Toten, den Opfern wie den Tätern, entspringen kann. Wenn wir vor dieser Arbeit stehen, werden wir uns an uns selbst erinnern: wir, die Bevölkerung ohne Volk.

Mit der öffentlichen Diskussion um diese Arbeit hat Haacke, der politische Konzeptkünstler, noch einmal das Kunststück vollbracht, das Werk virtuell schon zu realisieren, bevor es tatsächlich entsteht. Seine Kunst ist politisch, weil der Künstler selbst sie definiert und weil er Aufträge von öffentlicher Seite nicht als inhaltliches Drehbuch akzeptiert. Haacke lebt noch den Traum von der Freiheit der Kunst, wo er den Widerspruch gegen seine Kunst als Bestandteil seines Konzeptes einplant. Er wird keine alten Denkmalssockel mit den alten Ideen von Volk und Nation im neuen Gewand schmücken. Er lebt aus der Erinnerung an die Brüche, nicht aus dem Traum metaphysischer Größen. Seine Ansprüche sind eher bescheiden, aber sie zielen auf die Wahrheit. »Bertolt Brecht schrieb 1937 im Exil: ›Wer in unserer Zeit statt Volk Bevölkerung sagt, ... unterstützt schon viele Lügen nicht‹« (Hans Haacke, 16.2.2000).

Ulrich Krempel ist Direktor des Sprengel-Museums in Hannover

Konkret 04/00, S. 52

Werner Fleischer

Alle Kunst geht vom Staate aus

Die Regierung rief und alle kamen: Die Ausschmückung des Berliner Reichstags durch deutsche Künstler folgt den Maßgaben staatlicher Symbol-Politik

Warum eigentlich zeigen deutsche Politiker neuerdings ein so auffälliges Interesse an Kunst? Die aktuelle, nun auch im Bundestag geführte Auseinandersetzung über den »Bevölkerungs«-Trog Hans Haackes für das Reichstagsgebäude ist nur ein weiteres Beispiel für die seit 1990 zunehmende Beschäftigung der deutschen Politik mit dem sonst wenig beachteten Wirken von Kunst.

Dabei geht es offensichtlich weniger um ästhetische Probleme als um die Herrichtung der alten, neuen Hauptstadt Berlin zum repräsentativen, zentralen Ort, dessen Erscheinung den Ambitionen einer Großmacht in Europa angemessen sein soll. Die Vorstellung eines Zentrums, in dem alle die Nation betreffenden Fragen zusammengeführt werden, entspricht dem Ideal des 19. Jahrhunderts und wird täglich in Feuilletons und auf den Berlin-Seiten der überregionalen Presse beschworen. Der öffentliche Diskurs entwickelt dabei eine Sogwirkung, die es Firmen und Instituten, Redaktionen und Verlagen, Künstlern und Galerien scheinbar unmöglich macht, nicht in Berlin dabei zu sein. Der deutsche Film wird auf der Berlinale zur Chefsache des rotgrünen Kanzlers, so wie die Restaurierung der Museumsinsel nichts weniger als eine »nationale Aufgabe« geworden ist.

Diese Entwicklungen sind Teil der Legitimationsbestrebungen einer Nation, die ein ständig verfügbares Reservoir an historisch hergeleiteten und gegenwärtig einsetzbaren Symbolen und Metaphern, Allegorien und Zeichen zur Ausstattung ihres Selbstbildes benötigt. Die Nachfrage nach bildmächtigen Programmen steigt, wenn man danach trachtet, in Absetzung von den Ergebnissen des völkischen Wahns der eigenen jüngeren Nationalgeschichte diese in eine konsistente und sinnschwere Erzählung zu bringen. Besondere Anstrengungen sind da nötig, um dem geläufigen Bild vom Deutschen – gröhlende Massen schwenken Deutschland-Fahnen unter dem Brandenburger Tor – gehaltvollere und erhabenere Ausdrücke zur Seite zu stellen. Zum Beispiel die »kulturelle Identität«, nach der man zu suchen habe, um zum Selbstverständnis als »Kulturnation« zu finden. Diese Suche hat den Propagandisten der sog. Berliner Republik mit der Verknüpfung der programmatischen Begriffe »Tradition« und »Aufbruch in die Zukunft« bereits ein verwertbares Label beschert.

Ein Label, das sich zudem fest in der deutschen Geschichte verankern läßt: Um die Jahrhundertwende vom 19. ins 20. Jahrhundert war »Kultur« in Deutschland ein Kampfbegriff, der benutzt wurde, um sich von allerlei Erbfeinden abzugrenzen, z. B. von der »Zivilisation« in Frankreich (die als dekadent und verweichlicht denunziert wurde), und um demgegenüber ein spezifisch deutsches Wesen zu behaupten, das alle gesellschaftlichen Bereichen durchdringe und die frisch etablierte Deutsche Nation an die früheste Menschheitsgeschichte binde. Bei dieser völkischen Offensive taten sich auch bildende Künstler hervor, die in »Protesten deutscher Künstler« »deutsche« Kunst für die Berliner Nationalgalerie forderten und internationale Kunstströmungen wie den französischen Impressionismus schmähten.

Das 1894 fertiggestellte und von Wilhelm II. eröffnete Reichstagsgebäude war einer der zentralen Repräsentationsbauten des neuen deutschen Nationalstaats. Nach der Ausrufung des deutschen Reichs 1871 in Versailles entwickelte sich ein intensives Bauprogramm, das insbesondere dem Vaterland huldigen sowie die historische Notwendigkeit einer deutschen Nation vermitteln sollte. Eine Vielzahl von monumentalen Denkmälern bezeugen noch heute die mythischen und pathetischen Formeln des Nationalen, wie u. a. das Niederwalddenkmal, das Völkerschlachtdenkmal, das Deutsche Eck.

Auch der Reichstag sollte »monumental« sein, um Einheit und Größe zu symbolisieren. Ergänzend wurde im Verlauf seiner Baugeschichte immer wieder die Frage nach seinen spezifisch deutschen Merkmalen gestellt. Schon im ersten Ausschreibungswettbewerb 1872 wurde von Architektenvereinen, allerdings vergeblich, die Einschränkung auf deutsche Baumeister gefordert. Der zunächst ausgewählte Entwurf wurde nie umgesetzt, und in einem zweiten Wettbewerb (1882) ließ man dann nur noch Architekten »deutscher Zunge« zu. Eine typisch »deutsche« Bauweise allerdings gab es nicht, so daß eine national verbindliche Symbolik im ausgewählten Entwurf des Architekten Paul Wallot durch die Ausstattung vor allem mit Emblemen, Heraldik und Skulpturen installiert wurde. Eine große Anzahl von Malern, Bildhauern und Kunsthandwerkern waren mit der »Ausschmückung« beauftragt.

Über dem Westportal brachte man z. B. die »Germania« des Bildhauers Begas als weibliche Personifikation des historisch beglaubigten Nationalanspruchs an; darunter war das Emblem des deutschen Reichs samt Kaiserkrone und den in Eiche und Kiefer eingelegten Wappen der deutschen Länder angebracht. Eine Vielzahl von Allegorien in Form weiblicher Skulpturen im Innen- und Außenraum identifizierte das Deutsche Reich mit »Ruhm«, »Kraft«, »Vorsicht«, »Gerechtigkeit«, »Begeisterung« usw. Die männlichen Heroen-Statuen zeigten Krieger wie Stände, vergangene Könige und Kaiser; gegenüber dem Reichstag protzte ein Bismarck-Denkmal. Die Ausstattung im Inneren wurde von Landschafts- und Historiengemälden dominiert. Eine ganz eigene Bauweise entdecken gegenwärtig verschiedene Publizisten, wenn sie

dem Wallot-Bau »synthetischen Reichsbaustil« attestieren, dessen Zusammenfassung damals international üblicher Architekturformen »einzigartig« sei. Die erst 1916 über dem Portal angebrachte, von Peter Behrens entworfene Widmung »Dem deutschen Volke« verweist auf die Ausgangslage der nationalen Konstitution, in der monarchistische und republikanische, völkisch-nationale und sozialdemokratische Optionen im Reichstag aufeinandertrafen – der jedoch bekanntlich 1914 keine Parteien mehr kannte und den Kriegskrediten zustimmte, so daß in der Inschrift auch die Parolen der künftigen Entwicklung schon aufgehoben waren. Den Hetz-Reden Wilhelms II., der das Parlament als »Reichsaffenhaus« bezeichnete, ließen die Nationalsozialisten Taten folgen. Am 27. Februar 1933 zündeten sie den Reichstag an, wie mittlerweile ein Fülle von Dokumenten und Quellen belegt, und beschuldigten KPD und Sozialdemokraten der Brandstiftung: Die anschließende Verfolgung und Ausschaltung der politischen Opposition wurde mit Wahnvorstellungen »jüdisch-bolschewistischer« Weltverschwörungstheorien unterfüttert. Folgerichtig eröffnete man im wiederhergerichteten Reichstagsgebäude die Ausstellungen »Der ewige Jude« und »Bolschewismus ohne Maske« sowie die Ausstellung »Entartete Kunst«, die im benachbarten Haus der Kunst stattfand.

Heute stellt sich das Problem einer Kunst in staatlichem Auftrag anders als zu Wallots Zeiten, agiert die Kunst doch international und vor allem autonom, auch gilt sie als unverdächtig im Hinblick auf nationale Avancen. Gleichwohl muß die Bestückung des Reichstags mit Arbeiten prominenter zeitgenössischer Künstler im größeren Kontext der Verflechtung von Kunst und Politik betrachtet werden. Schon Anfang der 90er Jahre ist der Weg für eine nationalen Interessen opportun erscheinende Umgangsweise mit Repräsentationsflächen bereitet worden. 1993 setzte die Kohl-Regierung die mit einer nach Käthe Kollwitz gestalteten Pieta versehene »Nationale Gedenkstätte für die Opfer für Krieg und Verfolgung« in der Neuen Wache im Zentrum Berlins durch. Assoziierte die Öffentlichkeit das Bonner Regierungsviertel mit der Plastik »Two Large Forms« von Henry Moore, markieren nun das Anknüpfen an vorgefundene national konnotierte Stadtbilder sowie die klassische Übertragung des Nationalen auf eine weibliche Skulptur den Übergang vom »modernen Sozialstaat« (Silke Wenk) zum »nationalen Wettbewerbstaat«.

Angesichts der internationalen Kritik an Formen nationaler Repräsentation wie in der Neuen Wache wirkte die Ver- und Enthüllung des Reichstagsgebäudes durch Christo und Jean-Claude zwischenzeitlich wie ein Befreiungschlag für die Sehnsüchte nach Versöhnung mit der eigenen Geschichte. Die Arbeit des Künstlerpaars mobilisierte ein generationenübergreifendes Happening, das geradezu kathartisch eine neue Sicht auf Altvertrautes zu ermöglichen schien. Die oft auch als Wiedergeburtsmetapher phantasierte Inszenierung eines zentralen nationalen Repräsentationsobjekts (»Eine Eierschale, aus der etwas Neues hervorgeht«) ließ auch die um »Würde« besorgten Kritiker verstummen.

Als man 1997 beschloß, den Reichstag mit international anerkannter Kunst auszustatten, definierten die parlamentarischen Gremien Kriterien für die Auswahl. Die Werke sollten Ort und Thema angemessen und ausschließlich von renommierten deutschen Gegenwartskünstlern geschaffen sein. Im Zuge der Realisierung des Vorhabens wurde ein über Jahre debattiertes Problem gelöst:Der obligatorische Streit um die Einbeziehung von Künstlern der ehemaligen DDR konnte schlecht gegen diese entschieden werden, da nun auch das wiedervereinigte Deutschland ganz offiziell Kunst für die Zwecke des Staates in Auftrag gab. Nicht-deutsche Kunst vor allem der jüngeren Generation wählte man für die Bestückung sonstiger Parlamentsbauten aus. Nahezu alle angefragten Künstlerinnen und Künstler

(u. a. Georg Baselitz, Gerhard Richter, Emil Schumacher, Sigmar Polke, Günther Uecker, Christian Boltanski, Bernhard Heisig, Katharina Sieverding) folgten der Einladung, ihren Beitrag zum Gelingen der »Vollendung der Einheit« (Thierse bei der Wiedereröffnung des Reichstags) zu leisten.

Von der Bedingung, die Arbeiten für den Reichstag sollten von Deutschen stammen, wurden allerdings Ausnahmen zugelassen: Je eine Arbeit sollte von Vertretern der ehemaligen vier Besatzungsmächte stammen, die in der Inszenierung »Kunst im Reichstag« die Funktion einer personifizierten Historisierung wie in einer Historienmalerei zu übernehmen scheinen. Als britischer Beitrag gilt der von Norman Foster umgebaute und mit krönender Kuppel versehene Reichstag selbst. Interessanterweise wurde der Vorschlag des russischen Künstlers Ilya Kabakov, die im Mauerwerk des Reichstags gefundenen und von Foster belassenen Graffiti von Soldaten der Roten Armee in Gold einzurahmen, abgelehnt. Das Werk des für Kabakov berufenen Grusin hängt nun über dem Tresen in der Abgeordnetenbar.

Es bleibt festzustellen, daß entgegen allen Mutmaßungen über Subversion und Neo-Avantgardismus staatliche Symbol-Politik und ihre Nachfrage nach künstlerischer Bild-Produktion in Deutschland eifrig und reibungslos bedient werden. Die Grenzen des aktuellen Einvernehmens zwischen autonomer Kunst und formierter deutscher Politik zieht zur Zeit allein die Politik, wie das Beispiel Hans Haacke zeigt.

Werner Fleischer schrieb in KONKRET 10/98 über Max Beckmann

Konkret 04/00, S. 54

Marcus Hammerschmitt

Nachtigallen in Springerstiefeln

Zur Lage der Dinge bei »Kunst & Kultur«, der kulturpolitischen Zeitschrift der IG Medien

Was ist eigentlich mit »Kunst & Kultur« los? In der aktuellen Ausgabe findet sich ein mehrseitiges Elaborat von Axel Matthes, der sich offenbar mehr und mehr dazu berufen fühlt, nicht nur die gewohnheitsmäßig Unverstandenen und Abseitigen in seinem Kleinverlag zu veröffentlichen, sondern auch ganz direkt mit bizarren Einlassungen in den Kulturbetrieb einzugreifen. Es wäre nicht das erste Mal, daß ein Verleger, der auch Schriftsteller sein will, die Geduld des Papiers erforscht, aber muß es Matthes wirklich gestattet werden, in »Kunst & Kultur« Jean Paul zu loben, weil der »frei von Feminismus« sei? Die albernen Witzchen Jean Pauls, die Matthes zum Beleg dieser Behauptung anführt, machen aus dem Schriftsteller noch keinen Frauenfeind, sie allerdings zum Zwecke des Lobs auf so engem Raum zu konzentrieren, riecht nach Herrenabend. Und wenn Matthes die Hosen runterläßt, bleibt es nicht bei ein paar peinlichen Bemerkungen zu Dummheiten seiner Lieblingsschriftsteller, denn er schöpft gern aus dem Vollen. »Jean Paul gehört wie Gustav Mahler zu den schlechthin unkritisierbaren Phänomenen.« – »Jedes Volk bringt sich durch einen Dichter in einer Höchstleistung an den Tag ...« – »Jean Paul ist ganz frei von der Antike, daher ohne Maß, daher deutsch.« – »Er kam zum Bewußtsein der Vergänglichkeit und setzte dagegen das Hochgefühl einer allumfassenden Liebe, eine Selbstüberwölbung und eine Art Vulkanismus.« Nun will »Kunst und Kultur« weder ein geologisches Fachmagazin, noch ein Kirchenblättchen, noch ein Monatsheft für professionelle Selbstüberwölber sein, sondern die kulturpolitische Zeitschrift der IG Medien. Fragt sich also, was diese Harzkörnchen aus dem Weihrauchfaß des deutschen Bildungsspießers dort eigentlich verloren haben.

Die Antwort, jedenfalls für die letzten Jahrgänge: Sie passen nur zu gut. Es ist nicht nur Herr Matthes, der manchmal sein neues Verlagsprogramm im redaktionellen Teil der Zeitschrift selbst rezensieren darf (vgl. »Kunst & Kultur« Nr. 9, Dez. 99). Es ist auch der Chefredakteur Josef Singldinger, dem schon mal bei der Besprechung einer Ausstellung die anthroposophischen Visionen durchgehen (Nr. 5, Juni/Juli/August 1999). Es ist Rudolf Ungváry, der in Nr. 6 (September 1999) seine nationale Linguistik im Rückenmark verankert, und es ist das fast komplette Fehlen von deutlichen, öffentlichen Reaktionen auf die unerträglichen Äußerungen Martin Walsers am 11.10.98 in der Paulskirche. Während der Hauptteil des Blattes sich um Zeitfragen, Organisationsdebatten und mehr oder minder interessante Ausstellungen, Neuerscheinungen und Konzerte kümmert, macht sich in ihren Schmuddelecken ein Gemisch aus versnobtem Antiintellektualismus, ästhetisierender Langeweile und abgeschmacktem Irrationalismus breit.

Die Spitzensportler im einzelnen. Josef Singldinger (als Autor nur im Inhaltsverzeichnis des Heftes kenntlich gemacht) überschreibt eine Ausstellung zu den Werken anthroposophischer bzw. anthroposophisch inspirierter Künstler bedenkenlos mit dem Titel »Visionen – Richtkräfte für das 21. Jahrhundert in Zürich«. Daß der irrationale und rassistische Kern der Anthroposophie glücklicherweise seit einigen Jahren einer kritischen Überprüfung unterliegt, ficht Singldinger nicht an. Zu Rudolf Steiner hat er Profundes zu sagen: »Je mehr in einem Kunstwerk Denken und Fühlen spürbar werden, desto intensiver wird es auf die, die es betrachten, wirken. Rudolf Steiner forderte eine solche Differenziertheit auf allen Ebenen des menschlichen Ausdrucksvermögens, für das konkrete soziale Engagement ebenso wie für die Fähigkeit zum abstrakten Sicheinlassen auf die Dinge.« Es wird diese Differenziertheit gewesen sein, die Rudolf Steiner zu sozial engagierten Aussagen wie der folgenden veranlaßt hat: »Das Judentum als solches hat sich aber längst ausgelebt, hat keine Berechtigung innerhalb des modernen Völkerlebens, und daß es sich dennoch erhalten hat, ist ein Fehler der Weltgeschichte.«

Auch die wissenschaftstheoretischen Erkenntnisse Steiners befriedigen Singldinger zutiefst. »Kunst und Wissenschaft sind eine Einheit. Und nur über diese Einheit kommt man zur Erkenntnis der Kunst und zur Wahrheit in der Wissenschaft. Steiner will keinen Separatismus von Denken und Fühlen. Alles beruhe auf dem Prinzip der Wechselwirkung.« Es mögen diese tiefen wissenschaftlichen Einsichten gewesen sein, die Steiner behaupten ließen, Quecksilber heile Syphilis und Frauen müßten »Mulattenkinder« gebären, hätten sie als Schwangere »Negerromane« gelesen. Zu Emma Kunz, die mit den Anthroposophen in der besagten Ausstellung gemeinsam gezeigt wird, hat Singldinger zu vermerken: »Emma Kunz, die fast völlig Unbekannte, war Naturheilpraktikerin. ... Das, was sie zeichnete, pendelte sie aus und kam – fast möchte man sagen: über eine Geisterhand geführt – zu höchst rätselhaften Bildern, die alle ohne Titel sind« (Nr. 5, Juni/Juli/August 1999). Singldinger möchte man fast etwas ganz anderes sagen: danke. Danke dafür, daß er, wenn auch unfreiwillig, die enge Verwandtschaft zwischen der Anthroposophie und den zeitgenössischen esoterischen Bocksprüngen kenntlich macht.

Axel Matthes hingegen verarztet besonders gern Genies. Auch Goethe ist vor ihm nicht sicher. In Sentenzen, die an den Sprachgebrauch ambitionierter Gymnasialdirektoren um 1930 erinnern, gipfelt er den Weimarer zu einem pseudoreligösen Phänomen auf, das jenseits aller Analyse und Kritik sein Wesen treibt. »Unfaßbar. An Goethe wird der hochmütige Unsinn der Professoren und Literaten und ihrer Biographien und Essays deutlich: Denn wenn man alles gelesen hätte und sich auskennte, was über ihn geschrieben und seine Werke, Briefe und Tagebücher, Bilder von ihm, Handschrift und Horoskop dazu – so wäre das innere Rundbild und ideale Gemälde von seiner persona doch nur ein schwacher Schatten, weggewischt

in dem Augenblick, da wir ihn leibhaftig vor Augen hätten und hörten – in seiner unwägbaren und nie in Worte faßbaren Aura und Sprache« (Nr. 2, März 1999).

Es bedarf schon einer nicht in Worte faßbaren Sprache, um den Titanen zu huldigen, und Axel Matthes beherrscht sie selbst angesichts des Leibhaftigen wie der Gottseibeiuns. Rudolf Ungváry wiederum zieht es eher zur Biologie. In seinem Text »Friedhofsdenken fürs Gewissen« (Nr. 6, Sept. 99) hat er sensationelle Einsichten in den Ursprung der Fremdenfeindlichkeit anzubieten: »Wer eine ungarische, serbische, albanische usw. Muttersprache hat, dem ist es vom Rückenmark her eindeutig, daß ein jeder auf die Assimilation des Anderen aus ist.« Bis jetzt hat man das Rückenmark eher als Steuerungsorgan für die körperlichen Reflexe des Menschen gekannt, mit denen das Großhirn nicht belastet werden soll. Ungváry weiß es besser. Das Rückenmark seines xenophoben Palavers selbst ist aber ein biologistischer Rassismus, der noch verschämt mit einer Null-Linguistik verkleidet wird, um nicht allzu nackt dazustehen. »Aber nur in der Muttersprache kann man richtig die Säuglinge und Geschlechtspartner liebkosen ...« – »Kulturelles Erbe ist Information, und Information ist Macht. Durch seinen Besitz behauptet man sich innerhalb einer Rasse, die von Kopf bis Fuß auf sprachlich erfaßte Regelfolgen eingestellt ist.« – »In einer Fremdsprache ist die Macht weder richtig erreichbar noch richtig genießbar. Genauso, wie der Sexualakt oder die Geburtswehen nicht richtig in einer Fremdsprache ausgetragen werden können.«

Die Sprache, vorzugsweise die eigene, macht Ungváry zum Maßstab für Liebes- und Überlebensfähigkeit. So wird sie zu einem statischen Popanz ohne Einflüsse und Querbezüge zu anderen Sprachen, das goldene Kalb des Kulturnationalisten. Und auch er hat es mit jener analytisch unauslotbaren Tiefe, der die besondere Aufmerksamkeit von Singldinger und Matthes gilt: »Ohne eine sprachliche Wohlgeformtheit entsteht nicht jene ›Tiefe‹ des Textes, woraus das kulturelle Erbe – Grundlage jeglichen Verstehens – analytisch unfaßbar, hervorsummt.« Zuchtmeister der Sprachreinheit und Meßingenieur der analytisch unfaßbaren Tiefe wird er dann wohl selbst sein wollen. Gemessen an seinem eigenen Anspruch allerdings hat Ungvárys Text die Tiefe eines durchschnittlichen Planschbeckens im Freibad, und er raunt, summt und krakeelt mit seinen Geistesbrüdern schon so laut aus der irrationalen Ecke hervor, daß es schwierig wird, die Zeitungen zu lesen, in denen sie publizieren.

Was kommt als nächstes? Wird uns in »Kunst & Kultur« bald Gabriele d'Annunzio empfohlen, weil er »frei von Vernunft« war? Müssen wir in der kulturpolitischen Zeitschrift der IG Medien lesen, daß Arno Breker das Ideal der modernen Plastik erreicht habe? Wird uns der Kosovo-Krieg als Stahlbad verkauft, durch das die Deutschen ihrer eigentlichen Bestimmung näher gekommen seien? Man könnte ja gespannt sein. Mir ist vorläufig allerdings nur schlecht.

Marcus Hammerschmitt ist Autor des Buches »Instant Nirwana. Das Geschäft mit der Suche nach dem Sinn« (Aufbau Verlag, Berlin 1999, 107 S., 24 Mark)

Konkret 04/00, S. 56

Jens Hoffmann

Buch & Deckel

Michael R. Marrus: Die Unerwünschten – Europäische Flüchtlinge im 20. Jahrhundert. Schwarze Risse/Rote Strasse/

VLA, Berlin, Göttingen, Hamburg 1999, 455 Seiten, 48 Mark

Gut vierzehn Jahre nach Veröffentlichung der US-amerikanischen Originalausgabe liegt Michael R. Marrus' Studie über Flüchtlingspolitik im Europa des 20. Jahrhunderts jetzt auch in deutscher Übersetzung vor. Obwohl die jüngste Abschottungspolitik der westeuropäischen Länder nicht mehr berücksichtigt werden konnte, handelt es sich bei *Die Unerwünschten* um ein wichtiges Buch. Mit Hilfe von Marrus' materialreicher Darstellung ist es möglich, die Kontinuität und Diskontinuität von Flüchtlingspolitik in Europa zu analysieren und damit zu einer präziseren Bewertung der gegenwärtigen politischen Entscheidungen in den europäischen Ländern zu kommen.

Große Genauigkeit hat Marrus auf die Darstellung der von Faschisten und Nationalsozialisten ausgelösten Flüchtlingsbewegungen verwandt. Sorgfältig rekonstruiert er das Verhalten der Vertreiberstaaten und der potentiellen beziehungsweise tatsächlichen Fluchtländer. Bemerkenswert ist, daß der Autor die Entstehung und Arbeitsweise staatlicher und nichtstaatlicher Hilfsorganisationen darstellt und bewertet, ohne auch nur für einen Moment die Haltung des besserwisserisch-technokratischen Flüchtlingsverwalters einzunehmen. Konsequent ist in diesem Zusammenhang, daß Marrus nicht zwischen »guten« und »schlechten«, »linken« und »rechten« Flüchtlingen unterscheidet. Er ist sich bewußt, daß die politische Einstellung von Flüchtlingen erst dann bewertet werden sollte, wenn sie vor den Drohungen ihrer Verfolger – und im Falle von Flüchtlingen des 20. Jahrhunderts sind das entweder Mord- oder Todesdrohungen – sicher sind. Dieser bis zum Ende von *Die Unerwünschten* durchgehaltene diffizile und unbequeme Humanismus mildert dann auch die Verärgerung über die Angewohnheit des Autors, zur Beschreibung von Flüchtlingsmassen die üblichen Naturbilder zu verwenden.

Konkret 04/00, S. 56

Jens Hoffmann

Buch & Deckel

Karla Müller-Tupath: Reichsführers gehorsamster Becher. Aufbau Verlag, Berlin 1999, 240 Seiten, 36 Mark

Leute wie Kurt Becher. Gestorben im Sommer 1995, knapp 86jährig, in Bremen. Kurz vorher noch ein Interview mit einer Journalistin aus Israel – »ich hatte mit der Judensache überhaupt nichts zu tun«. Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Beteiligung an Massenmorden; im Oktober 82 aus Mangel an Beweisen eingestellt. In Nürnberg als »Mitläufer« eingestuft. Erste Firmengründung 1949. Import von Getreide und Futtermitteln. Zweite Firma für Handel mit Paprika und Honig aus Ungarn. 1950 Händeschütteln mit alten Kameraden beim »Deutschen Derby« in Hamburg. Eintritt in den Reitersturm der SS mit eigenem Pferd. Anfrage an das Rasse- und Siedlungshauptamt wegen Heirat. NSDAP seit 37, einmalige Zahlung von drei Reichsmark Förderungsbeitrag. November 1939, Zugführer der 1. SS-Totenkopf-Reiterstandarte. April 1945, SS-Obersturmbannführer, Reichssonderkommissar für alle deutschen Konzentrationslager, »viel zu spät natürlich«, um »dort etwas Positives zu tun«. Bergen-Belsen, Mauthausen – auf der Suche nach einem jüdischen Alibibeschaffer. Erfolgreich am 5. Mai 1945. »Willenskraft und persönliche Härte: setzt sich in allen Lagen durch ... Einstellung zur nat.soz. Weltanschauung: vollends ausgerichtet.«

1941/42 »Partisanenbekämpfung« in den nördlichen Pripjetsümpfen um Pinsk, Gomel, Bobruisk. Ermordung von mindestens 14.000 jüdischen Männern, Frauen, Kindern in weniger als drei Wochen. Bechers Vorgesetzter Hermann Fegelein verbietet den SS-Soldaten das Tragen von Sporen beim Tanz. Sonderzuteilung von Alkohol und Rauchwaren. Bitte um Lieferung von Mordblech. »Das E.K. ist für den Mann die Auszeichnung für Bewährung und Tapferkeit vor dem Feind, verliert aber sofort wieder ihren Wert, wenn sie nicht unmittelbar nach den Gefechtshandlungen und im Eindruck des Geschehens verliehen werden kann.« Deutsche Ostfronttruppen als »Korsettstangen« (Becher). Diktieren von Befehlen. Abzeichnen von Befehlen. Hautkrankheit, Nahkampfspange, Deutsches Kreuz in Gold. Ab März 44 Sonderbeauftragter Himmlers in Budapest, ab Oktober Chef des »Räumungsstabes« ebendort. Karla Müller-Tupath: »Als es unübersehbar wurde, daß der ›Endsieg‹ nicht mehr eintreten würde, war es angeraten, keine Juden mehr zu ermorden, sondern sie zu verkaufen und sich gleichzeitig als Humanist zu präsentieren.« Leute wie Kurt Becher.

Konkret 04/00, S. 56

Tjark Kunstreich

Buch & Deckel

Alphons Silbermann/Manfred Stoffers: Auschwitz: Nie davon gehört? Erinnern und Vergessen in Deutschland. Rowohlt Berlin, 2000, 240 Seiten, 39,80 Mark

Die Frage, welchen Erfolg Aufklärung über Auschwitz zeitige, wird im Allgemeinen mit Variationen der Phrase vom »Nie vergessen« beantwortet, selten aber in Form von Untersuchungen. In seiner letzten Arbeit hat der Anfang März verstorbene Soziologe Alphons Silbermann zusammen mit Manfred Stoffers diese Frage an den Demos weitergegeben. In der Studie über *Erinnern und Vergessen in Deutschland* wollten die Autoren unter anderem erfahren: »Wissen Sie, wer oder was Auschwitz ist?«

Das Ergebnis: Von den Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren antworten 21,9 Prozent »nein, weiß nicht«; von allen Befragten wissen 4,3 Prozent nicht, was Auschwitz ist – insgesamt etwa 3 Millionen Deutsche, und obwohl diese Zahl gering scheint, machen die Autoren zu Recht darauf aufmerksam, daß sie reicht, um die 5-Prozent-Hürde bei Wahlen zu überspringen.

Je jünger, desto unwissender: Silbermann/Stoffers Schlußfolgerung, daß es eine Zunahme an Unwissenheit gibt, was die Fakten über Auschwitz angeht – nur 6,6 Prozent aller Befragten wußten, daß es einen Ort namens Auschwitz gibt – , mithin der Prozeß des Vergessens sich beschleunigt, widerspricht auf den ersten Blick der allgegenwärtigen Erinnerungswut. Trotzdem: »Hochgerechnet weiß mehr als jeder zehnte Nachkriegsdeutsche (ab 14 Jahre) und mehr als jeder fünfte deutsche Jugendliche nicht, warum Täter aus der Generation ihrer Eltern, Großeltern oder Urgroßeltern Millionen Menschen umgebracht haben.« Den »harten Kern der Ahnungslosen« bilden der Studie zufolge Jugendliche mit niedrigem Bildungsniveau, »zumal wenn sie in den neuen Bundesländern leben«. Weniger häufig, wenn auch nicht weniger verstörend sind die von Silbermann/Stoffers sogenannten »Wissensausblendungen« bei Erwachsenen, denn schließlich wurden sie über Jahrzehnte immer wieder mit Informationen über Auschwitz oder, umfassender, die deutschen Verbrechen der NS-Zeit konfrontiert. 14,8 Prozent der nach dem Krieg geborenen und 17,9 Prozent der älteren Befragten sind der Auffassung, daß die Berichte über die Konzentrationslager stark oder doch zumindest ein wenig übertrieben sind – insgesamt also etwa 15 Prozent tendieren zur Verleugnung des Massenmords.

Diese Ergebnisse entsprechen im wesentlichen denen anderer Untersuchungen seit 1945 – nur wird hier nicht nach der Meinung gefragt, sondern nach Wissen. So zumindest der Anspruch der Autoren, deren Fragestellungen auf ein Grundwissen zielen, welches sie meinten voraussetzen zu können. Die Trennschärfe jedoch, die sie zwischen Meinung und Wissen annehmen, entspricht kaum der Realität. Und so müssen auch Silbermann/Stoffers zugeben, daß sie nicht wissen, ob die Befragten tatsächlich nichts wissen oder ob sie ihr Wissen leugnen. Was bei den Jugendlichen in Bezug auf Informationen nachvollziehbar scheint, wird durch ihre Antworten auf die Frage nach dem Wahrheitsgehalt der Berichte aus den Konzentrationslagern zurechtgerückt. Hier stellt sich heraus, daß auch jene Jugendlichen, die vorgeben, von Auschwitz noch nichts gehört zu haben, die Berichte darüber durchaus für übertrieben halten können.

Silbermann, Gegner Theodor W. Adornos und knallharter Positivist, lehnte selbstverständlich solche Überkreuz-Auswertungen der Ergebnisse ab – eine Frage ist eine Frage ist eine Frage. Ihn interessierten die Relationen nicht, die zwischen den Antworten der einzelnen Befragten bestehen, wie sie etwa in Adornos Studien zum autoritären Charakter mit der berühmten F(aschismus)-Skala hergestellt wurden. So nimmt es denn auch wenig wunder, daß weder die Autoren der Studie noch ihre bisherigen Rezipienten das wesentlichste Ergebnis der Untersuchung überhaupt thematisierten. Woher haben die Befragten ihr Wissen über die Konzentrationslager? An erster Stelle steht bei den 14- bis 50jährigen das Fernsehen, an zweiter Lehrer sowie Bücher und Zeitschriften. »Eltern und ältere Verwandte folgen erst nach Radiosendungen auf den letzten beiden Rangplätzen«, mit 5,9 bzw. 5,5 Prozent.

Dieses Ergebnis deutet auf den tatsächlichen Zusammenhang von Verleugnen und Erinnern – auf die offensichtlich intergenerationell weitergegebene Tabuisierung der Auseinandersetzung mit den deutschen Verbrechen und der individuellen Beteiligung bzw. Bereitschaft zur Beteiligung an ihnen. Daß diese Tabuisierung offensichtlich tradiert wurde, scheint der wesentliche Grund dafür zu sein, daß »das Vergessen« nicht nur konstant bleibt, sondern zunimmt – und nicht etwa der wachsende zeitliche Abstand zum deutschen Faschismus.

So ist denn auch das Fazit von Silbermann/Stoffers ungewollt negativ. Sie projizieren ihre Hoffnung auf die Angehörigen der vierten und fünften Nachkriegsgeneration, »die relativ frei von persönlichen Rücksichtnahmen auf die Generation der Täter handeln können«. Ihr Rezept: »Weniger moralischer Eifer«, sondern »Indienstnahme des vielgestaltigen Instrumentariums des modernen Marketings«. Selbstverständlich wollen auch sie nicht, daß »ein wie auch immer gestaltetes ›Erinnerungs-Marketing‹ ... aus Auschwitz (einen) Erlebnispark mit Schoa-Shop« macht. Das ist die Weisheit der Positivisten: »Neue Methoden« sind gefragt, nicht etwa andere Inhalte.

Konkret 04/00, S. 57

Gerhard Henschel

Buch & Deckel

Anja Klabunde: Magda Goebbels. Annäherung an ein Leben. C. Bertelsmann Verlag, München 1999, 336 Seiten, 44,90 Mark

»Der Regen schlägt hart an die Fensterscheiben des fahrenden Zuges. Drinnen im Abteil ist es feucht und schwül ... Ausdünstungen von Schweiß, Furcht vor dem Unbekannten und Müdigkeit machen die Luft nur schwer erträglich ... Erschöpft preßt das junge Mädchen das Gesicht an die feuchte Fensterscheibe, an der die Tropfen an der Außenseite in kleinen Rinnsalen wie Tränen herunterlaufen.«

Anja Klabundes *Annäherung* an das Leben der Frau von Joseph Goebbels beginnt, verläuft und endet als Groschenroman. In Magda Goebbels, geborene Ritschel, geschiedene Quandt, hat sich die Autorin tief eingefühlt und breitet Erkenntnisse aus, die sie weniger durch Recherche als durch Kontemplation gewonnen hat. Man erfährt, daß auch Magda Goebbels pubertieren mußte: »Wie jedes junge Mädchen spürte sie die Veränderungen ihres Körpers.« Und wie jedes junge Mädchen ging das später von Goebbels gefreite bisweilen unruhig in Alleen hin und her: »Magdas Schritte hallen auf der leeren Straße ... Die Bäume haben schon keine Blätter mehr, sondern stehen schwarz und feuchtglänzend am Straßenrand ... Magda hat ein Gefühl von Wohligkeit, als sie zu Lisa und Dora ins Musikzimmer tritt, ein Gefühl, das sie von zuhause nicht kennt.«

Es kann eigentlich nicht mehr lange dauern, bis Margarethe von Trotta den so gefühlvoll aufbereiteten Stoff verfilmen wird. Anja Klabunde könnte sich unterdessen biographisch dem Leben Adolf Hitlers annähern: »Wie jeder junge Mann spürte er die Veränderungen seines Körpers ... Adolfs Schritte hallen auf der leeren Straße ... Adolf hat ein Gefühl von Wohligkeit, als er zu Alfred und Wilhelm ins Kartenzimmer tritt, ein Gefühl, das er aus Braunau nicht kennt« – doch, so müßte es gehen; so ließen sich mühelos noch einmal 336 Seiten füllen.

Magda Goebbels war die geisteskranke Frau eines Massenmörders und ihrerseits eine Mörderin. Von ihren sieben Kindern – Harald, Helga, Hilde, Helmut, Holde, Hedda und Heide – hat sie sechs umgebracht, bevor sie Selbstmord beging. Die Biographin hat aus diesem grauenhaft verpfuschten Leben ein Rührstück gemacht und Magda Goebbels, die sie immer nur mit schwesterlicher Zuneigung »Magda« nennt, so kunstvoll psychoanalysiert, wie ein Dreijähriger eine Stubenfliege auseinandernimmt: »Es scheint, als hätte sich Magda ihre jeweilige Identität nach dem Bild zurechtgelegt, das sich die anderen, besonders die Männer, für die sie sich interessierte, von ihr machten. Diese Männer hatten alle ein starkes Ego und benutzten sie ihrerseits wiederum als Projektionsfläche für ihre eigenen Vorstellungen und Phantasien (Quandt, Hitler, Goebbels).« Was Magda und Joseph Goebbels zu ihrem Glück fehlte, war möglicherweise nur ein Mediationstermin bei Anja Klabunde, c/o Bertelsmann Verlag.

Konkret 04/00, S. 57

Rainer Roth

Buch & Deckel

Werner Rügemer: Grüezi! Bei welchem Verbrechen dürfen wir behilflich sein? Distel-Verlag, Heilbronn 1999, 120 Seiten, 20 Mark

Die idyllische Schweiz, wie sie kaum einer kennt, stellt Werner Rügemer vor. Idyllisch z. B. für Steuerhinterzieher aus aller Welt. Steuerhinterziehung ist nicht strafbar, sondern nur eine Ordnungswidrigkeit. Deshalb besteht auch keine Auskunftspflicht gegenüber Finanzämtern und keine Kooperationspflicht mit Steuerfahndern z. B. aus Deutschland. Das macht die Schweiz zum Sitz hunderttausender Tarnfirmen, die geübt sind, Vermögen zu verstecken.

Die Schweizer Geldinstitute werden wohl überwiegend von internationalen Banken beherrscht, die das Land für ihre wirtschaftskriminellen Zwecke benutzen, darunter auch von Deutschen (ein Kapitel behandelt die WestLB). Die Schweiz beherbergt Fluchtkapital aus aller Welt. Sie verwaltet es für Diktatoren und Mafiosi, für Schmuggelware (gesetzlich nicht verboten), Hehlergeschäfte mit gestohlenen Kunstgegenständen, illegalen Waffenhandel, Bestechungsgelder, illegale Parteienfinanzierung usw. Sie war die Drehscheibe, auf der der Hitlerfaschismus geraubtes Gold in Devisen umwandelte. Schweizer Banken bereicherten sich an jüdischem Vermögen.

Diejenigen, die diese Machenschaften aufdecken, werden in der Schweiz mit Arbeitsverbot und Rufmord belohnt (ein Kapitel berichtet über einen aus der Schweiz vertriebenen Wirtschaftsanwalt). 900.000 Schweizer wurden vom Geheimdienst illegal abgehört. Soviel zur Basisdemokratie.

Rügemers gut recherchiertes Büchlein enthält eine Übersicht über die neuesten Studien zum wahren Gesicht der Schweiz und eine Dokumentation über Nutznießer der Schweizer Kapitaloase. Es gehört ins Gepäck jedes Touristen. Es fördert den Weitblick mehr als eine Besteigung der Schweizer Berge.

Konkret 04/00, S. 58

Inge Viett

Kasperletheater im Niemandsland

Volker Schlöndorff hat das Leben von Inge Viett verfilmt. Die Betroffene nimmt Stellung

Obwohl es doch erklärtermaßen mein Leben sein soll, was sich dort auf Zelluloid abspielt (aber nicht meine Autobiographie, wie Herr Schlöndorff beharrlich versichert), kann ich mich in dem Film nicht entdecken. Niemand kann sich in dem Film entdecken. Es wird eine Geschichte aufgeführt, die nicht berühren kann, weil die Menschen in ihr ohne Beziehung zu ihr durch sie hindurchlaufen. Der Zuschauer findet keine Identifikationspunkte, die Geschichte bleibt ein Bild auf der Leinwand, bleibt eine überflüssige (und oft falsche) Information unter anderen überflüssigen falschen Informationen. Wir verlassen das Kino und haben den Film nach einer Zigarettenlänge vergessen. Lohnt es sich, über seine Botschaft nachzusinnen? Nein, der Film sagt nichts von Belang, er ist vollkommen a-visionär. A wie anti.

Aus welchem Stoff ist Volker Schlöndorffs »Die Stille nach dem Schuß«? In der 68er Studenten- und Jugendrevolte militant gewordene, im bewaffneten Untergrund agierende Leute beenden den bewaffneten Kampf und wollen ins Exil. Nirgendwo fällt der Name RAF oder Bewegung 2. Juni. Das Exil ist bis zum Fall der Mauer die DDR. Die Geschichte ist bekannt. Volker Schlöndorff inszeniert eine entpolitisierte deutsch-deutsche Identitätsschmonzette ohne Identitäten.

Die Handlung läuft spektakulär an: Der berühmt-berüchtigte Banküberfall der Bewegung 2. Juni von 1974, bei dem wir zur Entspannung der Situation an Bankangestellte und Bankkunden Schokoküsse verteilt haben, wird wie ein Kasperletheater im Hippie-Look inszeniert. Parolen fliegen unmotiviert durch den Schalterraum: »Nieder mit dem Kapitalismus« und »Dies ist eine Enteignungsaktion«. Sie klingen wenig überzeugend. Die Schauspieler schaffen keine Verbindung zur dargestellten Situation. Aus dem Off kommt eine Stimme: »... das waren unsere leichten Jahre.«

Wie unseriös muß man auf die Menschen und ihre Handlungen schauen, um nicht zu erkennen, daß ein Banküberfall für jeden eine existenzielle Grenzüberschreitung ist. Nun gut, das ist nicht Thema, aber Gesichter und Gesten könnten darüber etwas sagen. Aber bei Schlöndorff wird nur gespielt. In mäßigem Tempo, nirgendwo verweilend fährt die Kamera über politische Poster, Bücher, Wandzeitungen, Flugblätter, über das Foto des von einem Polizisten erschossenen Studenten Benno Ohnesorg. Der zeitgeschichtliche Kontext wird angedeutet: die außerparlamentarische Bewegung der 60er und 70er Jahre. Mick Jaggers »Street fighting man« untermalt musikalisch. Ein paar romantische Szenen aus dem militanten Untergrund folgen. Unsäglich flache Dialoge, niemand weiß, wovon die Rede ist. Pistolen werden verteilt. Rita, die Filmheldin (Bibiane Beglau), strahlt ihre Genossin Frederike, die bei einer Befreiungsaktion mithelfen will, an: »Ich bin in der Gruppe, weil ich einfach nur verknallt war in Andy.« So stellt sich der Bürger die fröhlich wilde Anarchie vor.

Andy wird aus dem Knast befreit. Was an den Aktionen fiktiv ist, ist die inszenierte Katastrophe und die Durchgeknalltheit als wesentliches Moment der Guerrillapolitik in den 70er Jahren. Der ahnungslose Anwalt wird bei der Befreiungsaktion erschossen, Rita schießt den Polizisten vom Motorrad. Hier wird die Fiktion ganz en passant ein Transportmittel bürgerlicher Moral: Wer sich der Macht widersetzt, lädt Schuld auf sich, revolutionäre Gewalt trifft immer die Unschuldigen, Widerstand ist sinnlos. Die Gemeinheit und das Problem ist: daß den ganzen Film hindurch nirgendwo eine Trennung zwischen Tatsachen und Fiktion gemacht wird. Das ist problematisch denunziativ, denn die Aktionen und Geschichten als solche sind historische Fakten, aber die Abläufe, die inneren Prozesse, die Motive und das politische Bewußtsein der handelnden Subjekte sind ihrer Authentizität beraubt. An ihre Stelle wird die infantile Fiktion gesetzt, die sich mit dem Schein von Authentizität umgibt.

Die militante Zeit Ritas im Untergrund wird in fünfzehn Minuten gerafft. Über Rita ist nicht mehr zu erfahren, als daß sie eben da und sympathisch ist. Ihre Entscheidung, den bewaffneten Kampf aufzugeben, wird szenisch mit einer Gruppendiskussion vorbereitet. Dem Zuschauer soll die Perspektivlosigkeit und Verzweiflung nahe gebracht werden. »Schwein oder Mensch.« – »Problem oder Lösung.« – »Nur die Knarre löst die Starre.« Diese Brocken platzen zusammenhanglos aus den Mündern der Schauspieler. Klischee-Highlights der herrschenden Beweisführung: Die Guerrilla sei nicht bei Sinnen und wenn doch, dann stalinistisch gewesen. Volker Schlöndorff nimmt seine Protagonisten an keiner Stelle ernst.

Wo er darauf verzichtet, dem Zuschauer auch nur im Ansatz das gesellschaftliche Klima einer Zeit sichtbar und begreifbar zu machen, in der eine scharfe und feindliche politische Radikalität, klassenkämpferisches Denken und eine klassenkämpferische Terminologie üblich und diesem Klima entsprechend waren, da können solche Szenen nur lächerlich sein, denn dieses radikale Denken, diese politische Sprache sind aus dem heutigen öffentlichen Bewußtsein gelöscht. Das sozialdemokratisierte und neoliberale Denken hat bis weit in die Linke hinein Fuß gefaßt. Die 20- bis 30jährigen Schauspieler sind begriffslos, das ist nicht ihre Schuld, nur: Weil sie ohne Vorstellung spielen, bleiben sie flach, fremd und surreal in ihren Geschichten. Das gilt vor allem auch für die Filmheldin: Rita Vogt ist den ganzen Film hindurch die Schauspielerin Bibiane Beglau und nicht umgekehrt. Wo aber keine Berührung stattfindet, kann es keine Identifikation

geben. Man langweilt sich im Kino. Nur mein Ärger und mein spezifisches Interesse haben mich davon abgehalten, das Kino in der Mitte des Films zu verlassen.

Volker Schlöndorff sagte in einem Interview: »... Es geht mir nicht um Terrorismus, sondern um das Leben in der DDR.« Das kann ich nur so verstehen: Es geht ihm nicht um die politische Motivation, nicht um die ideologische Identität, nicht um die Erfahrungen Ritas in der kapitalistischen Sozialisation. Und so trennt er Rita von ihrer Vorgeschichte bzw. nimmt diese nicht wahr und schickt seine Heldin halbiert als frisch geborene Waise durch das DDR-Leben, sich wundernd, wieso sie nicht todunglücklich ist, wo dort doch alles so langweilig und traurig ist und vorher alles so wild und bunt und fröhlich war.

Die Begegnungen mit der Staatssicherheit der DDR, die knappen, aber genauen Dialoge, die gleichzeitige Nähe und Distanz dieser Institution zu den westdeutschen Militanten trifft der Film sehr gut. Diese Zeichnung hält sich fern von den zum allgemeinen Konsens geronnenen, diabolisierenden Projektionen über die Stasi. Da führt Drehbuchautor Wolfgang Kohlhaase, und man spürt, er ist ein »Initiierter«. Wie es dann weitergeht, kann man in meiner Autobiographie nachlesen.

Auch die Entwicklung der Liebesbeziehung zu Tatjana (Nadja Uhl), gehört zu den gelungenen Passagen in Schlöndorffs Film. Was Schlöndorff nicht aus meiner Autobiographie hat, ist die Liaison mit dem Rettungsschwimmer im Kinderferienlager. Er möchte Rita heiraten und mit ihr nach Moskau gehen. Hier ist ein Stück Story aus dem Leben von Susanne Albrecht angeklebt worden. Rita meistert unbeeindruckt auch diesen harschen Beziehungswechsel. Sie ist gleichbleibend strahlend unberührt.

Es ist kein Geheimnis, daß sich Volker Schlöndorff auch nicht für die DDR interessiert. Er hat seinen Teil zu ihrer Abwicklung beigetragen in Babelsberg. Das hört er nicht gern, weil er nicht gewissenlos ist. Aber seine Sicht auf das Land bleibt auch im Film nicht verborgen: Die Menschen in der DDR sind alle (außer Tatjana) ganz ohne eigenes Leben. Was sie sagen und tun, hat nur mit der Erfüllung ihrer dramaturgischen Funktion zu tun. Und die ist: ein bißchen neidisch, ein bißchen unzufrieden, durch und durch provinziell und sterbenslangweilig zu sein. Sie sind Staffage für seine geliebte Hauptfigur Rita.

Deren Ende muß natürlich tragisch sein, bedeutungsschwer. Nach dem Fall der Mauer hat die Staatssicherheit West die Staatssicherheit Ost entmachtet. Rita wird nun in Ost und West gesucht, ist mit einem gestohlenen Motorrad auf der Flucht und durchbricht eine Straßensperre der Volkspolizei. Die Kugeln aus der Kalaschnikow des Volkspolizisten holen sie ein, ihr Körper stürzt vom fahrenden Motorrad. Sie ist tot.

Drehbuchautor und Regisseur sympathisieren mit ihrer Hauptfigur. Damit unterscheidet sich »Die Stille nach dem Schuß« von Werken wie »Todesspiel« (Heinrich Breloer) und »Der Austausch – die vergessene Entführung des Peter Lorenz« (Klaus Stern). Breloer transportiert den selbstgerechten staatlichen Konsens zur jüngst vergangenen Geschichte, Klaus Stern versucht mit unbeteiligtem Politologenblick eine angeblich unparteiische Gegenüberstellung von staatlichem und »terroristischem« Handeln während der Lorenz-Entführung.

Aber Schlöndorff sympathisiert mit seiner Filmheldin deshalb, weil sie tragisch enden muß, weil sie scheitert und irrt und vom gerechten Schicksal eingeholt wird. Um sie lieben zu können, darf er sie als Rebellin nicht ernst nehmen, er muß sie entpolitisieren. So ist Rita eine gebackene literarische Figur ohne Widersprüche und Schärfe, die in das Lebensgehäuse der Inge Viett gedrängt wird. Das hat manchmal etwas unerträglich Absurdes. Die bürgerlichen Intellektuellen scheinen Revolten und Rebellionen in Deutschland immer nur als etwas Absurdes oder Tragisches begreifen zu können. Wie sie überhaupt Welten, die ihrer Ästhetik nicht entsprechen, als absurd, exotisch, fremd begucken. Für Schlöndorff war die DDR hauptsächlich ein ästhetisches Problem. Bzw. ein unästhetisches.

Nun könnte mir der Film ganz egal sein, aber seine substantielle Handlungslinie ist ein Plagiat meiner Autobiographie *Nie war ich furchtloser*. Das Drehbuch wurde nach dem Erscheinen meines Buches fertiggestellt. Schlöndorff hatte sich 1997 bei meinem Verlag (Edition Nautilus, Hamburg) um die Stoffrechte für den DDR-Teil bemüht. Ich hatte den Verkauf abgelehnt. Im Juli 1999 habe ich das Drehbuch zu lesen bekommen und war alarmiert. 1994, als ich noch in Zweibrücken in Haft war, ist das Thema bereits in Entwicklung gewesen, allerdings ohne Markierung einer realen Person. Ich habe damals mit Wolfgang Kohlhaase darüber diskutiert. Ein erstes Drehbuch fand zu der Zeit nirgendwo Interesse und Förderung. Ich kenne es, es interessierte mich auch nicht weiter, weil es mich nicht tangierte. Es wurde dann nach dem Erscheinen meiner Autobiographie in die endgültige Fassung gebracht. Wir haben hier also ein urheberrechtliches Problem.

Zu keiner Zeit wollte ich mir ein Mitspracherecht bei der Verfilmung sichern, wie Schlöndorff es hin und wieder in Interviews streut. Das Drehbuch hatte für mich eine Ausrichtung, an der ich nichts hätte geraderücken können. Das habe ich in einem Gespräch mit Kohlhaase und Schlöndorff sehr deutlich gemacht.

»Die Fähigkeit zur Rebellion ist ein Geschenk der Götter an diejenigen, die an Altruismus und Solidarität glauben.« Wer sich in diesem Sinne unserer militanten Geschichte und den Subjekten darin mit den Mitteln des Films nähern will, muß den Mut haben, dies gegen den Mainstream zu tun. Ich bin sicher, daß die Zeit für die Mutigen noch kommt.

Von Inge Viett erschien zuletzt: »Cuba libre bittersüß«. Edition Nautilus, Hamburg 1999, 128 S., 19,80 Mark

Konkret 04/00, S. 60

Peter Kratz

Der Streicher des Sex

Rosa von Praunheims neuer Film verherrlicht den Sexualforscher Magnus Hirschfeld. Rassismus und Eugenik-Wahn des Doktors kommen darin nicht vor – ein Fall von echt deutscher Denkmalspflege

Mit seinem neuen Film *Der Einstein des Sex – Leben und Werk des Dr. Magnus Hirschfeld* hat Rosa von Praunheim einen schwulen Arztroman vorgelegt, der alle Personen und Gefühle zeigt, die man vom Genre erwartet. Im Gegensatz zu seinen früheren Filmen verwendet Praunheim den plüschigen Kitsch und die Elemente der Seifenoper jedoch nicht mehr kritisch; er meint sie ernst, auch wenn das Publikum immer noch lachen darf. Doch es lacht nun nicht mehr wegen einer ironisierenden Inszenierung, sondern es lacht mit ausgestrecktem Zeigefinger die stereotypen Charaktere aus, die Praunheim nicht mehr in Frage stellt, und es lacht deutsch: Die jüdische Tante ist geizig und raffgierig, der reiche Onkel, der das Studium finanziert, jüdelt im Schtetl-Stil (obwohl Hirschfelds Familie assimiliert war), die Arzthelferin ist eine Transe, und was für eine! Da kann sich der schwule Deutsche mal so richtig auf die Schenkel klopfen.

Praunheims Film hat mit »Leben und Werk« des Porträtierten wenig zu tun, denn Gesundheitspolitik war noch nie Gegenstand von Arztromanen, die immer nur die unglückliche Liebe der Sprechstundenhilfe zum Herrn Doktor und die Rettung der Kranken aus schwerem Schicksal darstellen. So auch beim *Einstein des Sex*. Im Film wie schon in der zugrundeliegenden Biographie von Manfred Herzer spielt der zentrale Inhalt von Hirschfelds Lebenswerk keine Rolle: die Eugenik, die biologisch-züchterische »Aufartung« des Volkes durch die Verhinderung vermeintlich minderwertigen Nachwuchses.

Die Verfälschungen sind verständlich, denn der Film und die vielen Texte der einflußreichen Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft (MHG), die am Film mitwirkte, wollen ein Denkmal konstruieren, mit dem sich, stellvertretend für alle von den Nazis verfolgten Schwulen, Entschädigungsforderungen begründen lassen. Hirschfelds privates Institut für Sexualwissenschaft in Berlin wurde bekanntlich von den Nazis zerstört, wenn auch anders als oft dargestellt. Heute interpretiert die MHG Hirschfelds Werke neu. Denn der »Psychobiologe«, wie er sich nannte, taugt im Original nicht zum Mahnmal gegen die NS-Schwulenverfolgung: Er gehörte zum Dunstkreis der Täter, auch wenn sie ihn angriffen. Und statt medizinischer und psychologischer Wissenschaft brachte er wilde Thesen, rassenhygienische Ideologeme und viele Anekdoten zu Papier. Selbst Herzer muß zugeben, daß Hirschfelds wissenschaftliches Hauptwerk, die *Geschlechterkunde*, großenteils »romanhaft« sei – von einem »Einstein« keine Spur.

Wer Entschädigungszahlungen und die Rückgabe der Grundstücke des Instituts will, wie die MHG, muß Hirschfelds Rolle in der Rassenhygiene herunterspielen. Das Idol entsteht heute als schwuler Jude neu, auch wenn es seine eigene Homosexualität verbarg, Schwule für minderwertig hielt und gar kein Jude sein wollte, sondern erst deutschnational, dann rechtssozialdemokratisch, vor allem aber biologistisch-atheistisch. »Ich protestiere dagegen, jetzt Jude genannt und deswegen von den Nazischweinen geächtet und verfolgt zu werden. Ich bin ein Deutscher, ein deutscher Staatsbürger, genau so gut wie ein Hindenburg oder Ludendorff, wie Bismarck und der gewesene Kaiser«, so zitierte man Hirschfelds eigene Verortung. Sein Protest soll heute nicht mehr gelten.

Hirschfeld verehrte Ernst Haeckel, den Mitbegründer des Sozialdarwinismus, den die Nazis 1935 in ihrer Intellektuellen-Zeitschrift »Nationalsozialistische Monatshefte« als »Wegbereiter biologischen Staatsdenkens« feierten. Haeckel glaubte, die moderne Zivilisation setze das Evolutionsgesetz der natürlichen Auslese in der Menschheitsentwicklung außer Kraft, was zu einer sprunghaften Zunahme »minderwertiger« Menschen führe, die letztlich den Fortbestand der menschlichen Rasse gefährdeten. Der drohenden »Entartung« sollte durch »Aufartung«, vor allem durch Fortpflanzungsbeschränkungen für »minderwertige« Menschen begegnet werden. Wurde die »Minderwertigkeit« zuerst medizinisch abgeleitet (Erbkrankheiten und körperliche Abweichungen von einer völkisch-kulturell, aber auch industriell-praktisch bestimmten Norm), so traten zunehmend auch psychische und soziale Abweichungen in den Vordergrund eugenischer Gesundheitspolitik. Die Sozialdarwinisten sammelten sich im Deutschen Monistenbund (der überwiegend atheistischen Kulturorganisation Haeckels), bei den völkisch-religiösen Freireligiösen und in der Gesellschaft für Rassenhygiene des Antisemiten und Anhängers des Ariertums, Alfred Ploetz, deren Ehrenpräsident Haeckel ebenfalls war. Hirschfeld, der in der Gesellschaft für Rassenhygiene aktiv war und dem Monistenbund als führender Ideologe angehörte, gründete für seine Zwecke zusätzlich noch die Ärztliche Gesellschaft für Sexualethik und Eugenik, in der rechte Sozialdemokraten wie der berüchtigte Alfred Grotjahn (ebenfalls ein Ehrenpräsident der Gesellschaft für Rassenhygiene) den Ton angaben.

Hirschfeld forderte die »Ausjätung schlechter Menschenkeime« und richtete in seinem Institut einen »Ernst-Haeckel-Saal« ein, in dem er noch Ende der 20er Jahre eugenisch-genetische Eheberatungen durchführte. Offenbar setzte er auch Hoffnungen in die Gesundheitspolitik der Nazis, da er im August 1933 äußertete: »Man muß die Hitlerschen Experimente abwarten, ehe man sich darüber äußert.« Zweifel hatte er, weil er fürchtete, die Eugenik werde nur parteipolitisch eingesetzt: »Es ist keineswegs sicher, daß die Nationalsozialisten einzig und allein aus eugenischen Zwecken handeln«,

was er wohl befürwortet hätte, »man muß vielmehr befürchten, daß sie sich der Sterilisation bedienen werden, weniger um die ›Rasse aufzuzüchten‹, als um ihre Feinde zu vernichten.« Er scheute sich auch nicht, Schwule und Lesben als minderwertig darzustellen. Um der weiteren angeblichen Degeneration des Volkes vorzubeugen, wollte er die Fortpflanzung Homosexueller verhindern: »Jedenfalls verdammt ein Homosexueller, der heiratet, eine gesunde Frau zur Sterilität oder zur Geburt geistesschwacher Kinder. Die gleichen Einwände können gegen Heiraten homosexueller Frauen gemacht werden, und es liegt im Interesse der Rassenpflege, solche Ehen zu verhindern«, schrieb er in seiner Schrift *Geschlechtsverirrungen*.

Komplementär verfocht Hirschfeld die Aristokratie der »Wertvollen«. In seinem *Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen* wurde der »höhere Typus der Homosexuellen« beschworen, der aufgrund seiner sexuellen Orientierung, jedoch im Gegensatz zu normalen Schwulen und Lesben, herausragende Leistungen vollbringe. Als Beispiel dieses »höheren Typus« präsentierte das Jahrbuch 1906 ausgerechnet die rassistische Esoterikerin Helena Blavatzky, die in einem apologetischen Artikel als »Führer der Menschheit« gepriesen wurde. Die Erfinderin der »Wurzelrassen«-Lehre und Propagandistin der »arischen Rasse« als der höchststehenden in der menschlichen Evolution war nicht nur für die Anthroposophie Rudolf Steiners (der über den Giordano-Bruno-Bund ebenfalls bei Monisten und Freireligiösen wirkte) die Vordenkerin, sondern für den Großteil der Völkisch-Religiösen der Jahrhundertwende, die sich ihrerseits als Teil der Lebensreformbewegung verstanden.

Hirschfeld sympathisierte mit der Lebensreform, erfand zweifelhafte Naturheilmittel, frönte dem Freikörperkult und fühlte sich auch privat aufgehoben in dieser romantisierenden, antimodernistischen Kulturbewegung, in der man schwule Schwarmgeister fand, wie das spätere NSDAP-Mitglied Fidus (der auch die Schriften der Monisten und Freireligiösen mit nackten Männern illustrierte) oder den antisemitischen Wandervogel-Ideologen Hans Blüher, der den jugendlichen männlichen Helden liebte und den Hirschfeld sogar im *Jahrbuch* schreiben ließ. Die Verbindung von völkischer Lebensreform, Haeckelschen Menschenzucht-Phantasien und den wachsenden Möglichkeiten der Medizinwissenschaft galt als fortschrittlich. Aus ihr folgten politische Forderungen wie die nach einem obligatorischen Gesundheitszeugnis, das die rassenhygienische Unbedenklichkeit einer Eheschließung bescheinigen sollte, aber auch nach Eheverboten und der Sterilisation und Kastration der »Minderwertigen«. Es waren rechte Sozialdemokraten um Hirschfeld und Grotjahn, die solche Forderungen schon vor den Nazis praktisch umsetzten. Zum Dank verleihen die Schwusos in der Berliner SPD heute einen Magnus-Hirschfeld-Preis.

In seinem Wissenschaftlich-Humanitären Komitee (WHK), das als erste Menschenrechtsorganisation der Homosexuellen gilt, arbeitete Hirschfeld eng mit Helene Stöcker zusammen, der weiblichen Stütze des WHK, die die »Aufartung« des Volkes durch Gesundheitszeugnisse und durch Eheverbote für »minderwertige Väter« über ihren Bund für Mutterschutz propagierte. Den Aufruf zur Gründung des Bundes hatte Stöcker gemeinsam mit den freireligiösen Predigern Gustav Tschirn und Bruno Wille, dem Arier-Fanatiker Alfred Ploetz und dem glühenden österreichischen Antisemiten Christian von Ehrenfels (ein Stichwortgeber des Prä-Nazis Houston Steward Chamberlain, der mit Ehrenfels' Frau Emma befreundet war) unterzeichnet. Zielstrebig führte Stöcker den Bund in die Dachorganisation Weimarer Kartell, einen Zusammenschluß derjenigen Freireligiösen, die später Adolf Hitler zum Gott ausriefen, mit den Monisten Haeckels und den völkisch-rassistischen Philosophen des Giordano-Bruno-Bundes. Im WHK arbeiteten schließlich sogar NSDAP-Mitglieder mit, und der Leiter der Bibliothek des Instituts für Sexualwissenschaft entpuppte sich am Ende als Nazi.

Begeistert begrüßte Hirschfeld den Ausbruch des Ersten Weltkriegs, ergötzte sich an der »Kraft unseres gewaltigen Volksheeres« und der »stattlichen Kriegsflotte«, forderte im *Jahrbuch* die Freigabe des Waffendienstes für die »virile Frau«, die im Schützengraben »viel Ersprießliches zu leisten imstande wäre«. Nach Kriegsende unterstützte er aktiv die Noske-Fraktion der SPD, die Lebensreformer, Freireligiöse und Monisten auch im nationalrevolutionären Hofgeismarkreis integrierte. Die Forderungen der Hirschfeld/Grotjahn-Gruppe nach Einführung einer eugenisch orientierten Gesundheitspolitik setzte Wolfgang Heine als SPD-Justiz- und Innenminister Preußens durch, der ansonsten in seiner kurzen Amtszeit den Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu vertuschten half, den antisozialistischen Freikorps um Erich Ludendorff den Rücken frei hielt und wegen seiner nachgiebigen Haltung im Kapp-Ludendorff-Putsch schließlich zurücktreten mußte.

Hirschfeld betrieb eine viel beachtete (und von den Nazis ausgeschlachtete) ethnologische Sammlung sexueller Utensilien, Praktiken, Eigenarten und Perversionen, die er vordergründig alle als ethisch gleichwertig und in ihrer Existenz schutzwürdig ausgab. In seiner Leidenschaft, »Fremdes« und »Eigenes« zu sammeln und wie in einem Zoo zur Schau zu stellen, in seiner Propaganda, das Verhalten (auch homosexuelles) der vermeintlichen Naturvölker als vorbildhaft gegen die dekadente Zivilisation zu stellen, war er ein wahrer Ethnopluralist, eine Art Henning Eichberg des Sex. Aber wie alle Ethnopluralisten wollte er entgegen der Gleichwertigkeits-Demagogie dann doch das »Höherwertige« durchsetzen und die »Minderwertigen« vernichten.

Hirschfeld ließ sich auch außerhalb der Eugenik und gegen hohe Honorare auf medizinische Experimente ein, die die Frage der Entschädigung für erlittenes Unrecht anders aufwerfen. Neben der bis heute üblichen Genitalverstümmelung von

Hermaphroditen betrieb er Kastrationsversuche zwecks Umpolung von unglücklichen Schwulen. Seinen Opfern ließ er die Hoden entfernen und (ohne Wissen über die medizinischen Probleme der Transplantationsmedizin) Hoden von Heterosexuellen, die aufgrund sexuell motivierter Straftaten ihrerseits kastriert worden waren, implantieren. Er hätte wohl auch Klitorisbeschneidungen durchgeführt. Die Hirschfeld-Apologeten von heute argumentieren, ihr Idol habe nur solche Patienten operiert, die dem gesellschaftlichen Druck »freiwillig« zu entkommen versuchten. Daß dieser Druck durch die Rassenhygieniker mit verursacht wurde, verdrängen sie.

Eine Hirschfeld-Woche in Berlin zu Praunheims Filmpremiere, mitfinanziert von der Beate Uhse AG und propagiert von »Taz« und »Siegessäule«, sollte mit Vorträgen und einer Ausstellung die Entschädigungsforderung der MHG und einer neuen Helene-Stöcker-Gesellschaft befördern. Eine schwule Pornofilm-Firma, die ebenfalls an der Hirschfeld-Woche beteiligt war und für ihre Produkte warb, propagiert mit ihrem umstrittenen Gewalt-Sex-Film »Skin Flick« faschistische Körperästhetik als geil. Die Opfer dieser neuen Rassenhygiene sitzen heute in der Psychotherapie, denn ihre Körper weichen weiterhin von der repressiven Normdefinition ab, die nun die Porno-Industrie (statt Fidus und Arno Breker) popularisiert.

Peter Kratz ist Diplom-Psychologe und schrieb in KONKRET 12/99 über Nationalrevolutionäre an der FU Berlin

Konkret 04/00, S. 62

Georg Seeßlen

Das Leben, ein Traum

Über Radu Mihaileanus Film »Zug des Lebens«

Diese Geschichte könnte man, mit einer Portion Tempo und gutem *character acting*, als historische Action-Komödie erzählen: Die Einwohner eines jüdischen Schtetl, irgendwo im Osten, erfahren im Kriegsjahr 1941 durch Schlomo, den »Idioten« der Gemeinde, daß die Nazis heranrücken, die die jüdische Bevölkerung ermorden oder deportieren. Die Weisen des Dorfes beratschlagen und kommen auf eine Idee zur Rettung (wieder ist es Schlomo, der sie darauf bringt): Sie kaufen sich einen Zug, tarnen ihn so gut es geht mit den Abzeichen des Feindes und bewegen sich, gleichsam als Fake des ihnen zugedachten Schicksals, mit falschen SS-Männern in falschen, schnell zusammengenähten Uniformen und mit falschen Papieren, als Deportationszug durch die Linien der Deutschen. Nach Palästina soll die Reise gehen.

Was wie eine Schtetl-Komödie beginnt mit all ihren liebenswerten und eigensinnigen Charakteren, auf der Kippe zwischen leicht meschugge und höchst lebensklug, wird eine Reise ins Abenteuer, nicht zuletzt, weil der Lokomotivführer unterwegs erst einmal die Handhabung seiner Maschine lernen muß. Und auch die kommunistische Gruppe der Gemeinde muß während der Reise erst die Gedanken zum »neuen sowjetischen Menschen« sortieren. Es gibt herrliche Suspense-Situationen in der Camouflage, am Rande des Todes und am Rande von Slapstick, eine Liebesgeschichte gibt es auch – eigentlich sind es gleich mehrere, die alle nicht funktionieren – , und dann ist da noch eine Gruppe echter Partisanen, die immer wieder versucht, den vermeintlichen Transport zu sabotieren (und höchst erstaunt auf die betende Gruppe von SS-Leuten reagiert: Kann sich der Feind tatsächlich so gemein verstellen?). Selbst die internen Konflikte der kleinen Gemeinde, die sich auf den Weg gemacht hat, können in der Situation der Gefahr nicht vollständig zum Schweigen gebracht werden: Die Gruppe der kommunistischen Materialisten, die ihre gottlose Versammlung abhalten will, während die anderen den Sabbath heiligen, bekommt es sogleich mit den Gläubigen zu tun, allen voran mit Mordechai, der den Anführer der Nazis spielt und schon einmal vergißt, daß seine Rolle nur angemaßt ist. Schlomo, der »Idiot«, der am Anfang das Dorf gewarnt und damit gerettet hat, der in blumigen Metaphern spricht und immer ermahnt werden muß, zu der Sache zu kommen, bei der er längst zu sein glaubt, Schlomo schlichtet auch diesen Streit, wenn auch um den Preis, Gläubige wie Materialisten gleichermaßen ratlos zu machen. Dazwischen immer wieder Bilder der schönen, einsamen Fahrt des Eisenbahnzuges.

Als die Kommunisten der Gruppe die Gemeinschaft im Zug verlassen, um sich statt nach Palästina nach Moskau durchzuschlagen, müssen die verbliebenen einen veritablen Suchtrupp, komplett mit deutschen Schäferhunden, bilden. Das nächste Mal werde er seine Männer das Feuer eröffnen lassen, brüllt Mordechai, der offensichtlich immer mehr an die Ideale von Zucht und Ordnung glaubt. Er macht eine furchtbare (und auch wieder furchtbar komische) Geschichte von Identifikation und Entfremdung durch in dieser verhaßten Uniform. Bei all dem Trubel ist Lilienfeld, der Schneider, verlorengegangen und in die Hände der echten Nazis gefallen. Nun muß er durch ein waghalsiges Manöver befreit werden, durch einen dieser Verkleidungs- und Verstellungscoups, wie wir sie aus dramatischen und komischen Filmen, von »The Dirty Dozen« bis »Which Way to the Front« kennen. Vielleicht lieben wir es ja, im Kino jemandem zuzusehen, der einen Nazi spielt, und darauf zu achten, wieviel Mensch-Sein eine Nazi-Uniform verträgt und wieviel Nazi-Uniform ein Mensch.

Schließlich wird der Zug von einer Gruppe motorisierter SS-Leute angehalten, die einen anderen Gefangenentransport begleitet und nun Mordechais Zug requirieren will. Aber dann stellt sich heraus, daß der andere Transport genauso falsch ist: Eine Gruppe von Zigeunern ist auf dieselbe Idee gekommen. Ein großes Fest und ein fröhlicher Wettstreit mit Geigen, Chören und Tänzen zwischen Juden und Zigeunern beschließt den großartigen Abend. Dann haben sie gemeinsam die Front erreicht; die Freiheit, mitten unter einschlagenden Granaten. Das würde ein Lachen gewesen sein, ein großes Lachen. Wenn die Geschichte, die uns Schlomo erzählt hat, wirklich wahr gewesen wäre. Aber sie ist nur so wahr wie die Geschichte von Jakob dem Lügner, wie die Geschichte, die der Vater dem Sohn erzählt in »Das Leben ist schön«.

Die blinden Flecken im Märchen, die Unbarmherzigkeit der Realität, die in »Das Leben ist schön« oder *Jakob der Lügner* im letzten Drittel der Erzählung verteilt sind, die Erinnerung an die Nicht-Erlösung, die Nicht-Rettung – das ist in »Zug des Lebens« in eine einzige Szene am Schluß gespiegelt, in der wir erkennen – aber gewiß haben wir es anders auch schon gewußt – daß diese ganze Geschichte von der wundersamen und abenteuerlichen Rettung eines Schtetls und seiner Menschen nur ein Traum sein kann, den nur Schlomo, der »Idiot«, hat erzählen können, im Angesicht des sicheren Todes. Darum muß der Film weder didaktisch noch vorsichtig sein, er muß keine Angst davor haben, das Schreckliche in seinen Bildern weniger schrecklich erscheinen zu lassen. Er phantasiert drauflos. Er macht mit dem Kino in einer letzten verzweifelten Geste das, was das Jiddische mit dem Deutschen gemacht hat.

Von den Filmen, die in jüngster Zeit das Komödiantische mit dem Grauen zu verbinden suchten, scheint »Zug des Lebens« die wenigsten Probleme mit der Selbstrechtfertigung zu haben. Er erzählt so lakonisch, wie man eine Geschichte erzählt,

die man eben zu erzählen hat. Das macht, vielleicht, daß sie von innen heraus erzählt wird, die Frage nach der Objektivierung stellt sich gar nicht erst. Wir können uns vorstellen, weniger eine Geschichte über Juden anzusehen, als eine jüdische Geschichte. Daß wir ihr nicht einfach als »Realität« trauen können, dafür gibt es Hinweise genug in Radu Mihaileanus Film, ganz abgesehen davon, daß es immer wieder nur Schlomo sein kann, der die rettenden Ideen hat. Schlomo, der seine Rolle, ein »Autor« zu sein, bedingungsloser als Jakob der Lügner annimmt. So total, daß sein Adressat gar nicht mehr erscheinen muß. Wem hat er seine Lügengeschichte erzählt, so wie wir ihn da am Ende sehen, ausgemergelt, in der Sträflingskleidung am Stacheldrahtzaun?

Ich habe keine Ahnung, ob ein Film wie dieser so etwas wie eine Erkenntnis transportiert, ob er möglicherweise gar das Herz eines Zusehers erreichen kann, das sonst hart oder gar den neuen Faschisten nicht verschlossen bliebe. Ich weiß auch nicht, ob es uns erlaubt sein kann, in einem Film über den deutschen Völkermord so viele glückliche Momente zu erleben, so viele schöne Bilder, so viele Kamerablicke einer sehr einfachen Zärtlichkeit. Und ob der cineastische Traum vom Überleben, der Traum vom Überleben in einem inneren Kino, der Traum von der zärtlichen Lüge, Teil einer Utopie des Menschlichen ist oder ein Angebot der falschen Tröstung und Regression – auch das weiß ich nicht. Keine Pointe, keine rhetorische Finte, keine letzte Wendung. Ich weiß es einfach wirklich nicht.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 2/2000 über Bret Easton Ellis im Teletubbieland

Konkret 04/00, S. 63

Kay Sokolowsky

Filmtheater

An jedem verdammten Sonntag

Regie: Oli□ er Stone; mit Al Pacino; USA 1999 (Warner); 163 Minuten; seit 9.3. im Kino

Sweet and Lowdown

Regie: Wood□ Allen; mit Sean Penn, Uma Thurman; USA 1999 (Arthaus); 95 Minuten; ab 30.3. im Kino

magnolia

Regie: Paul T. Anderson; mit Tom Cruise, Julianne Moore; USA 1999 (Kino□ elt); 189 Minuten; ab 13.4. im Kino

Hat der Film den anderen, älteren Künsten, bei denen er sich unablässig bedient, etwas voraus? Ist er überhaupt eine Kunst? Und nicht bloß eine Riesenmaschine zur Herstellung von, beispielsweise, Konsens? Warum er Spielfilme drehe, wurde John Ford mal gefragt. »Weil ich einen dicken Scheck bekomme.« Ziemlich sicher, daß die allermeisten Kinobesucher nicht ins Multiplex laufen, um klüger und weiser zu werden. Sie wollen sich den Freuden des Eskapismus hingeben. Oder fummeln. Der Rest will Leonardo Di Caprio sehen. Und die »Cinéasten«? Lesen Sie nur mal bei Fran□ois Truffaut hinein: Sie werden feststellen, daß da ein »Addict«, ein Süchtiger, über seine Droge redet.

Aber selbstverständlich hat der Film den anderen, älteren Künsten etwas voraus. Nicht narrative Tricks – da hechelt er dem Roman ewig hinterher – , nicht irgendwelche Spezialeffekte – dergleichen konnten die Maler des Rokoko auch – , und schon gar nicht »Realismus«. Sondern Kinetik. Nirgendwo sonst wird noch das Fallen eines Blattes derart mit Bedeutung aufgeladen wie im Kino. Film ist permanente Beschwörung, Überhöhung des Flüchtigen; die einzige der bildenden Künste, frei nach Kracauer, in der die *Ver□ nderlichkeit* der Körper ästhetisches Objekt und Motiv abgibt. Die Welt, in die zu fliehen das Kino uns verhilft, schenkt den nichtigsten Aktionen eine Würde und Besonderheit, die sie unterm Diktat des Wertes nie haben werden.

Zwei Mittel hat der Film sich geschaffen, um seinem ästhetischen Auftrag effektiver nachkommen zu können: Kamerafahrt und Montage. Dank Griffith und Eisenstein sind diese Bewegungen des Film-Auges selber zum Thema für das Kino geworden; eine Sublimation, Objektivation, deren Effekt auf unsere alltägliche Welt-Sicht noch lange nicht erforscht ist. (Kennen Sie das auch: spazierengehen und plötzlich das Gefühl haben, jedes Zwinkern sei ein Schnitt, jede Kopfdrehung ein Schwenk?) Kurz: Einen Film, in dem sich außer den Schauspielern nichts bewegt, können Sie getrost und werden Sie bald vergessen. Die Eingangssequenz von »An jedem verdammten Sonntag«, diese Tour de force aus harten Schnitten, Zooms und Steadycamfahrten, werden Sie, ehe Alzheimer Sie außer Gefecht setzt, aber nie aus dem Gedächtnis herauskriegen.

Oliver Stone hat viele Jahre lang viel Kraft daran gewendet, das Kino als Gemeindesaal für politische Tiraden herzurichten. Seine Filme waren redselig, redundant, sentimental – aber nie langweilig. Man konnte sich über diese Stücke wunderbar aufregen. Und Stone hatte es einfach drauf: Während seine Figuren sich Fransen sabbelten, raste die Kamera, wütete der Schneidetisch, als stünden beide unter Crack. Stone war besessen davon, Geschichte zu vitalisieren, Statuen laufen zu lassen. Dann kam »Nixon«, sein tiefster und eigentümlichster Film – und kein Mensch verstand, was der arme Irre damit wollte. Es hat ihm diese laue Rezeption ein wenig das Genick gebrochen.

»An jedem verdammten Sonntag« gehört zu der Sorte Film, mit der ein Regisseur seinem Ruf als Kassengift abhelfen will. Er investiert kein Tröpflein Herzblut, nur Disziplin und Erfahrung. Er kann was, und zwar sehr viel, er zeigt es, er hat berauschende Bildideen, vor allem jedoch geht er auf Nummer Sicher. Und so wendet Stone sein Talent an ein Thema, das ihn nicht verdient hat: American Football. Al Pacino mimt – gewohnt brillant und charismatisch – einen Coach, dessen Team lieber kokst als punktet, der sich von einer jungen Frau herumkommandieren lassen muß statt von dem alten Sack, den er gewohnt und der er selbst inzwischen ist, und der lernen muß, daß sein schwarzer Nachwuchsstar Rassismus auch dann nicht verträgt, wenn er wohlwollend daherkommt.

Vor allem aber kreist der Film um Männerbünde und -rituale. Stone war immer ein Macho der härteren Sorte, sein weibliches Personal stets ein Klischee. Cameron Diaz, die Pacinos Chefin gibt, chargiert aufs enervierendste. Aber man sollte die Misogynie des Films nicht allzu ernst nehmen. Die Kerle sind auch bloß Pappnasen. Der Film interessiert sich, wenn er sich interessiert, allein für die Choreographie des Football. Stone versucht, dem planvollen Chaos und der Gewalttätigkeit des Spiels ein visuelles Äquivalent zu schaffen, durch eine rasende Kamera, brutale Perspektivwechsel und

eine geradezu gesundheitsgefährdende Stakkatomontage. Das gelingt ihm. Und er schafft es sogar, Athletenkörper zu zeigen, ohne ein einziges Mal Leni Riefenstahl zu zitieren.

Während Stone sich, aus Sicherheitsgründen, auf die blanke Physik zurückgezogen hat, pflegt Woody Allen, von dem schon lange kein Studio mehr einen Erfolg erwartet, weiterhin seine Privatleidenschaften: Jazz und Woody Allen. »Sweet and Lowdown« fingiert die Geschichte eines Swinggitarristen, der im Leben komplett versagte, aber griffeln konnte wie kein anderer. Keiner außer Django Reinhardt. Dem die Kunstfigur Emmet Ray so sehr ähnelt, daß der Regisseur einen, freilich sehr lustigen, Running gag einbauen mußte, um uns Interpreten zu verwirren. Allen hat eine Künstlerlegende konstruiert, die seiner eigenen recht nah kommt (das neurotische Holzköpfchen Mia Farrow inkl.); doch mittels ironischer Brechungen und parodistischer Elemente (das Werk ist als Dokumentarfilm getarnt) zerlegt er den Schmus, aus dem Legenden mehrheitlich bestehen, in viele prächtige Scherze. Die Melancholie des Stücks wird davon nur kohärenter. Zweifelhaft übrigens, daß es »Sweet and Lowdown« je gegeben hätte ohne die bezaubernden Grimassen des Hauptdarstellers Sean Penn. Und zweifelhaft auch, daß irgendein zeitgenössischer Regisseur die Montage, im Sinne Eisensteins, als Instrument der Verfremdung so sicher handzuhaben vermag wie Woody Allen.

Für den besten Film dieser Seite die wenigsten Worte, weil mir auch eine Woche nach der Pressevorführung keine angemessenen Schlaumeiereien einfallen wollen. »magnolia« wurde von einem kaum 30jährigen inszeniert; und sowas gehört sich nicht. Das Werk ist nämlich vollkommen. Kein Makel, kein Tadel, keine Phrase. Eine Versuchsanordnung über das Sterben und seine Schrecken, den Ruhm und seine Nichtigkeit, ein Katalog menschlicher Isolation, eine Meditation über den Zufall, der dank Montage keiner ist, ein mehr als verdienter Gewinner des Goldenen Bären – und ein frühreifes Meisterwerk, wie seit Tarantinos »Reservoir Dogs« keines war. Vor allem aber: ein Spielfilm, der des zentralen Sujets des Mediums, *Ver□ nderung* in jeder Sequenz, jeder Einstellung, jedem Cut inne ist. Regisseur Paul T. Anderson gab seinen Geniestreich als Hommage an Altmans »Short Cuts« aus. Keine Überhebung. Eher eine Bescheidenheitsgeste. Und wenn das Kino schon keine Kunstform sein sollte – hier liegt ein Stück vor, das anfixt. Ask unbedingt your local Kartendealer.

Konkret 04/00, S. 64

Martin Büsser

Melodie & Rhythmus

Knarf Rellöm Ism: Fehler Is King. What's So Funny About/Indigo
Surrogat: Rock. Kitty-Yo Records/EFA

Als Blumfeld im letzten Jahr mit einer Platte überraschten, die vorwiegend aus Liebesliedern bestand und zugleich an die musikalische Dissidenz von Peter Maffay und der Münchner Freiheit anknüpfte, wurde sich die Poplinke aus lauter Angst davor, nun auch noch das letzte Aushängeschild intellektueller Popmusik verloren zu haben, in voreiligem Gehorsam darüber einig, dem Publikum zu verkünden, daß ja das Private – und zwar gerade das Private – wieder politisch sei. Kaum jemand traute sich, hinter Zeilen wie »In mir / tausend Tränen tief / erklingt ein altes Lied« jene Regression am Werk zu sehen, die Sänger Jochen Distelmeyer doch halb bewußt zugab, wenn ihm auf die Frage nach dem Politischen nichts weiter einfiel als: »Das nimmt man weiter mit« (»Szene Hamburg« 2/99). Weiter mit? Ins Bett oder am Ende ins Grab? – Spätestens ab diesem Zeitpunkt war für alle, die der Sache etwas nüchterner gegenüberstehen, entschieden, daß sich sämtliche poplinken Hoffnungen, die einmal in die sogenannte Hamburger Schule gesetzt wurden, erledigt hatten.

Zu Beginn der Neunziger wurde »Rechtsrock« noch mit heuchelnd voyeuristischer Besorgnis durch die Medien gereicht, inzwischen ist er im Pop-Mainstream angekommen, nennt sich »Neue deutsche Härte« und hat gelernt, rechte Inhalte nicht mehr über Parolen, sondern dem Pop gemäß wesentlich wirkungsvoller alleine über Bilder und Symbole zu transportieren. Allerdings hat's nicht geklappt, die Wandlung von Blumfeld als strategisch gewählte Sanftheit politisch schönfärben zu wollen: Zum Kitsch hin neigende Sanftheit endet in einer Sentimentalität, die ihrem Gegenpart, dem Martialischen, am Ende materialästhetisch näher steht, als ihr lieb sein mag.

Die Poplinke, von der gerne so geredet wird, als handele es sich um eine große Szene, vergleichbar mit HipHop oder Techno, ist nicht mehr als ein Dorf, ach was, ein Stammtisch: Nicht Rammstein und der sozialdarwinistisch vor »der Flut« warnende Witt, auch keine für Nato-Bomber rockenden Bap und Scorpions gaben dort Anlaß zu eindeutiger politischer Positionierung, nein, erst die Defizienz in den eigenen Reihen hat die Stammtischler aufschrecken lassen. »Ich kann einfach nicht mehr nachvollziehen«, erklärte beispielsweise Walding aka Knarf Rellöm, »welche politische Strategie dahinter stecken soll, von Beziehungen zu singen. Ich halte es momentan für den völlig falschen Schritt, auf Wut und Angriff nur deshalb zu verzichten, weil das angeblich antiquierte Pop-Modelle geworden sein sollen.« Sagt's und nimmt mit »Fehler Is King« eine Platte auf, die konfrontativ, verstörend und politisch ist, ohne das Thema Beziehungen deshalb auszuklammern.

Von Text und musikalischem Konzept her liest sich »Fehler Is King« wie die dialektische Kehrseite zu Blumfelds »Old Nobody«, ein durchaus kreatives Hadern, über das Blumfeld dann doch noch Gutes bewirkt haben. Wo bei ihnen Pop zur glatten klanglichen Perfektion werden sollte, geben sich auf »Fehler Is King« Dilettantismus und Selbstzweifel programmatisch die Hand, werden Pop-Phrasen von Country bis Soul als Klischees kenntlich gemacht und verlieren sich sofort wieder in einem hektisch dargebotenen Eklektizismus, dem daran gelegen ist, zappelig und also unbequem zum Zuhören zu zwingen. Sympathisch antideutsch erklärt Walding, dem spätestens bei »This Country« die auf »Fehler Is King« ohnehin ständig gebrochene deutsche Sprache völlig unangemessen erscheint: »This Country Is Not My Home / Hey Foreigner, Please Help Me Out Of Here.« Trotzig steht mit »Same Old Song« ein Liebeslied am Ende der Platte, das geradezu manifesthaft erklärt, daß endlich ein anderer Weg als der von Blumfeld angeschlagen werden muß: »Die Bullen haben das Haus umstellt / Und brüllen mir über Megaphon zu: / ›Finde eine Frau und / Such dir einen Job / Das ist unsere letzte Warnung / Das nächste Mal machen wir ernst.‹« Spätestens hier verkehrt sich das bequeme Versprechen von der Politik des Privaten. Foucault und die These vom Machterhalt durch Reproduktion der Macht im Privaten im Hinterkopf, wettert der Song in stakkatohaftem Country-Rhythmus gegen das von Pop und Polizei erlassene Diktat, daß jeder sich im Staat verdächtig macht, der nicht versorgt und zufrieden ist.

Die beinahe durchgängige Unzufriedenheit der Knarf-Rellöm-Platte hat allerdings dort ein Ende, wo ihre Aussage am eindeutigsten politisch fordernd wird. Ausgerechnet hier, auf »Hey! Everybody«, vermeidet die Band sämtliche stilistischen Brüche, übt sich in lebensfrohem Groove: »Das war kein Sozialismus / Das war Spießerkram / Wir sind nicht am Ende / Wir fangen an«. So viel Hoffnung, obwohl alle Anzeichen, politisch wie kulturell (vom Pop ganz zu schweigen) in eine andere Richtung zeigen? »Nicht wirklich Hoffnung«, meint Walding, »aber wir wollten es einmal anders wenden, also nicht in den Tenor einstimmen, daß das Ende der DDR notwendig den Sieg des Kapitalismus nach sich zieht, sondern daß es auch der Beginn einer neuen, unspießigen Linken sein könnte.«

Auch in Berlin will man Pop nicht völlig ans Ressentiment verloren geben. »Ein Projekt gegen Berlin Mitte«, nennt Patrick Wagner, Sänger von Surrogat, deren neue Platte, die, lakonisch mit »Rock« betitelt, sowieso alles andere als Pop sein möchte. »Wenn du siehst, wie hier täglich die Glaspaläste hochgezogen werden und die Mieten steigen, kommst du gar nicht umhin, deiner Musik wieder eine gewisse Schärfe zu geben.« Das hört sich bei Surrogat dann so an: »Ich will Geld! /

Ich will Geld! / Ich will Geld nicht wollen! / Ich will Geld nicht wollen müssen!« Surrogat stellen sich textlich in die Tradition von Rio Reiser und den Fehlfarben (»Monarchie und Alltag«): Die knappen Sätze sind aus der Ich-Perspektive verfaßt, doch die Armut des Privaten, die »Emotionale Vergletscherung«, wie eine Nummer heißt, ist so formuliert, daß sie das Politische miteinbezieht. Surrogat ignorieren die neoliberale Aufschwungstimmung und positionieren sich stolz als Verlierer des Systems. Ohne Koketterie mit irgendeiner Boheme-Haltung beschreiben ihre Texte, daß deutscher Alltag noch immer grau und häßlich ist. »Überschrift: Weiterkommen! / Jeder übt sich auf Weiterkommen. / Schon wieder heute.« Mit »Rock« haben Surrogat den alten Punk-Geist wiederbelebt, allerdings ohne Viervierteltakt und ohne mitsingbare Refrains. Auch hier sperrt sich das Material gegen das, was Surrogat am meisten verabscheuen: Konsum.

Die Anzeichen einer unzufriedenen, linken und zum Teil ausdrücklich antideutschen Stimmung mehren sich, wenn schon nicht im kommerziellen Pop, so doch an dessen Rändern. Nachdem das Gerede über die mögliche Dissidenz und Subversion von Pop nun endgültig abgeklungen ist, sorgt der chauvinistische Alltag für entsprechende Ernüchterung. Auch die Einstürzenden Neubauten mißtrauen dem Gejubel um Berlin Mitte. »Die neuen Tempel haben schon Risse«, heißt es auf ihrer neuen Platte »Silence is sexy« (Zomba): »Alles nur künftige Ruinen / Material für die nächste Schicht.«

Konkret 04/00, S. 65

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Liebe Nicole! Once upon a time lag der Frieden im Ringen mit dem Krieg schier hoffnungslos mit Null zu Neun retour
Da warfen Sie, begleitet nur von einer Holzguitarre, sich wie eine gute Furie in Figur
Der Krieg hatte mit den Worten: »Bin ich Jesus, daß ich mich meines Todfeinds erbarme«
Bereits seinen blutverkrusteten Stiefel auf den Hals des Röchelnden gestellt – da griffen Sie dem Ärmsten mit dem Lied »Ein bißchen Frieden« unter die durch Ringen mit dem Krieg geschwächten Arme
Der Krieg, bis dato wähnend sich als Herr der Welt
Gab draufhin flott wie feige Fersengeld
Ja, früher griff der Krieg (soo selbstverständlich wie Bayern München zur Meisterschale greift) zum Messer
Heutzutage sagt er sich, um die Kampfkraft Ihres Liedes wissend, »nein, ich bin doch nicht verrückt, das laß ich besser«
Einst haufenweise Kriegerwitwen und -waisen, heute nix wie Lachen und Tanz
Ja, durch Ihr Lied »Ein bißchen Frieden« ist der Vorgenannte heutzutage sicherer als bei der Allianz
Aber, sagten Sie sich, es geht nicht nur darum, daß das eine Volk nicht länger mehr im Blut des andern tappt
sst höchste Zeit, daß es auch endlich mit dem Essen klappt
Millionen Menschen, sagten Sie sich, vermissen
Den das Knurren des Magens in die Schranken weisenden Bissen
Statt satt zu sein von einem Schweinsbraten oder einer Regenbogenforelle
Surfen sie auf der Hungerwelle
Statt sich an Kaviarkanapees zu delektieren oder sich reinzupfeifen ein rustikales Knobibrot
Geben Sie den Löffel ab aufgrund von Nahrungsnot
Soo mager verlassen sie die Welt, daß man am liebsten kein Sterbenswörtchen spricht
Über ihr negligeables Beerdigungsgewicht
Wenn Sie, liebe Nicole, nun Kanzler wärn
Würde es dem Hunger untersagt sein, immer neue nach ihm benannte Tote zu gebärn
Gienge es, liebe Nicole, nach Ihrem Ermessen
Hätte der Hungertod künftig nichts mehr zu essen
Für alle Menschen wäre der Tisch gedeckt
Und nicht die Verhungerten, sondern der Hunger wäre verreckt
Nun sind Sie, liebe Nicole, Gott seis geklagt, nicht der Kanzler, aber – ist dies gleichbedeutend damit, daß es dabei bleibt
Daß der Hunger weiterhin eine Million Menschen nach der andern entleibt
Daß uns auch fürder per Fernbedienung kommen nah
Haut und Knochen aus Afrika
Nein, liebe Nicole, denn ich weiß Ihnen Rat
Wie Sie, trotzdem Sie nicht Kanzler sind, dem Hunger zubereiten können sein Stalingrad
Schaun Sie, Nicole, Sie müssen gar nicht selber Kanzler sein
Ees muß lediglich Ihr Geist fahren in den Kanzler rein
Sie fragen »Horstl, wie soll das gehn«
Nun, liebe Nicole, im Handumdrehn
Ees ist vier Uhr morgends auf des Kanzlers Gartenfest in der Hauptstadt Berlin
Gegangen sind Gotthilf und Joschka Fischer und Jospin und Putin

Und es schweelt der Yasmin, und der Kanzler bittet Sie
Zwecks seiner Triebentstauung auf Ihre Knie
Sie wissen sehr wohl, wer Sie eigentlich sind
Nämlich Mariamuttergottes' Patenkind
Doch Sie sagen sich tapfer: Lieber ein Fleck auf dem Kleid
Als daß die Hungernden bleiben dem Tode geweiht
Ich nehme den Kanzler mündlich derart scharf ran
Daß er von mir nimmer lassen kann
Und während ich begütige seinen geschwollenen Kamm
Indoktrinier ich ihm mein Contrahungerprogramm
Meine Lippen sind der Haken, an denen der Kanzler hängt wie der Fisch
Mit nichts anderm im Kopf mehr als einem GROSSEN TISCH
An dem er mit den mächtigsten Politikern der Welt* ein Konzept ausbrütet
Das das Essen erlaubt und den Hunger verbietet
Ein definitives Sättigungskonzept
Das der stärkste Hunger nicht überlebt
Soo, liebe Nicole, wird es geschehn
Und zwar, wie gesagt, im Handumdrehn
Und zwischen Tombstone und Timbuktu und Heidelberg und Haiderabad
Muß keiner mehr hungern und alle werden satt
Was aber Ihr Mausoleum betrifft
Da sehe ich heute schon die Schrift:
Hier ruht die deutsche Schlagersängerin Nicole
Sie sagte dem Frieden grüßgott und dem Hunger lebwohl
Requiescat in Pace
Ihr Leben war alles andere als wie für die Katze

* Unter dem Vorsitz von Schrödldödl (Deutschland), Billy Kitchen (USA), Pjotr Borscht (UdSSR), Coco Cuisine (France), Dirty Curry (India), Wang Wok Fen Chel (China), Brian Bread (Great Britain), Paolo Pasta (Italia), Anja Manana (Hispania), Haiku Sushi (Nippon)

Wirklich erstaunlich, liebe Beate: Für soo wenig Kohle
Soo viel Gebärkanalpistole
Doch wieso, verehrte Frau Uhse
(Für die Liebhaber des »historischen«Liebesspieles) keine Gebärkanalarkebuse?
Und warum keine, die weiblichen Hormone
In Stimmung schießende Gebärkanalkanone?
Auch dünkt es den Gebärkanalarbeiter unbillig, daß man entrate
Einer handlichen Gebärkanalgranate
Und, Hand aufs Herz, glühten nicht die Drähte
Der Bestellentgegennahmetelefone, fände sich in Ihrem Katalog die Gebärkanalrakete?
Ich bitte Sie also, liebe Beate Uhse, in der Stadt zwischen den beiden Küsten
Das Gebärkanalarsenal dahingehend aufzurüsten
Denn die Liebe wird dann erst zur Himmelsmacht

Wenn es im Gebärkanal wie zu Silvester kracht

Konkret 04/00, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Eine sozialdemokratische Ministerin für Bildung macht bei Springer die Schlagzeile:

Bulmahn: Die Elite fördern

Sie sind solidarisch bis zum Äußersten, die Sozialdemokraten und Innen: immer um das Wohl von Gruppen besorgt, zu denen sie selber nicht gehören.

Alfred Grosser, der mit Ralph Giordano und anderen Kritikern Deutschlands die unglückliche Neigung teilt, ab und zu in den Arsch zu treten, in den er kriecht, wünscht sich fürs nächste Millennium,

daß das französische Fernsehen Deutschland nicht nur auf Hitler und Michael Schumacher reduziert,

sondern auf Roland Koch und Franz Beckenbauer erweitert.

Und vielleicht noch auf Maja Oetker, »Unternehmers-Gattin aus Bielefeld«, die in der »Welt am Sonntag« aus dem Puddingnapf plaudert:

Wir persönlich haben uns an einem gemütlichen Silvesterabend zu Hause im Kreise der Familie erfreut. Wir haben Bridge gespielt, damit die Zeit bis Mitternacht verging. Zu Essen gab es traditionell Entenbraten und zum Nachtisch Zitronenpudding. Die Fertigmischung, denn Silvester haben wir keine Hilfe und bereiten alles selbst zu. Um kurz vor zwölf haben wir das Radio angemacht und dann mit Fürst Metternich angestoßen.

Aus unserem Konzern, in dem wir persönlich davon leben, daß es Leute gibt, die nicht nur an Silvester keine Hilfe haben und deshalb täglich auf des Lebens fertige Mischung verwiesen sind.

Für das neue Jahrhundert wünsche ich uns Deutschen

bzw. uns Deutschen persönlich

die Besinnung auf die Tugenden, die im Ausland noch heute als typisch deutsch gelten: Anständigkeit, Fleiß und Zuverlässigkeit, und dazu, 55 Jahre nach Kriegsende, ein gesundes Selbstbewußtsein, um der ständigen Miesmacherei unseres eigenen Landes und Volkes zu begegnen.

Und alles selbst zubereitet, denn 55 Jahre nach Kriegsende haben wir dafür keine Hilfe aus dem Ausland mehr.

Im »Hamburger Abendblatt« freut sich eine Maike Böttcher unter dem ebenso vielversprechenden wie vorschnellen Titel »Frau freut sich«:

Die Gefahren für Frauen lauern meistens nicht hinter dem nächsten dunklen Busch, sondern in den eigenen vier Wänden. Im Privatbereich – eigentlich eine Schutzzone für private Vertrautheit – sind Frauen ihren gewalttätigen Partnern im Gegenteil oft schutzlos ausgeliefert.

Partner im Verkehr kannten wir schon, auch Partner in Leadership, jetzt also Partner im Gegenteil. Im eigenen Satzbau – eigentlich eine intime gedankliche Beziehungskiste – sind Journalistinnen den syntaktischen Gewalten im Gegenteil oft schutzlos ausgeliefert.

Norbert Blüm kandidiert nicht mehr für den Vorstand seiner Partei:

Ich habe dreißig Jahre lang den Karren im Vorstand und Präsidium gezogen.

Ist nicht, was der Esel da dreißig Jahre lang gezogen hat, weniger der Karren gewesen als der Kürzere?

Der »Gerling Akademie Verlag«, wer sonst?, präsentiert das Werk »Hans Gerling – Thoughts Of An Outstanding Entrepreneur« und wirbt dafür mit dem genuinen Gerling-Thought:

Dieses Jahrhundert ist ein Jahrhundert der Versicherung.

Ist es nicht vielmehr ein Jahrhundert der Police bzw. ein Jahrhundert des Haftungsausschlusses bzw. des Betrugs? Oder, nehmt alles nur in allem von allen, ein Jahrhundert des Hans Gerling?

Nein, antwortet der Claus Jacobi in der »Welt am Sonntag«:

Für die abendländische Zivilisation war das 20. Jahrhundert ein Jahrhundert der Disharmonie.

Wer erinnerte sich beispielsweise nicht der Disharmonie zwischen Eichmann und den Juden? Außer vielleicht der Claus Jacobi, dessen Gedanken ganz wo anders hin – nun ja – schweifen:

In der Kunst lösten sich die Formen auf, das Obszöne stieg empor. Der liebe Gott wurde unmodern. Ethik erkrankte an Immunschwäche. Der Gemeinsinn welkte. Gott und Vaterland, Familie und Ehre sind vierspännig auf dem Rückzug. Was aber rückt an ihre Stelle, was wird wesentlich in unserem Dasein, was unser Ziel?

Schwule, Emanzen, Aids, Drogensucht, Picasso, Promiskuität und Neger:

Von über 80 Millionen Einwohnern in Deutschland sind schon über sieben Millionen Ausländer. Multi-kulti marschiert. Die Zahl der Scheidungen hat sich in den letzten vier Jahrzehnten vervierfacht. Kanzler und Außenminister haben zusammen achtmal geheiratet. Homosexuelle können eheähnliche Beziehungen beurkunden lassen und Söhne adoptieren. Quoten-Frauen rücken an. Der Staat richtet Fixerstuben für Junkies ein.

Gäbe es da nicht noch ein paar Männer wie den Claus Jacobi, deutsch, weiß, gemeinsinnig, drogenresistent und treu – es wäre rein um wieder einmal disharmonisch zu werden.

Auch für den Chefredakteur der angeblich immer noch jede Woche erscheinenden Wochenzeitung »Die Woche« war ein Jahrhundert zu Ende gegangen, und auch für ihn hieß es, sich da mal Gedanken drüber zu machen:

Es gibt viele Fragen, die sich am Ende eines Jahrhunderts stellen. Gerade für die Deutschen, deren Forschertrieb und Erfindungsgeist, aber auch deren Kriegslust und Vernichtungswahn die Menschheit nachhaltig in Atem gehalten hat. Es sind manche Antworten darauf gefunden worden – gerade in diesen Tagen.

Nachhaltig in Atem gehalten: *die* Antwort war noch nicht gefunden.

Der Bissinger vom »Stern« heißt Thomas Osterkorn, und auch er findet in diesen Tagen manche Antwort auf Fragen, die sich freiwillig stellen, zum Beispiel die nach den Folgen des Abseitsstehenbleibens:

Wer abseits stehen bleibt, wird bald den Anschluß verpaßt haben.

Osterkorn bleibt nicht abseits stehen und findet infolgedessen den Anschluß:

Zum Schluß ein ernstes Thema.

Er meint den sexuellen Mißbrauch von Kindern.

In langen, sehr traurigen Gesprächen kam die Geschichte eines Verbrechens ans Licht, das ungesühnt bleiben wird. Den Bericht lesen Sie auf Seite 54. Herzlichst Ihr Thomas Osterkorn.

Wie aber heißt das blinde Huhn, das bei der Suche nach einem Chef aller Redakteure einen Osterkorn gefunden hat? Herzlichst Ihr Gert Schulte-Hillen.

Wenn Springer einen Juden braucht, der seinen Veteranen von Stalingrad die Vorteile deutsch-jüdischer Assimilierung erklärt, muß der Rafael Seligmann ran:

Durch ihre Verantwortungslosigkeit haben die Deutschen ihr Schicksal untrennbar mit jenem der Juden verwoben. Der Knoten heißt Adolf Hitler.

Seligmann ist auf dem besten Weg. Die deutsche Sprache, in der Knoten gewoben werden, schreibt er schon akzentfrei wie Konsalik.

Wer spricht so?

Das hat verschiedene Wirrheitsgrade und hängt mit der Menge an Zeitanflutung zusammen, die passiert ... Das Glück ist sehr viel schwieriger darzustellen, insofern auch viel interessanter. Gerade im Bereich der Sprache, wo ja alles über Negation abläuft ... Bei dem Ding ging es die meiste Zeit um die Konstruktion der abstrakten Welt, um die es da geht ... Außerdem ist die Welt der Seele komplett zugemüllt von den gepanzerten Standards der Frauenzeitschriften-Welt. Ein gigantischer Verbalterror, der diese Kompliziertheiten total im Griff hat.

So spricht, sagt die Frauenzeitschriften-Welt, in diesem Fall vertreten von der Feuilletonistin des »Hamburger Abendblatts«, »einer der sprachgewaltigsten deutschen Gegenwartsautoren«, Rainald Goetz.

Weltläufigkeit im Leitartikel des Berliner Metropolenblatts »Tagesspiegel«:

Feel good factor, so nennen die Briten ihr kollektives Wohlbefinden, das sich immer dann breit macht, wenn ihre besten Kicker triumphieren.

Perhaps the writer has learned english in school too also, but when the word »factor« was on, he has not passed up.